LUXEMBURG

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS



GEWINNEN LERNEN


Man muss ins
Gelingen verliebt sein,
nicht ins Scheitern.
Ernst Bloch
GEWINNEN
LERNEN
Wenn du anfängst, hast du einen
Hammer. Und wenn du einen
Hammer hast, sieht alles aus wie
ein Nagel. Aber wenn man mehr
Methoden kennenlernt, dann hat
man plötzlich einen Schrauben-
schlüssel, man hat eine Zange
und man kann seinen Werkzeugen
immer neue hinzufügen.
Alexandria Ocasio-Cortez

EDITORIAL

Manchmal verdichten sich gesellschaftliche Krisenmomente in einem einzigen Wort. So war »Coronapandemie« Wort des Jahres 2020, davor war es »Respektrente«, und 2018 »Heißzeit«. Es sind die Herausforderungen unserer Gegenwart: das Ringen um eine solidarische Pandemiepolitik und gute Daseinsvorsorge für alle, das Rennen gegen die Klimakatastrophe und der Kampf um einen Strukturwandel, der niemanden zurücklässt. Und das Wort des Jahres 2021? Derzeit scheinen »Kanzlerkandidatin«, »Schwarz-Grün« oder »Weiter-so« hoch im Kurs. Was, wenn am Ende doch alle von »Aufbruch« sprechen? Wenn 2021 ein Jahr der Erfolge wird, in dem die Linke mit Methode in die Offensive kommt und zeigt, dass sie sehr wohl gewinnen kann? Sozialistische Politik fällt nicht vom Himmel, sie ist Handarbeit. Drum gilt mehr denn je: Wir müssen das GEWINNEN LERNEN!

LuXemburg 1/2021 sucht nach Möglichkeitsfenstern linker Politik und findet sie aktuell in den Widersprüchen des »Grünen Projekts«, in den Hoffnungen der jüngeren Generation und im Selbstbewusstsein betrieblicher Kämpfe.

»Verliebt ins Gewinnen« blicken wir in den Maschinenraum kraftvoller Organisierungen. Uns interessiert das *Wie* linker Erfolge: Wie hat es die Mietenbewegung geschafft, dass man in Berliner Küchen mittlerweile ganz selbstverständlich von »Enteignung« spricht? Wie will die LINKE mit Haustür- und Gartengesprächen den Wahlkampf be-streiten? Wie geht verbindende Klassenpolitik praktisch? Und wie sah eigentlich eine linke Kampagne vor 100 Jahren aus?

PRONOMEN BUSFAHRERIN

Fridays for Future goes Arbeitskampf

Gespräch mit Rika Müller-Vahl und Paul Heinzel

ALLIANZ DER AUSGEGRENZTEN?

Was Ostdeutsche und Migrant*innen verbinden könnte

Gespräch mit Naika Foroutan

DIE KUNST DER KAMPAGNE

Gewinnen in fünf Schritten

Von Jan van Aken



INHALT

GEWINNEN LERNEN

SCHWERPUNKT



LUXEMBURG ONLINE

GESPRÄCH

»WIR DÜRFEN ÜBRIGENS AUCH GEWINNEN«

Mit Alexandria Ocasio-Cortez

EINE SPRACHE, DIE ALLE MITNIMMT

Wie reden wir über Rassismus und Klasse?

Von Melanie Brazzell

WIEDERGELESEN

LEADERSHIP MATTERS

Von Colin Barker

ABSEHBARE NIEDERLAGE

Woran die Amazon-Gewerkschaftskampagne in Alabama scheiterte

Von Jane McAlevey

TEILHABE FÜR ALLE

Linke Geländegewinne im Kampf um Antidiskriminierung

Von Elif Eralp



WAS NOCH

IN JEDEM HEFT

LUXEMBURG ONLINE

PRONOMEN BUSFAHRERIN
FRIDAYS FOR FUTURE GOES ARBEITSKAMPF

GESPRÄCH

MIT RIKA MÜLLER-VAHL UND PAUL HEINZEL

Ihr seid in der Klimabewegung aktiv und habt eine Kampagne gemacht, um die Tarifrunde im ÖPNV zu begleiten. Warum?

RIKA: Wir sind der Meinung, dass die Klimabewegung mit Beschäftigten zusammenarbeiten kann und muss. Und dass sich im Sinne einer »verbindenden Klassenpolitik« gemeinsame Interessen herausarbeiten lassen. Das gelingt nicht abstrakt, sondern in konkreten Kämpfen. Beim ÖPNV ist das Gemeinsame offensichtlich: Gute Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzung für einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der wiederum zentral ist für die Verkehrswende insgesamt. Als klar war, dass ver.di 2020 in die Tarifrunde gehen wird, lag das Projekt auf der Hand.

PAUL: Unser Herangehen war ziemlich pragmatisch. Wir wollten eine Blaupause dafür schaffen, dass Klimabewegung und Gewerkschaften zusammenarbeiten können. Bisher war da eher eine Frontstellung, etwa im Konflikt um die Kohle, oder zumindest große Distanz. Wir wollten Erfahrungen sammeln, ob und wie sich die überwinden lässt.

Und wie lief diese Annäherung?

PAUL: Politisch war von Anfang an klar, dass die Schnittmenge sehr groß ist. Dass uns 90 Prozent verbinden und 10 Prozent trennen – das ließ sich gut in die Breite der Klimabewegung und der Gewerkschaften vermitteln.

Fridays for Future ist eine heterogene Bewegung. Wie habt ihr eure Idee dort verankert?

RIKA: Wir haben unser Vorhaben auf den großen bundesweiten Treffen vorgestellt. Ich erinnere mich etwa an ein Students-for-Future-Treffen in Köln, zu dem wir einige Beschäftigte eingeladen hatten. In der Vorstellungsrunde sollten wir jeweils unseren Namen und Pronomen angeben. Eine Busfahrerin fragte, ob »Pronomen Busfahrerin« auch in Ordnung sei. Davon waren alle begeistert. Danach erzählte sie von ihren Arbeitsbedingungen und warum sie auf unsere politische Unterstützung angewiesen sei.

Gab es auch Bedenken in der Bewegung?

PAUL: Hier und da gab es Vorbehalte gegenüber Gewerkschaften, aber fast immer ließ

» Wir haben versucht, aus den Ich-Geschichten eine Wir-Geschichte zu machen: Gute Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzung für eine Verkehrswende. « (Rika)

» Hätten wir diese Methoden nicht genutzt, wären wir sicher in klassische Muster der Kampagnenarbeit verfallen. « (Paul)

sich das auflösen, wenn wir auf die konkreten gemeinsamen Ziele und vor allem die Perspektiven der Beschäftigten zu sprechen kamen. Wenn Thorsten aus Hamburg von seinen Arbeitsbedingungen erzählt hat, davon, dass manche Kolleg*innen so wenig Pause haben, dass sie nicht mal auf die Toilette gehen können, war allen die Dringlichkeit sofort klar.

Vorher war die Verkehrswende kein großes Thema bei Fridays for Future – wie habt ihr das geändert?

PAUL: Sehr systematisch. Wir haben eine Telefonaktion organisiert und rund 300 bis 400 Ortsgruppen persönlich angerufen, unsere Idee erklärt und zu einem gemeinsam mit der ver.di-Jugend organisierten Vernetzungstreffen in Berlin eingeladen. Das Wichtigste war, dass wir eine positive Vision formuliert haben, wie wir als Klimabewegung im Bündnis mit ver.di tatsächlich etwas erreichen können.

Hat sich das viele Telefonieren gelohnt?

PAUL: Ja, die Kommunikation läuft sonst meist über Chats und Messenger, da rauscht vieles durch. Am Ende haben die meisten Gespräche zwar nur zwei bis drei Minuten gedauert, aber sie waren wichtig, um persönliche Verbindlichkeit herzustellen.

Und wie habt ihr eine bundesweite Vernetzung aufgebaut?

RIKA: Beim Vernetzungstreffen haben wir ein bundesweites Mapping begonnen, das uns über die ganze Kampagne begleitet hat. Wir haben alle Betriebe notiert, die an der Tarifrunde beteiligt waren, in der Spalte daneben die Fridays-for-Future-Kontakte, ob wir schon

RIKA MÜLLER-VAHL war vor ihrem Umzug nach Berlin im Sozialistisch-Demokratischen Studierendenverband (SDS) Hannover aktiv und hat in der Fridays-for-Future-Kampagne lokale Gruppen in ganz Niedersachsen betreut.

PAUL HEINZEL ist Klimaaktivist und seit Gründung aktiv bei Fridays for Future. Er war für die bundesweite Vernetzung der Kampagne zur Begleitung der Tarifauseinandersetzung im Öffentlichen Nahverkehr (TVN 2020) verantwortlich.

telefoniert hatten, was die ver.di-Kontakte sind und wie der Stand ist.

Wir habt ihr euch untereinander koordiniert?

RIKA: Wir haben eine bundesweite Koordinationsgruppe gegründet für alle Regionalverantwortlichen, also die Leute, die den Dialog zwischen den bundesweiten Plänen und den regionalen Aktivitäten organisiert haben. Außerdem war ein Team in ständigem Kontakt mit dem ver.di-Bundesfachbereich.

Ein Generalstab fürs Klima?

PAUL: Nein, uns war wichtig, dass Beschäftigte und Klimaaktivist*innen vor Ort zusammenkommen. Wir haben immer wieder alle angerufen und zum Austauch in bundesweiten Mega-Zooms eingeladen. Städte, die noch nicht so weit waren, konnten von den Erfahrungen der anderen profitieren. Unser Logo für gemeinsame Gruppenfotos – der »Bus aus Pappe« – ist genau so entstanden. Aber fast noch wichtiger war, dass die Mega-Zooms ein Gefühl der Stärke erzeugt haben. Du siehst, dass nicht nur in deiner Stadt, sondern an zig Orten solche Partnerschaften entstehen.

Wie kamen denn Busfahrer*innen und Aktivist*innen konkret zusammen?

RIKA: Es gibt eine einfache aber wirksame Organizing-Methode, die »Ich-Wir-Hier-Jetzt-Geschichte«, die wir zum Einstieg genutzt haben. Ziel ist es, sich gegenseitig zu motivieren und ein gemeinsames Selbstverständnis zu entwickeln mit der Frage »Warum bin ich hier, was treibt mich an?« Und da wurden viele Gründe genannt: »Ich will wenigstens mal eine Toilettenpause« oder »Ich will öfter abends bei meiner Familie sein«. Die Aktivist*innen wollten weniger Autos oder pünktlichere Straßenbahnen. Dann sind wir in digitale Kleingruppen gegangen und haben überlegt, wie aus den Ich-Geschichten eine Wir-Geschichte werden kann. Die Antwort lag auf der Hand: Gute Arbeitsbedingungen im ÖPNV sind die Voraussetzung für eine Verkehrswende.

Und mit dieser Erzählung seid ihr dann in die Betriebe gegangen?

RIKA: Ja, in Tandems, immer ein*e Klimaaktivist*in und ein*e Kolleg*in. An manchen Betriebshöfen haben wir Fotopetitionen gestartet. Da kannst du per Foto zeigen, dass du dabei bist. So sind wir mit vielen Kolleg*innen ins direkte Gespräch gekommen. Die persönlichen Begegnungen haben sicherlich auf beiden Seiten am meisten bewegt.

Ihr hattet einen starken methodischen Fokus. Hätte das alles auch ohne Methode geklappt?

PAUL: Ohne die Methoden wären wir sicher in klassische Kampagnenmuster verfallen. Wir hätten einen kleinen Kreis von Daueraktivist*innen gehabt, Pressearbeit und Aktionstage – aber wenig gemeinsame Aktivität an der Basis, in den einzelnen Städten, getragen von den Beschäftigten.

Die Methode macht also den Unterschied?

RIKA: Dort, wo wir die Methoden intensiv eingesetzt haben, konnten wir unserem Anspruch »Klimabewegung und Arbeiter*innenbewegung zusammen an einem Strang« am besten gerecht werden.

Habt ihr rückblickend eure Ziele erreicht?

RIKA: Wir haben gezeigt, dass verbindende Klassenpolitik funktioniert, an einem konkreten

Konflikt. Sowas passiert aber nicht auf Zuruf, sondern muss organisiert werden.
PAUL: Wir müssen uns aber ehrlich fragen, wie nachhaltig die Bündnisse mit den Beschäftigten sind und ob sie jenseits von Tarifrunden Bestand haben werden. Es kommt erschwerend hinzu, dass Fridays for Future eigentlich mehr von Aktion zu Aktion und weniger in langfristig angelegten Strukturen arbeitet.

Hat die Klimabewegung überhaupt Zeit für so einen langwierigen Bündnisprozess?

RIKA: Früher stand bei Fridays for Future Daueraktionismus im Fokus, eine Klimademo folgte der anderen. Aber als wir im Herbst 2019 mit 1,4 Millionen Menschen auf der Straße waren und dann ein lächerliches Klimapaket folgte, kam die Ernüchterung. Ja, die Zeit drängt, aber gerade deshalb müssen wir dauerhafte Bündnisse aufbauen, um wirklich Druck zu erzeugen.

Besteht nicht die Gefahr, dass man sich als Bewegung völlig der Dynamik einer Tarifverhandlung unterordnet?

PAUL: Uns ging es um ein Moment der Aktivierung in der Breite. Das geht am besten in einer Tarifrunde, in die auch ver.di Ressourcen hineinsteckt und bei der die Beschäftigten konkret etwas gewinnen können.
RIKA: Es gibt die Gefahr, dass die Bewegung dem gewerkschaftlichen Anliegen nur einen grünen Anstrich gibt und die eigenen Ziele hinten runterfallen. Darüber haben wir viel diskutiert. Ich denke, man muss Schritte in beide Richtungen gehen, um voranzukommen.

Was sind eure nächsten Ziele?

PAUL: Für mehrere Bundesländer ist die Tarifrunde noch nicht vorbei, da geht's jetzt erstmal weiter. Und in den Städten, wo nach wie vor Bündnisse bestehen, gibt es Überlegungen, sich im Vorfeld der Bundestagswahl politisch breiter aufzustellen.

Was ist eigentlich mit anderen Gewerkschaften?

PAUL: In Berlin treiben wir gerade eine Kooperation mit den Beschäftigten von Siemens Energy voran, denen ein Stellenabbau droht. Wir wollen ausloten, wie wir uns mit ihnen solidarisch zeigen können, obwohl hier im Moment noch fossile Brennstofftechnologie hergestellt wird. Unsere Haltung ist: Die ökologische Transformation darf nicht auf eurem Rücken ausgetragen werden. Die Kooperation steckt noch in den Kinderschuhen, aber wir haben in der TVN-Kampagne gelernt, dass wir einfach Dinge ausprobieren und experimentieren müssen, um voranzukommen.

Hat sich bei Fridays for Future der klassenpolitische Fokus durchgesetzt?

PAUL: Neulich wurde eine Einladung für das Folgetreffen unserer Gewerkschafsvernetzung verschickt – von einer Ortsgruppe von Extinction Rebellion. Das hätte ich vor zwei Jahren nicht erwartet. Da war vorher eher eine Frontstellung dominant, die durch den Anti-Kohle-Aktivismus geprägt war.
RIKA: In meiner Ortsgruppe in Hannover habe ich den Eindruck, dass es durch die TVN-Runde weit selbstverständlicher ist, dass soziale und ökologische Forderungen zusammengehören: »Ja, klar können auch Busfahrer*innen Teil unserer Bewegung sein.«

Das Interview führten Rhonda Koch und Hannah Schurian.

EINE WELT ZU GEWINNEN

Aus dem Scheitern lernen, das hört man in der Linken oft. Was oft vergessen wird, ist das Lernen aus Erfolgen. Denn als Linke haben wir schon zahlreiche Kämpfe gewonnen. Eine Auswahl kleiner und großer Erfolgsgeschichten aus zwei Jahrzehnten, denn wer sich nicht feiert, hat schon verloren.





»Sie kommen nicht durch«

2010 konnte das Bündnis »Dresden Nazifrei« den rechten »Gedenkmarsch« zur Bombardierung Dresdens stoppen. Bei Minusgraden blockierten 12 000 Menschen friedlich die Straßen und zwangen die Nazis zur Umkehr, 2011 waren es über 20 000. Die rechte Mobilisierung zum 13. Februar verlor an Zulauf.

Ausverkauf verhindert

2006, inmitten der neoliberalen Privatisierungswelle, verhinderten die Freiburger*innen den Verkauf der städtischen Sozialwohnungen. Beim Bürgerentscheid der Initiative »Wohnen ist Menschenrecht« stimmten 70 Prozent mit Nein. Die Kampagne fand in vielen Städten Nachahmer*innen.

My body, my choice

2018 votierten in Irland 66 Prozent gegen das strengste Abtreibungsgesetz Europas. Seit 2019 sind Abbrüche legal und kostenfrei. Feministische Streiks, Demonstrationen, Haustürgespräche und selbstorganisierte Abtreibungshilfe konnten den nötigen Druck aufbauen und Mehrheiten überzeugen.

Streik der Häfen

2006 wollte die EU-Kommission die Dienstleistungen in den Häfen deregulieren. Dagegen streikten europaweit rund 40 000 Hafenarbeiter*innen und brachten das EU-Parlament dazu, das Gesetz abzulehnen.

Stadt ohne Angst

Dass Menschen ohne Papiere Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen, Kultur erhalten, ohne kontrolliert zu werden, dafür kämpft die Bewegung der »Sanctuary/Solidarity Cities«. In New York wurde 2015 ein Stadtausweis für alle, egal mit welchem Pass, eingeführt. In Zürich ist die »Züri Card« auf dem Weg. Kleine Schritte in die richtige Richtung.



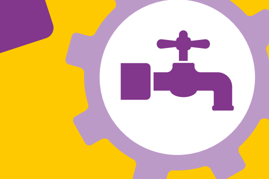
















Wasser bleibt Gemeingut

Als erster Europäischer Bürgerinitiative gelang es »Right2Water« (Recht auf Wasser) 2013, die nötigen Unterschriften für ein Quorum auf EU-Ebene zu sammeln. Das Bündnis konnte so mit knapp 1,9 Millionen Unterschriften die Wasserprivatisierungspläne in der EU vorerst stoppen.

Studium ohne Gebühren

Als letztes Bundesland nahm Bayern 2013 die allgemeinen Studiengebühren zurück, die sieben Bundesländer 2006 eingeführt hatten. Der geplante Einstieg ins Bezahlstudium wurde zum Auslaufmodell. Mit Demos, Unibesetzungen, Gebührenboykott und Blockaden haben sich Studierende jahrelang gewehrt – und schließlich gewonnen.

WAS BEWEGT DIE »GENERATION GRETA«?

MAX LILL



Die Lebenswelten von Jugendlichen sind von Klassenspaltungen durchzogen. Doch es gibt gemeinsame Hoffnungen, die sich von links ansprechen lassen.

MAX LILL ist Sozialwissenschaftler und aktiv in der Bewegung für Klimagerechtigkeit. Er hat zu Musik und Jugendkultur geforscht, Arbeits- und Reproduktionsansprüche untersucht, über Krisenerfahrungen und Rechtsextremismus geschrieben. Gerade promoviert er zum Thema »Demokratisches Charisma«.

Es gibt sie noch, die Hoffnung stiftenden Großtrends. Zu ihnen zählt die Rückkehr einer progressiven, aktivistischen Jugend auf die Bühne der Weltpolitik. Fridays for Future (FFF) ist dafür nur das offensichtlichste Beispiel und Teil eines längeren Zyklus, der im Nachgang der Krise 2008/09 begann.

Deutschland gehört dabei eher zu den Nachzüglern, Jugendstudien unterstreichen aber auch hierzulande: Nach einem Rückgang des politischen Interesses in den 1990er und 2000er Jahren zugunsten stärker »egotaktischer« Orientierungen betont die »Generation Greta« zunehmend solidarische Werte (Albert et al. 2019; Calmbach et al. 2020). Sie fordert ihre verkaufte Zukunft zurück – nicht nur indem sie sich (eindeutig klassenübergreifend!) für konsequenten Umwelt- und Klimaschutz ausspricht. Eine (wachsende) Mehrheit positioniert sich auch in anderen zentralen Fragen links der Mitte: bei sozialer Sicherung und Reichtumsverteilung, bei Mietenpolitik und öffentlicher Daseinsvorsorge oder bei Themen wie Arbeits- und Gleichstellungspolitik, Migration und Rassismus, Friedenssicherung und Netzpolitik.

Dennoch beschreibt sich nach wie vor nur eine Minderheit als politisch interessiert und engagiert. Es dominieren Gefühle der Distanz und Ohnmacht gegenüber organisierter Politik, insbesondere gegenüber Parteien. Das gilt speziell, aber nicht nur, für prekäre Klassenlagen, von denen junge Menschen überdurchschnittlich häufig betroffen sind. Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass Jugendliche sich in ihren Erfahrungen und Ansprüchen nicht repräsentiert sehen und mehr Mitgestaltungsrechte einklagen. Die ausbleibende Wende beim Klimaschutz, die Urheberrechtsreform (Stichwort: Uploadfilter)

und jüngst das politische Versagen bei Infektionsschutz, Digitalisierung und Entlastung in den Schulen haben diese Grundwahrnehmung weiter verschärft (Andresen et al. 2020).

Dieses kritische Potenzial hat sich im angloamerikanischen Raum mit den Kampagnen um Corbyn und Sanders, trotz zuletzt schwerer Rückschläge, auch in eine Renaissance des demokratischen Sozialismus übersetzt. In Deutschland erweist es sich (nach dem Intermezzo der »Piraten«) dagegen bisher vor allem als Wasser auf die Mühlen des grünen Regierungsprojektes. Zwar gelang es der Partei DIE LINKE, den Anteil ihrer Mitglieder im Alter von bis zu 30 Jahren seit der Jahrtausendwende auf rund 20 Prozent nicht weniger als zu verzehnfachen – womit sie heute noch vor den Grünen die einzige Partei ist, in der junge Menschen etwa entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung vertreten sind (Niedermayer 2020). An den Wahlurnen erreicht sie in dieser Altersgruppe aber weiterhin nur durchschnittliche Werte, während die Grünen seit der letzten Bundestagswahl ihren Wähleranteil auf rund 30 Prozent nahezu verdreifachen konnten. Bei einer Befragung von FFF-Aktiven gaben sogar 62 Prozent an, in den Grünen zumindest das kleinste Übel zu sehen, nur 10 Prozent neigten zur LINKEN. Selbst unter den in derselben Studie befragten Auszubildenden bei Opel lagen die Grünen mit rund 25 Prozent deutlich vor allen anderen Parteien (LINKE: 7 Prozent) – wobei hier der Anteil jener, die sich der Wahl enthalten oder marginale Parteien unterstützen, mit 38 Prozent noch deutlich größer ist (Karg/Laßhof 2021).

Welche Erfahrungen und Stimmungslagen drücken sich darin aus? Und wie könnte eine erfolgreichere Ansprache von links aussehen?

PRAGMATISCHES »RE-GROUNDING« – KLEINBÜRGERLICH ODER SOLIDARISCH?

Bei einer Annäherung an diese Fragen sollte eines klar sein: Das generalisierte Sprechen über ›die Jugend von heute‹ ist ideologisch vermintes Gelände. Dies nicht nur, weil jede Generation in sich widersprüchlich und nach Klassenmilieus vielfältig differenziert ist. In den Jahrzehnten marktradikaler Politik und sozialer Fragmentierung haben sich auch jugendliche Lebenswelten weiter auseinanderentwickelt (Lill 2016).

Das gilt zum einen vertikal mit Blick auf Familieneinkommen und Bildungszugang: Die soziale Mobilität, vor allem aus den unteren Statuspositionen heraus, hat abgenommen. Klassenspaltungen haben sich verfestigt und bilden den am stärksten prägenden Einflussfaktor für Handlungsorientierungen und Zukunftserwartungen. Aber auch quer zur hierarchischen Schichtung sind Werthaltungen und Prioritäten weit ausdifferenziert: Bei einem Teil der Jugendlichen überwiegt, wenn auch inzwischen deutlich gedämpft, die Suche nach kreativer Selbstverwirklichung und Grenzüberschreitung (die Sinus-Studien sprechen von »Charisma«-Orientierung, typischerweise verbunden mit einem Streben nach Höherqualifizierung). Ein anderer Teil betont dagegen verstärkt traditionelle Formen der Autorität und Heimatverbundenheit, was mit einer größeren Empfänglichkeit für Ressentiments und antidemokratische Aussagen korreliert (wobei solche Einstellungen insgesamt schwächer ausfallen als in der Gesamtbevölkerung und langfristig eher abnehmen).

Diese Unterschiede übersetzen sich allerdings nicht in eine klare Lagerpola-

risierung, wie sie als wenig trennscharfe Unterscheidung zwischen »Kosmopoliten« und »Populismus-Geneigten« heute in den Strategiedebatten fast aller Parteien herumgeistert. Als übergreifende Trends verbindet die Lebenswelten nämlich nicht nur eine nach wie vor pragmatische Haltung, die scheinbar Widersprüchliches flexibel verbindet und kooperative Problemlösung mehr schätzt als scharfe Frontbildung und radikale Parolen. Es zeigt sich auch insgesamt eine gewachsene Betonung sozialer Werte wie Gerechtigkeit, Geborgenheit und Altruismus, gepaart mit Idealen wie Leistungsbereitschaft, Expertise und Selbstbestimmung.

Die Sinus-Studien sprechen von »Re-Grounding«: Angesichts der Wahrnehmung zunehmender gesellschaftlicher Desintegration wird eine tiefere Verankerung in Nahweltbeziehungen gesucht. Selbstsorge und Ernsthaftigkeit stehen hoch im Kurs. Bescheidene, auf Sicherheit bedachte Hoffnungen treten hervor: Stabile Freundschaften, dauerhafter und sinnvoller Beruf, eigene Wohnung und Kleinfamilie versprechen Schutz vor den aufziehenden Stürmen. Aus linker Sicht mag das als Rückzug auf bürgerliche Vorstellungen vom kleinen Glück beklagt werden. Positiv gewendet zeigt sich darin aber ein Impuls gegen Vereinzelung, Egoismus und Spaltung.

Die Grünen adressieren diese Bedürfnisse, indem sie versprechen, die »Fundamente des Vertrauens zu erneuern« (Habeck) – durch sozialökologischen Wandel und Reanimierung eines ordnenden Staates auf Basis breiter Mehrheiten, ohne große Brüche und Lagerkämpfe: ein pragmatischer Idealismus im Einklang mit der Konjunktur des post-neoliberalen Zentrismus. Trotz der zunehmenden Infragestellung sparpolitischer Dogmen auch im bürgerlichen Lager erscheint diese Perspektive jedoch objektiv unrealistisch. Nachhaltigkeit wird im politischen Mainstream hauptsächlich simuliert, während die Klima- und Biodiversitätskrise rasant eskaliert. Nach dem Konflikt um die Abholzung des Dannenröder Forstes scheinen weitere Enttäuschungen vorprogrammiert – erst recht, wenn es im Herbst zu einer schwarz-grünen Bundesregierung kommen sollte.

Die Repräsentationslücke könnte sich damit absehbar weiter öffnen. Welche Ansatzpunkte für eine linke Ansprache lassen sich in den Alltagserfahrungen Jugendlicher ausmachen?

WACHSENDER DRUCK IN SCHULE UND AUSBILDUNG

Eine akut durch Corona verschärfte Problematik betrifft die Ausbildungsbedingungen. Zum einen entscheidet der Zugang zu Abschlüssen gerade in Deutschland über Lebenschancen und stabilisiert so Klassenspaltungen. Zum anderen beschreiben Jugendliche aller Lebenswelten insbesondere die Schule als Ort der Missachtung von Beteiligungsansprüchen. Die Unterdrückung von Eigeninitiative und kreativen Lösungen beim Infektionsschutz hat die Wut über Kultusministerien und Schulbürokratien nun hochkochen lassen – zumal sich bereits im April 2020 eine große Mehrheit der Jugendlichen kritisch gegenüber schnellen Schulöffnungen zeigte und ein vorsichtiges Vorgehen bei Lockerungen einforderte (Sinus-Jugendstudie 2020; Andresen et al. 2020). Diese Erfahrungen könnten im Wahlkampf offensiv zugunsten einer besseren Ausstattung und partizipativen Reform des Ausbildungswesens aufgegriffen werden.

Die Zuspitzung durch Corona verweist zugleich auf etwas Grundlegendes: Durch den inzwischen früh einsetzenden Druck zur Anpassung an Qualifizierungszwänge und standardisierte Leistungsnormen wurden Freizeitjugendkulturen, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts relativ eigenständige, popmusikalisch gerahmte Experimentierfelder und oft auch Räume der Politisierung bildeten, stark zurückgedrängt (Lill 2011). Viele Jugendliche, nicht nur in unteren Soziallagen, beklagen heute massiven Zeit- und Wettbewerbsstress. Besonders Mädchen und junge Frauen antizipieren schon früh Vereinbarkeitsschwierigkeiten durch entgrenzte Erwerbsarbeit und den damit nahegelegten Rückzug auf eine klassische Arbeitsteilung in den Familien. All das entzieht jugendlichen Lebenswelten die für linke Politik so wichtigen konkret-utopischen Energien und hat erhebliche psychische Folgen: Es mehren sich, nicht erst seit dem Lockdown, Hinweise auf eine Zunahme von Einsamkeit, Depressionen und Ängsten.

Insofern ist es irreführend, wenn Klaus Hurrelmann und Erik Albrecht das Engagement der FFF, in Analogie zu den 68ern, auf eine vermeintliche Entlastung weiter Teile der »Generation Greta« von (v. a. beruflicher) Unsicherheit und Zukunftssorgen zurückführen (Hurrelmann/Albrecht 2020a, 2020b): Die letzte Shell-Studie (deren Erhebungen in der Initialphase von FFF Anfang 2019 stattfanden) stellte im Gegenteil fest, dass die Zuversicht gerade in den mittleren und höheren Schichten abgenommen hat. Die zu diesem Zeitpunkt noch verbesserte Ausbildungslage durch den Aufschwung ab 2010 und den demografischen Wandel wirkte sich eher bei den unteren Schichten ermutigend aus (wenn auch auf niedrigerem Niveau) (Shell-Jugendstudie 2019).[1] Das Klischeebild der privilegierten, selbstbewussten Mittel- und Oberschichtenkids, die sich den Klimaprotest ›leisten‹ können und die Generation sogar noch weiter spalten, ignoriert nicht nur, dass die Furcht vor Naturzerstörung und wachstumskritische Positionen in allen Schichten stark zugenommen haben. Es bagatellisiert auch die alltäglichen Sorgen jenseits der 20 Prozent der ›Abgehängten‹.

VERTRAUENSVERLUST UND KOLLEKTIVE WISSENSANEIGNUNG

Dabei fällt es natürlich nicht schwer, die gehobene, politisch besonders aktive und stark weiblich geprägte »postmaterielle« Lebenswelt (Sinus-Jugendstudie 2020) bei FFF wiederzuerkennen: Demonstrationsbefragungen zeigten 2019 in Europa eine klare Dominanz höherer Bildungslagen (auch bei den Eltern) (Haunss/Sommer 2020, 15ff). Eine Mehrheit ordnete sich der oberen Mittelschicht zu. 83 Prozent sahen sich politisch links der Mitte, Tendenz im Mobilisierungsverlauf steigend (wobei nur 12 Prozent zur LINKEN tendierten und 43 Prozent keiner Partei nahestanden). Zwischen März und November 2019 nahm die Unzufriedenheit mit der real existierenden Demokratie unter den befragten Jugendlichen weiter signifikant zu, während die Zuversicht, den Klimawandel politisch oder durch verändertes Konsumverhalten eindämmen zu können, zurückging. Statt einer oft behaupteten Spaltung zwischen Konsum- und Systemkritik (Karg/Laßhof 2021), Reformismus und Radikalisierung zeichnet sich ein beschleunigter Verlust an Vertrauen in die Lösungskom-

petenz von Regierung und Unternehmen ab (in den meisten Ländern lagen beide Werte unter 10 Prozent). Hoffnung weckt dagegen bei ca. 80 Prozent der Demonstrierenden die Expertise der Wissenschaften.

Darin zeigt sich eine Parallele zwischen Corona und Klima als Politisierungsthemen: In beiden Fällen spielen Prozesse der kollektiven Wissensaneignung in kritischen Teilöffentlichkeiten und Bündnisse mit medial und politisch zunehmend präsenten Forscher*innen eine Schlüsselrolle. Gretas »Unite behind the science!« steht dabei keineswegs für einen naiven Glauben an den einen objektiven Wissenschaftsstandpunkt, von dem aus politische Aushandlungen umgangen werden könnten. Als skandalös wird vielmehr empfunden, dass sich weite Teile von Politik und Medienöffentlichkeit als unfähig oder nicht willens erweisen, selbst grundlegende Erkenntnisse in einer Notlage zu rezipieren, ehrlich zu kommunizieren und in nachvollziehbare Entscheidungen zu übersetzen. Das desaströse Corona-Management hat wie im Zeitraffer vorgeführt, was auch in der Klimapolitik so empörend wirkt: die Dominanz kurzfristiger korporativer (Kapital-) Interessen, gegenwartsfixierter Verdrängung und populistischer Instinkte.

Die LINKE ist angesichts dessen gut beraten, sich weder allein auf ihren ›Markenkern‹, die soziale Frage, noch auf Protest und Systemkritik zu beschränken. Die Grünen werden auch deshalb stärker gewählt, weil bei ihnen mehr fachliche – insbesondere ökologische – Expertise und Reformkonzepte vermutet werden. Wichtig wäre daher, neben jungen Aktivist*innen auch engagierte Fachleute und Intellektuelle prominenter aufzustellen und die inhaltliche Debatte über konkrete Umbauprojekte zu forcieren.

Zudem sollte Abstand genommen werden von der im linken Flügel der Klimabewegung verbreiteten Grundskepsis gegenüber technologischen Lösungsansätzen, die oft pauschal als bloße Effizienzstrategien eines »grünen Kapitalismus« diskreditiert werden. Zu betonen wäre vielmehr, dass die kurzfristige Kostensteuerung entlang von Verwertungsinteressen nachhaltige Innovationen blockiert. Den jungen hoch qualifizierten Lohnabhängigen ist dies oft besonders bewusst, weil es als Dauerkonflikt um Gestaltungsspielräume die eigene Arbeitserfahrung prägt und dabei Fragen nach öffentlicher oder privater Kontrolle aufwirft.[2] Einstiegsprojekte sollten insofern als Bemühen präsentiert werden, das kollektive Wissen und die Kooperationsfähigkeit der Beschäftigten von ihren engen betriebswirtschaftlichen Fesseln zu befreien – statt zu signalisieren: Wir haben schon die fertigen Antworten.

UNSICHTBARES POLITIKPROGRAMM UND PERSONALE REPRÄSENTATION

Zugleich muss es darum gehen, jenes »unsichtbare Politikprogramm« (Kohl/Seibring 2012) zu adressieren, das sich auch in den weniger bildungsorientierten Lebenswelten nachweisen lässt. So zeigen sich etwa in den vom Sinus-Institut als »prekär« und »konsum-materialistisch« beschriebenen Lebenswelten starke Ungerechtigkeitserfahrungen aufgrund von Armut oder Diskriminierung. Neben schulischem Druck und fehlenden Räumen zur Freizeitgestaltung sind Fragen von Wohnungsnot, Altersvorsorge und Zuwanderung in den Alltagserzählungen dieser Jugendli-

chen sehr präsent. Sozialstaat und kommunale Infrastrukturen sind klar positiv besetzt.

Auch in der »experimentalistischen« Lebenswelt in mittleren Bildungslagen, in der noch am deutlichsten eine szenespezifisch ästhetisierte Abgrenzung vom Mainstream und hedonistisches Vergnügen gesucht werden, lassen sich viele anschlussfähige Themen ausmachen: Gentrifizierung, Armut und Reichtum, die Kontrolle des öffentlichen Raumes.

All dies wird aber kaum als politisch verstanden. Denn ›Politik‹ erscheint als ferne, höchst uninteressante Veranstaltung. Wo diese Fremdheit punktuell aufbricht, macht sich an konkreten Personen fest, die in der medialen oder lokalen Öffentlichkeit präsent sind und habituell als nahbar und authentisch empfunden werden.

Das verweist auf die zentrale Bedeutung personaler Repräsentation (Lill 2020, 58–63). Durch alle Lebenswelten hindurch vermissen Jugendliche Politiker*innen, die Identifikationspotenzial bieten. Neben empathischer Gemeinwohlorientierung werden dabei, besonders in den eher emanzipatorisch ausgerichteten Lebenswelten mit »Charisma«-Orientierung, Lernfähigkeit und Selbstkritik als wichtige Eigenschaften hervorgehoben (Sinus-Jugendstudie 2020, 431 ff). Auch ästhetische Signale sind hier, wie in den »konsum-materialistischen« und »prekären« Lebenswelten, besonders wichtig.

Das Erscheinungsbild und die Organisation von Kampagnen sollten im Lichte solcher Befunde weiterentwickelt werden. Vom Obama-Wahlkampf 2008 über »Momentum« (UK) bis hin zu Sanders, Ocasio-Cortez und »Sunrise« (USA) liegen inzwischen genügend Beispiele für partizipative Online- und Grassrootskampagnen mit zeitgemäßer Ikonografie vor. Warum also nicht Aufträge und Ressourcen für das Design von Plakaten, Videoclips und Memes an das Heer junger, prekärer Künstler*innen vergeben und lediglich ein Framing vorgeben, das an der Basis kreativ und zielgruppenspezifisch gefüllt werden kann?

DAS UNTERGRÜNDIG GÄRENDE UND GRETAS SPIRIT

Bei alledem käme es darauf an, nicht nur gefestigte Einstellungsmuster oder aktuelle Stimmungslagen, sondern auch untergründig Gärendes anzusprechen, bzw. zunächst überhaupt nach Zugängen in dieses Halb- und Unbewusste zu suchen – emotional und glaubwürdig, jenseits gewohnter Empörungsrituale und (notwendiger) programmatischer Komplexität. Die »Generation Z« neigt aus Verunsicherung zwar erkennbar dazu, eher konventionelle Lebensentwürfe zu idealisieren und soziale Harmonie zu suchen, womit ältere gegenkulturelle Muster linker Dissidenz und Negation nur noch wenigen attraktiv erscheinen. Doch dieses Bild weist Risse auf. Unter der Oberfläche der in Jugendstudien oft betonten persönlichen Zuversicht, die auch autosuggestiv wirken kann, schwelt die Erkenntnis, dass die universelle Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse selbst bescheidene Lebensträume bedroht. Mit der Pandemie sind die Einschläge näher gerückt und der im Frühjahr 2020, nach Jahren der Desillusionierung, kurzzeitig noch einmal gewährte Vertrauensvorschuss wurde von den Regierungen spektakulär fahrlässig verspielt.

Vor diesem Hintergrund dürften weder grüne Aufbruchsrhetorik noch linke Fortschrittserzählungen oder gar Dogmen jedweder Art weit tragen. Das Streiten für eine Nachhaltigkeits- und Care-Revolution kann aber als vernunftgeleitetes Projekt kollektiver Überlebenssicherung überzeugen – wie auch als Suche nach resonanzfähigen Weltbeziehungen (Rosa 2016) im Konflikt mit der Kultur routinisierter Verdrängung.

Es dürfte jedenfalls kein Zufall sein, dass ausgerechnet eine über Jahre gemobbte, nerdige Außenseiterin mit buchstäblich ›pathologischer‹ Unangepasstheit Millionen zum Protest inspirierte und den Klimadiskurs machtvoll verschob. Greta Thunberg sprach eine bis dahin (auch in der Linken) tabuisierte Angst und Trauer aus. Sie machte die »Krise der Vorstellungskraft« (Luisa Neubauer) sichtbar, indem sie uns zwang, einem immer wahrscheinlicher werdenden apokalyptischen Szenario ins Auge zu blicken. Zugleich verkörperte sie den Umschlag von Ohnmacht in Aktivismus: Bis zum Schulstreik eher der Typus der ›Skeptisch-Unauffälligen‹ mit Sympathie für andere ›Schwache‹, dem in Shell-Studien rund ein Viertel aller Jugendlichen zugerechnet wird, trat sie unvermittelt aus dem Schatten, um im Spiegel der Weltöffentlichkeit Politisches mit höchst Intimem zu verschmelzen (sehr dicht eingefangen im Film »Ich bin Greta« von Nathan Grossman). Als Epizentrum der Bewegung revitalisierte sie damit eine säkulare Spiritualität, die sich aus tiefer Bindung an eine am Abgrund stehende Welt speist.[3] Im Schwinden verheißungsvoller Zukünfte braucht die Linke diesen Spirit dringender denn je.

LITERATUR

Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun, 2019: Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort, 18. Shell-Jugendstudie, Hamburg

Andresen, Sabine et al., 2020: »Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen« – Jugendalltag 2020, Hildesheim

Calmbach, Marc et al., 2020: Sinus-Jugendstudie 2020 – Wie ticken Jugendliche?, Bonn

Diez, Georg, 2019: Angst und Endlichkeit – Greta Thunbergs »How dare you«, in: taz, 28.9.2019, https://taz.de/Greta-Thunbergs-How-dare-you/!5627066/

Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz (Hg.), 2020: Fridays for Future. Die Jugend gegen den Klimawandel, Bielefeld

Hurrelmann, Klaus/Albrecht, Erik, 2020a: Fridays for Future als Sinnbild ihrer Generation, in: Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz (Hg.): Fridays for Future. Die Jugend gegen den Klimawandel, Bielefeld, 227–236

dies., 2020b: Generation Greta. Was sie denkt, wie sie fühlt und warum das Klima erst der Anfang ist, Weinheim

Karg, Luca/Laßhof, Maurice, 2021: Die Jugend kriegt die Krise(n), Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/2021

Kohl, Wiebke/Seibring, Anne (Hg.), 2012: »Unsichtbares« Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von »bildungsfernen« Jugendlichen, Bonn

Lill, Max, 2011: Populärästhetik – Subjektivität – Öffentlichkeit. Sinnliche Aneignungsweisen zwischen Fordismus und flexiblem Kapitalismus, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7–8/2011

ders., 2016: The Kids Are Alright? Ausgewählte Befunde aktueller Jugendstudien, Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.rosalux.de/publikation/id/8676

ders., 2020: Vom Stigma zur Gegenmacht. Demokratisches Charisma und politisch-kulturelle Polarisierung, in: Sozialismus 1/2020

Nickel, Hildegard Maria/Hüning, Hasko/Frey, Michael/Lill, Max, 2021: Reproduktion. Partizipation. Sozialbeziehungen. Fach- und Führungskräfte in der betrieblichen Transformation, Weinheim

Niedermayer, Oskar, 2020: Die soziale Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften, Bonn

Rosa, Hartmut, 2016: Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung, Berlin

TUI-Stiftung, 2020: Junges Europa 2020. So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren. Die Jugendstudie der TUI-Stiftung, Hannover

1 Auch in anderen europäischen Ländern haben sich Zukunftserwartungen schon vor Corona eingetrübt; vgl. Junges Europa. Die Jugendstudie der TUI-Stiftung 2020.

2 Vgl. am Fall Deutsche Bahn: Nickel et al. 2021, 62ff.

3 Angelehnt an Martin Hägglunds marxistisch inspirierte Skizze eines »säkularen Glaubens«; vgl. Diez 2019

EIN FLIRT MIT FOLGEN
EINE KLEINE GESCHICHTE DER GRÜN-SCHWARZEN ANNÄHERUNG

ELSA KOESTER

Eine grüne Kanzlerin regiert im Team mit Armin Laschet? Dieses Szenario ist wahrscheinlich geworden, seit die einstigen Protagonisten der schwarz-grünen Annäherung in der zweiten Reihe Platz nehmen mussten. Die Romanze zwischen Markus Söder und Robert Habeck hilft zu verstehen, wie es zu diesem Projekt kommen konnte.

Hach, als der Robert da war! Der Robert! Als Franziska Schubert in Görlitz an den Besuch ihres Parteichefs dachte, verwandelten sich ihre Augen in zwei glänzende runde Tore in die grüne Zukunft, ja, durch die Kulleraugen der sächsischen Grünen-Politikerin kann jeder sie sehen: Da sind glückliche Kinder, die saubere Luft atmen. Da sind grüne Landschaften, die unter einem blauen Himmel voller (natürlich ganz leise surrender) Windräder lachen. Da ist grüner Strom, er fließt durch grüne Leitungen in ein grünes … nein, halt, in ein weißes Auto von … Ja, ich schwöre: Da ist ein Tesla. Und er ist sexy. Ein verdammt sexy Tesla, wie David Hasselhoffs K.I.T.T., wisst ihr noch, K.I.T.T., das sprechende Auto, das die Welt in Knightrider vor allem Bösen rettete? Genau der. Nur in weiß. In Zukunft. In Tesla. In Görlitz war Franziska Schubert Bürgermeisterkandidatin, im Mai 2019, es war Wahlkampf, Europawahl und Landtagswahl, und ihr Parteichef Robert Habeck war gerade dort gewesen. Smart, sympathisch, verwuschelt, grün.

Und sexy. Das finden alle. Sogar die Union. Schon nach den Landtagswahlen 2012 in Schleswig-Holstein sagte es CDU-Ministerpräsident Peter Harry Carstensen: Er hätte sich für seine Partei eine Koalition mit den Grünen vorstellen können, »aber nur, weil es Robert gab«. 2017 dann gab es wegen Robert Jamaika in Schleswig-Holstein, die zweite schwarz-grün-gelbe Koalition auf Landesebene, die wenige Monate später beinahe auch auf Bundesebene zustande gekommen wäre, aber

scheiterte – wegen Christian. Aber je näher die Bundestagswahlen 2021 rücken, desto lauter heult das Gespenst einer schwarz-grünen Bundesregierung durch die Talkshows, politischen Feuilletons und Debatten. Denn auch ein Markus Söder spürt die Attraktivität von Roberts Lenden: »Ich glaube, dass Schwarz-Grün einen großen Reiz hätte, weil beide politischen Kräfte die ganz großen Fragen unserer Zeit im Blick haben, wie die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie. Das wäre aktuell das interessanteste politische Angebot«, sagte der bayerische Ministerpräsident Ende 2020 im *Spiegel*-Doppelinterview mit dem Grünen-Chef.

ELSA KOESTER ist freie Autorin und arbeitet als Redakteurin bei der Wochenzeitung *Der Freitag*.

SCHWARZ-GRÜNES FLIRTEN

Es ist bizarr: Schwarz-Grün als kommende Koalition gilt seither fast schon als ausgemacht. Dabei könnten die Wahlen ganz anders ausgehen. Rötlicher etwa. Oder: gelber. Und trotzdem. Und trotzdem war da diese ›Öffentlichkeit‹, die sie wollte irgendwie, Markus Söder und Robert Habeck, sie saßen bei Anne Will, und die wollte nicht nachgeben: Na, gibt es schon eine Idee, na? Schwarz-Grün? Kanzlerschaft? Na? Und während sie Söder löcherte, flirtete Habeck schon so heftig mit dem Gelöcherten, dass die Luft brannte, trotz Tausender Kilometer zwischen Berlin und Bayern, trotz berührungsloser Videoschalte, trotz Social Distancing, allem zum Trotz gab es da dieses Knistern, Söder und Habeck, Habeck und Söder.

Habeck weiß, wie man flirtet. Immer schön auf Distanz halten. Bei der Frage, was er denn von Schwarz-Grün halte, antwortet er stets: »Ich wurde gefragt, welche Konstellation ich mir wünsche, und das wäre eine grün geführte Regierung mit der SPD.« Nun fehlt in dieser Wunschkoalition eine Farbe, und da das nicht nur die LINKE weiß, sondern auch Markus Söder, nimmt er dieses Habeck'sche Zwinkern mit dem überlegenen Lächeln der Angebeteten hin.

WER HÄTTE ES GEDACHT

Es ist keine drei Jahre her, da lag ein schwarz-grünes Bündnis auf Bundesebene in weiter Ferne. 2018 war der Höhepunkt der Polarisierung zwischen dem rechten und dem linken

Lager in Deutschland erreicht. Die Rechte erstarkte seit der Gründung der AfD und den rechtsradikalen Pegida-Mobilisierungen 2014, der Einzug der AfD in die Parlamente mündete 2017 in einen Stimmenanteil von 12,6 Prozent bei den Wahlen zum Bundestag. Die CDU wurde wegen einer Angela Merkel, die für die als »Grenzöffnung« bezeichnete Entscheidung, an den Grenzen und auf der Balkanroute nicht mit Waffen auf Hunderttausende Geflüchtete loszugehen, von Rechten als »sozialdemokratisch« bezeichnet. Im bayerischen Wahlkampf hingegen entschied sich Markus Söder für die andere Richtung: Er trat in Horst Seehofers Fußstapfen und versuchte, der AfD in Sachen rechter Hetze hinterherzujagen. »Der Islam gehört nicht zu Deutschland«, hatte Horst Seehofer im März 2018 gesagt, Migration sei die »Mutter aller Probleme« im September, und als Krönung bezeichnete er die Abschiebung von 69 Migrant*innen nach Afghanistan quasi als Geschenk zu seinem 69. Geburtstag. Im Streit um die Zurückweisung von Geflüchteten direkt an der Grenze zerlegte Seehofer nicht nur beinahe die Union, sondern auch die Bundesregierung in Berlin. Im unionsinternen Kampf mit der CDU stärkte Söder Seehofer noch im Juni den Rücken und sagte jenen Satz, der inmitten der Skandale einen richtigen Skandal auslöste: »Wir müssen endlich den Asyltourismus beenden.«

Robert Habeck hingegen kämpfte 2018 gegen die Aussetzung des Familiennachzugs. Er postete Kinderfotos von sich; er schlug ein Einwanderungsgesetz vor und die Einrichtung von Kontingenten für Geflüchtete, damit sie die gefährliche Fluchtroute nicht auf sich nähmen. Abschiebeverfahren hingegen wollte Habeck durchaus beschleunigen. Dass die Grünen 2018 so selbstverständlich den anderen Pol zur AfD bildeten, hat vielleicht mehr mit ihrer Position in der Parteienlandschaft zu tun als mit realpolitischen Vorschlägen. Anders als es sich für die CDU, die LINKE und die SPD darstellte, waren die Grünen und ihre Unterstützer*innen in ihrer Haltung zur Asyl- und Migrationspolitik nicht gespalten. Mit anderen Worten: Bei der Bundestagswahl 2017 wanderten von den Unionswählenden 980 000 zur AfD ab, von der SPD 470 000, von der LINKEN 400 000 – und von den Grünen 40 000.

Diese Spaltung begann keineswegs erst 2018, doch fand sie in diesem Jahr ihren Höhe- und Wendepunkt. Nachdem die linke Zivilgesellschaft seit 2014 wie gelähmt auf die bis ins Bürgerliche hinein anschlussfähige Mobilisierung der extremen Rechten gestarrt hatte, begann sie 2018, aktiv zu werden. Die zivile Seenotrettung fand Verstärkung und machte das Sterben auf dem Mittelmeer sichtbar: durch Rettungsschiffe voller beinahe ertrunkener Menschen, die vor den Häfen Europas warteten.

Die Zeit verdeutlichte, beabsichtigt oder nicht, mit einer Schlagzeile, was hier eigentlich verhandelt wird: Sollen wir sie sterben lassen? Im August dann Chemnitz: Nach der Messerstecherei auf einem Stadtfest, bei der ein Mann erstochen wurde, instrumentalisierte die AfD die Trauer für den Versuch einer rechten Diskursverschiebung. Seite an Seite demonstrierten AfD-Kader der ersten Reihe mit Neonazis.

Die gesellschaftliche Linke bewegte sich endlich. Die Seebrücke gründete sich, bundesweit entstanden Organisationen, die sich für sichere Fluchtwege und die Aufnahme von Geflüchteten aussprechen. Über 100 Städte erklärten sich zu »sicheren Häfen«. In

München demonstrierten im Juli, inmitten des Söder'schen Wahlkampfs, Zehntausende gegen die Hetzrhetorik der CSU, und in Berlin versammelten sich im Oktober 240 000 Menschen unter dem Hashtag #unteilbar.

WO DIE LIEBE HINFÄLLT

Und dann entschied sich Markus Söder eben um. Das Wort »Asyltourismus« will er plötzlich nicht mehr verwenden. Bei einer Rede im Festzelt von Anger bei Berchtesgaden dankte er den Bürgermeister*innen, Kirchen und Flüchtlingshelfer*innen für ihren Einsatz seit 2015: »Vergelt's Gott. Wenn es um Humanität geht, dann steht Bayern, dann macht Bayern.« Kehrtwende. Noch im Juni hatte Söder verkündet, zu seiner Abschlusskundgebung im Landtagswahlkampf komme »keine Bundeskanzlerin, sondern ein Bundeskanzler«: der österreichische Regierungschef Sebastian Kurz. Im August kündigte er dann einen gemeinsamen Auftritt mit Angela Merkel an, auf dem Europa-Symposium in Ottobeuren. Und vier Tage vor der bayerischen Landtagswahl, einen Monat nach der Seehofer'schen Problemvermutterung der Migration, schaffte Söder es gar, den Satz »Die Migration is' ja ned per se ein Problem« in das Mikro des Bayerischen Rundfunks zu schnoddern.

Solch eine Wende um 180 Grad ist nicht neu in der Söder'schen Politbiografie, sie gehört schon seit seinen Jugendjahren zu seinem taktischen Repertoire. Mit 27 Jahren, Söder ist Landtags-Direktkandidat für seinen Stimmkreis in Nürnberg-West, nutzt er eine geplante Geflüchtetenunterkunft in Nürnberg als Steilvorlage für seinen Wahlkampf: Er lädt zur Versammlung 1994 bereits »besorgte Bürger« ins Wirtshaus »Brauner Hirsch«. 120 Menschen kommen, die Stimmung ist hitzig, am Ende wird eine Bürgerinitiative gegen das Wohnheim gegründet, »nicht zuletzt auf Betreiben des CSU-Orstverbandschefs Markus Söder«, schreiben die *Nürnberger Nachrichten*. Söder verspricht, seinen Einfluss zu nutzen, um das Wohnheim zu verhindern. Die CSU sieht sich damals der Konkurrenz durch die Republikaner ausgesetzt und will abspenstige Wähler*innen zurückgewinnen. Nach der Veranstaltung wird Söder jedoch Rassismus vorgeworfen, den er nicht nur weit von sich weist: Zudem lässt er die Junge Union eine Kampagne gegen Fremdenhass starten. Erst hetzen, dann in der Schlichtung den Helden spielen, das hat 2018 noch einmal funktioniert.

Diese Geschichte ist in der Söder-Biografie von Roman Deininger und Uwe Ritzer nachzulesen, die Söder als einen Politiker charakterisiert, dem es schlicht um Macht geht. Seine frühen Wegbegleiter bezeugen dies: Beziehungen und politische Situationen analysiere Söder klug – und nutze sie dann, um seine Position auszubauen. Markus Söder hatte 2018 keinen Anfall humanistischer Einsicht, vielmehr war die Einsicht eine andere: Die Jagd nach Stimmen im AfD-Lager ging arithmetisch nicht auf. Die Umfragen waren im Keller: 38 Prozent für die CSU. Söder musste handeln. Wenn die Union im rechten Lager unterginge – wo würde es dann im neu polarisierten Parteiensystem einen Platz für sie geben? Durch den im Sommer 2018 spürbaren Wandel der gesellschaftlichen Stimmung, machtvoll angeschoben durch die Mobilisierungen der aufschreienden linken Zivilgesellschaft, wurde Söder (der sich selbst gern als »Bauchdemoskop« bezeichnet) klar: Wenn ein blaues Schwarz nicht machbar ist, hilft nur die Flucht

nach vorne. Ins Grüne. »Ich war ja auch mal Umweltminister«, sagt Söder, »die Bewahrung der Schöpfung« habe ihn schon immer bewegt. So verliebte sich ein Markus Söder 2018 also in einen Robert Habeck.

GRÜNER KAPITALISMUS BEFLÜGELT

Doch wie schon gesagt: Söder und Habeck sind nur das wuschelige Personal, die Handlung ist eine andere. Wenn 2018 der Wendepunkt der gesellschaftlichen Stimmung war, dann war 2019 der Wendepunkt vom fossilen Industriekapitalismus hin zum grünen Kapitalismus. Am 15. Februar fand in Deutschland der erste große Streik der Fridays for Future statt, 30 000 Schüler*innen gingen auf die Straße. Am 15. März waren es 300 000. Am 20. September waren es 1,4 Millionen.

Mit dem zweiten Hitzesommer in Folge kam eine leise Ahnung nach Nordeuropa, wie die Auswirkungen der Klimakrise auch den globalen Norden treffen könnten. Erstmals wurde in Deutschland die Temperatur von 42 Grad überschritten. Es regnete kaum. In 1523 Bränden wurden 2711 Hektar Wald zerstört, so viel wie zuletzt 1977.

Die Gesellschaft begann, breiter über individuelle und strukturelle Maßnahmen zu diskutieren, um den CO_2-Ausstoß zu reduzieren. Es wurde über Flugscham diskutiert, Greta Thunberg segelte über den Atlantik zum Treffen der Vereinten Nationen, die Debatte über Elektroautos nahm an Fahrt auf. Am 12. November 2019 kündigte Tesla-Chef Elon Musk schließlich den Bau einer Gigafactory in Brandenburg an: In Grünheide wolle er eine Produktionsstätte für E-Autos und Batterien errichten. 100 000 Autos jährlich wolle Tesla produzieren, im Dreischichtbetrieb, an 24 Stunden am Tag, pro Schicht 2 100 Beschäftigte. Ostdeutschland soll also zum Autoland werden – was für eine Ankündigung ausgerechnet zum 30. Jubiläum des Mauerfalls.

Jahrelang war die politische Debatte von einer gesellschaftlichen Polarisierung geprägt, die keine Zukunft kannte: Auf den Tisch kamen Rassismus, Diskriminierung von Ostdeutschen, die Abwicklung der DDR. Die AfD rückte den Blick weit, weit zurück: Sie verteidigte nicht nur die deutsche White Supremacy, sondern auch das alte Familienmodell, patriarchale Geschlechterverhältnisse, die bürgerliche Lebensweise auf dem Land und in Kleinstädten, das Auto und das Einfamilienhaus. Wenn Grüne und Linke 2018 noch auf derselben Seite standen, wenn es um den gesellschaftlichen Entwurf von Vielfalt, Offenheit und Solidarität ging, konnten die Grünen 2019 etwas liefern, was niemand sonst vermochte: eine Zukunftsvision.

40 Jahre lang hatten die Grünen eine spezielle Expertise angesammelt, die 2019 endlich gebraucht wurde: Nachhaltigkeit. In einer gesellschaftlichen Situation, in der die Abgehängtheit der Peripherie durch die rechte Bedrohung von ebendort ins Zentrum rückte, in der Prekarität, Zukunftsangst und Kränkung der unteren Mittelschicht ins Licht rückten, musste einem Robert Habeck, stets darauf bedacht, durch pragmatische Politik die Mitte zu erreichen, klar werden: Wer als Volkspartei jetzt an die Regierung will, muss Perspektiven schaffen. Und zwar wirtschaftliche Perspektiven. Denn während die Grünen in den Jahren 2018/19 mit bis zu 24 Prozent auf Volkspartei-Größe anwuchsen, blieb das linke Lager insgesamt in der Minderheit. Rot-Rot-Grün schaffte es selbst im stärksten Grünen-Hoch auf nicht

mehr als 45 Prozent. Die Union hingegen hatte verstanden, dass sie an der Ökologie nicht mehr vorbeikommt. Sie wandte sich den Grünen zu. Und: Sie bietet die Möglichkeit, an jene untere Mittelschicht heranzukommen, die den Grünen bislang wenig zugeneigt war.

Die Tesla-Gigafabrik in Grünheide, die ab 2021 produzieren soll, steht wie kaum etwas anderes für die Zukunft der deutschen Wirtschaft: grüner Kapitalismus. Gutes Gewissen, bislang nicht wirklich nachhaltig, aber mit dem Versprechen, wirklich nachhaltig zu werden; wie eh und je auf Leistung und Ausbeutung setzend; erstaunlich unsozial, was die Arbeitsbedingungen betrifft; und den Osten ins 21. Jahrhundert katapultierend. Tesla versöhnt das grüne und das konservative Milieu der Mittelschicht. Tesla ist in ein ostdeutsch-US-amerikanisches Auto gegossenes Schwarz-Grün. Hach. So verliebte sich ein Robert Habeck also 2019 in einen Markus Söder.

WAS KÜMMERT'S DIE SEEADLER

Aber all das ist schon wieder so lange her: eine Pandemie, in der Annalena Baerbock sich profilierte und Habeck in sich versank; eine grüne Wildpferde-Fotoaffäre; eine CDU-Korruptionsaffäre; ein Hahnenkampf um die schwarze Kanzlerschaft. Verliebt ist nicht verlobt ist nicht verheiratet. Und nach der ersten wilden Liebe kommt bekanntlich die Zeit der Pickel-Entdeckungen. Unreine Haut gibt es genug zu finden: Der Habeck zum Beispiel spricht zwar viel davon, sich die Erziehungs- und Hausarbeit genau halbe-halbe mit seiner Frau geteilt zu haben – muss aber zugeben, dass dies seit seinem Leben als Spitzenpolitiker nicht mehr klappt. Naja, trotzdem ein Feminist. Ein Ex-Umweltminister Markus Söder etwa hat eigentlich keine so überzeugende Bilanz bei der Windkraft vorzulegen. Naja, trotzdem ein Bewahrer der Schöpfung. Tesla-Autos sind so groß und schwer, dass sie in ihrer Klimabilanz eigentlich nicht nachhaltig sind, naja. Trotzdem ein Zukunftstraum. Und Franziska Schubert von den Grünen in Görlitz? Kam in der ersten Runde der Oberbürgermeisterwahl auf beinahe 30 Prozent! Naja, dann musste sie in der Stichwahl ihre Kandatur zurückziehen – und die CDU unterstützen, um die AfD zu verhindern. Trotzdem, ein Hauch von Habecks Sexyness auf sächsischen Landschaften.

Es gibt da noch eine sehr interessante Geschichte in Claudia Reshöfts Habeck-Biografie. Die Windenergie soll ausgebaut werden, im Kreis Plön in Schleswig-Holstein. Die Gemeinde sorgt sich um die Seeadler, die sich dort angesiedelt haben. Der Umweltminister Habeck fährt hin. Er hört sich die Sorgen an, nimmt sie ernst und verspricht, sich dafür einzusetzen, dort doch keine Windräder aufzustellen. Ein paar Wochen später schreibt er der Gemeinde einen Brief: Sorry, die Pläne lassen sich leider doch nicht mehr ändern. Noch heute erzähle man sich in dem kleinen Dorf von dem Besuch des Ministers, schreibt Reshöft: Persönlich habe der sich entschuldigt! So ernst nahm er die Sorgen der Dorfbewohner*innen. Der Habeck. Naja, was kümmert's die Seeadler. Der grüne Weg durch schwarzes Land ist lang, sagt Franziska Schubert in Görlitz. Hach.

Dies ist eine aktualisierte Fassung von »Hach, der Robert – über grüne und schwarze Gewinnertypen«, erschienen im April 2021 auf LuXemburg-Online.

DAS GRÜNE PROJEKT

LIA BECKER UND SARAH NAGEL

Die Grünen sind nicht einfach nur eine Partei, sie sind Teil einer Erneuerungsbewegung im bürgerlich-liberalen Feld.

Die Grünen wollen regieren, daran lassen sie keinen Zweifel. Ihr derzeitiger Erfolg setzt die Sozialdemokratie ernsthaft unter Druck, und das nicht nur arithmetisch: Die Grünen positionieren sich als Partei der ökologischen Modernisierung mit sozialem Antlitz, als Menschenrechtspartei und als Gegenpol zum Rechtspopulismus. Ihr Aufstieg hat mit drei großen Tendenzen zu tun, die die politische Konjunktur mitprägen:

1 // Klimawandel

Fridays for Future und das gewachsene Bewusstsein für die ökologische Krise haben die Parteienlandschaft verschoben. Selbst die Union und frühere Hardliner wie Markus Söder machen eine »grüne Wendung«. Die SPD setzt mit ihrem neuen Zukunftsprogramm auf eine sozial-ökologische Transformation, die in den Grundzügen weitgehend dem grünen Vorbild folgt: ökologische Modernisierung des neoliberalen Exportmodells, allerdings mit stärkerer Betonung der sozialen Absicherung und der industriellen Basis. In der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um eine ökologische Transformation haben sich mittlerweile drei Pole herausgebildet: der dominierende marktwirtschaftliche Pol setzt wie Grünen-Vordenker Ralf Fücks auf nachhaltige Konzerne, Co_2-Bepreisung, neue Technologien, Märkte und bewusstes Konsumverhalten (»grüner Finanzmarktkapitalismus«). Der zweite Pol betont die Verbindung von sozialer Absicherung mit massiven öffentlichen Investitionen in eine soziale und klimaneutrale Infrastruktur, in soziale Dienstleistungen und die Energiewende (v. a. keynesianisch geprägte Konzepte eines Green New Deal). Das dritte Lager orientiert auf einen radikalen Systemwechsel, in dem sich Ansätze der Postwachstumsökonomie mit feministischen

und sozialistischen Positionen mischen. Den Grünen gelingt es, die beiden ersten Orientierungen anzusprechen.

2 // Liberale Gegenpolarisierung

Zivilgesellschaftlich ist eine liberale und sozialliberale, feministische, antirassistische Gegenpolarisierung zur erstarkenden Rechte groß geworden. Die Wahl von Trump 2016 war in dieser Hinsicht eine Zäsur. Über die letzten Jahre wurde die »Verteidigung der offenen Gesellschaft« gegen die Gefahr von rechts auch zu einem starken Narrativ des neoliberalen Blocks. Angela Merkel und den Grünen gelang es auf unterschiedliche Weise, diese Haltung zu repräsentieren und symbolisch zu verstärken.

3 // Sozialer Liberalismus

Mit beiden vorherigen Tendenzen verbunden, erleben wir eine neue Politisierung von Teilen der jungen Generation (vgl. Lill in diesem Heft; Laßhof/Karg 2020). Dazu kommt eine seit Längerem bestehende Tendenz zur Erneuerung sozialliberaler Positionen: Verteidigung von Freiheitsrechten, Engagement gegen Rassismus und (intersektionale) Diskriminierung, für sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung, feministische Interventionen in Kultur und Politik. Obwohl soziale Verteilungsfragen hier sehr wohl verhandelt werden, gehen sie selten mit einer starken Klassenperspektive oder einer grundlegenden Kritik an kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen einher. Die sozialliberalen Positionen werden von modernen Fraktionen des Kleinbürgertums und (vor allem jüngeren, urbanen) Teilen der Lohnabhängigen (keineswegs nur der lohnabhängigen Mittelschichten, sondern auch prekär Lebender) geteilt und gelebt.

Unsere These ist, dass die Grünen mit ihrem Projekt der »Bündnispartei« in allen drei Tendenzen politische Führung anbieten. Damit sind die Grünen auf bestem Wege, eine Erneuerungsbewegung im bürgerlich-liberalen Feld zu formieren. Ihr Motto »Jede Zeit

LIA BECKER arbeitet bei der LINKEN als wissenschaftliche Mitarbeiterin von Janine Wissler. Wenn die Zeit es zulässt, beschäftigt sie sich mit den möglichen Verbindungen zwischen Klassentheorie, queerem Feminismus und Intersektionalität.

SARAH NAGEL ist Mitarbeiterin im Bereich Strategie und Grundsatzfragen in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE.

hat ihre Farbe, diese Zeit ist grün« suggeriert dabei nicht nur, dass ihr Gesellschaftsprojekt nun natürlicherweise an der Reihe ist, sondern auch, dass es Widersprüche vereinen kann. So schaffen sie es, in ihrer »radikalen Realpolitik« auszustrahlen, dass es sowohl ums Regieren um (fast) jeden Preis als auch um einen grundlegenden *Systemwandel im Sinne einer post-neoliberalen Erneuerung des Kapitalismus* geht. Dabei setzen sie auf einen Image- und Kulturwandel in der politischen Kommunikation, der auf Offenheit und Dialog, Pragmatismus und Ideale setzt.

BÜNDNISPARTEI FÜR EINEN KAPITALISMUS MIT GRÜNEM ANTLITZ

Seit der Wahl von Annalena Baerbock und Robert Habeck 2018 skizzieren Bündnis 90/Die Grünen den Weg in die »ökologische Moderne«. Programmatisch wollen sie als Korrektiv des Finanzmarktkapitalismus wirken und versprechen mehr Klimaschutz, ohne das Exportmodell der deutschen Wirtschaft infrage zu stellen. So heißt es in ihrem zum 40. Geburtstag veröffentlichten neuen Grundsatzprogramm:

»Märkte können ein mächtiges Instrument für ökonomische Effizienz, Innovation und technologischen Fortschritt sein. Ihre Dynamik und Schaffenskraft sind von großer Bedeutung, um die großen Herausforderungen der ökologischen Krisen zu bewältigen.« (Bündnis 90/Die Grünen 2020)

Die Botschaft ist klar: Die Wirtschaft soll grüner werden, die Profite aber nicht kleiner. Die Ansicht, dass sich Klimaschutz und Profite nicht ausschließen, dürfte mittlerweile von den meisten Mitgliedern geteilt werden. Die Mehrheit der Grünen erkenne die Notwendigkeit gewinnorientierten Handelns an, schrieb Marc Beise in einem Kommentar der *Süddeutschen Zeitung*, und fügte hinzu:

»[D]ie Wirtschaftspolitiker der Partei bewegen sich in Industrie und Mittelstand wie unter ihresgleichen. Organisieren Gesprächskreise mit Unternehmern, tauschen sich regelmäßig mit Konzernchefs aus.« (Beise 2021) Ein Blick auf die Sponsorenlisten ihrer Parteitage zeigt deutlich, dass die Grünen schon lange keine Berührungsängste mit der Wirtschaft mehr haben: Von Telekommunikationsunternehmen über Versicherungen bis zur Immobilienwirtschaft ist vieles dabei. Die Grünen können also mit vielen gut.

Aus der Nähe ließ sich dies beim Wirtschaftskongress der Bundestagsfraktion Ende Februar 2020 betrachten. Der Kongress, der kurz vor Beginn des ersten Corona-Lockdowns noch in Präsenz stattfand, platzte aus allen Nähten. Viele Start-ups präsentierten sich, aber auch große Unternehmen. Tatsächlich gibt es viele Branchen, die von der Politik der Grünen profitieren würden. Diese skizzieren einen Entwicklungspfad, der auf den Ausbau von Elektromotoren samt Infrastruktur setzt, auf Wasserstoff und Erneuerbare Energien, nachhaltiges Bauen, ökologische Landwirtschaft und Förderung grüner Start-ups. Die Grünen wollen, dass die deutsche Wirtschaft konkurrenzfähig bleibt. Damit sprechen sie sowohl kleine und mittelständische Unternehmen an als auch diejenigen, die wissen, dass sie sich umstellen müssen, wenn sie weiter im Geschäft bleiben wollen. Für Letztere ist vor allem die Frage entscheidend, wer am Ende die Rechnung zahlt. Die Grünen werden ihnen kaum dabei im Weg stehen, die Kosten auf die Lohnabhängigen abzuwälzen.

ANNÄHERUNGEN AN DIE GEWERKSCHAFTEN

Denn die Erzählung der »Bündnispartei« ist eine Absage an Klassenkonflikt – sie ist das Versprechen eines ›weicheren‹, dialogischen und moderierenden Politikstils. Kein Opportunismus, sondern klarer Kompass und pragmatische Haltung.

Das bedeutet nicht, dass die Grünen die Gewerkschaften links liegen lassen. Im Gegenteil: Schon länger arbeiten sie an engeren Verbindungen mit ihnen, in den letzten Monaten etwa über regionale Parteistrukturen für Gewerkschafter*innen. Zudem kandidiert der ehemalige ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske bei der Bundestagswahl für die Grünen. Anfang 2021 veröffentlichten Habeck und DGB-Chef Reiner Hoffmann einen Kommentar in der *FAZ*, in dem sie dafür werben, in der Coronakrise die Schuldenbremse zu lockern. Man müsse »die Weichen auf Klimaneutralität stellen, damit die Wirtschaft stark bleibt und gute Arbeitsplätze bietet. Dafür sind große Investitionen erforderlich – in die Produktion Erneuerbarer Energien, den Verkehr, den Umbau der Industrie und der Landwirtschaft, in Forschung und Innovation, in die Wettbewerbsfähigkeit Europas.« (Hoffmann/Habeck 2021) Die Grünen wissen, dass ihre ökologische Moderne ohne staatliche Subventionen und Regulierung nicht möglich sein wird.

Sie fordern auch Investitionen in öffentliche Güter wie Schulen, Krankenhäuser, Kommunen und den ÖPNV. Einerseits wollen sie damit ihr sozialpolitisches Profil stärken. Weil sie wissen, dass sie ihr Spektrum erweitern müssen, um sich perspektivisch als führende Regierungspartei aufzustellen und die SPD in ihrer Funktion als Partner und Gegenpol zur Union abzulösen. Zweitens ist es für ihre Anhänger*innen wichtig: Ein großer Teil der Mitglieder und viele der Wähler*innen sind im öffentlichen Dienst beschäftigt. Gleichzeitig ist die Forderung nach mehr staatlichen Ausgaben keine Garantie dafür, dass sie Privatisierungen eine Absage erteilen.

Zusammengefasst: Das grüne Projekt kommt am ehesten einem »eingebetteten Liberalismus« nahe, wie es Andreas Reckwitz, ebenfalls Stichwortgeber der aktuellen politischen Konjunktur, formuliert: mehr staatliche Regulierung und Investitionen (statt rigider Austerität) innerhalb des Finanzmarktkapitalismus, soziale Grundabsicherung und Stärkung der Infrastruktur, gesellschaftspolitische Kompromisse zwischen »kosmopolitischen« und »kommunitaristischen« Einstellungen und Lebensweisen unterschiedlicher Milieus (vgl. Reckwitz 2019). Eine solche Konstellation liefe auf einen neuen, begrenzten Klassenkompromiss auf der Grundlage eines Modernisierungsprojekts hinaus. Ohne massive Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse bleibt dies jedoch ein Fantasma – und überdies ist mehr als fraglich, ob eine solche Entwicklungsrichtung, die die multiplen Krisen des globalen Kapitalismus nicht lösen kann, von großer Dauer sein könnte. Kurzfristig trifft ein solches Projekt jedoch den Zeitgeist.

WER IST DIE GRÜNE BASIS?

Der bisherige Erfolg des grünen Projekts zeigt sich in der Mitgliederentwicklung der Grünen. Während die Partei 2015 noch weniger als 60 000 Mitglieder verzeichnete, sind es mittlerweile mehr als 100 000.

Die meisten Mitglieder (und Wähler*innen) haben die Grünen nach wie vor in Westdeutschland (Niedermayer 2020a). 2020 waren

59 Prozent der Parteimitglieder Männer und 41 Prozent Frauen*, dieser Anteil ist höher als bei den anderen Parteien (die LINKE liegt mit 36 Prozent auf Platz zwei). 72 Prozent der Mitglieder haben einen (Fach-)Hochschulabschluss, ebenfalls mehr als in allen anderen Parteien. 44 Prozent der Grünen-Mitglieder sind Beamte oder Angestellte im öffentlichen Dienst, ebenso viele wie bei der SPD. Lediglich 5 Prozent geben an, Arbeiter*in zu sein. Dass bis dato im Unterschied zur LINKEN (33 Prozent) und SPD (35 Prozent) nur 22 Prozent der Grünen auch Mitglieder in einer Gewerkschaft sind (Niedermayer 2020b), erklärt das verstärkte Bemühen um Gewerkschaftsverbindungen.

Bei den Wähler*innen der Grünen sieht es ähnlich, aber etwas durchmischter aus: Sie wohnen hauptsächlich in kleinen und mittelgroßen Städten, aber auch in Großstädten. Die Struktur der Gemeindegrößen ähnelt stark derjenigen der SPD-Wähler*innen, mit denen die Grünen-Wähler*innenschaft auch insgesamt die größte Ähnlichkeit hat. Im Vergleich zu anderen Parteien geben die Anhänger*innen der Grünen die höchsten Bildungsabschlüsse an und mit Blick auf ihre Berufswahl bestätigt sich: Die Grünen sind eine Partei der Angestellten. 72 Prozent gehören zu dieser Gruppe, nur 10 Prozent üben einfache Tätigkeiten aus. Damit verdienen grüne Wähler*innen überdurchschnittlich viel. Im Median liegt das Nettoeinkommen der Wähler*innen von Union und Grünen bei 3 000 Euro monatlich, nur bei der FPD ist es höher.

Während der Anteil der Arbeiter*innen gesunken ist, steigt der der Angestellten und Beamt*innen weiter. Dennoch erhielten die Grünen bei den Wahlen der letzten Jahre auch beachtliche Zustimmung von Arbeiter*innen und Menschen mit geringen formalen Bildungsabschlüssen.

Interessant ist, dass die grüne Wähler*innenschaft seit ihrer Gründung deutlich älter geworden ist: 1980 waren fast 80 Prozent der Wähler*innen unter 35 Jahren, 2020 waren es nur noch 10 Prozent. Das liegt auch daran, dass viele Unterstützer*innen aus der Anfangsphase immer noch dabei sind. Dadurch wurde die Partei bürgerlicher: Viele Unterstützer*innen haben mittlerweile Familien gegründet und beruflich Karriere gemacht. Dennoch schneiden die Grünen auch unter jungen Wähler*innen gut ab: Bei der Bundestagswahl erhielten sie bei den 18- bis 24-Jährigen mit 15 Prozent die größte Unterstützung (Decker 2020).

EINE ERNEUERUNGSBEWEGUNG IM BÜRGERLICH-LIBERALEN FELD

Wir haben es nicht mit einer »öko-kreativen« grünen Hegemonie (vgl. Prager Frühling bereits 2011) zu tun, sondern mit einer stark von den Grünen artikulierten, aber über diese hinausgehenden Erneuerungsbewegung im liberalen Feld, die sowohl in die krisenhafte Sozialdemokratie als auch in den konservativen Block wirkt. Teile des neoliberalen Machtblocks setzen auf ein zweigeteiltes, neues Zentrum aus Grünen und Union. Die Gründe dafür sind vielfältig, sie liegen in der Modernisierung der ökonomischen Basis und der Hoffnung auf Strukturreformen zur Öffnung neuer Märkte, in der Polarisierung zwischen »offener Gesellschaft« und rechter Gefahr und nicht zuletzt im – erhofften – Schub an Zustimmung zum krisenhaften Kapitalismus in den verunsicherten Mittel-

schichten und der auf der Suche befindlichen Jugend. Unterschiedliche Kapitalfraktionen sähen sich in einer schwarz-grünen Modernisierungskoalition derzeit ebenso aufgehoben wie eine potenzielle Mehrheit der Bevölkerung.

Die Grünen haben es in der veränderten politischen Konjunktur geschafft, sowohl im konservativ-liberalen Spektrum der Union als auch in sozialliberalen und jüngeren sozial-libertär orientierten Millieus zu punkten. Sie haben mittlerweile ein Potenzial (Menschen, die sich grundsätzlich vorstellen können, die Grünen zu wählen) von über 35 Prozent und liegen damit gleichauf mit der alten Volkspartei SPD, der aber die Glaubwürdigkeit ebenso abhanden gekommen ist wie der Anschluss an die jüngere Bevölkerung. 25 Prozent der Unionsanhänger*innen, 39 Prozent der SPD-Anhänger*innen und 30 Prozent der LINKE-Anhänger*innen könnten sich vorstellen, die Grünen zu wählen.

Aber es gibt Grenzen. »Das größte Problem der Grünen bei ihrem Wunsch nach der Kanzlerfähigkeit ist aber nach wie vor ein diametral anderes – nämlich, dass sie weiter vor allem jüngere, gebildete und urbane Milieus ansprechen. Sie wirken nach wie vor ganz primär wie der politische Arm der ›neuen Mittelklasse‹ (Andreas Reckwitz). Ihnen wird das Bild der ›globalisierungsfreundlichen Kosmopoliten‹ (Wolfgang Merkel) zugeschrieben, während sie der ›alten Mittelklasse‹ – Facharbeiter, Handwerker und kleine Selbstständige – eher Angst einflößen, zumal auf dem flachen Land. Grüne sieht man hier eher als Gefahr für Arbeitsplätze, automobile Verkehrsanbindungen und den eigenen Diesel.« (Grönebaum 2021)

Sollte es im Anschluss an oder verbunden mit der Pandemie zu einer anhaltenden Wirtschaftskrise oder sogar einer Krise des Exportmodells kommen, wird der Druck hin zu einer erneuten Austeritätspolitik wachsen – und werden sich die Widersprüche im grünen Feld zuspitzen. Ohne die Grünen zum Hauptgegner zu machen, gilt es, diese und weitere Widersprüche an der sozialen Basis der Grünen zu nutzen, um an der Herausbildung eines sozialökologischen gesellschaftlichen Bündnisses zu arbeiten.

LITERATUR

Beise, Marc, 2021: Die grünen Kinder Erhards, in: Süddeutsche Zeitung Online, 22.2.2021

Bündnis 90/Die Grünen, 2020: »... zu achten und zu schützen ...« Veränderung schafft Halt. Grundsatzprogramm Bündnis 90/Die Grünen

Decker, Frank, 2020: Wahlergebnisse und Wählerschaft der Grünen. Bundeszentrale für politische Bildung, 1.9.2020, www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/gruene/42159/wahlergebnisse-und-waehlerschaft

DIW Wochenbericht 29, 2017: Wählerschaft der Parteien, Berlin

Grönebaum, Stefan, 2021: Grüne 2021: Die Macht im Visier, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2021, 9–12

Hoffmann, Reiner/Habeck, Robert, 2021: Die Linke droht sich im Widerspruch zu verheddern, in: FAZ Online, 5.1.2021, www.faz.net/aktuell/wirtschaft/habeck-dgb-chef-linke-droht-sich-im-widerspruch-zu-verheddern-17130455.html

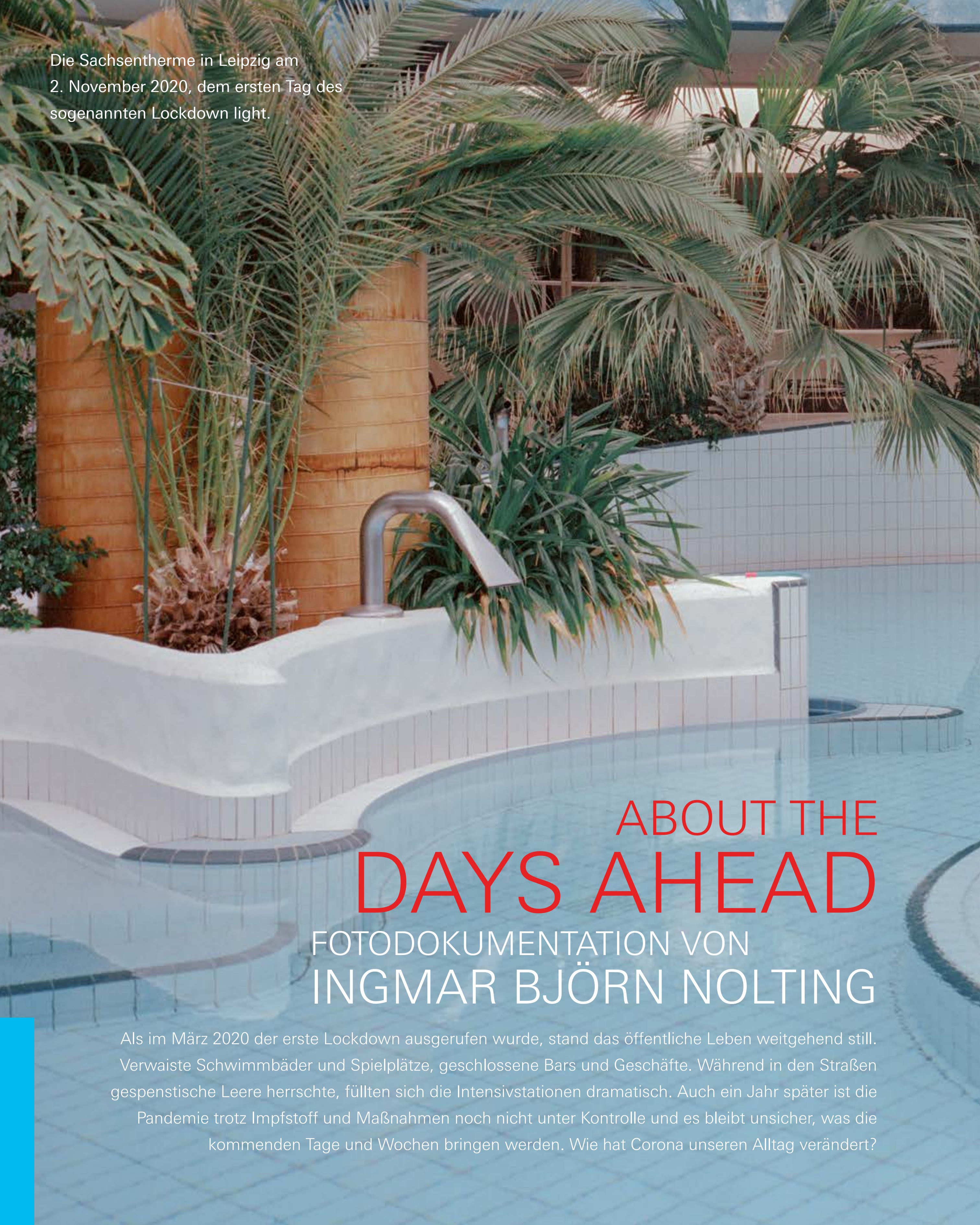
Laßhof, Maurice/Karg, Luca, 2020: Klimakrise im Krisenklima. Krisenwahrnehmung und -empfindung von Jugendlichen, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 123

Niedermayer, Oskar, 2020a: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2020, Berlin, https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/team/ehemalige/Publikationen/schriften/Arbeitshefte/P-PMIT20_Nr_31.pdf

ders., 2020b: Die soziale Zusammensetzung der Parteimitgliederschaften. Bundeszentrale für politische Bildung online, 26.8.2020, www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/140358/soziale-zusammensetzung

Prager Frühling, 2011: Folgt dem Neoliberalismus eine ökokreative Hegemonie?, in: Prager Frühling, 9.5.2011, https://www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/668/

Reckwitz, Andreas, 2019: Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Berlin



Die Sachsentherme in Leipzig am 2. November 2020, dem ersten Tag des sogenannten Lockdown light.

ABOUT THE DAYS AHEAD

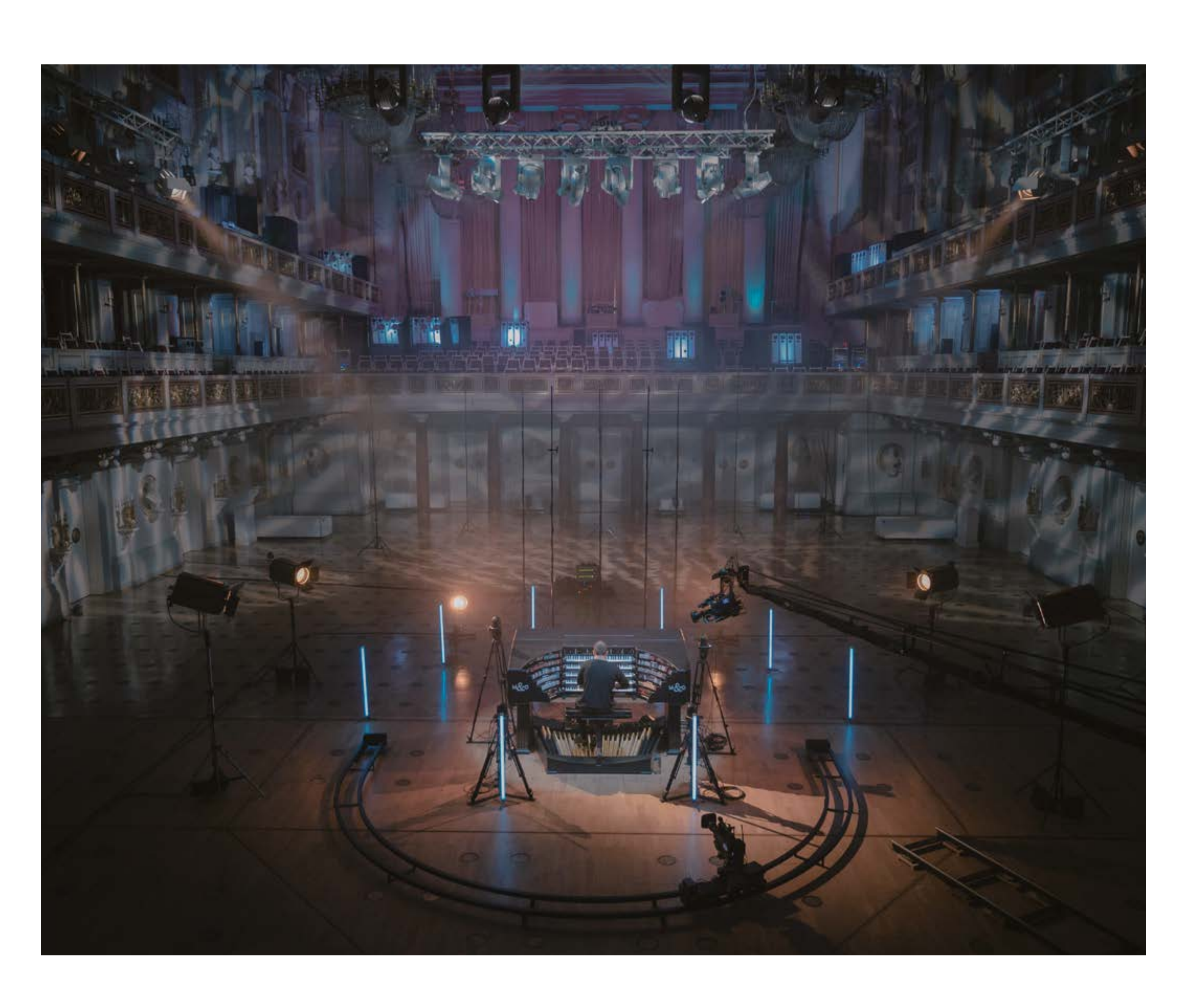
FOTODOKUMENTATION VON INGMAR BJÖRN NOLTING

Als im März 2020 der erste Lockdown ausgerufen wurde, stand das öffentliche Leben weitgehend still. Verwaiste Schwimmbäder und Spielplätze, geschlossene Bars und Geschäfte. Während in den Straßen gespenstische Leere herrschte, füllten sich die Intensivstationen dramatisch. Auch ein Jahr später ist die Pandemie trotz Impfstoff und Maßnahmen noch nicht unter Kontrolle und es bleibt unsicher, was die kommenden Tage und Wochen bringen werden. Wie hat Corona unseren Alltag verändert?



Der Fotograf Ingmar Björn Nolting hat mit seinen eindrucksvollen Bildern den anhaltenden Ausnahmezustand dokumentiert. Sie zeigen eine Welt, die aus den Fugen geraten ist: Zahnärztinnen in »Marsanzügen«, Konzerte vor leeren Rängen, Querdenker*innen auf der Straße, Kinder in Notbetreuung. Wir veröffentlichen hier eine Auswahl der umfangreichen und noch laufenden Fotoarbeit »About the days ahead«.

Der Organist Cameron Carpenter bei der Probe für das
Livestream-Osterkonzert im Konzerthaus Berlin am 11. April 2020.
Wegen des Veranstaltungsverbots fand das Konzert ohne Publikum statt.



Im Münchener Kindergarten Zipfelmützen e. V. am 21. Januar 2021.
Nur Eltern, die ihre Kinder aufgrund ihres Berufs oder ihrer Lebenssituation nicht zu Hause betreuen können, dürfen sie in die Notbetreuung bringen.





KEIN SCHAF SEIN

DIE KULTUR DER ABLEHNUNG UND IHR KLASSENCHARAKTER

ALEXANDER HARDER UND BENJAMIN OPRATKO

Schon vor der Pandemie wurde Staat, Medien und Politik mit Skepsis begegnet. Nun nimmt die Ablehnung zu und verdichtet sich in den Anti-Corona-Protesten. Wie sieht die Linke ihre Rolle in der Autoritätskrise?

ALEXANDER HARDER ist Politikwissenschaftler und arbeitet am Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) der Humboldt-Universität zu Berlin zur Akzeptabilität von »Ablehnungskulturen« in sozialräumlichen und digitalen Umwelten.

BENJAMIN OPRATKO ist Postdoc-Researcher am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Er forscht zu Ablehnungskulturen, Populismus, Rassismus und Hegemonie und ist Redakteur der Monatszeitschrift *Das Tagebuch*.

Im Jahr 1917 rief die US-amerikanische National Tuberculosis Association (NTA) einen modernen Gesundheitskreuzzug aus. Die *Modern Health Crusade* mobilisierte Zehntausende Freiwillige und startete eine bis dahin beispiellose Kampagne. Ihr Ziel war es, neue Verhaltensnormen im Alltag durchzusetzen, um die als Infektionskrankheit erkannte Tuberkulose zu bekämpfen. Ausspucken in der Öffentlichkeit und gemeinsam genutzte Trinkbecher sollten ebenso der Vergangenheit angehören wie geteilte Betten (auch von Ehepartner*innen) und Mikroben beherbergende Männerbärte. Die Anti-TB-Kampagnen waren Teil einer Verhaltensrevolution, die von den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen des späten 19. Jahrhunderts angestoßen wurden. Die Entdeckung von Bakterien (und später Viren) als Krankheitserreger wurde, wie die Historikerin Nancy Tomes (1998) zeigt, in ein »Evangelium der Keime« übersetzt. Maßnahmen der öffentlichen Gesundheitsvorsorge zielten nicht länger nur auf öffentliche Räume, sondern verlagerten sich in die privaten Wohnungen, in den Alltag – vor allem der Frauen – und in die Konsumgewohnheiten. Die Verkündung des Evangeliums lässt sich als ein Zusammenspiel zivilgesellschaftlicher Initiativen, staatlicher Zwangsmaßnahmen und massenmedial beworbener Geschäftsmodelle beschreiben. Die im Namen der Gesundheit verkauften neuen Güter reichten vom Porzellan-WC über Mundwasser bis zum Staubsauger, die neuen Verhaltensweisen umfassten etwa das heute selbstverständliche Abkochen von

Babyfläschchen oder die skurril anmutende Warnung, Kinder keinesfalls auf den Boden zu setzen.

Wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts verlangt uns die Covid-19-Pandemie heute den Verzicht auf alte Gewohnheiten und das Einüben neuer Routinen ab – von Social Distancing über Maskentragen im Alltag bis zu regelmäßigen Corona-Tests. Der Medizinhistoriker Robert Aronowitz wies jüngst auf diese historischen Parallelen hin und schloss eine Beobachtung an: »Einer der vielen verstörenden Aspekte der gegenwärtigen Situation ist, dass selbst Praktiken, die breite Unterstützung unter Mediziner*innen und Gesundheitsexpert*innen genießen, wie das Tragen von Gesichtsmasken, aufs Engste mit parteipolitischen Überzeugungen und Identitäten verknüpft werden.« Dies stehe im krassen Gegensatz zu den von Tomes beschriebenen Reformen der Lebensführung zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die eine Art »public health citizenship« konstituiert und als »neutrale Grundlage zur Ausbildung eines Konsenses« in der Gesellschaft gedient hätten (Aronowitz 2020, 789).

ABLEHNUNGSKULTUR UND HEGEMONIEKRISE

Die Anti-Corona-Maßnahmen fügen sich in einen gesellschaftlichen Zustand ein, in dem es den politisch Herrschenden nur schlecht gelingt, Konsens unter den Beherrschten zu generieren. Mehr noch: Selbst jene gesellschaftlichen Institutionen, die lange weitgehend unbestritten als Autoritäten anerkannt waren, werden nun hinterfragt. Das betrifft den Staat und seine Institutionen, internationale Organisationen, etablierte Medien einschließlich der öffentlich-rechtlichen und selbst naturwissenschaftliche und technische Expertise. Relevante Bereiche der Gesellschaft werden von Haltungen des Misstrauens und der Ablehnung erfasst. Zugespitzt findet diese Dynamik Ausdruck in den Massenprotesten gegen die Anti-Corona-Maßnahmen, die seit Sommer 2020 teils in offener Missachtung behördlicher Verbote in fast allen Städten des deutschsprachigen Raums stattfinden. Auch im Alltag treffen die meisten von uns im Bekannten- oder Verwandtenkreis auf mehr oder weniger elaborierte Verschwörungserzählungen oder zumindest auf ein artikuliertes Bauchgefühl, wonach da irgendwas faul sei an der Corona-Sache.

Die politischen Konflikte und Verwerfungen, die wir über das vergangene Jahr beobachten konnten, und die darin enthaltenen renitenten Haltungen sind nicht erst mit der Pandemie entstanden. Sie gründen auf bestehenden gesellschaftlichen Bruchlinien. Wir haben diese Phänomene schon vor Corona untersucht und für sie den Begriff der Ablehnungskulturen vorgeschlagen: alltägliche Haltungen und Sinnstrukturen, die sich über die Ablehnung von als machtvoll wahrgenommenen Institutionen und Eliten einerseits, von als minderwertig oder gefährlich wahrgenommenen »Anderen« andererseits definieren (Harder/Opratko 2021; Opratko 2020a). Mithilfe von Interviews, informellen Gesprächen und Beobachtungen erforschen wir, inwiefern in diesen Ablehnungskulturen die Verarbeitung von Veränderungen im Arbeits- und Alltagsleben zum Tragen kommt.[1] Nun stellt sich die Frage, ob die in der Coronakrise neu aufgeladenen Ablehnungskulturen Hinweise auf einen



Junge Paare treffen sich an der geschlossenen Grenze zwischen Konstanz (Deutschland) und Kreuzlingen (Schweiz) am 18. April 2020. In der Hoffnung, Covid-19-Infektionen einzudämmen, wurden an der sonst offenen Grenze Zäune errichtet.



Blasmusik auf einer Wiese am Rande von Essingen am 19. April. Seit fünf Wochen spielen die Mitglieder des Posaunenchors Essingen jeden Sonntag zeitgleich im ganzen Dorf verteilt einzeln oder zu zweit: in Vorgärten, auf Balkonen – und auf umliegenden Feldern.

tiefgreifenden gesellschaftlichen Prozess geben, der das politische Terrain der Gegenwart prägt. Ist es angebracht, Corona-Demos, grassierende Verschwörungsmythen oder die Abwendung von etablierten Medien und Parteien als Symptome einer Hegemonie- oder Autoritätskrise zu lesen? Wenn ja, hätte das weitreichende Folgen für linke Politik.

Der Begriff der Hegemoniekrise geht auf den italienischen Marxisten Antonio Gramsci und dessen in den 1920er und 1930er

»Ist es angebracht, Corona-Demos, grassierende Verschwörungsmythen oder die Abwendung von etablierten Medien und Parteien als Symptome einer Hegemonie- oder Autoritätskrise zu lesen?«

Jahren verfasste »Gefängnishefte« zurück. Gramsci erklärt die Stabilität und Widerstandskraft bürgerlicher Herrschaft damit, dass es bestimmten Teilen des Bürgertums gelingt, ihre Interessen als Allgemeinwohl gelten zu lassen und durch selektive Zugeständnisse und die Ausbildung integrativer Institutionen den Konsens der Beherrschten zu organisieren. Gelingt es ihnen, eine »politisch-ethische Hegemonie« zu erlangen (Gramsci 1991, 1567), tragen die Massen sogar drastische Veränderungen ihres Alltags als vernünftig und notwendig mit. Unter diesem Gesichtspunkt kann die Geschichte vom »Evangelium der Keime« gramscianisch gelesen werden: als Epidemiepolitik unter Bedingungen gelingender Hegemonie. Umgekehrt sei die Hegemonie in der Krise, so Gramsci, wenn »die herrschende Klasse den Konsens verloren hat […], die großen Massen nicht mehr an das glauben, was sie zuvor glaubten«. Das passiere nicht mit einem Schlag, sondern in einem Prozess, der sich über Jahrzehnte erstrecken könne und den Gramsci als »Interregnum« bezeichnet, in dem »das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann« und in dem es »zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen« komme – eine in diesen Tagen dunkel hallende Metapher. Subjektiv drücke sich die Krise als verallgemeinerter »Skeptizismus« aus, der sich insbesondere auf Ökonomie und Politik beziehe: Als Motiv der Herrschenden werde deren individueller ökonomischer Vorteil angenommen, Politik als unehrliches, zynisches Geschäft verstanden. »Krise« in diesem hegemonietheoretischen Sinne bedeutet also im Kern »Autoritätskrise« (ebd., 354f). In unseren Begegnungen mit Arbeiter*innen, die zentraler Bestandteil unserer Untersuchung sind, treten Elemente einer solchen Autoritätskrise – im Misstrauen gegenüber Demokratie und Politik sowie Medien und Wissenschaft – immer wieder zutage.

VERSCHWINDENDE POLITIK

Vor Ausbruch der Pandemie dominierte in den meisten Gesprächen die Wahrnehmung eines machtlosen Staates. Unsere Interviewpartner*innen berichten von Verschlechterungen des alltäglichen Lebens, von steigendem Arbeitsdruck und drohenden Kündigungen wie von Naturgewalten oder göttlichen Fügungen. Selbst jenen, die ›die Politik‹ formal in der Verantwortung sehen, etwa Einkommensungleichheiten vorzubeugen, erscheint diese weder als handlungsfähige Akteurin noch als etwas, worauf sie Einfluss nehmen könnten. Wahlen seien wichtig, beteuern viele,

doch deren Konsequenzen bezweifeln die meisten. Die Möglichkeit demokratischer Einflussnahme gibt es in ihren Augen eigentlich nicht, oder sie sehen sie nicht als wünschenswert an (Opratko 2020b). Viele unserer Gesprächspartner*innen teilen ihr Leben in zwei Sphären: Hier die Arbeit, wo die harten Anforderungen, die hierarchischen Kommandostrukturen und der wachsende Druck zwar beklagt, aber als Schicksal hingenommen und nicht selten als Leistungsprinzip verinnerlicht werden. Dort das Privatleben, das als Sphäre der Erholung und Zerstreuung im überschaubaren Rahmen von Familie und engem Freundeskreis verbracht wird. Schon vor der Coronapandemie wurden soziale Kontakte freiwillig eingeschränkt, die Lebenswelt als erweiterte Privatsphäre gestaltet und sich von Gesellschaftlichkeit abgewandt.

Was aktiv abgelehnt wird, ist das Öffentliche, das, was liberalen Theoretiker*innen als Arena der Demokratie gilt. Politiker*innen erscheinen in unseren Gesprächen öfter als egomanische Medienpersönlichkeiten denn als Entscheidungsträger*innen. »Steckst die alle in ein' Sack und haust drauf, triffst keinen Falschen«, spottet eine Einzelhandelskauffrau aus Nordbayern. ›Politik‹ ist ein Unwort. Die durchaus vorhandene Aktivität im Stadtteil oder im Ehrenamt soll als ›soziales Engagement‹, nur bitte nicht als ›politische Arbeit‹ verstanden werden. Mit einer Klarheit, die sich nur an der Kneipentheke entwickeln lässt, erklärt uns ein Interviewpartner diesen Zusammenhang: Er wähle eigentlich nicht und er sehe in der Politik keinerlei Konsequenzen für seinen Alltag. Wenn jetzt eine andere Partei käme, was würde sich großartig ändern? Klar, die große Ungleichheit zwischen den Menschen sei ein Problem. Aber das sei natürlich. »Das ist halt ein ganz normaler Kapitalismus, in dem wir leben«, sagt er zwischen den Zügen an seiner E-Zigarette.

DIE MUSKELN DES STAATES

Die Kneipe ist inzwischen pandemiebedingt geschlossen und ob unser Gesprächspartner auch nach dem letzten Jahr noch von Normalität sprechen würde, wissen wir nicht. Denn nun scheint der Staat Muskeln anzuspannen, die er lange nicht bewegt hat. Er sprengt Fesseln, nicht zuletzt als überwachende und strafende biopolitische Instanz. Der Staat

»Was aktiv abgelehnt wird, ist das Öffentliche, das, was liberalen Theoretiker*innen als Arena der Demokratie gilt.«

»tritt wieder in die Mitte des Lebens«, so der Literaturwissenschaftler Hans Ulrich Gumbrecht im Frühjahr 2020 in der *Neuen Zürcher Zeitung*, die politische Regulierung des Alltags sei beispiellos. In typischer Manier hält der bürgerliche Intellektuelle seine Partikularerfahrung für das Allgemeine und übersieht, dass es von Klassen- und Diskriminierungsverhältnissen abhängt, welche Rolle der Staat im je eigenen Leben spielt. Neu ist tatsächlich, dass repressive Staatsapparate auch in den Alltag der oberen und mittleren Klassen eindringen, also jener Klassenfraktionen, die dem Staat bislang hauptsächlich in Gestalt lästiger Steuererklärungen und Radarfallen auf Bundesstraßen begegnet sind und die ihre eigene staatliche Privilegierung gar nicht wahrgenommen haben. Das mag



Der »Bunker« in Göttingen unter Quarantäne am 20. Juni 2020. In den beengten Wohnverhältnissen des Wohnkomplexes war es zu einem Corona-Ausbruch gekommen, bei dem sich etwa 120 der rund 700 Bewohner*innen infizierten.



In einer Zahnarztpraxis in Vlotho am 29. April 2020. Sundström-Schutzhelme sollen während der Behandlung vor einer Ansteckung mit Covid-19 schützen.

ein erklärender Faktor für die Überpräsenz kleinbürgerlicher und freiberuflicher Milieus bei Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen sein. Es wäre aber verfehlt, sie darauf zu reduzieren. Vieles spricht dafür, dass wir es (wie bei der Wähler*innenbasis rechtspopulistischer Parteien) mit einer klassenübergreifenden Allianz zu tun haben (Nachtwey et al. 2020).

Grundlagen dieser Allianz sind rassistisch aufgeladene Leistungsideologien, antisozialistisches Ressentiment, Selfmademan-Mythen und ein ins Nihilistische drehender Hyperindividualismus. Diesen Phänomenen sind wir auch in unserer Forschung begegnet – selbst bei jenen, die als Arbeiter*innen und einfache Angestellte vom neoliberalen Kapitalismus überausgebeutet werden. Hinzu kommt, dass bestimmte Teile des Proletariats – vor allem rassistisch diskriminierte und von der Ökonomie überflüssig gemachte – renitent auf Anrufungen eines Staates reagieren, der sie nie als vollwertige Bürger*innen anerkannt hat. Wenn Bundes- und Landesregierungen, Stadt- und Gemeindeverwaltungen jetzt plötzlich »alle gemeinsam« zu einer großen antipandemischen Anstrengung mobilisieren wollen, verfängt das schlecht unter Menschen, die bislang kaum einmal ›mitgemeint‹ waren und im öffentlichen Diskurs sonst nur als Problem vorkommen.

INFODEMIE UND EXPERTISE

Mit der Pandemie greift auch die Sorge vor einer »Infodemie« um sich, die WHO diagnostiziert die Zunahme von Desinformation in den sozialen Medien und einen Verlust an Deutungshoheit. Zwei Dinge werden daran deutlich: Die essenzielle Stellung kalifornischer Technologieunternehmen und ein tiefes Unbehagen mit der neuen digitalen Öffentlichkeit.

Ohne Tech-Billionäre wie Mark Zuckerberg, Jack Dorsey oder Jeff Bezos ist globale Politik heute weder zu denken noch zu machen. Ihre Plattformen sind als privatwirtschaftliche Infrastrukturen nicht nur für politische Kommunikation, sondern für planetare Politik überhaupt essenziell. Die Gewinner des »Screen New Deal« (Klein 2020) stellen Forschungsdaten, Rechenkapazitäten und automatisierte Beratungsstellen bereit, schalten kostenlose Werbeanzeigen für Gesundheitsorganisationen und versprechen, die Bearbeitung der Pandemie so reibungslos wie möglich zu gestalten. Dass dabei essenzielle politische Aufgaben den privaten Infrastrukturen von Google, Amazon und Facebook übertragen werden, gerät oft aus dem Blick.

Gleichzeitig verweist die Rede von der Infodemie darauf, dass viele ein großes Unbehagen mit der Rolle etablierter Kommunikationskanäle in einer von sozialen Medien fragmentierten Öffentlichkeit verspüren.
In Deutschland wurde darauf mit einer besonderen Konstellation aus etablierten Publikationen, neuen digitalen Formaten und virologischem Expertenwissen reagiert. Die mediale Großoffensive lief über die Kanäle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie über die großen Tages- und Wochenzeitungen. Begriffe wie Inzidenz, Reproduktionswert und Übersterblichkeit wurden zur Umgangssprache einer Pandemiepolitik, die versucht, sich fest auf die Grundlagen wissenschaftlicher Evidenz zu stellen. Spätestens seit dem Winter 2020 zeigt diese Konstellation jedoch Risse. Widersprüche zwischen epidemiologischen

Einschätzungen und uneindeutigen Lockerungen schüren Misstrauen hinsichtlich der Regierungspolitik. In Form der »Querdenker« griffen die auf Politik und Medien fokussierten Ablehnungskulturen im letzten Jahr auf medizinisch-technisches Wissen über. Impfgegnerschaft, Esoterik, Kritik an Schulmedizin und profitgetriebener Pharmaindustrie, aber auch an den »Staatsmedien« oder der »Lügenpresse« riefen den alten Soundbite des britischen konservativen Michael Gove ins Gedächtnis. 2017 entgegnete dieser den Warnungen von Wissenschaftler*innen vor den Folgen eines EU-Austritts: »Die Leute haben genug von Experten!«

DUNKLE MEDIEN

»Ich habe seit sechs Jahren keinen Fernseher mehr – komplett weg«, berichtet uns eine Verkäuferin stolz, »und ich will ihn auch nicht mehr.« Erschöpfung und Skepsis hinsichtlich Expertentum und Massenmedien, aber auch Sorgen vor Zensur oder Wut über versteckte Motive oder Manipulationen der öffentlich-rechtlichen Medien kommen in unseren Begegnungen regelmäßig zur Sprache. Ein Netzwerk aus ›unabhängigen‹ Informationsquellen wirkt da attraktiver. Im Internet finde sie alle Neuigkeiten und beim Rest wisse man auch nicht, welche Interessen dahinterstünden. Vor allem auf Youtube könne sie sich besser und selbstständiger weiterbilden, lerne täglich Neues, über das wahre Durchschnittsalter des Menschen, über spirituelle Energien und richtige Ernährung.

Die Sorge um die Gesundheit ist verständlich, doch die tief sitzende Skepsis gegenüber etablierten Medien gibt zu denken. Denn dem vermeintlichen »Staatsfunk« steht inzwischen eine Ökologie aus Protestplattformen und alternativen Medien entgegen, die von der Abwesenheit redaktioneller Standards und der schnellen und reibungslosen Weiterverbreitung sensationeller Schlagzeilen profitiert. Besonders der Messengerdienst Telegram hat sich in der Pandemie zum Leitmedium der »Querdenker« entwickelt. Die deregulierten und klandestin anmutenden Gruppen und Kanäle bieten ein Gegenmodell nicht nur zu den klassischen öffentlich-rechtlichen Massenmedien, sondern auch zu der neu domestizierten Öffentlichkeit von Facebook und Twitter. Pausenlos mischen sich hier antisemitische Verschwörungstheorien mit Spendenaufrufen und Werbeanzeigen für Survival-Dosenfleisch. Die strengere Regulierung auf den etablierten sozialen Medien verstärkt eine Abwanderung hin zu »Dark Social Media« wie Telegram, in denen sich die Rhetorik deutlich verschärft und mit deren Hilfe ihre Imageträger*innen inzwischen ihren Lebensunterhalt finanzieren.

Unsere Gespräche deuten jedoch über die algorithmischen Besonderheiten der digitalen Infrastruktur, ihrer Tendenz zur Fragmentierung von Öffentlichkeit und zur Verstärkung sensationeller Inhalte hinaus. In ihnen zeigt sich, dass die Skepsis gegenüber etablierten Medien von dem Bedürfnis begleitet ist, lebensweltliche Zusammenhänge eigenständig zu verstehen. »Querdenken«, so argumentieren auch Quinn Slobodian und William Callison (2021), entspringt nicht nur der alten Idee der strategischen »Querfront«, sondern kombiniert Esoterik mit dem individualistischen *Out-of-the-box-*

Denken der Start-up-Ideologie. Frei, selbstgerichtet und im Gestus antiautoritär bestätigt dieser Modus der Wahrheitsfindung allerdings die antisemitischen und rassistischen Ressentiments, die schon vorher als wahr *gefühlt* wurden. Versuche, durch Massenmedien im großen Stil virologische Wissenschaftskommunikation zu betreiben und die verschwörungsideologische Bewegung als »Covidioten« abzuwiegeln, laufen daher im besten Fall ins Leere und katalysieren im schlimmsten Fall die Situation. Denn das Bedürfnis, das dem Querdenken zugrunde liegt, speist sich aus der Notwendigkeit, die Realität der Pandemie und die Widersprüche ihrer politischen Bearbeitung in einen Sinnzusammenhang zu bringen. Dabei bedient es sich ideologischer Versatzstücke, die lange vor Corona gesellschaftlich verankert und teilweise sogar aufgewertet waren.

KEIN SCHAF SEIN

Dass die Geschichte vom »Evangelium der Keime« einem liberalen, von der Präsidentschaft Trumps posttraumatisch belasteten Historiker wie Aronowitz als Vergleichsfolie willkommen ist, verwundert nicht. Denn sie erzählt vom Segen bürgerlicher Hegemonie. Von aufgeklärten Eliten angeführt, verbindet sie wissenschaftlichen Fortschritt, staatliche Vernunft und Unternehmergeist zum Wohle eines einsichtigen Volkes. Die Verhaltensrevolution zu Beginn des 20. Jahrhunderts fiel mit der *Progressive Era* in den Vereinigten Staaten zusammen, in der Sozialreformen mit Fortschrittsdenken, kapitalistische Wohlstands- mit wissenschaftlichen Effizienzversprechen zusammentrafen. Die neuen Verhaltensnormen wurden Teil einer liberal-kapitalistischen Hegemonie und zur kaum hinterfragten Selbstverständlichkeit. Dies durchaus zum medizinischen Wohl der Vielen: Der ›epidemiologische Übergang‹ gelang, Übertragungs- wie Todesraten der Infektionskrankheiten sanken drastisch, auch vor der Erfindung wirksamer Vakzine.

Doch die Geschichte kann auch anders erzählt werden. Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts traten die ersten organisierten Impfgegner*innen auf: Eine populare – oder populistische? – Allianz aus Mittel- und Arbeiterklasse sowie urbanen Armen kämpfte im viktorianischen England gegen die verpflichtende Pockenimpfung (Durbach 2005). Auch in den USA der *Progressive Era* waren neue Maßnahmen zum Infektionsschutz nicht unumstritten. Widerstand kam von Kleinunternehmer*innen und Gewerbetreibenden, die sich gegen teure Hygieneauflagen wehrten. Aber auch arme Arbeiter*innen protestierten, als gemeinsam genutzte Trinkbecher neben öffentlichen Brunnen abgeschafft wurden und jene, die auf das kostenlose Trinkwasser angewiesen waren, sich nun eigene Becher kaufen mussten. Und ähnlich wie in der Coronapandemie richteten sich Repression und Disziplinierung vor allem gegen die unterdrückten Teile der lohnabhängigen Klassen. »Für viele amerikanische Arbeiter*innen«, schreibt Tomes, »trat die mit dem Evangelium der Keime verbundene Verhaltensrevolution in Form eines autoritären Regimes, eingesetzt von Arbeitgeber*innen oder Gesundheitsbehörden, in ihr Leben« (Tomes 1998, 182), wovon Migrant*innen und die Nachfahren Schwarzer Sklav*innen in besonderem Maße betroffen waren.

All das sprach damals und spricht heute nicht gegen Maßnahmen zum öffentlichen Gesundheitsschutz. Die Hinweise auf Widersprüche und Konfliktlinien sollen aber deutlich machen, dass linke Politik sich nicht einfach zum Trägermedium evidenzbasierter Epidemiologie machen darf, sondern die Realität einer von Patriarchat und Rassismus gespaltenen Klassengesellschaft in Rechnung stellen muss. Tut sie das nicht, besteht die Gefahr, dass linke Politik auf eine Stabilisatorenfunktion zusammendampft und sich in eine strukturkonservative, Macht, Ordnung und Vernunft verteidigende Allianz aus Konservativen, Liberalen und Linken eingliedert. Umgekehrt erlauben das pandemische Geschehen, die politische Dynamik und die soziokulturellen Tiefenströmungen aber auch nicht, sich einfach zum politischen Ausdruck der Ablehnungskultur zu machen. Die Linke findet sich also – darauf weisen auch Umfragen hin, die eine in Corona-Fragen tief gespaltene Wählerbasis ausweisen – in einer Zwickmühle wieder. Sie soll sich keinem Evangelium verschreiben, das im Namen einer angeblich vorpolitischen Instanz Wahrheiten verkündet. Sie hat aber auch nichts zu gewinnen, wenn sie sich an einer letztlich dystopischen Form der Politisierung als Infokrieg beteiligt, in der jede Aussage zur Meinung wird und jede Meinung zum Missile im Kulturkampf.

Die Herausforderung ergibt sich aus der zutiefst widersprüchlichen Natur der Ablehnungskulturen. Sie sind einerseits fest in eine autoritäre Dynamik eingespannt. Wer versucht, ihre Energien im Modus der Anbiederung anzuzapfen, reißt das eigene Projekt ins Verderben – und im schlimmsten Fall viele Menschen in den Tod. Zugleich aber gilt es anzuerkennen, dass die Ablehnungskulturen selbst Verarbeitungsformen von Widersprüchen des real existierenden Kapitalismus sind. In ihnen scheinen rebellische Traditionen, Herrschaftskritik und Selbstaktivierung auf. Die Skepsis gegenüber abgeschotteten Machteliten und profitorientierter Industrie ist schließlich wohlbegründet. Das Misstrauen gegenüber Massenmedien und die Skandalisierung ihrer Verstrickung mit Staat und Kapital war einst Urbestandteil linker Kritik. Der Wunsch, kein Schaf zu sein, das von wohlmeinenden Hirten geführt wird, ist ein im Kern autonom-plebejisches Begehren. Das Insistieren darauf, sich selbst ein Bild von den Zusammenhängen zu machen, und die in Verschwörungsideologien allgegenwärtige Aufforderung, »selbst zu recherchieren«, ist ein demokratisches Motiv. Wenn die Linke all dem entgegenhält, dass das Volk in der Ausnahmesituation einfach tun und glauben soll, was die Autoritäten anmahnen und die Auskenner*innen sagen, wenn sie sich nur als besserer Hirte anbietet, hat sie ihre historische Funktion aufgegeben.

EINE NEUE HEGEMONIE SCHAFFEN

Damit kehren wir zur These von der Hegemoniekrise zurück. Für Gramsci war die Krise bürgerlicher Hegemonie nicht nur das Gärbecken, aus dem das Gift des Faschismus emporstieg, sondern auch Möglichkeitsbedingung für den Sozialismus. Die Linke konnte scheitern, wie Gramsci selbst erfahren musste, aber was ihre Aufgabe war, schien ihm klar: »die Regierten von den Regierenden […] unabhängig zu

machen, eine Hegemonie zu zerstören und eine andere zu schaffen« (Gramsci 1991, 1325). Er warnte die Linke davor, sich in die Hegemoniebestrebungen der bürgerlichen Gruppen einzupassen, für Konsens und gesellschaftlichen Zusammenhalt über Klassengrenzen hinweg zu agitieren: »Die Philosophie der Praxis […] ist nicht das Regierungsinstrument herrschender Gruppen, um den Konsens zu haben und die Hegemonie über subalterne Klassen auszuüben; sie ist der Ausdruck dieser subalternen Klassen, die sich selbst zur Kunst des Regierens erziehen wollen und die daran interessiert sind, alle Wahrheiten zu kennen, auch die unerfreulichen, und die (unmöglichen) Betrügereien der Oberklasse und erst recht ihrer selbst zu vermeiden.« (ebd.)

Die »Philosophie der Praxis«, wie Gramsci den Marxismus nennt, ist demnach weder wissenschaftliche Erkenntnis noch Ausdruck eines Klasseninteresses, sondern Ergebnis eines *Willens*: Des *Willens der Beherrschten, sich selbst zu regieren,* und damit die menschheitsgeschichtliche Aufgabe zu schultern, die Gesellschaft vernünftig einzurichten. Was jedoch heute verloren gegangen ist, ist nicht nur das Vertrauen der Subalternen in die Herrschenden, sondern ihr Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und der *Wille*, kollektiv Verantwortung zu übernehmen für das Gemeinsame. Der plebejische Wille zur Macht und das Selbstvertrauen in den Sozialismus, die Gramsci selbst im Kerker des italienischen Faschismus noch als Gegebenheiten annehmen konnte, wurden den Arbeiter*innen in Europa über Jahrzehnte erfolgreich ausgetrieben. Eine Linke, die aufhören will zu scheitern, müsste sich also langfristig ihrer Aufgabe im »Interregnum« vergewissern. Die sollte nicht darin bestehen, das Vertrauen in die Autoritäten wiederherzustellen, sondern darin, das Vertrauen der Massen in die Demokratie, in die Selbstregierung, in sich selbst – und die dafür notwendigen Infrastrukturen – aufzubauen.

LITERATUR

Aronowitz, Robert, 2020: Learning to Live with the Virus, in: Isis 111/4, 787–790

Callison, William/Slobodian, Quinn, 2021: Coronapolitics from the Reichstag to the Capitol, in: Boston Review, 12.1.2021

Durbach, Nadja, 2005: Bodily Matters. The Anti-Vaccination Movement in England, 1853–1907, Durham

Gramsci, Antonio, 1991: Gefängnishefte, hg. v. Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug u. Peter Jehle, Berlin/Hamburg

Gumbrecht, Hans Ulrich, 2020: Der Notstands-Staat, in: Neue Zürcher Zeitung, 24.3.2020

Harder, Alexander/Opratko, Benjamin, 2021: Cultures of Rejection at Work: Investigating the Acceptability of Authoritarian Populism, in: Ethnicities (i. E.)

Klein, Naomi, 2020: Screen New Deal: Under Cover of Mass Death, Andrew Cuomo Calls in the Billionaires to Build a High-Tech Dystopia, in: The Intercept, 8.5.2020

Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine, 2020: Politische Soziologie der Corona-Proteste, SocArXiv Papers, Universität Basel

Opratko, Benjamin, 2020a: Die Kultur der Ablehnung, in: Tagebuch 7/8, 28.6.2020, 16–21

ders., 2020b: Wenn die Politik verschwindet, in: Jacobin, 15.9.2020, 98–101

Tomes, Nancy, 1998: The Gospel of Germs: Men, Women, and the Microbe in American Life, Cambridge, MA./London

1 Unsere Forschung beruht auf ethnografischen Studien und Interviews mit Beschäftigten im Einzelhandel sowie in der Logistikbranche in fünf europäischen Ländern. Wir beziehen uns im Folgenden auf Ergebnisse aus Deutschland und Österreich; vgl. Harder/Opratko 2021 und www.culturesofrejection.net.

ALLIANZ DER AUSGEGRENZTEN?
WAS OSTDEUTSCHE UND MIGRANT*INNEN VERBINDEN KÖNNTE

GESPRÄCH

MIT NAIKA FOROUTAN

In Ihrer Forschung vergleichen Sie Diskriminierungserfahrungen von Ostdeutschen und Muslim*innen. Wie kam es dazu?

Meine Kolleg*innen und ich haben beobachtet, dass bestimmte Stereotype, die seit Jahrzehnten gegenüber Ostdeutschen etabliert sind, auch über Muslim*innen geäußert werden, etwa der Vorwurf einer »Opferhaltung«. Uns fiel außerdem auf, dass viele Ostdeutsche von Erfahrungen berichten, die denen von Migrant*innen ähneln: das Gefühl des Heimatverlusts und der Fremdheit, das Erinnern an vergangene Sehnsuchtsorte, das fehlende Angekommensein und vor allem die Abwertung. Diese Analogien lohnt es genauer anzuschauen. Darum haben wir in einer repräsentativen Studie am DeZIM-Institut Stereotype und Abwertungserfahrungen erhoben und 2019 unter dem Titel »Ost-Migrantische Analogien« veröffentlicht.

Worin besteht das politische Potenzial dieses Ansatzes?

Wir haben uns gefragt, was es bedeutet, wenn gegenüber zwei völlig unterschiedlichen Gruppen ähnliche Stereotype greifen. Sagt das womöglich weniger über diese Gruppen aus als über die gesellschaftlichen Machtverhältnisse? Ist das ein Hinweis darauf, dass die Abwertung dieser ›Anderen‹ eine Funktion hat, nämlich die Hegemonie derjenigen abzusichern, die gesellschaftlich oben stehen? Die ›Anderen‹ wären dann letztlich austauschbar und müssten sich gar nicht ähneln. Heute sind es Muslim*innen, morgen Sinti und Roma oder nonbinäre Menschen, Ostdeutsche oder Asiat*innen – alle diese Gruppen werden außerhalb der Norm platziert. Damit wird ihnen selbst gleichsam die ›Schuld‹ für die Ungleichheit zugeschoben.

Was ist das wichtigste Ergebnis der Studie?

Es wurde deutlich, dass Ostdeutsche tatsächlich mit ähnlichen Abwertungen konfrontiert sind wie Muslim*innen. Westdeutsche werfen beiden Gruppen vor, sich zum Opfer zu stilisieren, sich nicht vom Extremismus zu distanzieren und »noch nicht im heutigen Deutschland angekommen« zu sein. Das heutige Deutschland wird wohl immer noch

» Das Gefühl mangelnder Anerkennung trägt dazu bei, den Aufstieg der anderen abzuwehren. «

als die alte BRD imaginiert. Beide Gruppen werden stereotypisiert und migrantisiert. Interessant ist, dass Ostdeutsche die prekäre Lage der Muslim*innen durchaus anerkennen: Etwa 35 Prozent stimmten der Aussage zu, diese würden »wie Bürger zweiter Klasse« behandelt. Sie sehen sich selbst aber als genauso benachteiligt und mit den gleichen Aufstiegshürden konfrontiert. Westdeutsche wiederum erkennen zwar die prekäre Lage der Muslim*innen an, nicht aber die Ungleichheiten, mit denen Ostdeutsche konfrontiert sind. Damit ignorieren sie die Wunden der Wiedervereinigung.

Es wird also durchaus anerkannt, dass Muslim*innen von Ungleichheit betroffen sind.
Ja. Aber sowohl West- wie Ostdeutsche fühlen sich durch einen möglichen sozialen Aufstieg von Muslim*innen in ihrem Status bedroht. Sie fürchten Bildungskonkurrenz und Teilhabekonflikte. Gegenüber einem Aufstieg von Ostdeutschen gibt es solche Vorbehalte im Westen nicht. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland herrschen muslimfeindliche Einstellungen vor, in Ostdeutschland sind sie allerdings stärker ausgeprägt. Diese Angst vor der Mobilität der ›Anderen‹ ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt problematisch. Sie impliziert, dass selbst eine gelungene Integration von Muslim*innen als negativ empfunden werden kann.

Könnten ähnliche Erfahrungen der Ausgrenzung nicht auch zur Solidarisierung führen?
Das Gefühl mangelnder Anerkennung trägt eher dazu bei, den Aufstieg der ›Anderen‹ abzuwehren. Laut unserer Studie hätte fast jede zweite Person in Ostdeutschland ein schlechtes Gefühl, wenn mehr Muslim*innen

NAIKA FOROUTAN ist Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik und Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM). 2020 erschien ihr Gesprächsband »Die Gesellschaft der Anderen« gemeinsam mit Jana Hensel, 2019 das Buch »Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie«.

in wirtschaftliche Führungspositionen kämen. 53 Prozent befürchten, Muslim*innen würden umso mehr Forderungen stellen, je besser es ihnen geht. Es scheint, als würden sich Ostdeutsche auch über die Degradierung von Migrant*innen in der Hierarchie hochrangeln. Als suchten sie einen Andockpunkt an die westdeutsche Dominanzgesellschaft,

»Es geht auch um emotionale Ressourcenverteilung: Wer gehört zum neuen Deutschland dazu – die Migrant*innen oder die ›Ossis‹?«

nach dem Motto »Immerhin sind wir alle Deutsche«. Wir haben das als »Kampf um den zweiten Platz« beschrieben. Dabei geht es nicht nur um ökonomische Ressourcen, sondern auch um die Verteilung sozialer Güter, um politische Partizipation und Repräsentation. Zudem spielt die Anerkennung von Lebensstilen eine Rolle. Schlussendlich geht es auch um emotionale Ressourcenverteilung: Wer gehört zum neuen Deutschlandbild dazu – die Migrant*innen oder die ›Ossis‹?

Sie sprechen immer wieder von der »Dominanzgesellschaft«. Warum?

Das Wort ist konkreter als »Mehrheitsgesellschaft«. Es geht nicht um die numerische Mehrheit. Sondern um die Macht, die Gesellschaft in normal oder fremd, in mehr oder weniger wert einzuteilen. Der Begriff geht auf Birgit Rommelspacher zurück und beschreibt eine gesellschaftliche Ordnung, die auf Hierarchien und Differenzlinien basiert, etwa zwischen arm und reich, Frau und Mann, Ost und West, Schwarz und weiß. Sie rechtfertigen den unterschiedlichen Zugang zu Macht und Ressourcen. Die dominante Gruppe hat in ihren Verflechtungen jeweils eine strukturelle, aber auch psychische und soziale, kulturelle und diskursive Macht, diese Einteilung durchzusetzen. So war etwa die westdeutsche Vorstellung, dass Frauen ihr Kind in den ersten drei Jahren zu Hause betreuen sollen, lange dominant. Ostdeutsche Mütter, die ihr Kind mit einem Jahr in die Kita brachten, galten als Rabenmütter. Die Dominanzgesellschaft definiert die Norm, die Normalität – und somit auch die Devianz, die Abweichung.

Welche politischen Forderungen würden denn die Interessen von marginalisierten Gruppen bündeln und stärken?

Ein Befund unserer Studie war sehr überraschend: Es gibt in der Bevölkerung eine erstaunlich hohe Zustimmung zu Quoten, um Ungleichheiten strukturell zu beheben. In Ost- und Westdeutschland waren über 50 Prozent für eine Frauenquote und ein Drittel für eine Migrantenquote. Das hat die LINKE in Berlin mit der Senatorin Elke Breitenbach ja auch versucht, als sie zu Beginn des Jahres 2021 eine Gleichstellungsquote für den öffentlichen Dienst forderte. Sie ist damit an der SPD gescheitert – ein fatales Signal an die Berliner Wähler*innen mit Migrationshintergrund.

Gab es auch Befürchtungen, dass Ihre Studie das Spezifische am Rassismus relativiert?

Vor allem von migrantischer Seite gab es die Kritik, dass die Studie Rassismus verharmlose und die Erfahrungen von Ostdeutschen und Migrant*innen gleichsetze. Ich kann das zwar nachvollziehen, möchte aber klarstellen, dass wir selbstverständlich nicht

von gleichen Erfahrungen sprechen. Eine Analogie ist keine Gleichsetzung. Bei den Strukturdaten von Armut und Arbeitslosigkeit, Bildung und Gesundheit sind Muslim*innen in Deutschland eindeutig und objektiv schlechter gestellt. Muslim*innen und Menschen, die als Muslim*innen gelesen werden, erleben seit Jahrzehnten massive Abwertung, werden angegriffen und auch getötet, wie zuletzt in Hanau. Beinahe täglich werden antimuslimische Taten in Deutschland registriert. Ostdeutsche müssen keine gewalttätigen Bedrohungen fürchten. Sie gehören in weiten Teilen des Landes selbst zur Dominanzgesellschaft. Gleichzeitig sagten viele Ostdeutsche in qualitativen Befragungen, die mein Kollege Daniel Kubiak durchgeführt hat, wie sehr es sie treffe, dass ganz Ostdeutschland pauschal als rechtsextrem dargestellt wird. Ihr Bemühen um eine offene Gesellschaft, ihre antirassistische Arbeit werde dadurch unsichtbar.

Sollen wir also nicht über die rechte Bedrohung im Osten reden, um das Stereotyp des »braunen Ostens« zu vermeiden?

Es geht nicht darum, den antimuslimischen Rassismus zu relativieren, der im Osten tatsächlich präsenter ist. Nur: Er ist auch in Westdeutschland bei mehr als einem Drittel der Bevölkerung anzutreffen. Und darüber wird zu wenig gesprochen. Indem der Rassismus in den Osten abgeschoben wird, entledigt sich Westdeutschland der eigenen Verantwortung. Denn Rassismus ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen – das haben nicht zuletzt die Morde in Hanau gezeigt, die von einem westdeutschen Täter begangen wurden.

In Ihrem Buch »Die postmigrantische Gesellschaft« schreiben Sie: »Die Migrationsfrage stellt sich als soziale Frage.« Was meinen Sie damit?

Entlang der Migrationsfrage werden zentrale gesellschaftliche Themen verhandelt: Verteilungsgerechtigkeit, Ungleichheit, Repräsentation und Diskriminierung. Der Zugang zu Bildung, zum Arbeits- und Wohnungsmarkt wird immer wieder anhand der migrantischen Figur diskutiert, dem migrantischen Kind, der migrantischen Frau oder Familie. »Der Migrant« ist nicht nur eine demografische Realität, sondern auch eine diskursive Kunstfigur, an der sich das Gleichheitsversprechen unserer Demokratie überprüfen lässt. Die Migrationsfrage überdeckt dabei einerseits persistente soziale Fragen. Sie kann auf der anderen Seite aber auch wie ein Prisma wirken, das die Aufmerksamkeit für soziale Probleme bündelt und dann wieder bricht. Es lenkt den Blick auf gesellschaftliche Konflikte und uneingelöste Versprechen. Diese dialektische Funktion von Migration zu erkennen, bezeichne ich als postmigrantische Perspektive.

Dennoch werden antirassistische Kämpfe oft als »Identitätspolitik« kritisiert und von den Klassenfragen getrennt.

Diese Debatte ist zum Teil von Unkenntnis und vielen Plattitüden getragen. Die größte lautet, dass identitätspolitisches Handeln nur den Bedürfnissen und Befindlichkeiten einzelner Gruppen diene. Das blendet aus, dass es ein legitimes Recht gibt, sich gegen teils jahrhundertelange Ungleichheit zu organisieren. Und es verkennt, dass Identitätspolitik nicht nur den Scheinwerfer auf das eigene Leid lenkt,

sondern eine Aufforderung an die gesamte Gesellschaft formuliert: Gleichheit und Emanzipation als politisches Ziel ernst zu nehmen. Ich finde Kritik an Identitätspolitik nachvollziehbar, wenn sie sich gegen eine radikale und vernichtende Debattenkultur richtet. Mir geht es aber nicht um *tone policing*[1]– bei so existenziellen Fragen wie Rassismus ist es nicht angebracht, mokant auf eine bürgerliche Diskursattitüde zu verweisen. Gelassenheit ist das Privileg derer, die Benachteiligung nicht am eigenen Leib spüren müssen. Diese Wut muss die Gesellschaft aushalten, und auch die Infragestellung etablierter Privilegien.

Aber in welchem Verhältnis stehen denn sogenannte Identitäts- und Klassenfragen?

Grundsätzlich ist die Migrationsfrage nicht von der Klassenfrage zu trennen. Migrant*innen in Deutschland sind überproportional Arbeiter*innen. Ebenso wenig ist die Geschlechterfrage von der Klassenfrage zu trennen. Der Mikrozensus lehrt uns, dass die

»Wir werden Ungleichheit nicht überwinden, wenn alle nur für sich kämpfen.«

Armutsgefährdungsquote bei alleinerziehenden Frauen mit am höchsten liegt. ›Die da unten‹ sind schon lange auch ›die Frauen‹ und ›die Migrant*innen‹. Für sie entspringt Antidiskriminierung oder Genderpolitik nicht einer kosmopolitischen Gesinnungsethik. Es ist handfeste Interessenvertretung und Politik gegen Ungleichheit. Die Klassenfrage ist also auch migrantisch und auch feministisch – sie ist auch identitätspolitisch. Die Frage ist deshalb: Wie kriegt man die drei Ungleichheitslinien zusammengedacht und nicht gegeneinander ausgespielt?

In Ihrem Buch »Die Gesellschaft der Anderen«, das Sie 2020 gemeinsam mit Jana Hensel veröffentlicht haben, schlagen Sie »strategische Allianzen« marginalisierter Gruppen vor.

Das Hauptproblem des linken und migrationsfreundlichen Spektrums ist, dass es zersplittert ist. Es bildet einen viel größeren Teil der Gesellschaft, ist aber in sich gespalten. Wenn wir etwas verändern wollen, müssen wir lernen, über Meinungsdifferenzen hinwegzusehen und den kleinsten gemeinsamen Nenner der Akteure zu finden. Wir werden Ungleichheit nicht überwinden, wenn alle nur für sich kämpfen. Schon gar nicht, wenn es nur diejenigen sind, die davon betroffen sind. Es geht um eine Allianz von sozialen Gruppen, die nicht gleichermaßen an den zentralen Gütern der Gesellschaft beteiligt werden. Eine postmigrantische Allianz – nicht nur von Migrant*innen, sondern auch von Frauen*, Menschen mit Behinderung und vielen mehr – würde nicht ›nur‹ für sich, sondern für die gleichen Rechte aller kämpfen.

Wie geht man mit den unterschiedlichen Positionierungen um, wenn man breite Allianzen will?

Es kommt auf eine strategische Kombination an: Wir müssen die Communities selbst stärken – also diejenigen, die über gemeinsame strukturelle, kulturelle, soziale oder emotionale Identifikationen verbunden sind. Und wir müssen die Allianzen nach außen stärken, zwischen den Communities, aber auch mit Akteuren der Dominanzgesellschaft. Die eigene Herkunft und Erfahrung kann man identitär einsetzen, um zu mobilisieren, zu *bonden*, sich

zu positionieren. Aber kämpfen muss man mit Verbündeten auf der Basis einer gemeinsamen Haltung zur Welt. Und dafür braucht es auch diejenigen, die die Macht haben, wirklich etwas zu verändern. Feminismus ohne Männer geht zum Beispiel nicht. Wie schlagkräftige Allianzen über die eigene Community hinweg aussehen können, ist bei dem Bündnis #unteilbar zu sehen oder in den breiten Anti-Pegida-Demonstrationen.

Es geht also um einen strategischen Zugang zu Identitätspolitik?

Bei Identitätspolitik geht es immer um eine strategische Essenzialisierung. Es werden Gruppen aufgerufen, die in Wahrheit zutiefst heterogen sind. Gayatri Spivak hat dafür den Begriff des strategischen Essenzialismus geprägt. Sie fragte sich, wie man, Unterdrückungsverhältnisse kritisieren kann, ohne den Unterdrücker und die Unterdrückten zu benennen. Aber ihr war klar, dass solche Kategorien immer essenzialisierend sind. Sie kochen heterogene Lebensrealitäten und Identifikationen, die aus sich überschneidenden Machtverhältnissen mit je eigenen Erfahrungen entstehen, in einfache, stereotype Happen ein. Das produziert immer Irritationen.

Die Linke will die »soziale Frage« in den Vordergrund stellen. Viele Marginalisierte und Migrant*innen fühlen sich davon aber nicht angesprochen. Warum? Was müsste sich ändern?

Die gesellschaftliche Linke und die Partei DIE LINKE müssen anerkennen, dass Race- und Gender-Fragen nicht von der Klassenfrage ablenken. Sie sind im Gegenteil immer schon eng mit den zentralen ökonomischen Konflikten verbunden. Wir können von Geschlechtergerechtigkeit, Rassismuskritik und Antidiskriminierung nicht abrücken in der Angst, dass sich ›die da unten‹ davon provoziert fühlen. Denn die Figur des ›kleinen Mannes‹ fängt die Lebensrealitäten der Menschen längst nicht mehr ein. Diversität spielt sich nicht nur im kosmopolitischen Milieu ab, sie ist auf der Straße, in der Kneipe und im Dorf lange schon Alltag.

Dafür hat die Linke aus meiner Sicht noch keine Fragestellung entwickelt. Ihre Idee besteht im Universalismus, darin, dass die Herkunft nicht zählen sollte. Das ist ein wichtiger Gedanke. Aber wenn wir gleichzeitig wissen, dass laut PISA und Timms und Statistischem Bundesamt die Herkunft deutlich über Ungleichheitsverhältnisse bestimmt ist, dann ist damit eben nicht nur die Klassenherkunft gemeint. Wenn ein Kind Ali oder Ayşe heißt, kann sein Vater Atomphysiker sein und im Prenzlauer Berg wohnen – die Lehrkräfte bewerten seine Leistungen trotzdem schlechter und trauen ihm weniger zu. Das wiederum kann sich auf den gesamten Lebensweg auswirken. Diese Erfahrung müssen Linke noch deutlicher aufgreifen. Sie müssen die Trias von Race, Class und Gender noch stärker in ihrer Verschränkung verstehen, um wirklich all diejenigen anzusprechen, die von Marginalisierung betroffen sind.

»Diversität spielt sich nicht nur im kosmopolitischen Milieu ab, sie ist auf der Straße, in der Kneipe und im Dorf lange schon Alltag.«

Das Gespräch führte Hannah Schurian.

1 Als *tone policing* wird eine Kritik bezeichnet, die sich auf einen vermeintlich zu emotionalen Tonfall bezieht, mit dem eine Aussage vorgetragen wird.

AUFBRUCH OST
ENTSTEHT HIER EINE REBELLISCHE ARBEITER- UND JUGENDBEWEGUNG?

GESPRÄCH

MIT OLAF KLENKE, THOMAS LISSNER UND HANNA PLESSOW

Hanna, du engagierst dich bei »Aufbruch Ost«. Anfangs stand die Aufarbeitung der ostdeutschen Nachwendegeschichte im Mittelpunkt, seit zwei Jahren unterstützt ihr Arbeitskämpfe in der Region. Wie bist du dazu gekommen?

HANNA: Meine Eltern sind aus dem Westen in den Osten gezogen, als ich noch klein war. Ich bin hier groß geworden, aber meine Eltern haben mir nichts von der DDR erzählen können. Auch im Geschichtsunterricht kam das Thema praktisch nicht vor. Aber irgendwann habe ich gemerkt, dass es überawll präsent war, das Gefühl, übergangen worden zu sein, abgehängt zu sein.

Nach der Bundestagswahl 2017 ist in meinem Freundeskreis die Idee entstanden, eine andere Perspektive auf die Wende starkzumachen. Diese Ungerechtigkeiten lassen sich auch heute noch in Zahlen festhalten: Wie kann es sein, dass ostdeutsche Arbeiter*innen 30 Jahre nach der Wende im Schnitt fast ein Fünftel weniger verdienen als Arbeiter*innen im Westen, obwohl sie mehr arbeiten? Das sind Verhältnisse, die wir nicht länger hinnehmen wollen.

THOMAS: Die Wende habe ich damals im Erzgebirge erlebt. Als ich elf oder zwölf war, wurde mein Vater arbeitslos, wie viele andere auch. Damals ging alles den Bach runter. Die Folgen merke ich bis heute auch in meiner Arbeit. Diese Erfahrungen wurden nie richtig aufgearbeitet, vor allem nicht von und mit den Leuten, die es betrifft.

In der öffentlichen Debatte war der Tenor sehr lange: Nach und nach wird dieses Ost-West-Thema verschwinden – gerade für die junge Generation, die nach dem Mauerfall aufgewachsen ist. Jetzt scheint es mit Wucht zurückzukommen – woran liegt das?

OLAF: Da spielen auch die Erfahrungen der 2010er Jahre eine Rolle, das Gefühl: Die fetten Jahre sind an uns vorbeigezogen und es ist nichts passiert. Nach der Finanzkrise gab es zehn Jahre Aufschwung, aber die Unterschiede zwischen Ost und West wurden nur zementiert. Daraus entsteht ein enormer sozialer Unmut. 2015 ist es der AfD gelungen, diesen Frust politisch zu kanalisieren.

» Die Ost-Beschäftigten verdienen für dieselbe Tätigkeit 700 Euro weniger. « (Thomas)

» Wir haben uns einfach getraut und mutiger agiert. « (Olaf)

» Wir können nicht zulassen, dass sich die AfD als diejenige aufspielt, die sich um die ›Sorgen des kleinen Mannes‹ kümmert. « (Hanna)

THOMAS: Da sind nach wie vor die enormen Lohnunterschiede. Die Leute machen dieselbe Tätigkeit und verdienen 700 Euro weniger als ihre Kolleg*innen im Westen. Das macht etwas mit den Menschen. Zumal das seit 30 Jahren so geht. Wenn du außerdem aus Sachsen kommst, wirst du auch noch ausgelacht, weil du so einen komischen Dialekt sprichst. Du kommst in eine Runde und hörst die westdeutsche Eloquenz. Na, dann traut man sich nicht unbedingt, was zu sagen, obwohl man zu dieser skandalösen Situation sehr wohl etwas zu sagen hätte. Bei mir geht das inzwischen einigermaßen, ich hab ein gutes Selbstbewusstsein. Aber wie geht es Leuten, die seit Jahren hören: Mach bei der Arbeit bloß nicht den Mund auf, hier stehen 100 Leute, die deinen Job übernehmen würden. Da ist viel kaputtgegangen. Und wie Olaf sagt, das entlädt sich eben bei der AfD.

»Aufbruch Ost« und NGG arbeiten seit einiger Zeit zusammen. Wie kam es dazu?

THOMAS: Das hat 2019 in der Auseinandersetzung bei Teigwaren Riesa begonnen. Da hat es zum ersten Mal so richtig gescheppert, weil sich Beschäftigte zusammengeschlossen haben, um Missstände aufzudecken und

OLAF KLENKE wurde Anfang der 1970er Jahre in Berlin-Köpenick geboren. Er ist aktiv in der BAG Betrieb und Gewerkschaft der Partei DIE LINKE und arbeitet als Gewerkschaftssekretär der NGG. Dort ist er zuständig für Tarifpolitik und die Unterstützung der Regionen in Ostdeutschland.

THOMAS LISSNER ist 42 Jahre alt, ist im Erzgebirge aufgewachsen und wohnt heute in Chemnitz. Er war 19 Jahre im Bäckerhandwerk tätig, auch als Betriebsrat. Heute arbeitet er als Gewerkschaftssekretär bei der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) Südwest-Sachsen.

HANNA PLESSOW ist 22 Jahre alt. Sie wurde in Bremen geboren, ist in Leipzig aufgewachsen und studiert derzeit Kultur- und Medienpädagogik an der Hochschule Merseburg. Sie ist aktiv bei »Aufbruch Ost«, einer Gruppe, die sich 2018 in Leipzig zusammengefunden hat, um anlässlich der Feierlichkeiten zum 30-jährigen Jubiläum der Wende eine andere Perspektive starkzumachen.

gemeinsam dagegen vorzugehen. Nach vielen Monaten Kampf stand am Ende ein Tarifvertrag. In diesem Konflikt hat uns »Aufbruch Ost« das erste Mal mit Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.
HANNA: Wir hatten damals das Gefühl, dass da ein Funke überspringt, dass bei Riesa etwas passiert, worum es uns die ganze Zeit geht: Leute stehen gemeinsam auf und kämpfen dafür, dass die Zustände gerechter werden. Das haben wir erstmal einfach über Social Media begleitet.
Dann kam relativ schnell die Idee von der NGG, dass wir Videointerviews machen. Ein Format, das wir zuvor schon zum Thema Nachwendezeit in Ostdeutschland ausprobiert hatten.
Also sind zwei Leute von uns hingefahren und haben Interviews mit den Arbeiter*innen und dem Betriebsrat geführt. Diese Filmchen haben wir dann auf Youtube veröffentlicht, um den Konflikt sichtbar zu machen und andere zu motivieren. Die Hoffnung war, dass sich das auch auf andere Betriebe überträgt, denn solche Kämpfe müssen überall geführt werden.

Wie war das für die NGG, dass da plötzlich so eine Initiative von jungen Leuten auftaucht, ohne gewerkschaftlichen Hintergrund?
THOMAS: Bei dem Konflikt mit Teigwaren Riesa war ich einfach für jede Unterstützung dankbar. Alles, was positiv gewirkt hat, haben wir zugelassen. In der Vergangenheit kam es oft so rüber, als ob die NGG eher still und leise ist, wir hatten keine mediale Schlagkraft. Deshalb waren wir dankbar, dass »Aufbruch Ost« uns genau dabei unterstützt hat.

Was hat sich daraus entwickelt?
THOMAS: »Aufbruch Ost« ist jetzt auch beim Konflikt um Haribo in Wilkau-Haßlau dabei und bei anderen Aktionen. Unsere Leute kriegen mit, dass sie nicht allein kämpfen, dass es Menschen gibt, die sie solidarisch unterstützen. Das ist, glaube ich, das Entscheidende.

Ihr habt im letzten Jahr eine Reihe von Konflikten zu einem erfolgreichen Ende gebracht.
THOMAS: Es gab eine große Tarifauseinandersetzung, an der viele Betriebe beteiligt waren. Wir haben das ziemlich gut vorbereitet, weil wir wussten, dass es ein harter Kampf wird.
So war es auch, aber die Leute haben mitgezogen, und wir haben es geschafft, die verschiedenen Betriebe miteinander zu verbinden. Das hat enorm viel Potenzial freigesetzt. Da sind Leute nach vorn gegangen, die waren früher einfache Produktionsmitarbeiter, ganz leise. Und jetzt wurden sie richtige Tarifkämpfer.

Warum ist das nicht schon früher passiert? Habt ihr irgendwas anders gemacht? Haben sich die Bedingungen verändert? Oder ist bei den Leuten was passiert?
OLAF: 2019 haben sich die Leute von Teigwaren Riesa bei uns gemeldet und um Unterstützung gebeten. Signale kamen aber auch aus vielen anderen Betrieben.
Da haben wir gesagt, wir müssen das diesmal anders anpacken. Wir sind zu allem bereit, wenn die Leute in den Betrieben mitziehen. Kann sein, dass wir auf die Nase fallen, kann sein, dass vielleicht ein

Tarifvertrag über den Jordan geht, der aber eigentlich ohnehin nur noch eine Hülle ist und die kämpferischen Betriebe zurückhält. Wir haben uns einfach getraut und mutiger agiert.
THOMAS: Damals haben wir auch gelernt: Wir brauchen viel mehr Beteiligung. Es geht nicht, dass wir den Leuten sagen, was für sie gut ist. Wir müssen die Themen der Leute zu unseren Themen machen. Weg von diesem Denken: »Ach, die Gewerkschaft wird es schon machen.«
Stattdessen ist das Ziel, die Leute dazu zu befähigen, selbst aktiv zu werden. Unterstützen, organisieren, aber keine Stellvertreterpolitik. Und wenn die Leute das Gefühl haben, sie können sich einbringen, es ist ihre Bewegung, dann gehen sie auch voll mit. Das war das ganze Geheimnis.

Erleben wir hier den Beginn einer vielleicht kleinen linken, rebellischen Arbeiter- und Jugendbewegung in Ostdeutschland?
HANNA: Ich denke schon, dass es da eine gewisse Veränderung gibt. Für unsere Initiative ist es zentral, dorthin zu gehen, wo es wichtig ist, wo Unterstützung gebraucht wird, statt sich die ganze Zeit nur in der linken Szene miteinander zu beschäftigen, abgeschottet von der Lebensrealität so vieler Menschen.
Wir versuchen, verschiedene Kämpfe zu verbinden: Das sind Leute außerhalb unseres Stadtviertels oder unserer Szene, vielleicht eher im ländlichen Raum, aber die haben ganz ähnliche Probleme. Dieses Bewusstsein wächst langsam.
THOMAS: Selbst Politiker merken: Das ist eine Bewegung, die ernst zu nehmen ist. In früheren Tarifauseinandersetzungen sind wir denen hinterhergerannt. Wenn wir ganz viel Glück hatten, ist mal einer vorbeigekommen. Jetzt ist das anders. Wir haben Unterstützung von Abgeordneten der LINKEN, der SPD, von den Grünen. Und wir bekommen auch mit, dass das für viele eine gute Erfahrung ist, aus ihrem abgehobenen Politikbetrieb rauszukommen, in Kontakt mit einer wirklichen Bewegung zu treten.
OLAF: Es geht uns nicht darum, den Riss zwischen dem Politikbetrieb und den Menschen zu reparieren. Diese Entfremdung hat reale Gründe. Aber wir sind bereit, mit denen zusammenzuarbeiten, die an einem Aufbruch von unten mitwirken wollen – aus welcher Partei sie kommen, ist dabei egal. Es geht darum zu zeigen, dass Politik auch anderes sein kann. Es kann nicht sein, dass die AfD damit durchkommt, sie sei die einzige Opposition und alle anderen Teil des Establishments. Wir wollen zeigen, dass man links vom Establishment Politik machen kann.
HANNA: Arbeitskämpfe und Gewerkschaftsarbeit sind ein guter Weg, für Veränderungen einzutreten und Menschen zu erreichen. Denn auch linke Politik, wie die Leute sie erleben, kommt oft eher ›von oben‹. In diesen Arbeitskämpfen merken die Menschen dagegen, dass sie selbst etwas verändern können. Sie merken: Irgendwie geht was, wenn wir uns zusammenschließen und gemeinsam für unsere Sache kämpfen.

Es gibt ja grob zwei Möglichkeiten, wie man mit Ohnmachtserfahrungen und Frustrationen umgeht – Ausgrenzung oder Solidarität. Die erste wird von AfD und Pegida betrie-

ben: Der Islam und die Migrant*innen sind schuld. Wie sich Leute dann entscheiden, hat viel mit ihren Alltagserfahrungen zu tun. Die spannende Frage ist nun, ob sich durch die kollektive Erfahrung solcher Kämpfe bei Menschen etwas verändert. Bemerkt ihr sowas?

HANNA: Die politische Landschaft in Ostdeutschland ist sehr stark von rechten und rechtsextremen Netzwerken geprägt. Diese Gruppen sind nicht zu erreichen und man darf ihnen auf keinen Fall eine Bühne bieten. Aber nicht alle, die diese Gruppen unterstützen, haben eine fest gefügte rechtsextreme Weltanschauung. Da spielt Unzufriedenheit über die ökonomische Situation eine Rolle, Frustration darüber, keine politische Stimme zu haben.

Wir können es nicht zulassen, dass sich die AfD als diejenige aufspielt, die sich um die »Sorgen des kleinen Mannes« kümmert. Letztlich geht es darum, wer tatsächlich eine Veränderung herbeiführen kann. Aber auch, wer die bessere Erzählung hat, wer die jüngere ostdeutsche Geschichte besser einordnen kann. Das wird am Ende entscheiden, welche Richtung sich durchsetzt – links oder rechts.

THOMAS: Ich denke, wir werden die Leute nicht so schnell auf unsere Seite ziehen können. Das wird ein langwieriger Prozess sein. Wichtig ist aber, dass wir Leute, die AfD wählen, nicht von oben herab belehren. Wir müssen zeigen, dass unsere Bewegung, unsere Sichtweise auf die Dinge besser ist und dass die Blauen keine Lösung für ihre Probleme haben.

Das ist uns in vielen Betrieben schon teilweise gelungen, bei einzelnen Köpfen, aber sicherlich noch nicht bei einer großen Menge der AfD-Wähler*innen. Wenn zwei Betriebsräte, zwei große Kämpfer, bei der #unteilbar-Demo in Dresden vor 30000 Menschen sprechen, ist das ein Statement, das mit Teigwaren Riesa in Verbindung gebracht wird. Das hat eine Strahlkraft, und das ist es, was wir viel mehr hinbekommen müssen.

OLAF: Wir sind an einem Streiktag durch die Innenstadt gelaufen. Als wir am AfD-Büro vorbeikamen, meinte eine Kollegin: »Ich gehe mal rein und gebe denen unsere Flugblätter, dann können die uns auch unterstützen.« Sie kam aber ziemlich desillusioniert wieder heraus, denn die AfD hat sich gegen unsere Arbeitskämpfe gestellt. In solchen Situationen merken die Leute: Es passt nicht zusammen, die AfD ist nicht die Stimme der Entrechteten. Das sind interessante Brüche.

Es ist aber nicht so, dass wir einen Streik führen und die Leute schmeißen alle Vorurteile über Bord, die sie bisher im Kopf hatten. So schnell geht das nicht.

In den Verhandlungspausen sprechen wir aber auch über Rassismus. Wenn man solche Möglichkeiten nutzt, schafft man zumindest bei einigen wichtigen Leuten im Betrieb ein anderes Verständnis von Politik. Die können dann weiterwirken.

Das sind kleine Ansätze. Aber ich denke nicht, dass jetzt auf einmal alles in die andere Richtung kippt. Die nächsten Jahre werden das entscheiden, es hängt davon ab, ob wir mehr solche Aufbrüche organisieren können.

Das Gespräch führte Jörn Boewe.



Streikende Beschäftigte des Fleischbetriebs Vion
in Perleberg (Brandenburg), © Fotografenherz

KLASSENVERHÄLTNISSE NACH EINEM JAHR PANDEMIE

THOMAS SABLOWSKI

Die Coronakrise trifft die Arbeiter*innenklasse am härtesten und verstärkt räumliche wie soziale Spaltungen.

Die bisher vorliegenden statistischen Daten zeigen schon jetzt sehr deutlich, dass sich die soziale Ungleichheit im Zuge der Coronakrise weiter verschärft. Einen detaillierten Blick auf die Krisenentwicklung und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Vermögen und Einkommen zu werfen, ist unerlässlich für die Entwicklung linker Strategien. Auch wenn härtere Verteilungskämpfe erst nach der Bundestagswahl mit der dann zu verhandelnden Staatsverschuldung zu erwarten sind, ist heute schon absehbar, wer zum Verlierer und wer zum Gewinner diese Krise werden wird. Nur wenn wir die Verschiebungen und Kontinuitäten in den KLassenverhältnissen in Deutschland in der Pandemie verstehen, kommen mögliche Ansätze für linke Politik, für Intervention und Organisierung in den Blick.

DIE TIEFSTE KRISE DER WELTWIRTSCHAFT SEIT DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist in Deutschland im vergangenen Jahr um 4,9 Prozent eingebrochen, also fast ebenso stark wie während der großen Rezession infolge der globalen Finanzkrise – im Jahr 2009 betrug der Rückgang 5,7 Prozent.[1] Damit ist die deutsche Wirtschaft von der Coronakrise stärker betroffen als Länder wie China, Südkorea oder Australien, die die Pandemie erfolgreicher eingedämmt haben, aber auch stärker als die USA, wo die Trump-Administration eine ignorante, sozialdarwinistische Politik betrieb. Im Vergleich zu Frankreich, Italien, Spanien und Großbritannien ist Deutschland bisher allerdings noch glimpflich davongekommen – dort liegt der Rückgang des BIP nach den jüngsten Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zwischen 9 und

11 Prozent. Die Coronakrise verstärkt demnach zwei Entwicklungstendenzen, die schon länger zu beobachten sind: Erstens verliert die Europäische Union in der Weltmarktkonkurrenz vor allem gegenüber dem asiatisch-pazifischen Raum, in geringerem Maße gegenüber Nordamerika an Gewicht. Zweitens verschärfen sich die Ungleichgewichte in der EU: Das Übergewicht Deutschlands nimmt zu, während die anderen großen EU-Staaten an Gewicht verlieren.

Es ist aber nicht nur der Einbruch der wichtigen Märkte bei den europäischen Nachbarn, der der deutschen Exportwirtschaft noch länger zu schaffen machen wird. Das globale Sozialprodukt ist nach Schätzungen des IWF 2020 um 3,5 Prozent geschrumpft, also erheblich stärker als in der letzten großen Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir sind mit dem tiefsten Einbruch der Weltwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert. Die starke Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft erweist sich hier einmal mehr als Achillesferse. Nahezu die Hälfte der deutschen Produktion wird exportiert – das ist weitaus mehr als in anderen großen Industriestaaten. In Frankreich, Italien oder Großbritannien liegen die Exportquoten um die 30 Prozent. Die deutschen Exporte sind im vergangenen Jahr um 9,4 Prozent eingebrochen, also fast doppelt so stark wie das BIP insgesamt.

Aber auch der private Konsum hat durch den Rückgang der Einkommen infolge der steigenden Erwerbslosigkeit und zunehmenden Kurzarbeit sowie durch den wiederholten Lockdown und die staatlich erzwungene Einschränkung der Konsummöglichkeiten stark gelitten. So gingen die Konsumausgaben der privaten Haushalte um 6,1 Prozent zurück. Am stärksten war freilich auch in dieser Krise der Rückgang der Investitionen der Unternehmen. Die Ausrüstungsinvestitionen sanken um 12,1 Prozent. Das Kapital ist bekanntlich ein scheues Reh! Der Staat hat zwar durch Kreditprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau, durch zahlreiche Steuererleichterungen und durch das ›Konjunkturpaket‹ versucht, hier gegen-

THOMAS SABLOWSKI ist Referent für politische Ökonomie der Globalisierung am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

zusteuern, konnte aber den Rückgang der effektiven Nachfrage nur teilweise auffangen. Die Konsumausgaben des Staates stiegen um 3,3 Prozent; ihr Anteil am BIP stieg damit von 20,3 auf 22 Prozent.

DER ARBEITSMARKT

Die Zahl der gemeldeten Erwerbslosen lag im Januar 2021 nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit bei 2,9 Millionen und damit um fast 500 000 höher als im Januar 2020. Damit waren im Januar 2021 rund 6,3 Prozent aller Erwerbspersonen und 7 Prozent aller Lohnabhängigen erwerbslos. Ausländer*innen sind grundsätzlich wesentlich stärker von Erwerbslosigkeit betroffen als deutsche Staatsbürger*innen: Die Arbeitslosenquote bei Personen mit deutschem Pass stieg von 4,3 Prozent im Januar 2020 auf 5,1 Prozent im Januar 2021; bei in Deutschland lebenden Personen mit anderer Staatsbürgerschaft stieg sie im gleichen Zeitraum von 13,2 auf 15,1 Prozent. Relativ gesehen stieg der Anteil der Ausländer*innen an allen Erwerbslosen damit von 28,8 auf 29,3 Prozent. Frauen sind von dem jüngsten Anstieg der Erwerbslosigkeit stärker betroffen als Männer – der Frauenanteil an allen Erwerbslosen stieg von 42,8 auf 43,3 Prozent. Die Altersgruppen der Jüngeren (15 bis 25 Jahre) und der Älteren (55 Jahre und älter) sind leicht überproportional vom Anstieg der Erwerbslosigkeit betroffen. Die Zahl derjenigen, die Grundsicherung in Anspruch nehmen, stieg von Januar 2020 bis Januar 2021 um 161 400 auf 1,6 Millionen.

In Ostdeutschland erfolgte der Anstieg der Erwerbslosigkeit ausgehend von einem höheren Niveau; die Arbeitslosenquote stieg hier von 6,8 auf 7,9 Prozent. Auffällig sind die Unterschiede zwischen Ost und West insbesondere bei Erwerbslosen unter 25 Jahren: Während die Arbeitslosenquote in dieser Altersgruppe in Westdeutschland mit 4,8 Prozent unter der des Bevölkerungsdurchschnitts (6 Prozent) liegt, ist sie in Ostdeutschland mit 8,4 Prozent höher als die des Bevölkerungsdurchschnitts. Die überdurchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit in Ostdeutschland entspricht der Problematik anderer europäischer Länder, während die unterdurchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit in Westdeutschland eher ungewöhnlich ist.

Rechnet man zur offiziellen Zahl der Erwerbslosen von 2,9 Millionen die Erwerbslosen im weiteren Sinne (d. h. ältere Erwerbslose und Teilnehmende diverser arbeitsmarktpolitischer ›Maßnahmen‹, die offiziell nicht als Erwerbslose zählen) hinzu, stieg die Zahl der ›Unterbeschäftigten‹ auf 3,7 Millionen. Hinzu kommen die Personen in Kurzarbeit: Im Dezember 2020 lag die Zahl der Kurzarbeiter*innen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit bei 2,39 Millionen, nach 2,01 Millionen im Oktober und 2,38 Millionen im November.[2] Bedingt durch den erneuten Lockdown im Zusammenhang mit der zweiten Welle der Pandemie stieg die Zahl der Kurzarbeiter*innen wieder an. Da Unternehmen jeweils das voraussichtliche Quantum an Kurzarbeit melden, sind diese Anzeigen ein Frühindikator für die Kurzarbeit. So wurde im Januar 2021 für 975 000 Beschäftigte zusätzlich Kurzarbeit angemeldet und vom 1. bis 24. Februar für 500 000 Beschäftigte. Nach den bisherigen Erfahrungen führen nicht alle Voranmeldungen von Kurzarbeit auch tatsächlich zu Kurzarbeit. So gab es für April 2020 während des ersten

Lockdowns etwa 8 Millionen Voranmeldungen von Kurzarbeit, tatsächlich lag die Zahl der Kurzarbeiter*innen dann ›nur‹ bei 6 Millionen. Der gegenwärtige Einbruch der Beschäftigung ist nicht so stark wie während der ersten Welle der Pandemie, da es bisher nicht zu einem vergleichbaren Zusammenbruch von Lieferketten aus dem Ausland gekommen ist und da die politischen Maßnahmen weiterhin darauf ausgerichtet sind, die Arbeit in vielen Bereichen nicht anzutasten. Gleichwohl kann man auf der Basis der vorliegenden Zahlen davon ausgehen, dass gegenwärtig insgesamt mehr als 6 Millionen Menschen in Deutschland erwerbslos oder unterbeschäftigt sind. Hinzu kommt die sogenannte stille Reserve, also die Zahl jener, die gar nicht als Erwerbspersonen zählen, da sie nicht (mehr) aktiv nach Arbeit suchen. Nur ein Teil der wegfallenden Beschäftigung spiegelt sich also in einem entsprechenden Anstieg der Zahl der Erwerbslosen und Unterbeschäftigten wider; ein anderer Teil der wegfallenden Beschäftigung führt zu einer Erhöhung der ›stillen Reserve‹.

Die Zahl und Art der Beschäftigungsverhältnisse wird leider auch erst mit einer gewissen Verzögerung erfasst. Gegenwärtig liegen nur die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse vom November 2020 und die Zahl der gesamten Beschäftigungsverhältnisse vom Dezember 2020 vor. Demnach ging die Anzahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse zwischen Dezember 2019 und Dezember 2020 um 71 900 auf 33,7 Millionen zurück. Die Zahl der Erwerbstätigen sank allerdings stärker, nämlich von 45,4 Millionen im Dezember 2019 auf 44,7 Millionen im Dezember 2020 und 44,4 Millionen im Januar 2021. Ein Großteil des Beschäftigungsabbaus betraf also Selbstständige und »geringfügig Beschäftigte«.

Die Salden der Beschäftigungsentwicklung geben nur ein eingeschränktes Bild von den Verwerfungen im Zuge der Krise, denn während sich die Beschäftigung in einigen Branchen verringert hat, ist sie in anderen gestiegen. So wurden allein im Gastgewerbe binnen eines Jahres bis Dezember 2020 mehr als 109 000 sozialversicherungspflichtige Stellen (d. h. mehr als 10 Prozent) abgebaut, in der Metall-, Elektro- und Stahlindustrie waren es 156 800 Stellen. Beschäftigungszuwächse gab es dagegen im öffentlichen Dienst, im Gesundheitswesen, im Pflege- und Sozialbereich, im Baugewerbe, im Bereich der Unternehmensdienstleistungen, im Erziehungs- und Unterrichtswesen, im Informations- und Kommunikationssektor, in Verkehr und Lagerei. Leiharbeiter*innen gehören zu jenen, die von dem Beschäftigungsabbau besonders betroffen sind. Die Zahl der Beschäftigten bei Leiharbeitsfirmen ging um 30 300 auf 664 000 gegenüber dem Vorjahr zurück (Stand Dezember 2020).

Nach der Erwerbstätigenrechnung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes sank die Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen zwischen dem vierten Quartal 2019 und dem vierten Quartal 2020 um 4,7 Prozent bzw. 194 000 von 4,1 auf 3,9 Millionen. Die Zahl der lohnabhängig Beschäftigten ging im selben Zeitraum um 1,3 Prozent bzw. 553 000 von 41,4 auf 40,9 Millionen zurück. Die Zahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitssuchende) ging von Dezember 2019

bis Dezember 2020 um 150 000 zurück – die ›stille Reserve‹ wuchs also entsprechend an. Bei den Beherbergungsbetrieben lag die Zahl der Beschäftigten im Januar 2021 um 25,4 Prozent unter derjenigen des Vorjahresmonats. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten ging sogar um 39,6 Prozent zurück. In der Gastronomie sank die Zahl der Beschäftigten im gleichen Zeitraum um 29,5 Prozent, die Zahl der Teilzeitstellen sank hier um 37,5 Prozent.

Da die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht inzwischen bis Ende April 2021 verlängert wurde, schlägt sich die Krise noch nicht in einer stark wachsenden Zahl von Insolvenzen nieder, die sonst eigentlich zu erwarten wäre. Die Zahl der beantragten Insolvenzverfahren ging vielmehr zurück. Somit ist die Verschleppung von Bankrotten – normalerweise eine Straftat – nun staatliches Programm zur Krisendämpfung. In der Gewerbeanzeigenstatistik wird die Krise jedoch sichtbar: Die Zahl der Gewerbeabmeldungen hat im vergangenen Jahr ungewöhnlich stark zugenommen.

DIE ENTWICKLUNG DER EINKOMMEN UND VERMÖGEN

Die Daten der vierteljährlichen Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes liegen bis einschließlich drittes Quartal 2020 vor. Demnach sank der durchschnittliche Bruttomonatslohn im zweiten und im dritten Quartal 2020. Dies ist aber nicht auf sinkende Stundenlöhne, sondern auf die im Durchschnitt kürzere Arbeitszeit aufgrund der einschränkenden Corona-Maßnahmen zurückzuführen. Die Lohnverluste durch die Coronakrise sind in der Arbeiterklasse größer als in der lohnabhängigen Mittelklasse. So war das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt in der Gruppe der leitenden Angestellten, wo es mehr als 7 000 Euro beträgt, im zweiten Quartal 2020 gegenüber dem Vorjahresquartal um 1,3 Prozent niedriger. In der Gruppe der Vorarbeiter*innen, Meister*innen und Angestellten mit komplexen Tätigkeiten und speziellen Fachkenntnissen mit einem durchschnittlichen Bruttomonatsgehalt von über 4 600 Euro, die ich ebenfalls zur lohnabhängigen Mittelklasse zähle, betrug der Lohnverlust im gleichen Zeitraum 2,1 Prozent. In der Gruppe der Facharbeiter*innen und der Angestellten mit abgeschlossener Berufsausbildung (durchschnittlicher Bruttomonatslohn: ca. 3 300 Euro) lag der Lohnverlust im zweiten Quartal 2020 bei 4,7 Prozent, in den Gruppen der un- und angelernten Arbeiter*innen und Angestellten mit einfachen Tätigkeiten (durchschnittlicher Bruttomonatslohn für Ungelernte ca. 2 200 Euro, für Angelernte ca. 2 600 Euro) lag er bei mehr als 8 Prozent. Darin spiegelt sich wider, dass die verschiedenen Klassen und Klassenfraktionen unterschiedlich vom Lockdown und vom Beschäftigungsrückgang betroffen waren und sind.

Die oben angeführten Zahlen beziehen sich jeweils auf den Durchschnitt des gesamten produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs. Dabei sind die Lohnverluste aber je nach Branche sehr unterschiedlich, da die Branchen sehr unterschiedlich von der Krise und dem Lockdown betroffen sind. In der Automobilindustrie lag beispielsweise der durchschnittliche Bruttomonatslohn für Facharbeiter*innen und Angestellte mit abgeschlossener Berufsausbildung im zweiten Quartal 2020 um fast 26 Prozent niedriger als im Vorjahresquartal, weil ihre

durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 36,8 auf 26,9 Stunden sank. In der Gruppe der angelernten Arbeiter*innen und Angestellten mit überwiegend einfachen Tätigkeiten lag der durchschnittliche Bruttomonatslohn gar um 32 Prozent niedriger, weil der Beschäftigungsrückgang in dieser Gruppe noch stärker war.

Im Gastgewerbe sank der durchschnittliche Bruttomonatslohn für Beschäftigte mit abgeschlossener Berufsausbildung im zweiten Quartal 2020 gegenüber dem Vorjahresquartal um mehr als 800 Euro auf unter 1 500 Euro. Für ungelernte Beschäftigte sank er von knapp 1 900 Euro auf unter 1 300 Euro.

Leiharbeiter*innen mit abgeschlossener Berufsausbildung mussten im Durchschnitt einen Lohnverlust von 6,5 Prozent hinnehmen, ungelernte Leiharbeiter*innen einen Lohnverlust von 13,1 Prozent.

In den Bereichen, in denen die Nachfrage nach Arbeitskräften stieg, konnten die Beschäftigten kaum davon profitieren. In den Krankenhäusern beispielsweise lag der durchschnittliche Bruttostundenlohn für Beschäftigte mit abgeschlossener Berufsausbildung im dritten Quartal 2019 bei 20,77 Euro, im dritten Quartal 2020 lag er bei 21,12 Euro. Ungelernte Beschäftigte erhielten im dritten Quartal 2019 einen durchschnittlichen Bruttostundenlohn von 14,26 Euro, im vierten Quartal 2020 waren es 14,54 Euro. So viel zur Diskussion um die Aufwertung der Pflegearbeit!

Mittlerweile liegen auch die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das vierte Quartal 2020 vor. Demnach war die gesamtgesellschaftliche Lohnsumme zwar auch im vierten Quartal 2020 niedriger als im entsprechenden Vorjahresquartal. Die Löhne brachen jedoch während der ersten Monate des zweiten Lockdowns nicht so stark ein wie während des ersten Lockdowns. Das lag wohl vor allem daran, dass die Lieferketten nicht im selben Maße wie im Frühjahr 2020 zusammenbrachen und es sich im Herbst 2020 zunächst nur um einen »Lockdown light« handelte.

Stärker als die gesamtgesellschaftliche Lohnsumme ist 2020 die Summe der Unternehmens- und Vermögenseinkommen gesunken, nämlich um 9,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dies ist nicht ungewöhnlich: In akuten Krisensituationen brechen die Profite meist schneller und stärker ein als die Löhne; erst im weiteren Verlauf wird die Profitabilität durch die ›kathartische‹ Wirkung der Krise – also durch Kapitalvernichtung, Umverteilung von Marktanteilen, Massenentlassungen und Neuverteilung zu Ungunsten der Lohnabhängigen – wiederhergestellt.

Allerdings gibt es auch viele Krisengewinner, insbesondere unter den Großunternehmen. 17 der 30 DAX-Konzerne haben inzwischen Finanzdaten für das Geschäftsjahr 2020 veröffentlicht; bis auf drei weisen alle Gewinne in Milliardenhöhe oder wenigstens in dreistelligen Millionenbeträgen aus. Acht Konzerne konnten ihren Jahresüberschuss im Vergleich zu 2019 sogar steigern. Unternehmen wie Deutsche Post DHL, Deutsche Telekom, der private Klinikbetreiber Fresenius oder der Pharmakonzern Merck konnten ihre Umsätze während der Krise deutlich erhöhen. Einige Unternehmen wie der Autohersteller Daimler, der Industriegashersteller Linde oder der Softwarekonzern SAP brachten das Kunststück fertig, ihre Gewinne trotz sinkender Umsätze zu erhöhen. Dies verweist auf die

Handlungsspielräume der Konzerngiganten bei der Gestaltung der Bilanzen, auf ihre Fähigkeit, in der Krise die Kosten rasch zu senken, ihre in den Vorjahren angehäuften Finanzvermögen weiter zu verwerten, staatliche Subventionen einzustreichen und Steuerzahlungen zu minimieren. Nicht nur die Konzerne akkumulieren weiter Kapital, auch das Topmanagement und die Aktionär*innen profitieren. Daimler plant beispielsweise eine Erhöhung der Dividende um 50 Prozent; die Vergütung des Vorstandsvorsitzenden von Daimler stieg 2020 gegenüber dem Vorjahr von 4,9 auf 5,7 Millionen Euro. Auch die Aktienkurse sind seit dem Beginn der Coronakrise weiter gestiegen. Der Deutsche Aktienindex (DAX) stürzte zwar von seinem Höchststand von 13 789 Punkten am 19. Februar 2020 auf einen Tiefststand von 8 442 Punkten am 18. März 2020, stieg dann aber bis zum 18. März 2021 auf ein neues Allzeithoch von 14 776 Punkten.

VON DER ÖKONOMISCHEN ZUR IDEOLOGISCHEN UND POLITISCHEN KRISE

Die vorliegenden statistischen Daten deuten darauf hin, dass sich die soziale Ungleichheit im Zuge der Coronakrise weiter verschärft. Während die lohnabhängige Mittelklasse unter den Bedingungen eines halbherzigen Lockdowns zum großen Teil im Homeoffice sitzt und weiterhin ihr volles Gehalt bezieht, muss sich die Arbeiterklasse in Fabriken, Logistikzentren, Supermärkten und Büros weiter dem Infektionsrisiko aussetzen oder ist von wachsender Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit und damit einhergehenden Lohnverlusten betroffen. Hier sind wiederum die un- und angelernten Arbeiter*innen stärker betroffen als diejenigen mit abgeschlossener Berufsausbildung, die in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigten stärker als jene im ›Normalarbeitsverhältnis‹. Dies alles wird überlagert von den Spaltungen nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit sowie zwischen Ost und West. Bei den Selbstständigen muss zwischen dem Kleinbürgertum (den »Soloselbstständigen«), der mittleren Bourgeoisie (den Eigentümer*innen von Unternehmen mit wenigen Beschäftigten, die selbst in ihren Unternehmen mitarbeiten müssen) und der Kapitalistenklasse (Rentiers und Eigentümer*innen von Unternehmen, die ausschließlich von der Aneignung fremder Arbeit leben, sowie das Topmanagement größerer Unternehmen) unterschieden werden. Leider liegen für die verschiedenen Größenklassen von Unternehmen für das Jahr 2020 noch keine differenzierten Daten vor. Es deutet aber alles darauf hin, dass das Kleinbürgertum und die mittlere Bourgeoisie härter von der Krise getroffen werden als die Kapitalistenklasse, zumal gerade von der Krise besonders betroffene Branchen wie die Gastronomie oder der Kulturbereich stark durch kleinere Unternehmen geprägt sind. Wie in früheren Krisen wird sich vermutlich der Prozess der Konzentration und Zentralisation des Kapitals beschleunigen; viele Unternehmen werden vom Markt verschwinden.

Wie übersetzt sich nun die ökonomische Krise ins Politische? Wenn man Meinungsumfragen wie dem »Politbarometer« folgt, dann ist es den Regierungen in Bund und Ländern seit dem Beginn der Pandemie durchgehend gelungen, Mehrheiten zu gewinnen, die ihre Maßnahmen »gerade richtig« finden. In der ersten Phase der Pandemie konnte vor allem die CDU/CSU als dominante Staats-

partei erheblich an Zustimmung gewinnen. Inzwischen bröckelt diese wieder etwas. Die Mehrheiten für die jeweils gerade geltenden Corona-Regeln sind das eine, andererseits hat es jedoch bei den Meinungsumfragen mehrfach Verschiebungen zwischen den Minderheiten gegeben, die die Regierungsmaßnahmen entweder übertrieben oder nicht streng genug finden. Diese Verschiebungen in den Meinungsumfragen folgen allerdings der öffentlichen Diskussion in den Medien, die ihrerseits stark von Interessengruppen wie den Wirtschaftsverbänden geprägt wird. Zudem zeigen die Demonstrationen der »Querdenker« und die Verbreitung von Verschwörungsmythen, dass sich unterhalb der Oberfläche einer relativen parteipolitischen Stabilität eine tiefe ideologisch-politische Krise entwickelt, deren weiterer Verlauf unabsehbar ist.

VERTEILUNGSKONFLIKTE DER ZUKUNFT UND DER KAMPF UM EINE NEUE PRODUKTIONSWEISE

Der Preis für die jüngsten staatlichen Maßnahmen zur Krisendämpfung ist eine erneut wachsende Staatsverschuldung. Der IWF schätzte jüngst das staatliche Haushaltsdefizit in Deutschland für 2020 auf 5,1 Prozent des BIP. Die Staatsverschuldung dürfte von 59,6 auf 70 Prozent des BIP angewachsen sein. Um diese Neuverschuldung zu ermöglichen, wurden die Regeln der »Schuldenbremse« und des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes temporär außer Kraft gesetzt. Vor der Bundestagswahl dürfte die Frage, ob und wie diese gewachsene Verschuldung wieder abgebaut wird, keine große Rolle spielen, längerfristig aber schon. Es wird dann darum gehen, ob die »Schuldenbremse« abgeschafft und die Regeln des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes dauerhaft geändert werden – oder ob wir eine neue Runde der desaströsen Austeritätspolitik erleben. Dann stellt sich die Frage, in welcher Mischung gegebenenfalls Kürzungen der Staatsausgaben und Erhöhungen von Steuern und Abgaben zur Geltung kommen – oder inwieweit es möglich ist, aus den Schulden ›herauszuwachsen‹. Neoliberale werden vor allem auf Ausgabenkürzungen zulasten der Lohnabhängigen drängen, Keynesianer*innen eher auf Wachstumsimpulse, die die Verteilungskonflikte entschärfen sollen. Aus ökologisch-sozialistischer Sicht gilt es dagegen, den Stoff- und Energieverbrauch radikal zu senken, die Produktionsstruktur entsprechend nach stofflichen Gesichtspunkten umzubauen und die notwendigen Maßnahmen durch eine Umverteilung zulasten der Kapitaleinkommen zu finanzieren. Das alles wird nicht ohne Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse funktionieren. Letztlich geht es um die Durchsetzung einer neuen, am gesellschaftlichen Bedarf und an ökologischer Nachhaltigkeit orientierten, auf demokratischer Planung beruhenden Produktionsweise – und zwar binnen sehr kurzer Zeit, wenn die wachsende Barbarei, die mit der Klimakatastrophe einhergeht, noch abgewendet werden soll.

1 Die Zahlenangaben in diesem Text beruhen, wenn nicht anders angegeben, auf den Daten des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit; die Zahlen für einzelne Unternehmen beruhen auf deren Angaben und Geschäftsberichten.

2 Die Zahlen stehen leider nur mit einer mehrmonatigen Verzögerung zur Verfügung.

WIE KOMMEN DIE GEWERKSCHAFTEN AUS DER DEFENSIVE?
STRATEGIESUCHE IN DER CORONAKRISE

ULRIKE EIFLER

Gerade jetzt müssen die Gewerkschaften eine Strategie entwickeln, die über die betriebliche Arbeit hinausreicht. Wer zahlt für die Krise? Und wie sieht eine sozial gerechte Transformationspolitik aus?

Tarifkämpfe werden sich unter Pandemiebedingungen zuspitzen. Erste Anzeichen dafür gab die Tarifrunde des öffentlichen Dienstes (ÖD) im Herbst 2020. Hier wollten die Arbeitgeber nicht nur eine Nullrunde gegen die Beschäftigten durchsetzen, sondern forderten umfangreiche Verschlechterungen. Gleiches zeichnete sich in der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie ab. Angesichts des starken wirtschaftlichen Einbruchs wächst der Druck auf die Konfliktparteien. Aber auch die Beschäftigten sind nicht machtlos, wie die Streiks im ÖD gezeigt haben. Trotz der erschwerten Pandemiebedingungen waren sie so mobilisierungsfähig wie lange nicht mehr. Dennoch wird deutlich: Den Gewerkschaften fehlt eine gesamtgesellschaftliche politische Antwort auf die Krise und ein aus ihrer Sicht verlässlicher Partner im politischen Parteienspektrum. Die Pandemie verlangt zudem nach einer neuen Diskussion über die Wahrnehmung des politischen Mandats. Dieses darf sich nicht darauf beschränken, politische Erwartungen zu delegieren, sondern muss betriebliche Kämpfe, soziale Bewegungen und politische Initiativen miteinander verzahnen.

AUFTAKT DER VERTEILUNGSKÄMPFE

Die Tarifrunde im ÖD war die erste große Tarifbewegung in der Pandemie. Viele Beschäftigte, die in der Krise als ›unverzichtbar‹ galten, hofften nun darauf, dass der Applaus in monetäre Anerkennung übersetzt würde. Hat doch die Pandemie offengelegt, wie prekär es um die Daseinsvorsorge in der BRD steht und dass eine Aufwertung dringend geboten ist. Diese Tarifrunde bildete den Auftakt für die Verteilungskämpfe um die Krisenkosten. Ver.di, GEW, GdP und IG BAU hätten die Verhandlungen gerne

verschoben, wohl auch deshalb, weil sie nur schwer einschätzen konnten, wie mobilisierungsstark die Beschäftigten angesichts von Corona sein würden. Das Angebot schlugen die Arbeitgeber jedoch aus, hofften sie doch auf gewerkschaftliche Mobilisierungsschwäche. Dass es sich bei den Arbeitgebern um den Bundesinnenminister (Bund) und die gewählten Bürgermeister*innen (Kommune) handelt, hat die Auseinandersetzung von Beginn an politisiert. Es ging nicht nur um Verteilungsgerechtigkeit, sondern auch um die Aufwertung bestimmter Berufsfelder, um Entlastung und nicht zuletzt um die zentrale Frage, wer für die Krisenkosten aufzukommen hat. Die herrschende Klasse, allen voran die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), stellte unmissverständlich klar, dass dies aus ihrer Sicht die abhängig Beschäftigten sein werden. Denn während die Besteuerung hoher Vermögen regierungsseitig nicht auf der Tagesordnung stand, verlangte der VKA von den Beschäftigten Verzicht.

In Anbetracht der Kräfteverhältnisse war der Tarifabschluss respektabel: Unter erschwerten Rahmenbedingungen wurden eine Lohnsteigerung von 3,2 Prozent, eine steuer- und abgabenfreie Einmalzahlung von bis zu 600 Euro sowie eine Angleichung der Arbeitszeit zwischen Ost und West erkämpft. Die lange Laufzeit von 28 Monaten ging als Punktsieg an die Arbeitgeber. Aber eine Neubewertung der Arbeitsvorgänge und die von den Arbeitgebern ursprünglich geforderte Abgruppierung konnten abgewehrt werden. Ebenso die 20-prozentige Kürzung der Sparkassensonderzahlung. Die Übernahmeregelung für Auszubildende wurde verlängert. Die Pflegekräfte erkämpften eine Einkommenssteigerung von durchschnittlich 8,7 Prozent, die Intensivkräfte in der Spitze von etwa zehn Prozent.

In der Tarifrunde kam ein Krisenparadox zum Tragen: Trotz pandemiebedingter Verunsicherung demonstrierten die Beschäftigten ein neues Selbstbewusstsein. Der Legiti-

ULRIKE EIFLER ist Bundessprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE und Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuvor hat sie zehn Jahre als Gewerkschaftssekretärin beim DGB gearbeitet.

mations-verlust des Neoliberalismus und der Applaus, auf den nichts folgte, wirkten mobilisierend. Allein am Vortag der dritten Verhandlungsrunde fanden bundesweit mehr als 300 Aktionen statt. Selbst aus dem Bereich der Sparkassen beteiligten sich 20 000 Beschäftigte an den Warnstreiks. Sie hatten in der Krise die Gelder ausgezahlt, die gerade kleinere Unternehmen und Selbstständige zur Existenzsicherung dringend brauchten. Als die Arbeitgeber ihnen die Sonderzahlung um 20 Prozent kürzen wollten, reagierten sie mit Streik.

Auch in der Pflege zeigte sich ein neues Selbstbewusstsein. Als die Geschäftsführung der Kölner Kliniken die bereits unterzeichnete Notdienstvereinbarung zurückzog und damit Stationsschließungen unmöglich machte, ließen die Beschäftigten nicht locker. Sie »meldeten erneut vier Stationen zur Schließung an. Zugleich sammelten sie binnen 24 Stunden 375 Unterschriften von Beschäftigten, die ihr Streikrecht einforderten, und übergaben diese am 16. Oktober an Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker (parteilos). Das wirkte: Die Geschäftsleitung beendete das rechtliche Verfahren und schloss einen Kompromiss mit ver.di, wonach die Station 5B in Köln-Merheim komplett geschlossen und eine weitere nur mit Notdienstbesetzung offen gehalten wurde.« (ver.di 2020)

STEIGENDE KONFLIKTHÄUFIGKEIT VS. DURCHSCHLAG AUF DEM ARBEITSMARKT

Die Tarifrunde muss im Kontext zunehmender Arbeitskämpfe und Konflikte betrachtet werden. Obwohl im Jahr 2019 keine größeren Tarifrunden stattfanden, stellt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) 227 Tarifkonflikte mit mindestens einer Arbeitsniederlegung fest und verzeichnet damit einen leichten Anstieg gegenüber dem Vorjahr (vgl. Nier 2020). Für das Pandemiejahr liegen noch keine Untersuchungen vor, aber die vorläufige Tarifbilanz des WSI fällt überraschend positiv aus. Insgesamt 18,8 Millionen Beschäftigte profitierten 2020 von den ausgehandelten Tarifergebnissen. Dabei stiegen die Tariflöhne gegenüber dem Vorjahr im Schnitt um zwei Prozent. Hinzu kamen Erfolge bei der Beschäftigungssicherung oder der Aufstockung des gesetzlichen Kurzarbeitergeldes (WSI 2020).

Dennoch darf nicht verschwiegen werden: Die Pandemie trifft den Arbeitsmarkt hart und erschwert betriebliche Gegenwehr. Im Mai 2020 plante nach einer Umfrage des Ifo-Instituts jedes fünfte Unternehmen Stellenstreichungen (Ifo-Institut 2020). Im Unterschied zur Finanzkrise 2009 ist diesmal nicht ausschließlich die Exportindustrie betroffen, sondern auch weite Teile des Dienstleistungssektors. Im April 2020 waren mehr als sechs Millionen Menschen in Kurzarbeit (vgl. Sablowski in diesem Heft). Der durchschnittliche Bruttomonatslohn ist in nahezu allen Bereichen insbesondere durch Arbeitszeitreduzierungen gesunken. Un- und Angelernte sowie Angestellte büßten acht Prozent ihres Lohns ein (ebd.). Während viele Unternehmen im ersten und zweiten Quartal 2020 vor allem durch den Einbruch der Lieferketten unter Druck gerieten, folgen nun Massenentlassungen auf die entstandenen Verluste.

Festzuhalten bleibt für den Moment: Die Pandemie hat die Arbeitsbeziehungen verän-

dert und wird dies vermutlich noch weiter tun. Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit wird in verschiedener Hinsicht neu verhandelt. Zu den Kämpfen um Verteilung und Daseinsvorsorge kommen Kämpfe um die Arbeitszeit und um Arbeitsstandards.

KÄMPFE UM DIE ARBEITSZEIT

Die Frage der Arbeitszeitverkürzung hat in den Tarifauseinandersetzungen der letzten Jahre bereits eine größere Rolle gespielt. Insbesondere ver.di, die IG Metall und die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) haben in ihren Tarifverträgen Verkürzungen der Arbeitszeit ausgehandelt. Mit der Pandemie erhielt diese Debatte neuen Fahrtwind. Der Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, brachte im Sommer 2020 eine Viertagewoche für die Metall- und Elektroindustrie mit einem teilweisen Lohnausgleich ins Gespräch. Der Vorschlag war zu diesem Zeitpunkt in einigen Betrieben bereits gängige Praxis. Insbesondere in der Automobilindustrie hatten die Unternehmen auf die pandemiebedingten Produktionsausfälle reagiert und nur wenige Wochen zuvor über betriebliche Vereinbarungen Fakten geschaffen.

Bei Daimler hatten sich Betriebsrat, IG Metall und Konzernleitung darauf verständigt, die 2018 per Tarifvertrag abgeschlossene Wahlmöglichkeit – mehr Geld oder mehr Freizeit – zu streichen: Die Konzernleitung erwarte von den Beschäftigten, sich in jedem Fall für die Freizeit zu entscheiden, »damit das Unternehmen Geld spart« (Eubel/Frese 2020). Hinzu kam eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich um zwei Stunden für alle Beschäftigten außerhalb der Produktion. Bei ZF Friedrichshafen, derzeit der fünftgrößte Automobilzulieferer, wurde die Wochenarbeitszeit um bis zu zwanzig Stunden gesenkt. Im Gegenzug wird bis 2022 auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet. Bei Bosch wird die Arbeitszeit in Entwicklung, Forschung, Vertrieb und Verwaltung befristet um bis zu zehn Prozent gesenkt. Und bei der Lufthansa sind kürzere Arbeitszeiten Teil des »Sanierungspaketes«.

Die Kämpfe um die Arbeitszeit werden momentan also weniger von den Gewerkschaften geführt, sondern kommen vielmehr auf Druck der Arbeitgeberseite zustande. Die Viertagewoche könnte über die aktuelle Coronakrise hinaus den Strukturwandel abstützen. Die Direktorin des Hugo Sinzheimer Instituts für Arbeits- und Sozialrecht (HSI), Johanna Wenckebach, hält sie für ein sinnvolles Instrument, um Umqualifizierungen oder Weiterbildungen für die Beschäftigten zu ermöglichen. Die Frage des Lohnausgleichs müsse aber im Zentrum stehen, weil es sich nicht alle Beschäftigten leisten könnten, auf Lohn zu verzichten (Wenckebach 2020). Derzeit ist es also nicht die Verkürzung der Arbeitszeit, die gegen die Arbeitgeber durchgesetzt werden muss, sondern ein Lohnausgleich. Hier kommt der IG Metall gegenüber anderen Branchen, in denen die Lohnstandards niedriger sind und eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich weniger verkraftbar wäre, eine besondere Verantwortung zu. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche von 1984 hat gezeigt, dass diese Auseinandersetzung nur zu gewinnen ist, wenn sich der Druck aus den Betrieben mit gesellschaftlicher Mobilisierung verbindet (vgl. Eifler 2020).

KÄMPFE UM ARBEITSSTANDARDS

Die Kämpfe um den Erhalt gesellschaftlich akzeptierter Arbeitsstandards werden vermutlich zunehmen. Dies zeigt sich einmal mehr am derzeitigen Personalumbau bei der schwedischen Modekette H&M, der die gängige diskriminierende Personalpolitik des Unternehmens noch einmal übertrifft. Während unter dem Deckmantel der Pandemie aktuell 800 Beschäftigte, überwiegend junge Mütter und Schwerbehinderte, mit Abfindungen herausgekauft werden sollen, schreibt der Konzern parallel zu diesem Ausscheidungsprogramm neue Stellen aus. Wer nicht flexibel einsetzbar ist, wird rausgekegelt.

Bei VW Zwickau dagegen spitzt sich der Konflikt um das Tragen von Masken am Arbeitsplatz zu. Der Betriebsrat forderte von Beginn an technische und organisatorische Schutzmaßnahmen. So wurde in einer Betriebsvereinbarung festgelegt, dass Arbeitsplätze infektionssicher umgebaut und Masken nicht länger als zwei Stunden am Stück getragen werden müssen. Danach sollten Beschäftigte ihren Arbeitsplatz wechseln und dort eingesetzt werden, wo eine Maske nicht dauerhaft notwendig ist. Da diese Vereinbarung mit einem Mehrbedarf von 100 bis 150 Personen verbunden ist, versucht der Arbeitgeber sie nun zu kündigen.

Kämpfe um Arbeitsstandards werden selbst dort geführt, wo die Bedingungen dafür in den letzten Jahren ungünstig waren. *Die Zeit* spricht von einem »neuen ostdeutschen Aufbruch« (Hensel 2020), weil die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hier seit einigen Jahren erfolgreich Kämpfe um Anerkennung führt. Aufgrund der Lohnlücke zwischen Ost und West von noch immer 800 bis 1 000 Euro gründeten die Beschäftigten bei Teigwaren Riesa 2018 einen Betriebsrat. Nach mehreren Warnstreiks schloss die NGG einen Tarifvertrag mit sieben Prozent mehr Lohn sowie Weihnachts- und Urlaubsgeld für alle ab. Das Beispiel steht stellvertretend für das wachsende Bedürfnis nach Anerkennung und den erfolgreichen Kampf der Gewerkschaften im Osten (vgl. Klenke et al. in diesem Heft).

EINE FRAGE DES POLITISCHEN MANDATS

Die Antworten der Gewerkschaften in der Krise sind widersprüchlich. Einerseits führen Massenentlassungen in der Zulieferindustrie zu Protest. So konnten die Schließungen der ABB Hitachi in Hanau-Großauheim und des Conti-Standorts im südhessischen Babenhausen vorerst abgewendet werden. Auf der politischen Ebene wurde durch die Ausweitung der Kurzarbeit auf 24 Monate eine beschäftigungspolitische Katastrophe fürs Erste verhindert. Zur Wahrheit gehört aber auch: Kurzarbeit sichert zwar Beschäftigung, wirkt in der Konsequenz aber prekarisierend, weil sie von den Beschäftigten über Einkommensverluste mitfinanziert wird. Vor diesem Hintergrund kann eine tarifliche Aufstockung des Kurzarbeitergeldes gar nicht hoch genug bewertet werden. Schwieriger dagegen ist die Durchsetzung des Mindestkurzarbeitergeldes, hier fehlt es an mobilisierendem Druck.

Gewerkschaftliches Handeln in der Pandemie ist nicht nur Erfolg, aber auch nicht nur Niederlage. Dennoch zeigt sich am gemeinsamen Papier des DGB-Vorsitzenden, Reiner Hoffmann, und des Bundesvorsitzenden der Grünen, Robert Habeck, dass sich

die Gewerkschaften mit einer gesamtgesellschaftlichen politischen Strategie schwertun. In dem Papier distanziert sich der DGB von der Forderung, die Krisenkosten über die Besteuerung hoher Vermögen zu finanzieren. Damit schwächt er eine gesellschaftliche Umverteilungsperspektive und desorientiert Mitglieder wie Bündnispartner. Das Papier ist als machtpolitisches Signal zu verstehen, dass die Unterstützung einer schwarz-grünen Koalition durch die Gewerkschaften nicht an der Vermögensteuer scheitern wird. Es zeigt: Dem DGB fällt es schwer, Forderungen an die Regierung zu formulieren. Das ist nicht zuletzt das Ergebnis der letzten rot-grünen Regierung, die 1998 mit dem Rückenwind der Gewerkschaften gewählt worden war. Nach der Einführung der Agenda 2010 hatten diese sich zum Teil resigniert auf das Kerngeschäft der Betriebs- und Tarifpolitik zurückgezogen. Erst mit dem Einzug der LINKEN in den Bundestag hatten gewerkschaftliche Forderungen wieder politischen Auftrieb bekommen, wie das Beispiel Mindestlohn zeigt.

Gerade jetzt in der Pandemie müssen die Gewerkschaften über die betriebliche Arbeit hinaus eine gesamtgesellschaftliche Strategie entwickeln. Ansatzpunkte könnten die Begleichung der Krisenkosten und der Kampf um eine sozial gerechte Krisen- und Transformationspolitik sein. Das aber setzt voraus, dass der DGB seine Umverteilungsperspektive nicht aufgibt und sein gesellschaftspolitisches Mandat offensiv wahrnimmt. Die Stärke der Gewerkschaften ist dabei eng verknüpft mit der Stärke der LINKEN. Die fortschrittlichen sozialen Bewegungen und in besonderem Maße die Gewerkschaften benötigen innerhalb und außerhalb der Parlamente eine Partei, die sich als verlässlicher Partner und als Katalysator für einen Politikwechsel versteht. Die LINKE sollte deshalb gemeinsam mit den Gewerkschaften parlamentarische und außerparlamentarische Strategien entwickeln, die die Kämpfe um die Bezahlung der Krisenkosten zusammenführen. Die punktuelle Unterstützung der Tarifrunde Nahverkehr durch Fridays for Future oder die Unterstützung der Gewerkschaften gegen die S-Bahn-Privatisierung in Berlin sind ein wichtiger Anfang, solche Bündnisse zu stärken.

LITERATUR

Eifler, Ulrike, 2020: Neuer Schwung in der Arbeitszeitdebatte?, in: Die Freiheitsliebe, 26.11.2020, https://diefreiheitsliebe.de/wirtschaft/neuer-schwung-in-der-arbeitszeitdebatte/

Eubel, Cordula/Frese, Alfons, 2020: Rettet die Vier-Tage-Woche Deutschland die Jobs?, in: Der Tagesspiegel, 20.8.2020, www.tagesspiegel.de/wirtschaft/kampf-gegen-den-corona-crash-rettet-die-vier-tage-woche-deutschland-die-jobs/26109714.html

Hensel, Jana, 2020: Auf einmal geht was. Gewerkschaften im Osten, in: Zeit Online, 28.11.2020, www.zeit.de/2020/49/gewerkschaften-osten-arbeitnehmer-streik-erfolg

Ifo-Institut, 2020: Viele Branchen planen Jobabbau, www.ifo.de/node/55227

Nier, Hedda, 2020: 360.000 Arbeitstage 2019 durch Streik ausgefallen, https://de.statista.com/infografik/2016/streikende-in-deutschland/

ver.di, 2020: Streiks im ganzen Land, https://gesundheit-soziales.verdi.de/tarifbereiche/oeffentlicher-dienst/++co++3ec95236-1301-11eb-949d-001a4a160100

Wenckebach, Johanna, 2020: »Arbeitszeit ist die eine Frage – das Entgelt die andere«, www.boeckler.de/de/interviews-17944-interview-johanna-wenckebach-hsi-viertagewoche-25804.htm

WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut), 2020: Unter Corona-Bedingungen: Tariflöhne steigen 2020 durchschnittlich um 2,0 Prozent, www.boeckler.de/pdf/pm_ta_2020_12_15.pdf

WIE GEWINNT DIE LINKE?

GESPRÄCH

MIT SUSANNE HENNIG-WELLSOW UND JANINE WISSLER

Als neue Parteivorsitzende sprecht ihr von »Aufbruch«. Warum?

JANINE: Wir stecken mitten in einer tiefen Krise, die die gesellschaftlichen Missstände noch deutlicher macht. Wir wollen nicht zurück zum ›Normalzustand‹, es braucht einen Kurswechsel. Viele Menschen versuchen, sich in diesen schwierigen Zeiten zu organisieren, und zeigen Solidarität. Sie bilden einen Pol der Hoffnung und verdienen unsere Unterstützung – mit ihnen gemeinsam können wir etwas verändern.

SUSANNE: Wir brauchen einen Aufbruch nach innen und einen gesellschaftlichen Aufbruch. Nach innen gelingt er uns bisher sehr gut, es gibt viele Neueintritte und eine große Sehnsucht, als LINKE selbstbewusst aufzutreten, zu kämpfen, aber auch danach, die alten Streitereien in der Partei abzuschließen.

Welche sind das?

SUSANNE: Einige Richtungsentscheidungen sind ja mit uns als Personen nun getroffen, beispielsweise bei der Frage der Migrationspolitik – aber auch bei der leidigen Auseinandersetzung um Identitätspolitiken und darum, wer unsere ›eigentlichen‹ Wähler*innen sind. Da sage ich immer, links heißt, für all jene da zu sein, die der Markt für überflüssig erklärt – aber eben auch für die Gleichheit aller zu kämpfen, egal woher sie kommen, und für die Rechte derer, die ihre eigenen Wege zu leben und zu lieben gehen wollen.

Und der gesellschaftliche Aufbruch?

SUSANNE: Wir müssen ausstrahlen, dass wir in der Lage und gewillt sind, Verantwortung zu übernehmen. Etwa 25 Prozent der Menschen in der BRD können nicht länger warten, sie brauchen uns *jetzt*. Für viele geht es um Existenzsicherung, um ihre Zukunft und um die ihrer Kinder. Wir müssen bereit sein, das, was wir wollen, auch wirklich umzusetzen.

Ist es für die LINKE nicht ein bisschen heikel, sich in Zeiten von Coronakrise, hohen Staatsschulden und Wirtschaftsrezession an einer Regierung auf Bundesebene zu beteiligen?

SUSANNE: Das ist keine Frage, die uns Bange machen muss. Die aktuelle Haushaltspolitik ist nicht darauf ausgerichtet, in die Zukunft zu

» Ich möchte, dass die LINKE im Jahr 2025 eine Partei ist, die unser Land nicht nur verändern will, sondern es ganz handfest tut. « (Susanne)

» Wir wollen Spaltungslinien überwinden – Industriearbeiter*innen genauso ansprechen wie die Pflegekraft, den Fahrradkurier und die soloselbstständige Softewareentwicklerin. « (Janine)

investieren – aber das kann sich ja ändern. Wir brauchen eine grundlegende Umverteilung des Reichtums. Das heißt, wir müssen die Einnahmeseite des Bundes erhöhen – und zwar sowohl durch langfristige Kredite, als auch durch eine andere Steuerpolitik –, sodass politische Gestaltungsspielräume entstehen. Das wird mit der SPD ganz sicher möglich sein.

JANINE: Das Programm, das die SPD vorgelegt hat, ist stellenweise nicht schlecht. Aber hätte die SPD sich immer an ihr Programm gehalten, gäb's uns gar nicht. Von einer gerechten Verteilung des Reichtums und von Löhnen, die für ein gutes Leben reichen, sind SPD und Grüne leider weit entfernt. Auch in Klimafragen muss man bereit sein, sich mit mächtigen Interessen und Lobbygruppen auseinanderzusetzen. Wenn wir also Veränderung wollen, müssen wir uns mit denen anlegen, die von dem momentanen System profitieren. Dazu brauchen wir gesellschaftlichen Druck.

Braucht der Pol der Hoffnung keine Regierungsoption?

JANINE: Das würde ich so nicht sagen. Aber wir müssen zunächst für eine starke eigenständige LINKE und für ein anderes gesellschaftliches Klima sorgen, in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Bewegungen. Wir sollten über Alternativen und linke Politik sprechen statt über Koalitionen und Kompromisse. Wenn es dann Mehrheiten gibt und die inhaltlichen Bedingungen stimmen, reden wir über eine Regierungsbeteiligung – wenn nicht, verändern wir Politik und Gesellschaft aus der Opposition heraus.

Was bedeutet das für die Aufgabe der LINKEN?

JANINE: Die Voraussetzung für einen Politikwechsel ist eine starke Verankerung in sozialen Bewegungen und in den betrieblichen Auseinandersetzungen. Genau das zeigt ja Berlin: Ohne den gesellschaftlichen Druck der Mieten-

SUSANNE HENNIG-WELLSOW und JANINE WISSLER sind seit Ende März 2021 Vorsitzende der Partei DIE LINKE.

bewegung lassen sich konkrete Reformen nicht durchsetzen. Natürlich kann man die Situation in Berlin nicht einfach auf den Bund übertragen. Dennoch, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gegen den Berliner Mietendeckel macht die Bundestagswahl zu einer Abstimmung über »bezahlbare Mieten«. Und wir gehen offensiv in diese Auseinandersetzung: Zusammen mit den Mieter*innenbewegungen fordern wir einen bundesweiten Mietendeckel. Das wird ein wichtiger Prüfstein für einen echten Politikwechsel.

Susanne, du orientierst auf ein »progressives Bündnis«. Was heißt das für die Wahlstrategie?
SUSANNE: Die CDU muss raus aus der Regierung. Anders, als es unter Merkel schien, ist der christdemokratische Erbhof, der Anspruch auf den Regierungssitz, aufgebrochen. Damit werden neue Konstellationen möglich.

Und was macht die LINKE im Wahlkampf?
SUSANNE: Im städtischen Milieu – vor allem im Westen – kämpfen wir mit SPD und Grünen um die gleichen Stimmen. Dort müssen wir unsere Stammwähler*innen halten, denn 30 Prozent von ihnen können sich auch vorstellen, die Grünen zu wählen. Außerdem sollten wir den Blick auf die Nichtwähler*innen richten, um das Potenzial für ein progressives Bündnis auszuweiten. Und im Osten brauchen wir eine eigene Ansprache. Die ostdeutsche Transformationserfahrung und das Gefühl der Ohnmacht brechen mit der Pandemie erneut auf. Auch hier sollten wir für Eigensinn und Aufbruch stehen.

Janine, welche Message hältst du für zentral?
JANINE: Wir müssen »Solidarität und Gerechtigkeit« mit Leben füllen: Es kann doch nicht sein, dass in einem reichen Land ein Drittel der Menschen kaum über die Runden kommt und diejenigen, die in der Krise den Laden am Laufen halten, mit Applaus abgespeist werden. Genauso inakzeptabel ist es, dass in Deutschland nicht alle die gleichen Rechte und Absicherungen genießen – dafür dürfen Herkunft, Geschlecht oder sexuelle Orientierung keine Rolle spielen. Es ist eine Frechheit, dass diejenigen, die durch die Verschmutzung des Planeten reich geworden sind, nicht für dessen Rettung zur Verantwortung gezogen werden.

Wie kann das konkret aussehen?
JANINE: Die LINKE muss die Partei sein, die sagt, was ist. Unsere Aufgabe ist es, die realen Verhältnisse zu beschreiben und Worte zu finden für die vielen alltäglichen Ungerechtigkeiten. Wir müssen rebellisch und provokant sein – und gleichzeitig ausstrahlen, dass Veränderung möglich ist. Was viele vom Kämpfen abhält, ist die Scham angesichts niedriger Löhne, Armut und Erwerbslosigkeit, aber auch das Gefühl der Ohnmacht und Resignation. Wir müssen klarmachen, dass sich nur etwas ändert, wenn wir gemeinsam aktiv werden. Die LINKE macht einen Unterschied, wenn sie von vielen getragen wird.

Manche fühlen sich aber auch einfach nicht angesprochen. Menschen mit Migrationsgeschichte zum Beispiel?
JANINE: Viele Genoss*innen machen den Kampf um ein Wahlrecht für alle stark. Damit können wir glaubwürdig für Gleichberechtigung eintreten, aber das reicht nicht. Wir haben eine wachsende Gefahr von Rechts – Anschläge, Morde, Rechte in Sicherheitsapparaten. In Hanau beispielsweise gibt es viel Trauer, aber

auch viel Wut, weil aus all den Vorfällen keine Konsequenzen gezogen werden – auch die alltägliche Diskriminierung geht weiter. Es ist wichtig, dass wir den betroffenen Menschen zuhören. Mit ihnen gemeinsam kämpfen wir gegen Diskriminierung und soziale Benachteiligung – in der Schule, bei der Job- oder Wohnungssuche – und für eine leichtere Einbürgerung.

Viele sagen, dass die LINKE in der Pandemiepolitik kaum punkten konnte. Wie siehst du das für Thüringen, Susanne?

SUSANNE: Wir haben es mit einer Jahrhundertkrise zu tun, in der auch die LINKE in den Ländern auf unbekanntem, sich ständig veränderndem Terrain agieren muss. Klar ist, dass wir eine solidarische Pandemiepolitik brauchen, aber deren Umsetzung ist herausfordernd: Wir haben enorme soziale und gesellschaftliche Einschränkungen, die dem Gesundheitsschutz dienen, aber zugleich Einschränkungen des Lebens selbst bedeuten. Anders gesagt: Richtig ist, dass es ohne Gesundheit kein Leben gibt, aber eben auch, dass Leben mehr bedeutet als gesund zu bleiben. Wir müssen ein gutes Maß zwischen Freiheit und Gesundheitsschutz finden, sodass möglichst viele frei sind, aber auch alle geschützt. Dafür brauchen wir Solidarität mit den besonders Gefährdeten, mit Alten, Kranken, aber auch mit Menschen in prekären Lebenslagen. Denn die Coronapandemie ist auch ein stiller Krieg gegen die Armen.

Stichwort Sorgekrise: Müsste nicht ein sozialistischer Feminismus, wie ihn die LINKE starkmacht, gerade jetzt überzeugen?

SUSANNE: Für die Bundesregierung ist ja immer nur das Private pandemiepolitisch relevant. Ich bin mir daher nicht so sicher, ob dies Zeiten eines sozialistischen Feminismus sind. Unbestreitbar ist, dass Frauen durch Homeoffice, Arbeitsreduktion und Sorgearbeit auf die Reproduktionsarbeit zurückgeworfen werden und dass häusliche Gewalt zunimmt. Sozialistischer Feminismus heißt momentan vor allem, das Rollback in den Geschlechterverhältnissen aufzuhalten.

JANINE: Richtig, Frauen tragen die größten Lasten in der Coronakrise und sind immer noch überdurchschnittlich von Altersarmut bedroht: die überlastete Pflegekraft, die Verkäuferin im Minijob oder die Gebäudereinigerin. Feminismus heißt eben auch, prekäre Arbeit zu überwinden und Arbeit gerecht zu verteilen. Wenn du dir den Niedriglohnsektor anguckst, der die Grundlage für die Exporterfolge der Industrie bildet, dann ist auch klar, dass viele dieser Frauen außerdem eine Migrationsgeschichte haben.

Was ja auch für die Pflege gilt. Gibt es Pläne, welche Rolle die Partei da spielen kann?

JANINE: Die Pflegekräfte sind zu Recht stinksauer und brauchen Unterstützung. Auch gesellschaftlich ist vielen klar geworden, dass sich Gesundheit nicht nach Profitinteressen organisieren lässt. Es gibt also eine echte Chance, Kämpfe um Arbeitsbedingungen mit solchen um gute Daseinsvorsorge zu verschränken. Diese Verbindung müssen wir als LINKE mit herstellen. Außerdem sollten wir Beschäftigte auch dort ansprechen, wo die gewerkschaftliche Organisierung weniger stark ist – beispielsweise in der Altenpflege.

Wie sieht denn eine linke Gewerkschaftsstrategie aus?

SUSANNE: Nur etwa 17 bis 20 Prozent unserer Mitglieder sind in einer Gewerkschaft. Das sind zu wenige. Wenn es uns nicht gelingt, Arbeitskämpfe auch von innen heraus zu bestreiten, wird die LINKE zwar eine Partnerinnen-Rolle spielen, aber sie wird nicht als kämpfende Akteurin wahrgenommen, sondern eben als Teil des ›Politikbetriebs‹.

Und andersrum: Wie gewinnen wir Gewerkschaftsaktive für die LINKE?

JANINE: In vielen Bundesländern haben wir gemeinsame ›Ratschläge‹ mit Beschäftigten und mit ver.di gemacht oder gemeinsam gegen Krankenhausprivatisierungen gekämpft. Außerdem können wir Streiks ganz praktisch unterstützen, in Frankfurt sind wir beispielsweise mit den Gewerkschaftsaktiven über die Stationen gelaufen.

In der LINKEN organisieren sich vor allem prekäre Akademiker*innen und Beschäftigte aus dem Dienstleistungsbereich. Sollte sich das ändern?

SUSANNE: Ich halte wenig von Milieu- und Identitätsdebatten. Wir vertreten diejenigen, die materiell von anderen abhängig sind. Damit sind insbesondere die 25 Prozent ›Vergessenen‹ auf uns angewiesen, diejenigen, die ein funktionierendes Gesundheits- und Bildungssystem brauchen, und bezahlbare Mieten. Außerdem sprechen wir einen Teil der Bürgerlichen an, der solidarischen Mitte, ohne die wir keine Mehrheiten bilden können, um eine Politik für alle zu machen.

JANINE: Die Frage ist, *wie* wir verschiedene Spektren erreichen. Wir wollen Spaltungslinien überwinden – Industriearbeiter*innen genauso ansprechen wie die Pflegekraft, den Fahrradkurier und die soloselbstständige Softwareentwicklerin. Eine Stärke unserer Partei ist doch, dass sie so vielfältig ist: Es ist für uns überhaupt kein Problem, morgens die Streiks bei Conti zu unterstützen, nachmittags mit Fridays for Future zu demonstrieren und abends bei einer Kundgebung gegen Abschiebungen dabei zu sein – das können wir miteinander verbinden.

Morgens zu Conti, abends zu Fridays, das klingt nach Green New Deal.

JANINE: Ja, wir brauchen einen grundlegenden sozial-ökologischen Umbau. Mit dem Begriff Green New Deal fremdeln allerdings viele.

Warum?

JANINE: Sie stört sowohl das »Green«, also dass die Farbe einer anderen Partei so prominent ist, als auch der »Deal«. In der deutschen Sprache steht der Begriff eher für schlechte Kompromisse. Aber richtig ist natürlich, dass Klima und soziale Frage zusammengehören. Wenn wir das 1,5-Grad-Ziel ansatzweise erreichen wollen, müssen wir die Produktionsstrukturen verändern. Das heißt, wir brauchen massive Investitionen in den Umbau der Industrie und müssen diese mit Garantien und Perspektiven für die dort Beschäftigten verbinden. Deshalb haben wir ein durchgerechnetes Konzept für ein Jobprogramm, das sinnvolle, klimaneutrale und gut bezahlte Arbeit schafft. Wir müssen Bedingungen schaffen, unter denen der notwendige Umbau nicht als Bedrohung wahrgenommen wird.

Die Klimabewegung fordert aber zu Recht Veränderungen, die sich im Hier und Jetzt

umsetzen lassen. Hier scheinen die Grünen besser zu punkten?

SUSANNE: Mit politischen Eifersüchteleien kommen wir nicht weiter. Mich freut, dass aus der Gesellschaft in Sachen Klimaschutz immer mehr Druck kommt. Die Gründung von Klimalisten hat im Übrigen gezeigt, dass die Grünen keineswegs ein Abo auf die parteipolitische Repräsentation klimapolitischer Forderungen haben. Zu uns kommen viele jüngere Leute, die in klimapolitischen Bewegungen aktiv sind.

Die meisten gehen aber doch zu den Grünen.

SUSANNE: Wir müssen noch stärker zur Ansprechpartnerin im parlamentarischen Raum werden, das stimmt. Das ist aber nicht nur eine programmatische Frage, sondern auch eine Frage der Offenheit und unseres Auftretens.

Wie und wo kann die LINKE denn zusammen mit der Klimabewegung etwas gewinnen?

JANINE: In der Mobilitätswende können wir viel gewinnen – zusammen mit den vielen Initiativen und neuen Bündnissen aus Sozial- und Umweltverbänden, Gewerkschaften und der Klimabewegung, die sich gemeinsam für eine sozial- und klimagerechte Verkehrswende einsetzen. Bei der Tarifrunde im Nahverkehr haben Aktive aus der LINKEN eine wichtige Rolle gespielt beim Brückenbauen zwischen Gewerkschaften und Fridays for Future. In Nürnberg hat die LINKE zusammen mit Klimainitiativen ein 365-Euro-Ticket durchgesetzt. An diese Erfahrungen wollen wir anknüpfen. Die Mobilitätswende wird aber nur gelingen, wenn sie für Menschen im Alltag erfahrbar wird und zu spürbaren Verbesserungen führt. Deshalb wollen wir Modellprojekte für einen gut ausgebauten und kostenfreien ÖPNV in den Städten durchsetzen, die am meisten von Luftverschmutzung betroffen sind.

Mit begrenzten Ressourcen muss man sich fokussieren, wenn man gewinnen will. Was nehmt ihr euch bis 2025 vor?

SUSANNE: Die kommende Bundestagswahl wird eine Wegscheide. Nicht nur wegen der Pandemie. Die alte westdeutsche Republik mit zwei großen Volksparteien scheint sich jetzt auch auf konservativer Seite aufzulösen. Das eröffnet neue Möglichkeiten für eine linke Partei, die nicht nur programmatisch den Unterschied macht, sondern immer auch für eine Überraschung gut ist. Ich möchte, dass die LINKE im Jahr 2025 eine Partei ist, die unser Land nicht nur verändern will, sondern es ganz handfest tut. Im Sinne der Gleichheit, der Freiheit und der sozialen Geborgenheit.

JANINE: Falls es zu einer schwarz-grünen Koalition kommen sollte, drohen Angriffe auf den Sozialstaat und eine Verengung von Klimaschutz auf Konzerninteressen an neuen Technologien. Unsere Aufgabe wird es dann sein, Druck von links zu machen und an den gesellschaftlichen Bündnissen zwischen sozialer und Klimafrage zu arbeiten. Deswegen will ich mich dafür einsetzen, dass wir die Verankerung der Partei in den Gewerkschaften stärken – von der Pflege und den sozialen Dienstleistungen über die Beschäftigten im Niedriglohnsektor bis zur Industrie. Gerade im Bereich der sozial-ökologischen Wirtschafts- und Industriepolitik sollten wir unser Profil weiter schärfen.

Das Gespräch führten Barbara Fried und Rhonda Koch.

ENTLASTUNG IST HANDARBEIT

EINE ERFOLGSGESCHICHTE AUS JENA



Streik im Krankenhaus galt lange als ausgeschlossen. Wer würde sich in der Zeit um die Patient*innen kümmern? Mit dem Betten- und Stationsschließungsstreik fanden die Pflegekräfte an der Berliner Charité eine Strategie, aus diesem Dilemma herauszukommen: Betten wurden mit Vorankündigung bestreikt und gesperrt, die Neuaufnahme von Patient*innen reduziert. In der neoliberalen »Fabrik Krankenhaus« kann ein solcher Streik ökonomischen Druck aufbauen. So gelang es 2015 an der Charité das erste Mal, einen Arbeitskampf für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal erfolgreich zu führen.







Entlastung per Tarifvertrag – dieser Ansatz machte in ganz Deutschland Schule. Mittlerweile hat die Pflegebewegung an Kraft und Zustimmung gewonnen und in mehreren Krankenhäusern konnten Tarifverträge errungen werden, die für Entlastungen sorgen.

Ein weiterer Meilenstein war der Erfolg der Beschäftigten in Jena 2019. Sie erkämpften einen Entlastungs-Tarifvertrag, der neue Maßstäbe setzt. Er legt konkrete Personalschlüssel fest, die Überlastung verhindern und gute Pflege absichern sollen: »Keine Nacht allein« ist nun in fast jeder Station verbindliche Regelung. Wenn die Mindestbesetzungen auf den Stationen unterschritten werden oder spontan eingesprungen werden muss, gilt ein zusätzlicher Freizeitausgleich. Der Erfolg in Jena ist Vorbild und Inspiration für die kommenden Auseinandersetzungen in der Pflege.

Wie konnten die Pfleger*innen ihre Ziele durchsetzen? Wir zeigen Fotos von Aktiven, die einen Eindruck davon vermitteln, welche Methoden wichtig waren.

ERFOLGE EINER NIEDERLAGE

WAS SICH AUS DEM WAHLKAMPF VON BERNIE SANDERS LERNEN LÄSST

ERIC BLANC

Bernie Sanders konnte die Vorwahlen am Ende nicht gewinnen. Was lernen wir aus dieser Niederlage? Und warum gibt uns seine Kampagne dennoch Hoffnung?

Verlieren fällt schwer. Und Bernie Sanders' jüngste Wahlniederlage war, neben der von Jeremy Corbyn in Großbritannien, besonders schmerzhaft, da so viel auf dem Spiel stand, unsere Erwartungen so hoch waren.

Doch es wäre falsch, Sanders' Wahlkampf von 2020 als reinen Fehlschlag zu verbuchen. Motivierte er doch, aufbauend auf dem Erfolg von 2016, Tausende neue Aktivist*innen und schuf zum ersten Mal seit Jahrzehnten im politischen Mainstream der Vereinigten Staaten eine Plattform für die Arbeiter*innenklasse und einen demokratischen Sozialismus.

Die Stärken und die Unzulänglichkeiten des Sanders-Wahlkampfes sind differenziert zu bewerten, damit Linke in den USA und weltweit die richtigen strategischen Konsequenzen ziehen können. In diesem Beitrag untersuche ich drei zentrale Dynamiken: die Wiederkehr der Klassenpolitik, den Aufbau neuer, dezentraler Mobilisierungstechniken und die Grenzen radikaler Wahlkämpfe im Kontext einer generell schwach organisierten Arbeiter*innenklasse.

Damit sind natürlich nicht alle Aspekte aufgearbeitet. Doch auch so lassen sich aus unserer gemeinsamen Erfahrung einige wesentliche Lehren ziehen.

RÜCKKEHR DER KLASSENPOLITIK

Sanders' Bewegung zeigt, und das ist wohl ihr Kern, dass *Klassenpolitik* politisch relevant und wahlentscheidend sein kann. Auch in einer Zeit, da sich der herrschende neoliberale Zentrismus und die aufstrebende extreme Rechte gegenseitig vorantreiben, bleibt eine klassenbezogene Strategie offenbar doch relevant. Dabei ist sie schon lange für tot erklärt worden, und das nicht nur von Gegner*innen sozialistischer Politik, sondern auch von vielen Linken selbst.

Sanders ging es bei seiner politischen Mission – die wohl am besten als »klassenkämpferische Sozialdemokratie« zu bezeichnen ist – um die Vereinigung einer diversen, multiethnischen Arbeiter*innenklasse gegen die Milliardär*innen. Anders als die traditionelle Sozialdemokratie und ganz zu schweigen von der typischen Politik der Demokratischen Partei sprach sich Sanders offen für eine Politik des Klassenkonflikts aus. Auf Twitter schrieb er: »Wenn es in diesem Land Klassenkampf gibt, dann wäre es an der Zeit, dass die Arbeiter*innenklasse ihn endlich gewinnt.« Das Wahlkampfteam ließ sich von einem Mitglied der *Democratic Socialists of America* (DSA) aus Chicago inspirieren und druckte das Zitat auf einen offiziellen Aufkleber für die Kampagne »Bernie 2020«.

Immer wieder wies Sanders darauf hin, wie dringend Reformen seien,[1] um große Umgestaltungen und Umverteilungen für die Mehrheit der Arbeiter*innenklasse zu erzielen. Dazu zählten für ihn eine allgemeine Krankenversicherung (Medicare For All), kostenloser Zugang zur Hochschulbildung, ein Green New Deal und ein Mindestlohn von 15 Dollar. Auch wenn seine Widersacher*innen das Gegenteil behaupteten – Fragen von *race* und *gender* blendete er nicht aus. Dabei betonte er nicht nur, dass People of Color besonders von seinen Reformen profitieren würden, sondern forderte explizit die Beseitigung von Formen der Unterdrückung hinsichtlich *race* und *gender*.

ERIC BLANC ist US-amerikanischer Journalist und Organizer, Mitglied der Democratic Socialists of America (DSA). Er war unter anderem am Aufbau der Kampagne »Not Me, Us!« maßgeblich beteiligt.

Während die Sozialdemokratie traditionell auf Wahlen setzt, radikal linke Aktivist*innen hingegen auf Massenbewegungen, verknüpfte Sanders seine Kampagne ausdrücklich mit Bemühungen, eine Massenmobilisierung von unten zu stärken. Das Wahlkampfteam verwendete finanzielle Mittel, um etwa Streikposten und streikende Arbeiter*innen zu unterstützen (Crosbie 2019). Sanders betonte immer wieder, dass er seine Themen angesichts des harten Widerstands der Etablierten in der Republikanischen und Demokratischen Partei nur durchbringen könne, wenn sich einfache Leute aktiv am politischen Leben und an den politischen Kämpfen beteiligten. Mit den Schlagworten

»Not Me, Us!« und »Political Revolution« machte Sanders' Team der Arbeiter*innenklasse deutlich, dass positiver Wandel nur dann zustande kommen kann, wenn sie selbst sich organisiert und ihr Schicksal in die eigenen Hände nimmt.

Ein Mitglied des Wahlkampfteams beschrieb die Umsetzung dieser Aktionsformen in Iowa: »Das Team veranstaltete eine Reihe von basisdemokratischen Kampagnentrainings mit Aktivist*innen, die führende Positionen übernehmen wollten. In den Sitzungen sprachen wir darüber, dass der Neoliberalismus für die aktuelle Krise verantwortlich ist. Wir zeigten den Teilnehmenden, wie sie Menschen anhand alltäglicher Fragen organisieren und eigene Themen ansprechen können. Dafür gab es Gesprächstechniken wie ›My Bernie Story‹, mit denen man persönliche Anliegen mit Politik verknüpfen kann. Die Freiwilligen sollten auch lernen, wie sie andere Personen aktivieren und Freund*innen und Familie mit direkten Fragen zur Teilnahme an der Kampagne bewegen können. […] Wir betonten in diesen Trainings immer auch, dass diese Techniken über den Wahlkampf hinaus einsetzbar sind. Mit ihnen stellen wir an der Basis sehr effektive, gemeinschaftlich organisierte Wahlkämpfe, Arbeitskämpfe und mehr auf die Beine. Nach den Trainings überlegten wir mit den Leuten sogar gemeinsam, was das nächste organisatorische Ziel für die Zeit nach Bernies Wahlkampf sein könnte.«

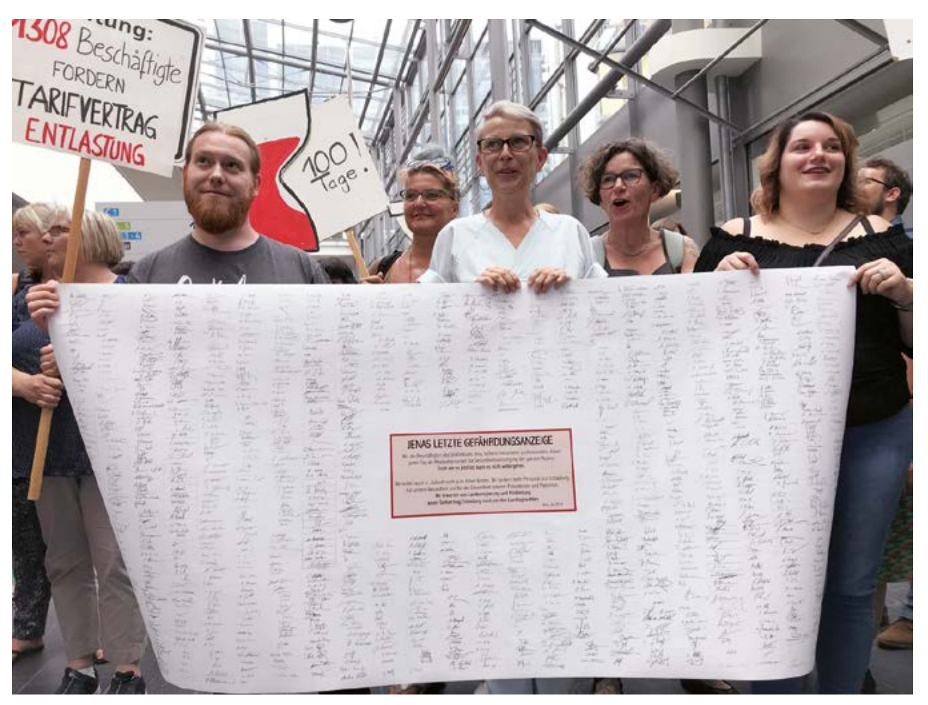
Verständlicherweise war Sanders' Niederlage für viele entmutigend, doch die wichtigere Botschaft der Wahlkämpfe von 2016 und 2020 ist, dass seine Ideen Millionen inspirierten, den Sozialismus wieder legitim machten und die US-amerikanische Politiklandschaft veränderten. Ohne diesen Wahlkampf hätte sich die sozialistische Linke der Vereinigten Staaten wohl kaum aus unbedeutenden Splittergruppen zu einer wichtigen Akteurin lokaler und nationaler Politik entwickelt (Maisano 2021). Kongressabgeordnete bekennen sich als links, die Partei der Demokratischen Sozialist*innen Amerikas ist auf fast 100 000 Mitglieder angewachsen.

Eine Analyse der von Sanders organisierten Wähler*innenschaft und Basisbewegung legt nahe, dass es für Klassenpolitik und sozialdemokratische Forderungen durchaus großflächige Unterstützung gibt, auch wenn es in den Vereinigten Staaten noch keine feste Mehrheitsbewegung für eine klassenkämpferische Sozialdemokratie gibt. Ende Februar 2020 schien Sanders nach dem Sieg bei den Vorwahlen von Nevada kurz vor der Nominierung zu stehen. Dann stellte sich das entsetzte Establishment der Demokratischen Partei, angeführt von Barack Obama, geschlossen hinter Joe Biden, der für sie als einziger Kandidat die Nominierung eines demokratischen Sozialisten zu verhindern vermochte. Dabei kam ihnen zugute, dass bei Vorwahlen der Demokratischen Partei im Vergleich zur gesamten Wähler*innenschaft eher ältere und reichere Wähler*innen ihre Stimme abgeben und diese sich fast ausschließlich darauf konzentrierten, den verhassten Donald Trump zu besiegen.

Sanders gelang es letzten Endes nicht, diese Gruppe mehrheitlich davon zu überzeugen, dass er dafür der beste Kandidat sei, obwohl sein Wahlprogramm sehr geschätzt wurde und zahlreiche Umfragen ihn bei den Wahlen deutlich vor Trump sahen. Seinem Team glückte es auch nicht, traditionelle Nichtwähler*innen, die tendenziell arm, jung und nicht weiß sind, im erhofften Maß zur







Tag der Übergabe: Die Mehrheit der Kolleg*innen hat die Petition unterzeichnet, in der sie der Klinikleitung und der Politik ein 100-Tage-Ultimatum stellen, sich zu ernsthaften Verhandlungen über einen Tarifvertrag Entlastung bereit zu erklären. Die Alternative heißt Streik.

Teilnahme an den Vorwahlen zu motivieren, um die eher zentristischen Wähler*innen der Demokraten zu überstimmen. Somit gelang es nicht, die von Analyst*innen wie Thomas Piketty (2018) ausführlich dokumentierte jahrzehntelange Parteiflucht und Stimmenthaltung der Arbeiter*innenklasse umzukehren. Ob Sanders diese Wähler*innen bei der Wahl im November mobilisiert hätte, lässt sich nicht sagen.

Doch die Millionen Stimmen, die Sanders tatsächlich erhielt, stehen für eine breite Unterstützung, vor allem unter jüngeren Menschen. Besonders bemerkenswert sind seine überwältigenden Ergebnisse bei Latino-Wähler*innen, die größtenteils zur Arbeiter*innenklasse gehören und zur am schnellsten wachsenden Bevölkerungsgruppe der USA gehören. In seiner grundlegenden Analyse von Sanders' Wahlkampf 2020 beschreibt Matt Karp diese Dynamik: »In besonders lateinamerikanisch geprägten Gegenden von East Los Angeles bis Northside Houston erhielt ›Tío Bernie‹ oft mehr Stimmen als Biden, Bloomberg und Warren zusammen. [...] Und da Sanders diese Wähler*innen mit lebensnahen Umverteilungsfragen, die ihnen besonders wichtig sind, überzeugen konnte, war das Sanders-Bündnis von 2020 zwar kleiner als 2016, aber anscheinend noch besser in der US-amerikanischen Arbeiter*innenklasse verankert.« (Karp 2020)

Vor allem aber war die Jugend der entscheidende demografische Faktor dieser Vorwahlen. Kurzfristig gesehen war das problematisch, denn Sanders hatte Schwierigkeiten, Wähler*innen über 45 für sich zu gewinnen. Doch Scharen enthusiastischer junger Menschen verhalfen ihm in nahezu allen Bundesstaaten in der Gruppe der unter 30-Jährigen und oft auch in der Altersgruppe 30 bis 44 zum Sieg (*U.S. News*, 11.3.2020). Dabei war der Vorsprung oft groß: In Kalifornien und Texas gewann Sanders unter jungen Wähler*innen – Schwarze, Weiße, Hispanics und andere – mit 50 oder mehr Prozent, obwohl die Liste der Kandidat*innen lang war. Karp erklärt, dass Sanders junge Latino-Wähler*innen »in Staaten wie Kalifornien mit unerhörten Vorsprüngen (84 Prozent!)« (ebd.) für sich gewann.

Die Radikalisierung junger Menschen markiert einen beispiellosen historischen Generationenkonflikt, der noch größere Ausmaße annimmt als in den 1960er Jahren und den Folgejahrzehnten. Angesichts der wachsenden Ungleichheit und des katastrophalen Klimawandels gibt es auch keine Anzeichen dafür, dass die jüngeren Jahrgänge von heute mit dem Älterwerden moderater werden oder zukünftige Generationen wieder zur politischen Mitte zurückkehren. Das bedeutet nicht, dass die Linke auf den demografischen Wandel setzen sollte, um auf eine Mehrheit zu warten, sondern dass langfristig die politische Wetterlage günstig bleibt. Um in diese Bresche zu schlagen, müssen wir unsere Organisationskraft deutlich verstärken. Die Bewegung mag zwar mit jungen Leuten beginnen, aber wenn wir gewinnen wollen, darf sie nicht bei ihnen aufhören.

ORGANISATORISCHE INNOVATIONEN

Während sich Sanders inhaltlich in vielerlei Hinsicht auf eine klassenbasierte Politik bezog, die ihre Blütezeit vor einem Jahrhundert hatte, waren die organisatorischen Strukturen und Mobilisierungstechniken seiner Bewegung bahnbrechend.

So nutzte das Wahlkampfteam ein breites Arsenal von Strukturen, Instrumenten und Methoden, die weltweit vorbildhaft sein könnten. Im Grundsatz übernehmen Einzelpersonen mittels digitaler Technologien zentrale Koordinations- und Freiwilligenaufgaben, die früher in das Ressort von Vollzeitangestellten und deren Koordinierung des Haustürwahlkampfs fielen. Die dezentrale Organisierung delegiert und verteilt so viel Verantwortung und Arbeit wie möglich an Freiwillige, um eine massive Ausweitung von Aktionen zu erreichen und nicht durch die Anzahl der Vollzeitkräfte begrenzt zu sein, die man sich finanziell leisten kann. Bei »Bernie 2020« wurde dezentrale Organisierung nicht als Ersatz für herkömmliche Organisationsmethoden oder Personal verstanden, sondern als Maximierung der Gesamtkapazitäten. Dezentrale Aktivist*innen hielten den Angestellten sowie den Aktivist*innen vor Ort den Rücken frei für nicht aus der Ferne zu erledigende Tätigkeiten.

Es wurde zum Beispiel nicht verlangt, dass Freiwillige ins Büro kommen, um potenzielle Wähler*innen anzurufen. Stattdessen tätigte das dezentrale Onlineteam über 15 Millionen Anrufe und setzte mehr als 20 000 Freiwillige ein, um Unterstützer*innen zu identifizieren, Freiwillige anzuwerben und letztlich für Wähler*innenstimmen zu sorgen. Über ein größtenteils automatisiertes digitales System telefonierten Freiwillige mit Wähler*innen und übertrugen die aufgenommenen Daten in ein Online-Formular. Besonders engagierte Freiwillige konnten sich zu Koordinator*innen dieser Anrufaktionen ausbilden lassen.

Mithilfe des eigenen Peer-to-Peer-Kurznachrichtenprogramms schickten 30 000 Freiwillige mehr als 260 Millionen Nachrichten an potenzielle Wähler*innen – davon 14 Millionen in spanischer Sprache. Mit der »Bern App« konnten Freiwillige im ganzen Land ihre Freund*innen, Familien und Arbeitskolleg*innen über Bernies politische Aktivitäten informieren und relevante Daten an das Wahlkampfteam weitergeben. Dort wurden sie mit bestehenden Wähler*innenregistern abgeglichen.

Hinter all dem stand der Anspruch, zu *organisieren* statt nur zu *mobilisieren* – die neuen Strukturen sollten Unentschlossene überzeugen und neue Führungsfiguren ausbilden. Dafür entstand das »Bernie Victory Captains Program«, an dem über 2700 der engagiertesten Freiwilligen teilnahmen, indem sie einmal wöchentlich eine Veranstaltung für Wähler*innen organisierten. Insgesamt gab es 15 000 solche Veranstaltungen im ganzen Land. Jede*r »Victory Coach« wurde alle zwei Wochen vom zentralen Wahlkampfteam telefonisch beraten und geschult.

Darüber hinaus wurde auch der Haustürwahlkampf standardisiert, an dem Tausende Freiwillige teilnahmen. Ohne direkte Beaufsichtigung durch offizielle Mitarbeiter*innen luden viele Engagierte andere Freiwillige zu sich nach Hause ein, um den Haustürwahlkampf lokal zu planen. Von der Zentrale erhielten die Gastgeber*innen entsprechende Schulungsunterlagen. Die an den Haustüren gesammelten Daten wurden von den Freiwilligen dann per Handy zurückgesendet.

In einer immer stärker von Entfremdung und Argwohn und immer weniger von Solidarität geprägten Gesellschaft war es besonders bewegend, in die Wohnungen Gleichgesinnter eingeladen zu werden und an einem radikalen kollektiven Wandel zu arbeiten. Dabei war es

nicht nur direkte Wahlwerbung, die die Menschen dezentral zusammenbrachte – weitere Veranstaltungen dienten dazu, Freund*innen und Arbeitskolleg*innen in bestimmten Gegenden oder aus bestimmten Branchen zu organisieren. Als Hauptorganisator für die offizielle Sektion »Educators for Bernie« (Lehrer*innen für Bernie) unterstützte ich die Koordination Hunderter dezentraler Veranstaltungen im ganzen Land. Dabei ergriffen Lehrer*innen die Initiative, für ihr Kollegium Veranstaltungen zu organisieren, bei denen über Bernies Positionen zur Arbeiter*innenklasse oder zum öffentlichen Schulwesen sowie darüber gesprochen wurde, wie sie die übrigen Kolleg*innen in der Schule überzeugen könnten. Bei diesen und anderen Treffen baten wir die Teilnehmenden, Gruppenfotos auf Social-Media-Kanälen zu verbreiten, damit Freund*innen und Kolleg*innen sehen konnten, wie die Bewegung an Fahrt gewinnt. Sicherlich haben alle Kandidat*innen bei den Vorwahlen der Demokratischen Partei ausgiebig Social Media genutzt, aber niemand annähernd so effektiv wie Bernie. (Nur Trumps Wahlkampfteam konnte wohl von sich behaupten, eine größere digitale Reichweite zu haben.)

Wie effektiv der Einsatz der dezentralen Organisierungsmethoden war, lässt sich leider nur schwer einschätzen, wenn man nicht über Daten verfügt, die das Verhältnis der Maßnahmen zu den jeweiligen Wahlergebnissen in den einzelnen Staaten aufzeigen. Einerseits war es möglich, Wähler*innen aus der Ferne anzusprechen und Führungsfiguren mithilfe dezentraler Methoden auszubilden. Andererseits kritisierten einige Mitglieder des Wahlkampfteams, dass man sich mit Ausnahme der ersten vier Staaten, in denen Vorwahlen stattfanden (Iowa, North Carolina, Nevada und South Carolina) zu sehr auf dezentrale Instrumente und mediale Aufmerksamkeit verlassen habe. Es wäre demnach besser gewesen, weiterhin stark in bezahlte Kräfte im ganzen Land zu investieren, um konzertierte Aktionen zu starten, Unentschlossene zu erreichen, Wahlkreise mit einem hohen Arbeiter*innenanteil zu organisieren und deren politische Potenziale zu entwickeln. So habe man in den aktivsten dezentralen Gebieten enttäuschte Nichtwähler*innen in der Regel nicht gekannt oder habe nicht in deren Nähe gelebt, obwohl in unserem Wahlkampf ausdrücklich vorgesehen war, diese Gruppe anzusprechen.

Es steht mir zwar nicht zu, einzuschätzen, wie berechtigt diese Kritik ist beziehungsweise ob es angesichts limitierter Ressourcen sinnvolle Alternativen gab. Doch es ist wichtig, diese Fragen aufzuwerfen, denn sicherlich müssen sich auch in Zukunft Wahlkampfteams und Organisationen mit ihnen befassen, wenn sie dezentrale Instrumente nicht nur für Mobilisierungszwecke, sondern auch für die eigene Organisationsstruktur verwenden wollen.

FEHLENDE ORGANISIERUNG DER ARBEITER*INNENKLASSE

Ein übermäßiger Fokus auf einzelne taktische Entscheidungen lässt allerdings eine der großen politischen Lehren des Wahlkampfs aus dem Blick geraten, die auch Corbyn in Großbritannien ziehen musste: Ohne eine organisierte Arbeiter*innenklasse, eine auflebende Arbeiter*innenbewegung war es für Bernie besonders schwer, auf nationaler Ebene eine Wahl zu gewinnen, ganz zu schweigen davon, wie schwer es nach der Wahl gewesen wäre, sein Programm umzusetzen.

Wer behauptet, dass Bernie gewonnen hätte, wenn er diesen oder jenen taktischen Fehler nicht begangen hätte, unterschätzt, wie stark die Gegenseite ist und wie viel besser wir uns organisieren müssen, um sie zu besiegen. Da sich der gewerkschaftliche Organisierungsgrad in den USA auf einem historischen Tiefststand befindet und nur ein kleiner Teil von Bernies Millionen Unterstützer*innen bei den *Democratic Socialists of America* organisiert ist, wäre es geradezu ein historischer Unfall gewesen, hätte es ab 2020 einen sozialistischen Präsidenten gegeben.

Der Wahlkampf von Sanders wäre ganz anders verlaufen, wenn hinter ihm eine große, kämpferische Gewerkschaftsbewegung und eine sozialistische Organisation von Hunderttausenden überzeugten Aktivist*innen gestanden hätten. Ohne diese Macht, die in jahrelanger, geduldiger Organisierungsarbeit in den Arbeiter*innenmilieus entsteht, konnten wir nicht die nötige soziale oder politische Reichweite erlangen, um ein Mehrheitsbündnis aufrechtzuerhalten, nachdem das Establishment im März Joe Biden den Rücken gestärkt hatte (Heidemann/Thier 2020).

Da die meisten Wähler*innen ihre politische Meinung von einflussreichen Institutionen beziehen, bedeutete das Fehlen einer starken, in der Arbeiter*innenklasse organisierten Linken, dass die meisten Wähler*innen am Ende auf die Medien und Funktionär*innen der Demokratischen Partei hörten. Wir waren auch nicht ausreichend an Arbeitsplätzen und in Gemeinden vertreten, um Nichtwähler*innen in großer Zahl zur Wahl zu bewegen. Ein paar Wochen oder Monate Klinkenputzen können keine tiefgreifende, jahrelange Organisierung ersetzen. Hamilton Nolan hat es auf den Punkt gebracht:

»Bernie hat verloren, weil Amerika keine starke Arbeiter*innenbewegung hat.« (Nolan 2020) Die vor uns liegende Aufgabe – in den USA und weltweit – besteht also darin, eine solche organisierte Macht aufzubauen, während wir weiterhin für eine Politik der Arbeiter*innenklasse einstehen. Es besteht keine Garantie, dass wir mit unseren Bemühungen erfolgreich sein werden. Aber sie sind notwendiger als je zuvor.

Aus dem Englischen von André Hansen und Lisa Jeschke

LITERATUR

Crosbie, Jack, 2019: Bernie's Campaign Is Now Directly Supporting Strikes, Which Owns, in: Splinter, www.splinternews.com/bernies-campaign-is-now-directly-supporting-strikes-wh-1834847649

Heideman, Paul/Thier, Hadas, 2020: Bernie's Campaign Strategy Wasn't the Problem, in: Jacobin, www.jacobinmag.com/2020/04/bernie-sanders-campaign-strategy-democratic-party-biden-trump

Karp, Matt, 2020: Bernie Sanders's Five-Year War, in: Jacobin, 21.4.2020, www.jacobinmag.com/2020/08/bernie-sanders-five-year-war/

Maisano, Chris, 2021: A Left That Matters, in: Socialist Forum, Winter 2021, www.socialistforum.dsausa.org/issues/winter-2021/a-left-that-matters/

Nolan, Hamilton, 2020: Bernie Lost Because America Doesn't Have a Strong Labor Movement, in: In These Times, 28.4.2020, www.inthesetimes.com/article/Bernie-Sanders-would-have-won-2020-labor-movement-organizing

Piketty, Thomas, 2018: Brahmin Left vs Merchant Right: Rising Inequality & the Changing Structure of Political Conflict, WID Working Paper 7/2018, www.piketty.pse.ens.fr/files/Piketty2018.pdf/

1 Vgl. www.berniesanders.com/issues/

DIE KUNST DER KAMPAGNE
GEWINNEN IN FÜNF SCHRITTEN

JAN VAN AKEN

»Wenn du deinen Feind kennst und dich selbst kennst, brauchst du das Ergebnis von 100 Schlachten nicht zu fürchten.«
Sun Tsu – »Die Kunst des Krieges« (um 500 v. Chr.)

Es gibt viele Wege zu einer erfolgreichen Kampagne, ich skizziere hier eine Herangehensweise, wie ich sie vor 25 Jahren bei Greenpeace in der Gentechnik-Kampagne lernen und danach in unterschiedlichen Kontexten immer wieder anwenden konnte. Im Kern beruht sie auf zwei simplen Elementen, die jedoch von vielen Initiativen und Organisationen oft nicht beachtet werden:

1 // Die drei höchsten Prioritäten jeder Kampagne sollten sein: Fokus, Fokus und noch mal Fokus. Wir sind in unseren Ressourcen stets begrenzter als unsere Gegner und können nur gewinnen, wenn wir alles, was wir haben, auf einen einzigen Punkt konzentrieren. Du kannst dich gemeinsam mit 100 Menschen mit aller Kraft gegen eine Wand werfen: Sie wird sich um keinen Millimeter bewegen. Es reicht aber ein kleiner Finger, um eine Reißzwecke in die gleiche Wand zu drücken und einen ersten Riss zu erzeugen – weil alle Kraft auf einen winzigen Punkt konzentriert ist. Dieser Fokus fällt gerade uns Linken schwer, denn die Welt ist voller Übel, es gibt so viele wichtige Dinge, und ein klarer Fokus bedeutet immer auch, viele Dinge nicht zu tun. Das fällt schwer. Aber wer nicht Nein sagen kann, hat schon verloren.

Kurzer Einwurf des Parteipolitikers in mir: Deshalb lässt sich das hier skizzierte Kampagnenformat auch kaum auf eine Wahlkampagne übertragen, denn im Wahlkampf *müssen* viele Themen abgedeckt werden. Das ist das Gegenteil von Fokus.

2 // Das zweite wichtige Element ist das Ziel. Hört sich simpel an, aber fragt euch mal selbst, was genau euer Ziel ist. Oft ist es diffus, manchmal gibt es Dutzende von Zielen, irgendwas zwischen Weltrevolution und Kleinteiligkeit – irgendwie wissen wir

schon, was wir wollen. Aber meistens stimmt das gar nicht. Der Weg zu einem konkreten Kampagnenziel ist oft der schwierigste Teil einer Strategieentwicklung. Alles, was danach kommt, ergibt sich fast von selbst. So geht's:

DER NULLTE SCHRITT: KENNE DICH SELBST

Auch wenn es unsere friedensbewegte Seele irritieren mag, »Die Kunst des Krieges« wurde vor 2 500 Jahren geschrieben, gilt als das älteste Buch über Strategie und liest sich bis heute wie eine Anleitung für erfolgreiche Kampagnen. Eine zentrale Botschaft ist, dass eine Organisation ein klares Bewusstsein für die eigenen Stärken und Schwächen haben muss, um eine erfolgreiche Strategie entwickeln zu können. Es hat beispielsweise wenig Sinn, eine Kampagnenstrategie zu planen, die auf Massenmobilisierung und direkte Aktionen setzt, wenn die Organisation nur aus zwei Menschen ohne Aktionserfahrung besteht.

Das geeignete Mittel hierfür ist die SWOT-Analyse. SWOT steht für *strenghts, weaknesses, opportunities* und *threats* und ist eine Wissenschaft für sich, das Netz ist voll davon, deshalb gehe ich hier nicht weiter darauf ein. Ich halte auch nichts davon, tagelange Sitzungen abzuhalten, um eine SWOT-Analyse zu erstellen. Es ist aber sinnvoll, sich vor jeder Kampagnenentwicklung zu überlegen, was genau wir besonders gut können: Zugang zu Medien oder Ministerien? Kunstprojekte? Kletteraktionen? Schreiben? Breitenmobilisierung? Digital Natives? Manchmal ist man überrascht, welche Stärken da so zusammenkommen oder über Kontakte organisierbar sind. Es geht nicht um themenspezifische Stärken, sondern darum, was wir themenunabhängig, als Organisation gut können – und auch darum, was wir nicht so gut können und was eine Bedrohung für uns darstellen könnte.

JAN VAN AKEN ist Biologe, hat viele Jahre zu Fragen der Gentechnik bei Greenpeace gearbeitet und war Biowaffeninspekteur bei der UN. Zwischen 2009 und 2017 saß er für die LINKE im Bundestag und war Mitglied im Auswärtigen Ausschuss.

LANG- UND MITTELFRISTIGE ZIELE: BE SMART!

Der erste Schritt ist die Festlegung auf ein Ziel. Die Zieldebatte können wir uns als Kaskade vorstellen, angefangen bei der Frage nach der

Vision: Wo wollen wir in 50 Jahren stehen? bis hin zum sehr konkreten Ziel der nächsten ein bis drei Jahre. Dabei findet bei jedem Schritt eine thematische Einengung statt, und dieser Punkt kann gar nicht überbetont werden: Kampagne heißt, viele Dinge NICHT zu tun. Kampagne heißt, sich aus der Vielfalt der Themen das eine herauszusuchen, das exemplarisch für das große Ziel steht. Ein Thema, an dem wir die ganz große Geschichte erzählen, aber doch konkret, anfassbar und erfolgreich sein können.

Nehmen wir als Beispiel die Waffenexport-Kampagne, die wir entwickelt haben, als ich für die LINKE ab 2009 im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages saß. Das langfristige Ziel war eine gerechte, friedliche Außenpolitik. Dazu gehören ziemlich viele Themenfelder: vom Verhältnis zu Russland oder China über ungerechte Handelsbeziehungen zur Reform der Vereinten Nationen, Abrüstung, Auslandseinsätze – die Liste ließe sich endlos fortsetzen. Welches Thema sollte es sein?

Hier stellten sich drei Fragen:

→ Welches dieser Themen hat das Potenzial, für das große Ganze zu stehen, sodass ich bei jeder noch so kleinteiligen Aktion das große Ziel erzählen kann?

→ Welches Thema kann gleichzeitig das große Ganze ins Wanken bringen? Wo ist der Ort in der Wand, an dem das Loch einer Reißzwecke sich langsam zu größeren Rissen ausbreiten könnte?

→ Schließlich kommt das Ergebnis der SWOT-Analyse zum Tragen: Bei welchem dieser Themen kann unsere Organisation den Unterschied machen?

Wir sind am Ende beim Thema Waffenexporte gelandet. Das mittelfristige Ziel war, in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten in Deutschland ein gesetzliches Verbot für den Export von Klein- und Kriegswaffen durchzusetzen.

Das hört sich sehr konkret an, und das soll es auch sein. Denn die Entwicklung präziser Ziele ist der wohl wichtigste Baustein jeder Kampagnenplanung, sonst verheddert man sich. Das eine ist die Einengung des Themas – von »Weltfrieden« auf den kleinen Teilbereich der Waffenexporte. Das andere ist die Konkretisierung des Ziels nach fünf Kriterien, die als SMART zusammengefasst werden können:

Specific, also präzise und klar;
Measurable, also in Gesetzen, Zahlen oder Umfragen messbar;
Achievable: Ja, *think big* ist ein guter Ansatz, aber das konkrete Ziel muss erreichbar sein;
Relevant für das langfristige Ziel;
Time-bound, also erreichbar in einer definierten Anzahl von Monaten oder Jahren.

Hört sich kompliziert an, ist es aber nicht. Im Alltag wäre ein SMARTes Ziel zum Beispiel: »Ich lerne jeden Tag zwei Stunden für meine Prüfung, bis zum Ende des Monats.« Das ist erfolgversprechender als »Ja, ich will die Prüfung schon bestehen und tue auch was dafür.«

In unserem Beispiel war es das *spezifische* gesetzliche Verbot von Waffenexporten; *messbar* in Form eines Gesetzes; *erreichbar* – nun ja, das wird die Zeit zeigen, ich bin immer noch optimistisch; *relevant* für das langfristige Ziel einer friedlicheren Welt, denn weniger Waffenexporte heißt weniger Waffen in den Kriegen dieser Welt; und *zeitlich gebunden* auf ein bis zwei Jahrzehnte, wobei das für ein mittelfristiges Ziel schon recht lang gedacht ist.

STAKEHOLDER-ANALYSE: KENNE DAS SPIELFELD!

Der zweite Schritt ist das Mapping aller Akteur*innen im Feld mit ihren Beziehungen untereinander, ihrer Einflussstärke sowie ihrer aktuellen Position gegenüber dem Ziel. Das ist der eigentliche Schritt der Strategieentwicklung, der am Ende zur Definition der kurzfristigen, konkreten Kampagnenziele führt.

Es ist ein recht simpler Prozess: Die Basis ist ein Koordinatensystem, in das alle Beteiligten eingetragen werden. Je mehr Einfluss eine Stakeholderin auf unser Ziel hat, desto höher steht sie im System, und je mehr sie unsere Position unterstützt, desto weiter rechts steht sie. Wenn es also einen Player gibt, der ganz rechts oben steht, dann haben wir schon fast gewonnen: Er ist sehr einflussreich und auf unserer Seite. Meistens bleibt die Ecke leider leer, deshalb braucht es ja uns.

Die Abbildung zeigt die (stark reduzierte) Matrix für die Gentechnik-Kampagne von Greenpeace Ende der 1990er Jahre. In den USA wurden damals schon viele gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut. Das mittelfristige Ziel war es, zu verhindern, dass Gentechnik auch in Europa kommerziell in der Landwirtschaft zum Einsatz kommt.

Da es genveränderte Produkte zu diesem Zeitpunkt in Europa noch nicht gab, waren die wichtigsten Stakeholder hier relativ neutral – sie sind deshalb auf der Mittelachse des Koordinatensystems positioniert. Natürlich gab es Lebensmittelfirmen wie Nestlé, die bereits massiv für Gentechnik warben, andere waren aber eher kritisch, die meisten unentschieden.

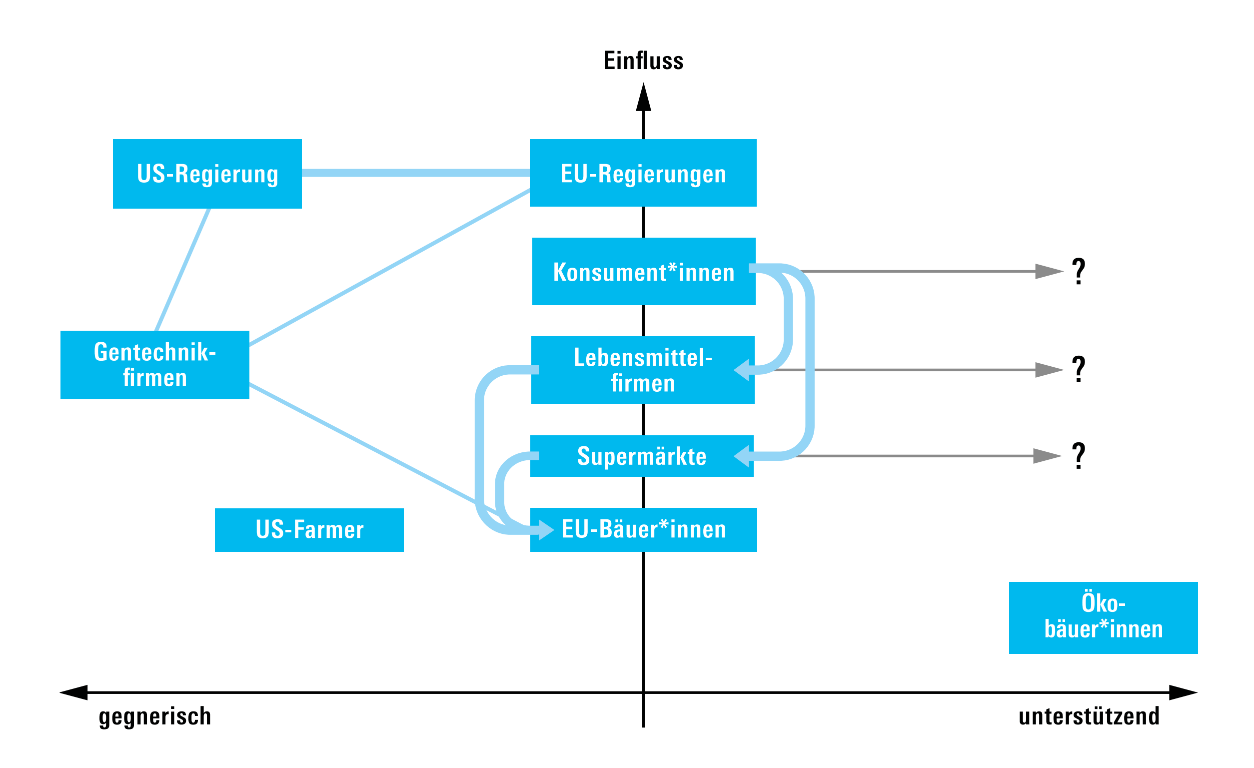


Abbildung 1: Stakeholder-Analyse am Beispiel einer Gentechnik-Kampagne (Quelle: van Aken)

Um unser Ziel zu erreichen, gab es zwei Möglichkeiten: Entweder die Regierungen verbieten genveränderte Produkte oder die Landwirt*innen bauen sie aus eigener Entscheidung nicht an. Die erste Option schien zunächst schwierig – es gab wenig Einfluss auf die europäischen Regierungen, und die US-Regierung machte großen Druck. Für die zweite Option sah es auch nicht gut aus, denn in den 1990er Jahren hätte die SWOT-Analyse wohl jeder Umweltorganisation ergeben, dass sie so ziemlich null Einfluss auf die Landwirt*innen haben.

Was tun? Wer hat denn Einfluss auf die Landwirt*innen oder die Regierung? Welchen der Stakeholder könnte man mit einer Kampagne für die eigenen Ziele mobilisieren und so weiter in das rechte Feld der Matrix ziehen? Die Abbildung zeigt relativ einfache Abhängigkeiten: Landwirt*innen können nur anbauen, was Supermärkte (mit ihren starken Eigenmarken) und Lebensmittelkonzerne ihnen abkaufen; die wiederum sind abhängig von den Einkaufenden. Daraus ergibt sich eine erfolgversprechende Strategie: Die Konsument*innen mobilisieren, um Druck auf die Lebensmittelkonzerne und Supermärkte auszuüben, die diesen Druck wiederum an die Landwirt*innen weitergeben. So kam es, und so war es erfolgreich.

Diese Methode lässt sich für fast jedes Thema nutzen. Es lohnt sich, der Analyse Zeit zu widmen und sehr genau jeden einzelnen Stakeholder in seiner Einflussmacht, Positionierung und in seiner jeweiligen Wechselwirkung mit anderen unter die Lupe zu nehmen. Am Ende reicht dann oft ein Blick auf die Grafik und du weißt, was eine erfolgreiche Kampagnenstrategie sein kann.

DAS KONKRETE KAMPAGNENZIEL

Im dritten Schritt wird das kurzfristige Kampagnenziel entworfen. In der Gentechnik-Kampagne hieß es: »Europäische Supermärkte dürfen nicht anfangen, gentechnisch veränderte Lebensmittel zu verkaufen.« Es wurde damals auf Supermarktketten und nicht auf Lebensmittelkonzerne fokussiert, denn es gab (und gibt) Zehntausende kleinere und größere Lebensmittelproduzenten, während die Anzahl der Supermarktketten überschaubar war (und ist).

Abbildung 2 fasst die beschriebene Methode zur Kampagnenplanung und Strategieentwicklung zusammen. Wenn ihr an diesem Punkt angelangt seid, gibt es nur noch eine wichtige Aufgabe: alles andere ignorieren. Jede noch so tolle Idee für eine Mobilisierung oder Aktion wird verworfen, wenn sie nicht ganz konkret dem hier definierten Kampagnenziel dient. Du kannst viele Dinge anfassen oder eine Kampagne gewinnen – aber nicht beides gleichzeitig.

STRATEGIE UND TAKTIK: THE GOOD, THE BAD AND THE UGLY

Im letzten Schritt gilt es, geeignete Taktiken zu entwickeln: Was genau mache ich heute, morgen und übermorgen, um mein Ziel zu erreichen?

Es macht keinen Sinn, sich über die Unterscheidung von Strategie und Taktik den Kopf zu zerbrechen. Die große Linie wird meist Strategie genannt – im Fall der Gentechnik-Kampagne lautete die Strategie, über die Konsument*innen Druck auf die Supermärkte auszuüben. Eine andere Strategie hätte darin bestehen können, die EU-Regierungen direkt zu adressieren, oder die Landwirt*innen.

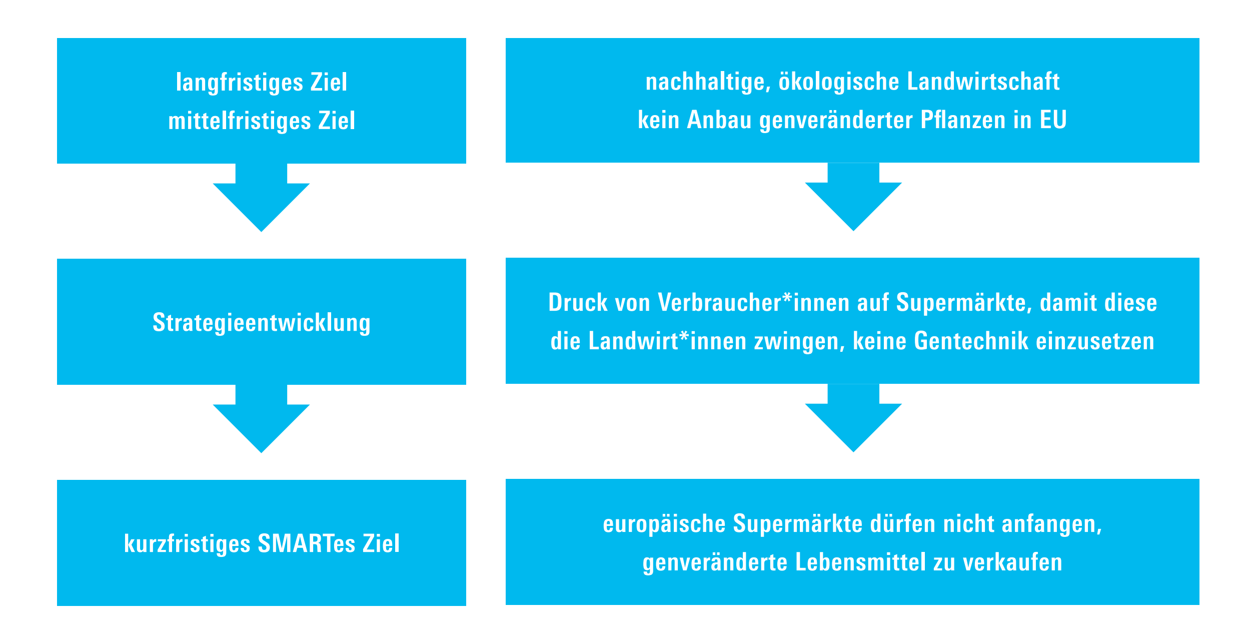


Abbildung 2: Die Entwicklung konkreter Ziele (Quelle: van Aken)

Demgegenüber sind die konkreten Schritte eher die Taktiken: eine Kletteraktion, eine Unterschriftenliste, eine Demo, ein Hintergrundgespräch mit einer Entscheiderin. Es gibt jedoch keine scharfe Trennlinie zwischen Strategie und Taktik. Welche Taktiken am Ende die sinnvollsten sind, ergibt sich aus der SWOT-Analyse und aus der Frage »Was könnt ihr am besten und wie erreicht ihr eure Zielgruppe am besten?«

Viele erfolgreiche Kampagnen erzählen eine Geschichte vom Kampf gegen das Böse. Das gilt für Greenpeace genauso wie für Hollywood – es funktioniert. Aber der Böse muss nicht unbedingt derjenige sein, den wir mit der Kampagne zum Handeln zwingen wollen. In der Gentechnik-Kampagne zum Beispiel war die Inkarnation des Bösen der Gentechnikkonzern Monsanto. Bis Mitte der 1990er Jahre war dieser Name nur wenigen Insidern bekannt. Obwohl sich niemand der Illusion hingab, dass die Firma auf Druck reagieren und deshalb auf Gentechnik verzichten würde – darin lag schließlich ihr Geschäftsmodell –, war alle Kritik und waren sämtliche Skandalisierungen gegen sie gerichtet. Monsanto war also das Böse, aber nicht das Ziel der Kampagne.

Die Unterscheidung zwischen *villain* und *target*, zwischen Bösewicht und Ziel, ist ein hilfreiches Konstrukt, wenn das eigentliche Ziel – also diejenigen, die wir mit unserer Kampagne zum Handeln bewegen wollen – nicht als Bösewicht taugt. Selbst mit den allergrößten Verrenkungen hätten wir Edeka damals nicht als das Böse hinstellen können, dafür ist die Supermarktkette im Alltagserleben der Menschen zu positiv besetzt. In der Waffenexport-Kampagne wäre es zum Beispiel auch möglich gewesen, die Regierung als Ziel und die Waffenfirmen als die Bösen zu identifizieren – aber Sigmar Gabriel hat einen derart guten Bösewicht abgegeben, da war das nicht nötig.

PARTEIEN, KAMPAGNEN UND ORGANIZING

Was heißt das jetzt für die Parteiarbeit? Jenseits von Wahlkämpfen können Kampagnen eine wichtige Rolle für Parteien und die Verbreiterung ihrer Basis spielen. Die LINKE ist hier zum Teil schon sehr erfolgreich: So hatte die Mindestlohn-Kampagne damals aus dem großen, bunten Reigen sozialer Themen ein kleines Teilthema herausgegriffen, es hochgezogen und am Ende gewonnen.

Die aktuelle Pflege-Kampagne der LINKEN geht in eine ähnliche Richtung, wobei das konkrete (SMARTe) Ziel in der Öffentlichkeit nicht so deutlich wird wie beim Mindestlohn. Auch die Waffenexport-Kampagne der Bundestagsfraktion orientierte sich – wie gesagt – an diesem Modell. Hier zeigte sich allerdings ein Problem, das Parteien oft mit Kampagnen haben. Bis heute gibt es parteiintern den Vorwurf, dass dieser Ansatz viel zu eingeschränkt sei: Es könne nicht nur um Waffenexporte gehen, wo doch die Rüstungsproduktion insgesamt ein Problem sei, genau wie die Auslandseinsätze, die nukleare Aufrüstung und der steigende Bundeswehretat.

Das ist alles richtig, stellt aber auch keinen Widerspruch dar, denn eine Kampagne ist per Definition immer nur ein kleiner Ausschnitt der Politik einer Organisation (ob sie nun Greenpeace oder DIE LINKE heißt). Wir dürfen nicht den Fehler machen, eine Kampagne mit dem Gesamtpaket der Politik einer Partei zu verwechseln.

Konkrete Kampagnen können für die Parteiarbeit in drei Aspekten wichtig sein:

1 // Sie öffnen Räume, um jenseits des konkreten Kampagnenziels auch über das umfassendere Thema zu sprechen und dafür eine größere Öffentlichkeit zu schaffen. Durch die konstante Skandalisierung von Waffenexporten etwa ergab sich eine enorme Medienaufmerksamkeit, die es ermöglicht hat, auch Friedensfragen im Allgemeinen anzusprechen. Eine Kampagne schafft eine Bühne, auf der wir die ganze Geschichte erzählen können.

2 // Kampagnen wirken aktivierend, sie können der Nukleus neuer Bewegungen sein, sie können potenziell neue Aktive gewinnen und einbinden. Denn Organisierung ist anhand eines konkreten Themas leichter als anhand eines globalgalaktischen Parteiprogramms. Insofern können Kampagnen und Organisierung im Sinne von systematischem Machtaufbau von unten (vgl. Kunkel/Seppelt in diesem Heft) gut ineinandergreifen. So war bei der Entscheidung für die Waffenexport-Kampagne ein wichtiges Kriterium die Überlegung, dass sich daran möglicherweise eine neue Friedensbewegung initiieren lassen könnte. Das ist bislang nicht wirklich passiert, aber es gab an vielen Orten Initiativen, die das Waffenexportthema immer wieder aufgegriffen haben. Ich sehe hier nach wie vor ein großes Potenzial für eine breitere Mobilisierung, denn zum einen ist das Ziel realistisch gewinnbar (für viele Menschen heute ein wichtiges Kriterium, um sich zu engagieren) und zum anderen passieren Waffenexporte immer und überall. An fast jedem Ort in Deutschland gibt es Rüstungsproduktion oder auch Häfen bzw. Flughäfen, die als Kristallisationspunkte für lokale Aktivitäten dienen können.

3 // Nichts ist so attraktiv wie der Erfolg! Eine Partei, die mit konkreten, zugespitzten Kampagnen auch aus der Opposition heraus immer wieder Erfolge verzeichnen und konkrete Veränderungen durchsetzen kann, wird auf Dauer gewinnen.







Tag der Verhandlungen der Tarifkommission: Über 130 Teamdelegierte beraten im Nebenraum. Im Vorfeld wurden sie von ihren Stationen oder Teams gewählt.

WAS ORGANIZING (NICHT) IST

KALLE KUNKEL UND JANA SEPPELT

Es gibt viele Vorbehalte gegenüber Organizing. Sie helfen uns, zu klären, was das Konzept wirklich will und kann.

Organizing ist in den letzten zwei Jahrzehnten zu einem wichtigen Schlagwort in linken Debatten, in der Gewerkschafts- und Stadtteilarbeit oder der Mieter*innenbewegung geworden. Die Bedeutung von Organizing-Ansätzen für die Entwicklung der Handlungsfähigkeit der gesellschaftlichen Linken ist dabei umstritten.

Je nach Organisierungskontext und Schule existieren sehr unterschiedliche Konzepte von Organizing. Im Folgenden wollen wir kurz und recht abstrakt unser Verständnis von Organizing umreißen und uns dann mit einigen häufig vorgebrachten Vorbehalten gegen Organizing auseinandersetzen.

UNSER VERSTÄNDNIS VON ORGANIZING

Organizing als Konzept beruht **1** // auf dem politischen Verständnis, dass die massenhafte und kollektive Aktion (seien es Blockaden, Demonstrationen, Boykotts, Streiks, Besetzungen, Volksentscheide etc.) eine zentrale Machtressource der popularen Klassen ist. Diese Aktionen wirken jedoch erst gesellschaftsverändernd, wenn sie in einen tiefgreifenden und langfristigen Prozess der gesellschaftlichen Organisierung eingebettet sind.

Organizing beruht **2** // auf einer Theorie darüber, warum und wie sich Menschen organisieren. Erst wenn Menschen die Möglichkeit sehen, dass sie durch ihre eigene Aktivität für sie wichtige Probleme ändern können, werden sie sich organisieren.

Diese theoretische Annahme wird **3** // in ein Set von Organisierungshandwerkszeug übersetzt, das diesen Prozess fördern soll: zuhörende Ansprache, Beteiligungsorientierung bei Treffen und Aktionen, die Erarbeitung von Kampagnenplänen mit machbaren Zwischenschritten, eine systematische Kartierung des

Organisierungsfeldes, kollektive Verhandlungsführung und vieles mehr.

Dieses Handwerkszeug wird **4** // didaktisch so aufbereitet, dass es vermittelbar wird – Organisierung ist ein Handwerk, das gelernt werden muss. Es geht nicht einfach darum, Menschen zu finden, die ihre Mitmenschen für die Durchsetzung bestimmter Inhalte und Interessen organisieren wollen. Es geht vielmehr darum, dabei Erfahrungen zu organisieren und in der Organisierung Fähigkeiten zu vermitteln, die die Grundlagen dafür legen, dass eine Durchsetzung realistisch wird.

5 // Organizing ist eine bestimmte Art und Weise, wie Organisationen ihre Ressourcen einsetzen und Macht aufbauen: Im Mittelpunkt steht die Erweiterung der organisierten Basis und die Qualifikation der bereits Organisierten. Dies erfordert einen Auf- und Ausbau der strategischen Kompetenzen dieser Organisationen. Denn eine Aktivierung wird nur dann erfolgreich sein, wenn die Menschen in den Auseinandersetzungen wirklich etwas verändern können. Dies jedoch ist nicht einfach an die Entwicklung von Machtressourcen gebunden, sondern auch an deren klugen strategischen Einsatz. Kampagnen mit nicht erreichbaren oder – schlimmer noch – nicht genau definierten Zielen werden auch mit dem besten Organizing-Handwerkszeug nicht organisierend wirken.

KALLE KUNKEL hat als Gewerkschaftssekretär bei ver.di die Streiks zur Personalbemessung an der Charité in Berlin mitorganisiert. Er ist in der Kampagne »Krankenhaus statt Fabrik« aktiv.

JANA SEPPELT Jana Seppelt ist Gewerkschaftssekretärin für verschiedene Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge bei ver.di. Seit Kurzem ist sie stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE.

Darüber hinaus baut Organizing eine Solidarität auf, die die konkreten Auseinandersetzungen überdauert und andere Kämpfe sowie das (politische) Verhalten in der Gesellschaft oder in der Wahlkabine beeinflussen kann.

Im Folgenden setzen wir uns mit einigen der am häufigsten vorgebrachten Vorbehalte gegen Organizing auseinander.

»ORGANIZING IST ALTER WEIN IN NEUEN SCHLÄUCHEN«

Meist ist damit gemeint, dass sich Menschen auch schon früher organisiert haben (oder

organisiert wurden) und es natürlich in der gesellschaftlichen Linken auch ohne Organizing (Selbst-)Organisierungsprozesse gab und gibt. In den Gewerkschaften wird darüber hinaus oft auf die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, die damit verbundene Vermittlung von Handwerkszeug sowie auf den systematischen Aufbau von Fähigkeiten Ehren- und Hauptamtlicher verwiesen (Vertrauensleuteseminare, Ausbildung von Gewerkschaftssekretär*innen).

Selbstverständlich haben Organizing-Ansätze eine Geschichte und beruhen auf den vielen Erfahrungen der gesellschaftlichen Linken. Tatsächlich sind uns jedoch – auch aus den Gewerkschaften – keine Konzepte bekannt, die *systematisch* die oben genannten Elemente miteinander verbinden.[1] Organizing beschreibt für uns einen Paradigmenwechsel, denn von der politischen Theorie, Praxis und Organisation verlangt es die Haltung, dass die Organisierung von Menschen die zentrale Aufgabe ist und von allen gelernt werden muss. Die Fähigkeit zur Organisierung ist keine ›natürliche‹ Eigenschaft, die einige mitbringen und andere nicht. Organizing muss trainiert und weitergegeben werden.

So haben wir die Erfahrung gemacht, dass zwar vielen (haupt- wie ehrenamtlichen) Aktiven in den Gewerkschaften bewusst ist, dass die direkte Ansprache von Kolleg*innen wichtig ist, sie jedoch oft von ihrer Stellvertreterhaltung blockiert sind, dass sie sich dafür legitimieren müssten, indem sie etwas Konkretes ›zu bieten‹ hätten. Auch in Mieter*innenorganisierungen begegnen uns Aktive, die sich kaum trauen, Nachbar*innen zu einem Treffen einzuladen, wenn dort nicht zumindest auch eine kompetente Anwältin eine individuelle Rechtsberatung anbietet. Demgegenüber wird mit Organizing eine Haltung praktisch eingeübt, in deren Mittelpunkt das ›Angebot‹ zur Selbstermächtigung steht. Damit wird in Deutschland nun zum ersten Mal systematisch über die Instrumente diskutiert, mit denen Ansprache, Strukturaufbau und Einbeziehung von Menschen in gesellschaftliche Auseinandersetzungen gelingen.

»ORGANIZING IST KEIN ALLHEILMITTEL«

Dieser Vorbehalt ist eine durchaus verständliche Reaktion auf eine gewisse messianische Grundhaltung, mit der Vertreter*innen des Organizing manchmal auftreten. Insofern ist er so banal wie richtig.

Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass Organizing als Konzept wichtige Denkansätze, aber auch das Handwerkszeug enthält, mit denen ein zentrales Problem der gesellschaftlichen Linken angegangen und gelöst werden kann: Die Verankerung in den (all-)täglichen Begehren derjenigen, deren Interessen im kapitalistischen Alltag unter die Räder kommen. Diese Verankerung ist die wichtigste Machtressource linker Politik, ohne die Mobilisierung dieser Interessen wird es keine Veränderung geben. In diesem Sinne können vom Organizing wichtige Impulse für linke Praxis ausgehen: Wer wird eigentlich mit linken Aktivitäten sichtbar? Was müsste sich an den Kampagnen-, Öffentlichkeits- und Aktionsplanungen verändern, damit auch die Repräsentation linker Politik breiter werden kann und nicht nur medienerfahrende Aktivist*innen und Funktionär*innen abbildet? Wie unterscheiden sich Mobilisierung und Organisierung der Menschen?

Im Sinne unseres Organizing-Verständnisses stellen sich vor jedem Treffen und

jeder Aktion die folgenden zwei Fragen: Erstens, nützt uns diese Aktion, um größer und stärker zu werden? Zweitens, können wir und alle anderen Aktiven etwas Neues lernen? Der Umstand, dass in vielen Kontexten zu oft die üblichen Verdächtigen die Aktiven oder Repräsentant*innen sind, zeigt eben an, dass der *systematischen* Weiterentwicklung von Fähigkeiten – von der Organisierung von Treffen bis hin zur Strategiebildung oder Verhandlung – zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Langfristig zielt Organizing immer darauf, dass sich Organizer*innen selbst überflüssig machen.

»ORGANIZING DAUERT VIEL ZU LANGE«

Dieses Argument geht oft mit einer Sympathiebekundung für Organizing-Ansätze einher, auf die ein »Ja, aber« folgt. Weil für systematisches Organizing zu wenig Zeit sei, fällt man in routinierte Arbeitsformen von Kampagnen- und klassischer Öffentlichkeitsarbeit zurück oder rechtfertigt die üblichen Repräsentant*innen. »Wir können jetzt nicht die langwierige Arbeit der Organisierung der Menschen beginnen, weil die Finanzkrise nun mal jetzt vor der Tür steht, weil die AfD jetzt ganz akut immer stärker wird oder weil wir jetzt ein gutes Zeitfenster für Verhandlungen eines Tarifvertrages haben.«

Dieses Argument ist so alt wie die deutsche Organizing-Debatte, also fast 20 Jahre. Umgedreht könnte man sagen: Hätte die gesellschaftliche Linke in dieser Zeit ihre Arbeit schon systematisch darauf umgestellt, sich über Themenkämpfe in den popularen Klassen breiter zu organisieren, hätte sie jetzt eine ganz andere gesellschaftliche Verankerung, um auf die akuten Krisen antworten zu können. Darüber hinaus: Wenn es stimmt, dass die Verankerung in den popularen Klassen die wichtigste Machtressource zur *gesellschaftlichen* Veränderung ist – und nicht nur der nächsten Wahlergebnisse – dann ist das auch kein Argument.

Uns drängt sich der Verdacht auf, dass sich hinter dem »das dauert zu lange« die Vorstellung verbirgt, dass grundlegende gesellschaftliche Veränderungen auch ohne die Organisierung popularer Klassen, nur durch eine veränderte Medienstrategie und andere Formen der Repräsentation oder Mobilisierung der Klasse erreicht werden könnten. Dabei ist es ja nicht falsch, dass die öffentliche Repräsentation durch charismatische Führungsfiguren oder sichtbare Kampagnen eine positive Wechselwirkung mit Organisierungsbemühungen vor Ort haben können. Diese Wechselwirkung kann sich jedoch nur entfalten, wenn diese Formen der Repräsentation auch Organisierungsprozesse widerspiegeln.

»ORGANIZING WECKT HOHE ERWARTUNGEN UND FALSCHE HOFFNUNGEN, DIE DANN NICHT ERFÜLLT WERDEN KÖNNEN«[2]

Auch dieser Vorbehalt knüpft an eine richtige Beobachtung an. Im ersten Schritt zielt Organizing tatsächlich darauf ab, Erwartungen zu erhöhen und Hoffnungen zu wecken. Es ist darauf ausgerichtet, die alltäglich gewordenen Verletzungen der Würde im real existierenden Kapitalismus bewusst in den Willen zur Veränderung zu transformieren. Organizing ermöglicht damit überhaupt erst wieder, Forderungen so radikal zu stellen, wie es die Zeiten erfordern. Dabei bleibt Organizing aber nicht stehen. Indem Organizing neben

der Entwicklung der Erwartungen auch die demokratische Teilhabe an den Kämpfen und den Entscheidungen organisiert, wird es überhaupt erst möglich, dass Debatten über das Nichterreichen von Zielen nicht in Schuldzuweisungen enden, sondern in gemeinsamen Lernerfahrungen der Kämpfenden und dem kollektiven Spüren der Machtverhältnisse.

Wir haben in gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen die Erfahrung gemacht, dass eine solche gemeinsame Lernerfahrung im Kampf die Voraussetzung für eine solidarische Diskussion schwierigster Kompromisse ist. Essenziell dafür ist jedoch, dass die Grenzen der eigenen Durchsetzungsfähigkeit gemeinsam erfahren und reflektiert werden. Das setzt neue Diskussions- und Beteiligungskulturen voraus. So müssen im Gewerkschaftskontext Streiks dafür genutzt werden, gemachte Erfahrungen immer wieder zu diskutieren und so zu lernen, gemeinsam Kräfteverhältnisse einzuschätzen.

»ORGANIZING STELLT EINE ENTPOLITISIERUNG LINKER PRAXIS DAR«

…, weil es nur noch um Methoden der Organisierung geht und die Vermittlung von Inhalten sowie die Entwicklung kritischen Wissens verloren gehen. Auch dieser Vorbehalt spricht ein reales Problem an. Tatsächlich kann die Grundhaltung, Ressourcen darauf auszurichten, mehr zu werden und die Fähigkeiten der Aktiven zu entwickeln, auch technokratisch verkürzt werden – und diese Tendenz zeigt sich auch in einigen Organisationen, die auf Organizing umgestellt haben. Natürlich ist es problematisch, wenn jeden Monat Ansprachetrainings angeboten werden, die Mittel für Bildungsangebote zu kritischer Ökonomie, Feminismus oder Klimagerechtigkeit aber zusammengestrichen werden. Ebenso wäre es problematisch, wenn sich auf Konferenzen nur noch über Organisierungserfahrungen ausgetauscht würde, es aber keine inhaltlichen Diskussionen über gesellschaftliche Rahmenbedingungen und politische Analysen gäbe.

Der Vorbehalt hat jedoch auch ein Gschmäckle. Real ist es in der deutschen Linken doch immer noch so, dass ein Großteil der inhaltlichen Diskussionen und Bildungsveranstaltungen eher darauf ausgerichtet ist, den Zustand der Welt zu analysieren und zu kritisieren und höchstens theoretisch darüber zu reflektieren, welche Rolle Organizing spielen könnte. Insofern schwingt in dieser Kritik vielleicht auch eine gewisse Angst mancher Theoretiker*innen mit, dass das eigene soziale Kapital an Wert verliert, wenn praktische, soziale Fähigkeiten politisch aufgewertet werden.[3] Tatsächlich gibt es hier aber vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen keine einfache Lösung. Es gilt also, Prioritätensetzungen konstant politisch auszuhandeln. Unsere These: Wenn sich das Theorie-Praxis-Verhältnis in der linken Bildungsarbeit von aktuell 90 zu 10 Prozent auf 70 zu 30 Prozent verschieben würde, wäre schon viel gewonnen, ohne dass die Linke darüber theoretisch ›ausbluten‹ würde.

Der Vorbehalt zielt aber noch auf eine zweite Dimension: Die politische Offenheit von Sozialtechniken. Ja, die Methode des Organizing ist offen: Beteiligung an Entscheidungen, gezielte Ansprache, Entwicklung von Kernbotschaften, Kampagnenplanung. All das ist auch ohne progressive Intentionen einsetzbar, wie wir spätestens wissen, seitdem auch Volksparteien Entscheidungen

anhand von Mitgliederbefragungen treffen. Die Soziologie spricht von der Erhöhung der Inputlegitimität, die insbesondere dann notwendig wird, wenn es Repräsentant*innen schwerer fällt, ›zu liefern‹.

Emanzipatives Organizing unterscheidet sich aber von Projekten der Akzeptanzbeschaffung dadurch, dass es die *Ermächtigung*, die in all diesen sozialen Techniken angelegt ist, entfalten möchte – statt sie nur so weit zuzulassen, wie es für die Einbindung notwendig ist. Diese Ermächtigung beinhaltet, dass sich ein politisches Bewusstsein über die gesellschaftlichen Bedingungen der eigenen Auseinandersetzungen entwickelt. Das Argument stimmt aber insoweit, dass nicht aus jeder ›beteiligungsorientiert‹ geführten Auseinandersetzung automatisch ein erweitertes gesellschaftliches Bewusstsein erwächst. Gerade die Erfahrungen mit rechten Einstellungsmustern von gewerkschaftlichen Aktiven (wie sie derzeit in einer Studie der Universität Jena reflektiert werden) machen machen deutlich, dass die Organisierung rund um die eigenen Interessen nicht per se emanzipatorische Impulse freisetzt. Das ist aber nicht einfach ein Problem des Organizing, sondern jedes Ansatzes, der »nach Interessen organisiert und nicht nach Köpfen« (Oskar Negt).

»ORGANIZING IST NICHT NACHHALTIG«

Diesen Vorbehalt kennen wir vor allem aus den Gewerkschaften: »Da gibt es für viel Geld Leuchtturmprojekte, bei denen mit viel Manpower Organisierungsprozesse angestoßen werden. Aber wenn die bezahlten Organizer weg sind, bricht alles wieder zusammen.« Auch diesem Vorbehalt liegen reale Erfahrungen zugrunde.

Ein »erfolgreicher« Organizing-Einsatz sollte immer beide Anforderungen im Blick haben: Wurden die konkreten Ziele erreicht und wurden zugleich Menschen ausgebildet? In großen Projekten mit vielen personellen und finanziellen Ressourcen können in kurzer Zeit viele Menschen ausgebildet und mobilisiert werden – und natürlich auch Ziele erreicht werden. Und gleichzeitig bleibt die Frage berechtigt, welche sozialen Veränderungen in den relativ kurzen Zeitetappen möglich sind. Denn soziale Prozesse brauchen Zeit. Kulturen in Betrieben oder Nachbarschaften verändern sich nicht über Nacht. Die Herausbildung einer politisch aktiven Subjektivität – mit allen Veränderungen in der Lebensführung, die das mit sich bringt – erfolgt nicht von jetzt auf gleich. Großprojekte haben also klare Grenzen. Deshalb ist die Ausbildung, Entwicklung und Ermächtigung von Aktiven eine langfristige Organisationsaufgabe der gesellschaftlichen Linken. Und deshalb ist es so wichtig, Organizing als Haltung zu verstehen, die auf die Veränderung der gesamten Organisationskultur zielt. Organizing ist kein Zaubertrank, mit dem in kurzer Zeit große Projektziele erreicht werden können.

---

1 Erst in den letzten Jahren wurden solche Fragen systematischer in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit aufgenommen. Dies geschah jedoch in direkter Auseinandersetzung mit Organizing-Konzepten.

2 In der schlimmsten Funktionärssprache: »Sie wissen, wie man die Leute auf die Bäume kriegt, aber nicht, wie man sie wieder runterkriegt.«

3 Unsere nicht repräsentative – aber mit internationalen Erfahrungen korrespondierende – Wahrnehmung ist im Übrigen, dass es zwischen dem Interesse an Theorieschulungen und Organizing-Trainings einen geschlechterspezifischen Bias gibt.

SYNERGIE STATT SISYPHOS
WIE BEWEGUNG UND PARTEI IN BERLIN FÜR ENTEIGNUNG MOBILISIEREN

MORITZ WARNKE

Mit dem Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« gewinnt die Mieter*innenbewegung eine neue Qualität. Eine Chance für DIE LINKE als Partei in Bewegung und Regierung.

Mit dem Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« (DWE) hat die Berliner Mieter*innenbewegung bundesweit und weltweit für Schlagzeilen gesorgt – nicht zu unrecht. Seit Jahren hält sie die Politik auf Trab und mischt sich immer wieder mit eigenen Reformvorschlägen ein. Mit dem Volksbegehren ist sie nun zur Großoffensive übergegangen: Auf einen Schlag sollen etwa 240 000 Wohnungen, also mehr als zehn Prozent der Berliner Wohnungen, vergesellschaftet, also in Gemeineigentum überführt werden. Damit würden die größten, häufig börsennotierten Akteure aus dem Berliner Immobilienmarkt gedrängt, die in den letzten Jahren in besonderer Weise für den Anstieg der Mieten und damit verbundene Verdrängungsprozesse verantwortlich zeichnen.

Derzeit befindet sich die Initiative mitten in der zweiten Sammelphase, die trotz Coronapandemie sehr gut angelaufen ist. Das Mietendeckel-Urteil aus Karlsruhe beschert der Initiative zusätzlichen Auftrieb. Gelingt es, genügend Unterschriften zu sammeln, können die Berliner*innen am 26. September zeitgleich zur Bundes- und Landtagswahl darüber abstimmen, ob der Berliner Senat vom Volk damit beauftragt wird, unter Rückgriff auf Artikel 15 des Grundgesetzes ein Vergesellschaftungsgesetz auszuarbeiten und zu verabschieden. Auf dieser Grundlage könnten die Wohnungsbestände von Immobilienkonzernen, die mehr als 3 000 Wohnungen in Berlin besitzen, sozialisiert werden.

Auch wenn derzeit niemand sagen kann, ob es im September zu einem Volksentscheid kommt und ob ein solcher gewonnen würde, lohnt es sich bereits jetzt, die Kampagne genauer zu betrachten. Insbesondere für die Frage, wie sich im Zusammenspiel von Partei



und Bewegung ein produktiver Konflikt führen lässt, kann hier viel gelernt werden. Aber auch für künftiges Handeln einer LINKEN in Regierungsverantwortung lassen sich zentrale Schlüsse ziehen.

POLARISIERENDE KAMPAGNE MEETS ORGANISIERENDE MAULWURFSARBEIT

In den letzten Jahren haben in Berlin viele Menschen sehr konkret erlebt, was es bedeutet, wenn Wohnungen von Aktienkonzernen bewirtschaftet werden – wenn sich der Renditehunger durch Nachbarschaften und Kieze frisst und vor allem solche Modernisierungsarbeiten vorgenommen werden, die sich auf die Miete umlegen lassen. All das wird seit Jahren von der Mieter*innenbewegung politisiert und an diese Stimmung knüpft »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« nun an.

Mit dem Volksbegehren hat die Bewegung einen polarisierenden Dachkonflikt geschaffen: Große Immobilienkonzerne sollen zum Wohle der Allgemeinheit enteignet werden. Damit haben sich die vielen Mieter*inneninitiativen, die verteilt über die ganze Stadt um einzelne Häuser und Straßen kämpfen, einen gemeinsamen Handlungsrahmen geschaffen, der über punktuelle Großdemonstrationen hinausreicht. Ohne die in jahrelanger und mühevoller Maulwurfsarbeit aufgebauten Selbstorganisierungen wie die Deutsche-Wohnen- oder die Akelius-Mieter*innenvernetzung wäre der Erfolg der Initiative nicht denkbar. Zugleich wirken der offensive Geist und die Polarisierung der Enteignungsforderung wie eine Zauberformel, die jenseits der oftmals mühsamen, oft ins Leere laufenden Kleinstkonflikte eine neue Perspektive eröffnet.

Bei den Berliner*innen trifft das Vorhaben auf überraschend viel Zustimmung, je nach Zeitpunkt und Umfrage schwanken die Zustimmungswerte zwischen 40 und 60 Prozent. Die Radikalität der Forderung

MORITZ WARNKE ist Referent für Soziale Infrastrukturen und verbindende Klassenpolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redakteur dieser Zeitschrift. Er ist im Landesvorstand der Berliner LINKEN und vertritt den Landesverband in der Initiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«.

trug nicht etwa dazu bei, dass man »außerhalb« des gesellschaftlichen Diskurses landete. Im Gegenteil, zu Beginn der ersten Sammelphase im Jahr 2019 verschaffte sie der Initiative etwa Auftritte bei Sondersendungen von Anne Will.

DIE LINKE UND DWE

Die Rolle der Berliner LINKEN in Bezug auf das Volksbegehren ist interessant, weil sich in ihr ein produktives Selbstverständnis als »Regierungspartei« dokumentiert, das sich deutlich von den rot-roten Regierungsjahren abhebt. Auf ihrem Landesparteitag im Dezember 2018 sprach sie sich einstimmig für die Unterstützung des Volksbegehrens aus, obwohl sich die Hausspitze der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen anfänglich wenig begeistert gezeigt hatte. In der Folge gelang es der Partei, das Volksbegehren an verschiedenen Stellen und in unterschiedlichen Rollen substanziell zu unterstützen und so zu ihrem Erfolg beizutragen.

SAMMELN TROTZ REGIEREN?

Mit Beginn der ersten Sammelphase im April 2019 beteiligte sich die Partei aktiv daran, Unterschriften zu sammeln. Das klingt für viele selbstverständlicher, als es für eine Partei, die selbst mitregiert, tatsächlich ist. Die Landesgeschäftsführerin der Berliner Grünen schloss das für ihre Partei mit den folgenden Worten aus: »Ich finde es strange, wenn eine Regierungspartei Unterschriften gegen die Regierung sammelt oder an die Regierung. Das finde ich grundsätzlich seltsam, das ist nicht mein Demokratieverständnis.« (dpa 2019) Der Anspruch, gesellschaftliche Bewegungen zur Not gegen die Regierung, an der man selbst beteiligt ist, zu unterstützen, ist jedoch wichtig und unverzichtbar, wenn die LINKE mehr als bloße »Regierungspolitik« machen will. Darin hebt sich das Agieren der Partei auch von der rot-roten Regierungszeit ab: Als sich 2004 aus der Stadtgesellschaft heraus ein Volksbegehren zur Offenlegung der Verträge der vom schwarz-roten Vorgängersenat vorgenommenen Wasserprivatisierung bildete, rang sich die Partei zwar auch dazu durch, das Volksbegehren zu unterstützen. In der Nachfolge aber entwickelten die linken Senatsvertreter*innen aus der Koalitionslogik heraus Bedenken, die sie dazu veranlassten, parteiintern gegen das Volksbegehren zu argumentieren. Am Ende riefen LINKE-Senator*innen sogar dazu auf, beim Volksentscheid mit »Nein« zu stimmen (vgl. Wolf 2021; Redler 2016).

Das war 2019 anders. Mit dem Volksentscheid hat sich über die engen Grenzen der Regierungspolitik und der zugehörigen Rollenverteilung zwischen Senat, Fraktion und Partei hinaus für die Partei und insbesondere die Parteibasis ein eigenes Handlungsfeld eröffnet. Die LINKE setzte sich das Ziel, selbst 10 000 Unterschriften zu den in der ersten Sammelphase benötigten 20 000 Unterschriften beizusteuern. Dieses Ziel wurde erfüllt. Am Ende übergab die Partei 10 243 Unterschriften an die Initiative. Damit wurde mehr als jede achte Unterschrift der in dieser Phase gesammelten 77 001 Unterschriften von der LINKEN gesammelt.

REGIEREN TROTZ SAMMELN?

Doch die Unterstützung der LINKEN hat sich nicht nur »auf der Straße« beim Sammeln artikuliert. Auch ihre Möglichkeiten als Regierungspartei konnte sie an verschiedenen

Stellen in die Waagschale werfen. So hat sie den politischen Druck, der von dem Volksbegehren erzeugt wurde, in den Mietendeckel umgemünzt – ein Vorhaben, das mittlerweile, auch wenn es nun wegen des negativen Urteils aus Karlsruhe vorerst auf Bundesebene weiterverfolgt werden muss, als das zentrale Reformprojekt im Bereich der Mietenpolitik angesehen werden kann und das nicht im Koalitionsvertrag stand.

Die LINKE hat darüber hinaus ihre Stellung als Regierungspartei genutzt, um das Volksbegehren zu unterstützen. Exemplarisch sollen dazu drei Punkte genannt werden. Erstens machte es im Sinne der Aufmerksamkeitsökonomie der Medien einen entscheidenden Unterschied, dass ein Volksbegehren mit so radikalem Inhalt von einer der drei Regierungsparteien unterstützt wurde. Die Beteiligung der LINKEN war ein maßgeblicher Aufhänger, der mit dazu beitrug, dass das Volksbegehren den politischen Diskurs sprengte und medial »durch die Decke ging«.

Zweitens konnte die links geführte Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen einen wichtigen Beitrag leisten, als von konservativer Seite eine Reihe von Rechtsgutachten veröffentlicht wurde, die das Volksbegehren als rechtlich »nicht möglich« bzw. »nicht verfassungskonform« abkanzeln wollten. Die Senatsverwaltung veröffentlichte postwendend Rechtsgutachten, die die Initiative unterstützten, und stellte nicht nur notwendige Expertise zur Verfügung, sondern sich auch klar auf die Seite der Mieter*innen.

Drittens war es neben dem Druck der Bewegung entscheidend, dass die LINKE als »Anwältin der Initiative« innerhalb der Koalition agierte. Dies war insbesondere wichtig, als die SPD wegen angeblicher juristischer Zweifel das ihnen unbequeme Volksbegehren beim Landesverfassungsgericht parken wollte – wohlwissend, dass sich eine entsprechende Prüfung über Jahre erstrecken kann. Die LINKE konnte zwar nicht verhindern, dass die SPD den Fortgang des Volksbegehrens über ein Jahr lang mit der senatsinternen Prüfung verzögerte, aber sie konnte durchsetzen, dass es nicht beim Landesverfassungsgericht landete.

Zu einer ehrlichen Bilanz des linken Regierungshandelns muss jedoch hinzugefügt werden, dass die Senatsverwaltung mit der vom damaligen linken Staatssekretär Sebastian Scheel verantworteten Kostenschätzung bei Initiative und Mieter*innenbewegung für Entsetzen sorgte. Vor dem Hintergrund dessen, dass Artikel 15 des Grundgesetzes bei einer Vergesellschaftung nicht den Marktwert zur Kalkulation der Entschädigungssumme zugrunde legt, hatten die DWE-Aktivist*innen bei Einreichung der Initiative die Kosten der Entschädigung auf 7 bis 14 Milliarden Euro geschätzt. Der Senat hingegen gab recht mut- und ideenlos einen Kostenkorridor an, der vom Marktwert der Immobilien ausging und lediglich kleinere Abschläge von bis zu 20 Prozent in Betracht zog. Damit hat der Berliner Senat die Immobilienspekulation letzten Endes vergoldet. Die nun »offizielle« Kostenschätzung von 28,8 bis 36 Milliarden Euro, die auf jeder Unterschriftenliste angeführt werden muss, liegt als schwere Hypothek über dem Volksbegehren. Seine Gegner*innen haben durch diese hohe Entschädigungssumme nun leichteres Spiel, die Initiative als unrealisierbar und gefährlich darzustellen.

PARTEI IN BEWEGUNG

Das von dem Volksbegehren eröffnete Handlungsfeld wurde von der Partei in vielfältiger Weise bespielt, wobei die Aktivitäten von Partei und Parteibasis mehr umfassten als das bloße Sammeln von Unterschriften. So wurden im Januar/Februar 2019 in der gesamten Stadt Diskussionsveranstaltungen zu der damals noch frischen Initiative organisiert, die dazu beitrugen, sie auch außerhalb linker Bewegungsakteur*innen bekannt zu machen und so zu stärken. Dies war sowohl für die Initiative als auch für die LINKE positiv. So konnte etwa der relativ kleine Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf die mit über 100 Besucher*innen bis dahin am besten besuchte Diskussionsveranstaltung seiner Geschichte ausrichten. Es gab aber auch ganz praktische Unterstützung. So wurde etwa der Druck der Unterschriftenlisten für die erste Sammelphase von der LINKEN bezahlt.

In der Vorbereitung der zweiten Sammelphase in 2021 spielten LINKE-Strukturen zudem eine wichtige Rolle dabei, Kiezteams außerhalb der klassischen Innenstadtbereiche zu etablieren. Kiezteams sind die lokalen Strukturen der Initiative, die beim Bäcker um die Ecke, in Cafés oder Spätis im Kiez anklopfen und abklären, ob Unterschriftenlisten ausgelegt oder mit Plakaten für das Volksbegehren geworben werden kann. In diesem Prozess ist es in vielen Bezirken bzw. Kiezen zu einer produktiven Ergänzung von Partei und Bewegung gekommen: Während die Initiative in Kreuzberg und Neukölln hervorragend und innerhalb des S-Bahn-Rings insgesamt gut aufgestellt ist, gilt das für Gegenden außerhalb des S-Bahn-Rings nicht. Hier sind die Parteistrukturen der LINKEN teilweise eine wichtige Stütze, um überhaupt Kiezteam-Strukturen aufzubauen. In einigen der Außenbezirke werden sie im Wesentlichen von LINKE-Mitgliedern getragen. Hier kommt es zu einer ganz praktischen Verschränkung von Parteiarbeit und Bewegungsinitiative. Vielen Genoss*innen macht die Arbeit im Kiezteam mehr Spaß als vergleichbare Strukturarbeit in Kampagnen der Partei. Es ist deshalb zu hoffen, dass die erworbenen Kompetenzen und Fähigkeiten auch die Parteistrukturen in ihrer Kampagnenfähigkeit beflügeln.

AM VERHÄLTNIS SCHRAUBEN

Die LINKE weiß sich mittlerweile mit der Unterstützung des Volksbegehrens in guter Gesellschaft: Inzwischen haben nicht nur der Berliner Mieterverein, sondern auch die Berliner IG Metall, GEW, ver.di und Fridays for Future Berlin ihre Unterstützung des Volksbegehrens erklärt. »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« ist aber nicht als klassisches Bündnis, sondern als basisdemokratische Initiative von Einzelpersonen organisiert, die von anderen Organisationen unterstützt wird. Das bringt es mit sich, dass – anders als in Bündnissen – die LINKE nicht im Koordinierungskreis vertreten ist. Weil es zu Beginn der Kooperation und vor dem Hintergrund der rot-roten Regierungsjahre teilweise noch Vorbehalte gegenüber der Partei gab und die Befürchtung, sie wolle die Initiative »dominieren«, verzichten die Vertreter*innen der LINKEN bei den Plena sogar darauf, sich an Abstimmungen zu beteiligen. Letzteres hat eher symbolischen Charakter, zeigt aber, dass hier nicht nur ein Volksbegehren verhandelt, sondern auch Vertrauen, Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit der LINKEN in Bewegungs-

kontexten neu justiert werden. Dass die LINKE nicht im Ko-Kreis vertreten ist, macht aus dem Aufbau der Initiative heraus Sinn, schafft aber an anderer Stelle Potenzial für Missverständnisse und indirekt auch Informationshierarchien, weil bestimmte Informationen, etwa aus der Koalition, dann über Einzelpersonen ausgetauscht werden.

DER LANGE ATEM

Es ist zum Zeitpunkt, da dieser Text geschrieben und veröffentlicht wird, offen, ob unter Corona-Bedingungen genügend Unterschriften zusammenkommen und ob bei erfolgreicher zweiter Sammelphase die Abstimmung am 26. September gewonnen werden kann. Umfragen deuten derzeit auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen hin, bei dem die zehn Prozent noch Unentschiedenen am Ende den Ausschlag geben werden. Es steht zu befürchten, dass die noch zu erwartende Hetzkampagne auf diesen Personenkreis Eindruck macht. Das Kapital zeigt sich bisher von der Initiative relativ unbeeindruckt: Kurse, Gewinne und Dividenden sind stabil oder steigen sogar.

Und auch bei gewonnenem Volksentscheid müsste in einer neuen Regierung, möglicherweise eine Neuauflage von Rot-Rot-Grün, erst einmal durchgesetzt werden, dass der nächste Senat tatsächlich eine Vergesellschaftung vornimmt. Umso bedeutender ist die organisierende Arbeit und Funktion der Initiative. Mit ihr kann es gelingen, den langen Atem zu entwickeln, den es brauchen wird. Bei Erfolg würde sich der Bestand an landeseigenen Wohnungen auf einen Schlag nahezu verdoppeln. Noch viel mehr wäre dann möglich.

Mit Blick auf die LINKE lässt sich festhalten, dass es ihr gelungen ist, ein differenziertes und produktives Rollenverständnis im Rahmen von Regierungsbeteiligungen zu erarbeiten und den Slogan »Regieren in Bewegung« mit Leben zu füllen. Nach vielen Jahren des Misstrauens hat sie ihren Anspruch, erste Adresse für Mieter*innen wie auch Mieter*innenbewegung zu sein, untermauern und festigen können. Auch wenn dies unter strategisch eher besonderen Umständen – Berlin ist einerseits einkommenstechnisch das »Armenhaus der Republik« und andererseits traditionell eher alternativ und links geprägt – gelungen ist, zeigt es doch grundsätzlich, was in einem guten Zusammenspiel zwischen sozialen Bewegungen und der LINKEN möglich ist. Und selbst wenn das Vorhaben Schiffbruch erleiden sollte, war es aus hegemoniepolitischer Sicht sicher nicht verkehrt, über mehrere Jahre einen polarisierenden Konflikt zu führen, der vielen Menschen die Gelegenheit gegeben hat, mit Nachbar*innen über den Anspruch auf bezahlbaren Wohnraum und Enteignungen ins Gespräch zu kommen.

LITERATUR

dpa 2019: Grüne wollen mit Enteignungsbündnis verhandeln, 3.4.2019, www.berlin.de/special/immobilien-und-wohnen/nachrichten/berlin/5727972-5650048-gruene-wollen-mit-enteignungsbuendnis-ve.html

Redler, Lucy, 2016: »Normale kapitalistische Entwicklung«. Zehn Jahre Rot-Rot in Berlin; in: Gleiss, Thies/Höger, Inge/Redler, Lucy/Stanicic, Sascha (Hg.): Nach Goldschätzen graben, Regenwürmer finden. Die Linke und das Regieren, Köln, 139–149

Wolf, Harald, 2021: Die Tücken der Administration. Zur linken Regierungspraxis in Berlin, in: LuXemburg-Online, März 2021, www.zeitschrift-luxemburg.de/tuecken-der-administration

GEMEINSAM DRUCK MACHEN
WIE WERDEN KRANKENHAUSKÄMPFE ZUR GESELLSCHAFTLICHEN BEWEGUNG?

GESPRÄCH

MIT DANIEL SCHUR UND JEANNINE STURM

Vivantes und Charité, die beiden größten öffentlichen Krankenhäuser in Berlin, starten 2021 eine neue Tarifbewegung. Warum?
JEANNINE: Weil die alten Probleme nicht gelöst sind und in der Krise noch viel deutlicher werden. Wir Pflegekräfte stecken seit Jahrzehnten in einem Teufelskreis. Wegen des verfehlten Finanzierungssystems im Krankenhaus, den sogenannten DRGs, wird auch am Personal gespart, wodurch die Arbeitsbedingungen schlechter werden und wir noch weniger Personal finden. Um den Beruf wieder attraktiv zu machen, brauchen wir faire Entlohnung, eine Ausbildungsoffensive – und vor allem gute Arbeitsbedingungen, damit die Leute auch bleiben. Nur mit ausreichend Personal können wir die Patient*innen sicher versorgen. Eine gute Personalbemessung ist der Hebel, um aus der Misere rauszukommen. Aber das erreichen wir nur durch eine große Krankenhausbewegung.

Wie wollt ihr Druck aufbauen?
JEANNINE: Wir werden eine klare Sprache sprechen: Ihr als politisch Verantwortliche habt die einmalige Chance, im Superwahljahr, in der Pandemie, auf unsere Forderungen einzugehen. Wenn ihr sie nicht nutzt, werdet ihr nicht nur politisch abgestraft, wir haben auch theoretisch die Möglichkeit, 50 Prozent der Krankenhausbetten in Berlin zu bestreiken. Das ist unsere Machtressource, und wir sind bereit, sie zu nutzen.

Braucht ihr dafür Unterstützung?
JEANNINE: Um unser Anliegen der Öffentlichkeit zu vermitteln, definitiv. Allein unser Streikrecht zu verteidigen, ist ein heikles Thema. Wir müssen kommunizieren, dass wir die Patient*innen nicht gefährden, sondern auch in ihrem Interesse streiken. In der letzten Tarifbewegung hat uns das Berliner Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus etwa durch Infoveranstaltungen extrem gut unterstützt. Zu Beginn des Streiks hieß es in den Medien noch, wir würden die Patient*innen in Geiselhaft nehmen. Am Ende haben wir viel Zuspruch und öffentliche Solidarität erfahren.

Daniel, warum bringt sich die LINKE in eine Tarifauseinandersetzung ein?

» Wir haben die Möglichkeit, 50 Prozent der Krankenhausbetten in Berlin zu bestreiken. Das ist unsere Machtressource, und wir sind bereit, sie zu nutzen. « (Jeannine)

» Für wirkliche Veränderung braucht es auch Druck jenseits des Betriebs, den die LINKE mit aufbauen muss. « (Daniel)

DANIEL: Weil es eben nicht nur um einen betrieblichen Konflikt geht, sondern um einen gesellschaftlichen. In den Krankenhäusern zeigt sich, was passiert, wenn man die öffentliche Daseinsvorsorge nach dem Profitprinzip organisiert. Um das zu ändern, braucht es politischen Druck jenseits des Betriebs, den die LINKE mit aufbauen muss. Sie könnte ein Scharnier bilden zwischen den Beschäftigten, der Gesellschaft und der Bewegung. In Berlin und anderen Bundesländern gab es bereits Volksbegehren für mehr Pflegepersonal. Und mit ihrer Pflegekampagne hat die LINKE in den letzten Jahren schon viel getan. In diesem Konflikt gibt es eine unheimliche Politisierung und die Aussicht, wirklich etwas zu gewinnen, das auf andere Bereiche ausstrahlen könnte. Darum sollten wir als Partei dieses Jahr unsere Kräfte hier bündeln.

An der Charité wurden schon Personalvorgaben erkämpft, außerdem wurden gesetzliche Pflegeuntergrenzen eingeführt. Warum reicht das nicht?

JEANNINE: An der Charité wurden 2015 zum ersten Mal Personalvorgaben per Tarifvertrag beschlossen. Da steckten viele gute Ansätze drin, zum Beispiel Personalbemessungssysteme, die sich am Betreuungsaufwand ausrichten. Sie blieben aber auf den guten Willen des Arbeitgebers angewiesen, es fehlten Sanktionsmechanismen. Darum wurden die Vorgaben einfach nicht umgesetzt. Die gesetzlichen Pflegeuntergrenzen helfen da auch nicht weiter, denn die versuchen nicht mal, den wirklichen Bedarf zu ermitteln, sondern schreiben nur für wenige Bereiche

DANIEL SCHUR ist unter anderem in der LINKEN-Basisorganisation LEO in Berlin-Wedding und in der Bündnisarbeit für die Krankenhausbewegung aktiv.

JEANNINE STURM ist Pflegekraft am Virchow-Klinikum der Charité in Berlin-Wedding und aktiv in der ver.di-Betriebsgruppe sowie Mitglied der ver.di-Tarifkommission und des Bündnisses »Gesundheit statt Profite«.

den schlechten Istzustand fest. Es wurde also eher an Symptomen herumgedoktert.
DANIEL: Die Probleme werden immer auf die nächste Ebene geschoben: Das Krankenhausmanagement sagt, uns sind die Hände gebunden, und verweist auf die Landesebene; die Landesregierungen sagen, der Bund ist zuständig, und der Bund sieht die Länder in der Verantwortung. Deshalb ist so wenig passiert, obwohl es in der Bevölkerung eine breite Zustimmung für die Personalbemessung gibt. Darum müssen wir die Kämpfe auf allen diesen Ebenen führen und verbinden.

Wenn die letzten Tarifbewegungen das Problem nicht lösen konnten – was ist diesmal anders?

JEANNINE: Wir wollen diesmal für alle Krankenhausbereiche und alle beteiligten Berufsgruppen konkrete Vorgaben, wie viel Personal in jeder Schicht gebraucht wird. Und wir wollen verbindliche Konsequenzen, wenn dieses Soll unterschritten wird, etwa die Einführung von Entlastungstagen. Außerdem sind wir diesmal nicht allein, sondern wir kämpfen mit Vivantes zusammen. Und noch etwas ist neu: Es sind alle Berufsgruppen mit einbezogen, denn wir müssen auch die Situation der Therapeut*innen, Reinigungs- und Laborkräfte verändern. Wir arbeiten im Krankenhaus eng verzahnt und leiden alle unter der Arbeitsverdichtung. Es geht also nicht nur um einen Tarifvertrag für uns.

Wie groß ist die Unterstützung in der Belegschaft?

JEANNINE: Sehr groß. Das Thema ist in aller Munde und es gibt in der Krise ohnehin einen besonderen Zusammenhalt. Wir sind im ständigen Austausch mit den einzelnen Teams und bauen eine breite Aktivenstruktur auf, unterstützt von professionellen Organizer*innen, die uns ver.di zur Verfügung stellt. Wir wollen in jedem Bereich einen Prozess in Gang bringen, damit wir den Konflikt bis zum Ende durchstehen können und sich alle mit dem Ergebnis identifizieren. Deshalb stellen die Teams eigene Forderungen auf und wählen »Teamdelegierte«. Die Delegierten treffen sich regelmäßig mit der ver.di-Tarifkommission und entscheiden über den Verlauf der Verhandlung mit.

Daniel, wie kann eure Unterstützung der Streiks hier vor Ort konkret aussehen?

DANIEL: In Berlin vernetzen wir uns gerade als LINKE-Basisgruppen und mobilisieren unsere Mitglieder für eine große Unterstützer*-innenversammlung. Zentral wird natürlich sein, außerhalb des Betriebs Druck aufzubauen. Ein wichtiger Ansatz könnten Patenschaften von lokalen Gruppen mit Beschäftigten vor Ort sein. Sie würden uns über ihren Kampf berichten und wir würden an ihren Kundgebungen teilnehmen, in unseren Kiezen plakatieren oder den Konflikt beim Haustürwahlkampf thematisieren. Wir würden dazu beitragen, ihre Anliegen in die breitere Öffentlichkeit und die Partei zu tragen. Langfristig wollen wir natürlich, dass die LINKE noch stärker zu einer Organisation von betrieblich Aktiven wird und Beschäftigte sagen, ich bin nicht nur bei ver.di, ich werde auch Mitglied der LINKEN.

Was erwartet ihr denn als Beschäftigte?

JEANNINE: Uns ist wichtig, dass Verbündete nicht nur einmalig ihre Solidarität erklären, sondern nachhaltig und aktiv an unserer Seite sind. Das ist besonders wichtig, wenn die

Verhandlungen steckenbleiben. Wenn die Zusammenarbeit auf Augenhöhe läuft und unsere Expertise anerkannt wird, ist das wunderbar und hilft uns sehr. Mit der LINKEN haben wir schon beim Stimmensammeln für das Volksbegehren zusammengearbeitet und es hat sich ein Vertrauensverhältnis entwickelt.
DANIEL: Auch für uns ist der Austausch enorm wichtig. Wir bekommen einen direkten Draht zu den betrieblichen Kämpfen und wissen, wo es brennt. Und unsere Mitglieder können sich auch jenseits von Wahlkämpfen einbringen, wie sie es ja auch jetzt schon oft tun. Ich sehe die Krankenhausbewegung als große Chance, ein solches Parteiverständnis nachhaltig zu etablieren. Die LINKE braucht eine starke Verankerung in den Bewegungen, ein Umfeld, das uns antreibt und hilft, unser Profil zu schärfen.

Es bleibt der Spagat, in Berlin Teil der Bewegung und zugleich der Regierung zu sein.
DANIEL: Wir wissen aus Erfahrung, dass es nicht ausreicht, ein Thema nur im Wahlkampf aufzugreifen und dann in Parlament oder Regierung zu repräsentieren. Ein gutes Programm muss auch umgesetzt werden und dafür braucht es viel Druck. Den erzeugen wir nicht, wenn wir die Auseinandersetzung als Koalitionsangelegenheit hinter verschlossenen Türen verhandeln. Wir müssen sie als Brennpunkt eines gesellschaftlichen Konflikts verstehen. Dann könnten wir viel stärker auftreten, weil wir nicht nur für uns, sondern für viele organisierte Beschäftigte in unserem Rücken sprechen.

Klingt gut, aber wie gelingt das?
DANIEL: Die Mietenpolitik hat gezeigt, dass es geht. Hier ist inzwischen allen klar, dass das Wechselspiel zwischen Partei und Bewegung unabdingbar ist. Dass der Mietendeckel in Berlin zeitweise durchgesetzt werden konnte, verdanken wir nicht allein der Entschlossenheit einzelner Amtsträger*innen, sondern dem permanenten Protest. Niemand denkt mehr, der Mietenwahnsinn wäre das Problem einzelner Hausgemeinschaften. Es gibt eine breite gesellschaftliche Politisierung – die wünsche ich mir auch im Gesundheitsbereich.

Wagen wir ein Gedankenexperiment: Ihr schaut im Herbst 2021 auf den Kampagnensommer zurück – was habt ihr erreicht?
JEANNINE: Wir haben einen extrem starken Tarifvertrag abgeschlossen mit hammermäßigen Personalvorgaben für jeden Bereich. Wir haben es zum ersten Mal geschafft, dass alle Berufsgruppen im Krankenhaus mehr Aufmerksamkeit erhalten. Als große Gruppe der Gesundheitsberufe haben wir ein neues Selbstbewusstsein gewonnen und spüren das auch in der Zusammenarbeit im Alltag. Und außerdem steht endlich die Abschaffung der Fallpauschalen auf der politischen Agenda.
DANIEL: Genau, mit der Abschaffung der Fallpauschalen hätten wir die Profitorientierung im Gesundheitswesen endlich ein Stück zurückgedrängt. Die Rekommunalisierung aller Krankenhäuser wäre dann der nächste Schritt und würde in jeder Talkshow rauf- und runterdiskutiert. Die LINKE würde es schaffen, die weit verbreitete Kritik am profitorientierten Gesundheitswesen aufzugreifen und zuzuspitzen. Damit würden wir endlich von links in die Offensive kommen.

Das Gespräch führten Hannah Schurian und Fanni Stolz.

ERFOLG MIT METHODE
WAS GARTENGESPRÄCHE MIT WAHLKAMPAGNEN ZU TUN HABEN

GESPRÄCH

MIT LUIGI PANTISANO

Luigi Pantisano wäre 2020 fast Oberbürgermeister von Konstanz geworden. Seine Wahlkampagne hat viele neue Methoden ausprobiert. Wir werfen mit ihm einen Blick in den Werkzeugkasten.

Du bist als linker OB-Kandidat im konservativen Baden-Württemberg angetreten. Hast du gedacht, dass du eine ernsthafte Chance hast?

Als wir Anfang 2020 die Kandidatur verkündet haben, waren wir zehn Aktive. Unser Ziel war ein »gutes Ergebnis«, wir dachten, es sind vielleicht 20 Prozent drin. Dass die Kampagne so eine großartige Dynamik entfaltet, hätten wir nicht erwartet. Am Ende waren über 200 Leute aktiv …

… und es waren 45,1 Prozent.

Ja, es gab wirklich so etwas wie eine gesellschaftliche Mobilisierung, auch wenn das für eine Kommunalwahl hochtrabend klingt. Unser Bündnis wurde sehr breit unterstützt, von politischen Initiativen und Vereinen, von Gewerkschafter*innen, von Kunst- und Kulturschaffenden bis hin zu lokalen Unternehmen, kleinen Geschäften und Restaurants.

Wie habt ihr angefangen?

Meine Kampagne ist nicht vom Himmel gefallen. Ich war fünf Jahre Quartiersmanager in einem benachteiligten Stadtteil in Konstanz. Ich kenne die Stadt und viele Menschen kennen mich. Die Idee der Kandidatur entstand im Gemeinderat, aus den Reihen der LINKEN, der Grünen und einer ökoliberalen Wahlliste. Wir haben dann zuerst mit den Bewegungen der Stadt, mit Fridays for Future, der Seebrücke, Black Lives Matter gesprochen. Wir haben gefragt, was ihnen wichtig ist und ob sie mich unterstützen würden. »Luigi Pantisano für Konstanz« wurde dann eine überparteiliche Plattform, auf der sich jede und jeder für ökologische und soziale Politik engagieren konnte.

Es fällt auf, dass das Logo der LINKEN auf deinen Plakaten nicht zu sehen war.

OB-Wahlen sind in Baden-Württemberg Personenwahlen, das ist ganz normal.

» Am Ende gab es zwei Sorten Konstanzer*innen: die, die mit mir gesprochen hatten, und die, die jemanden kannten, der mit mir gesprochen hat. «

Selbst Fritz Kuhn hat bei der OB-Wahl in Stuttgart vor acht Jahren als ehemaliger Parteivorsitzender auf das Grünen-Logo verzichtet. Ich habe mich überall als Mitglied der LINKEN vorgestellt. Uns war aber nicht das Logo wichtig, sondern, etwas in Bewegung zu bringen. Auch unser Programm ist in einem offenen Prozess entstanden.

Welche Forderungen standen im Zentrum?

Am Anfang standen meine drei festen Grundsätze: der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, eine solidarische und soziale Gesellschaft und gelebte Demokratie. Davon ausgehend haben wir die Probleme in Konstanz unter die Lupe genommen. Es gibt hier zwar ein großes ökologisches Bewusstsein und Konstanz hat als erste Stadt den Klimanotstand ausgerufen, aber es folgten keine konkreten Maßnahmen. Weitere Probleme sind der starke Autoverkehr und eine städtische Infrastruktur, die von den großen Ketten dominiert wird. Viele legen hier Kapital in Immobilien an. Die Mieten sind stark gestiegen und Kulturprojekte wurden verdrängt.

Wie habt ihr das Programm entwickelt?

Auf Basis der Grundsätze haben wir alle aufgerufen, ihre Vorschläge einzubringen. Über 100 E-Mails gingen bei uns ein. Die Entwürfe konnten in Pads bearbeitet und in Online-Veranstaltungen diskutiert werden. Daraus ist ein umfassendes Programm entstanden, in das viele Konstanzer*innen ihr Wissen einbringen konnten.

Wie wir wissen, ist Papier geduldig. Wie habt ihr damit gearbeitet?

Programmatik muss in politischen Konflikten sichtbar werden. Im Mai 2020 gab es eine Auseinandersetzung im Gemeinderat, ob Konstanz bis 2030 klimapositiv werden soll. Am Ende gab es ein Patt und die Gegen-

LUIGI PANTISANO ist Architekt und Stadtplaner. Er arbeitet im Wahlkreisbüro von Bernd Riexinger in Stuttgart, sitzt im dortigen Stadtrat und unterlag 2020 knapp in der Stichwahl für den OB in Konstanz.

stimme des OB war entscheidend für die Ablehnung. Das war eine Steilvorlage für mich. Bei jeder Veranstaltung habe ich gesagt, dass ich mich für dieses Ziel einsetze.

Wie war die Kampagnenarbeit organisiert?

Unsere Strukturen waren sehr offen: um mich herum ein kleines Team von Vertrauten und darüber hinaus offene Arbeitsgruppen, etwa für die Online-Kampagne, den Programmprozess und die Pressearbeit. Wir haben alles auf einer Online-Arbeitsplattform geplant, auf Slack, es gibt aber auch Open-Source-Alternativen wie Rocket.Chat oder Mattermost.
Wir hatten einen für viele offenen Google-Kalender und eine Cloud für Materialien.
In offenen Strukturen lässt sich die Arbeit auf mehr Schultern verteilen. Am Ende hatten zehn Leute Zugriff auf meine Mails. Dieses Vertrauen hat sich ausgezahlt.

Wie sahen eure Arbeitstreffen aus?

Wir konnten uns wegen der Pandemie lange nur online treffen. Im Laufe des Sommers waren dann physische Treffen möglich.
Wir wollten, dass unsere Treffen Spaß machen, haben uns draußen an schönen Orten getroffen. Diese Athmosphäre hat geholfen, gute Ideen zu entwickeln und auch den digitalen Austausch später erleichtert.

Den Austausch im Google-Kalender?

Als wir mehr wurden, haben wir Messenger-Chatgruppen genutzt. Wir waren bei Telegram, heute würde ich aus Datenschutzgründen Signal empfehlen. Eine Chatgruppe hieß »Luigis Straßenbande« mit über 100 Leuten. Da ging es um schnelle und unkomplizierte Unterstützung für Aktionen. Eine andere hieß »Netzfeuerwehr«, für Support in digitalen Kommentarschlachten. Jenseits dieses Kerns gab es natürlich das offene Bündnis »Luigi Pantisano für Konstanz«. In Google Docs konnten sich alle für Infostände eintragen. Die Unterstützer*innen haben wir per Newsletter regelmäßig über Aktionen informiert.

Wie sah eure Öffentlichkeitsarbeit aus?

Wir hatten unterschiedliche Kanäle und Formate: einen Standardflyer im Design der Kampagne, den wir 40 000-mal verteilt haben, und Buttons, Taschen und Sticker im gleichen Design. Natürlich gab es ein Video mit mir als Kandidat, aber auch Themenvideos für die Online-Kampagne. Die sollten natürlich gute und fähige Leute produzieren. Eine befreundete Fotografin war bei fast jeder Aktion dabei, um die Stimmung in die sozialen Medien zu transportieren. Das hat viele motiviert, mitzumachen. Irgendwann passierten plötzlich Dinge, die wir nicht geplant hatten. Leute haben auf Instagram eigene Grafiken gebastelt. Oder Plätzchen mit meinem Konterfei gebacken. Da habe ich gemerkt, dass die Kampagne Flügel bekommt. Wir haben aber auch die klassischen Formate bedient und Infostände gemacht. Das lief trotz Corona super. Genauso wichtig waren Demonstrationen, etwa Gegendemos zu den Querdenkern. Und wir haben systematischen Haustürwahlkampf betrieben.

Was heißt systematisch?

Wir sind gezielt in bestimmte Gegenden gegangen, haben die Gespräche in einer App geplant und die Ergebnisse festgehalten. Wir konnten dafür die App der Grünen nutzen.
Mit 40 Leuten haben wir allein zwischen dem ersten Wahlgang und der Stichwahl an rund

10 000 Haustüren geklingelt. Später konnten wir sehen, dass wir da besonders gut abgeschnitten haben. Ein anderes wichtiges Format waren die Gartengespräche.

Was hat es damit auf sich?

Größere Veranstaltungen waren wegen Corona kaum möglich, auch keine Wohnzimmergespräche. Daher die simple Idee, das nach draußen zu verlegen: Menschen konnten mich mit ihren Nachbar*innen und Freund*innen in den Garten einladen. Das hat super funktioniert. Die ersten politischen Gartengespräche haben wir noch selbst organisiert. Danach haben mich die Leute von sich aus eingeladen. Am Ende habe ich fast 80-mal mit zehn bis 20 Menschen für anderthalb Stunden diskutiert und 1 000 Konstanzer*innen persönlich kennengelernt. Meine Grundhaltung war: Ich höre zu und nehme Anregungen auf. Das hat mir auf öffentlichen Podien sehr geholfen. Ich musste mich kaum mehr vorbereiten, ich kannte die Probleme ja aus erster Hand. Irgendwann sagten die Leute: Der Pantisano kennt die Stadt besser als unser Oberbürgermeister.

Habt ihr noch mehr Gesprächsformate ausprobiert?

Wir hatten auch Online-Formate, das »Gespräch am Mittwoch«, wo ich mich jede Woche mit einem Menschen aus Konstanz live unterhalten habe. Und wir haben hartnäckig bei Vereinen und Institutionen um ein Kennenlerngespräch gebeten. Von der Aids-Hilfe bis zum Start-up oder der IHK – ich bin überall hingegangen. Am Ende des Wahlkampfes gab es nur noch zwei Sorten Konstanzer*innen: die, die mit mir gesprochen hatten, und die, die jemanden kannten, der mit mir gesprochen hat.

Habt ihr Gruppen gezielt angesprochen?

In der Pandemie ist es schwierig, ältere Menschen zu erreichen. Darum habe ich einen persönlichen Brief an die über 60-Jährigen geschrieben, den wir mithilfe der Wählerdaten vom Amt rund 20 000-mal verteilt haben, aus Kostengründen übrigens von Hand. Für die Jüngeren haben wir auf Youtube Werbung geschaltet. Das hat nicht viel gekostet und war sehr effektiv. Außerdem hatte ich ein Profil auf Tinder, um mich vorzustellen. Das kam gut an, bis es vom Anbieter gelöscht wurde.

Am Ende gab es auch eine konservative Gegenkampagne.

Pünktlich vor dem ersten Wahlgang titelte die Lokalzeitung »Wie links ist Luigi Pantisano?«. Daneben ein Foto mit mir vor einem besetzten Haus. In Immobilienkreisen und Teilen der CDU hieß es: »Der tut ganz brav, aber der besetzt Häuser und will Enteignungen.« Die Story wurde sogar vom *Spiegel* aufgegriffen, lokale Unternehmer warnten vor einer »Öko-Diktatur«. Da war es wichtig, Unterstützung quer durch die Stadtgesellschaft zu haben.

Du lagst dann im ersten Wahlgang mit 38,3 Prozent auf Platz 1.

Das war ein großartiges Glücksgefühl. Vor allem, weil das die Arbeit der vielen Unterstützer*innen belohnt hat. In der Stichwahl hat dann sicher eine Rolle gespielt, dass die SPD nicht mich, sondern den CDU-Kandidaten gestützt hat. Aber es ist müßig, zu spekulieren. Wir haben alles gegeben und sind stolz auf alles, was wir bewegt haben.

SYSTEMATISCH WAHLKÄMPFEN

SUSANNE LANG

Die LINKE setzt im Wahljahr auf Haustürgespräche und eine App als Wahlhelferin.

Gewinnen lernen heißt, aus Erfolgen Konsequenzen ziehen. Die Wahlkämpfe von Sanders und Corbyn, aber auch Luigi Pantisanos Kampagne in Konstanz zeigen: Haustürwahlkampf und systematische Datenerhebung können das ein oder andere Wunder bewirken. Im Frühsommer 2021 wird die LINKE erstmals im Kontext des Haustürwahlkampfs eine Wahlkampf-App in der Partei einsetzen. Kern der App ist die Hilfe bei der Organisation des Wahlkampfs.

Da die Entwicklung einer App sehr zeit- und ressourcenaufwendig ist, werden die Funktionalitäten schrittweise entwickelt. Zuerst wird die Wahlkampf-App den Haustürwahlkampf unterstützen. Im zweiten Schritt wird das Auf- und Abhängen von Plakaten über die App möglich sein und im dritten Schritt kommen dann Analyse- und Auswertungsmöglichkeiten dazu. Vorausgegangen sind der Entwicklung lange Analysen, Diskussionen und Tests mit einer anderen Haustürwahlkampf-App. Wir wissen, dass unsere Mitglieder – im Vergleich zu den Grünen – wesentlich weniger Geld haben und wir bei ihnen ein Smartphone nicht voraussetzen können – ein neues Smartphonemodell erst recht nicht. Darum basiert unsere App auf einem Browser, viele nennen das Web-App. Das bedeutet, dass ich die App am Computer und am Smartphone, eigentlich auf allen Geräten, die einen Browser abbilden können, bedienen kann. Wir wissen aber auch, dass wir nicht wenige aktive Genoss*innen in unseren Reihen haben, die mit 82 Jahren noch aktive Parteiarbeit machen, aber keinen Computer nutzen. Für diese Genoss*innen wird es sogar eine Funktion zum Ausdrucken von Routenplänen geben.



SUSANNE LANG arbeitet in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE an der Entwicklung der Wahlkampf-App.

EINE APP ALS WAHLHELFERIN

Die Funktionalität der App wird simpel sein: Als Wahlkampfplanende*r kann ich auf einer Karte Gebiete markieren und sie verschiedenen Genoss*innen zuweisen. Alle Adressen in diesen Gebieten können dann von denen, die an den Haustüren Wahlkampf machen, abgearbeitet werden. Wenn eine Adresse bereits besucht wurde, ist sie bei den anderen Wahlkämpfenden als »erledigt« markiert. Zusätzlich erstellt jede*r Wahlkämpfende eine Statistik über seine oder ihre Haustürbesuche: Wie viele Türen wurden mir geöffnet? Wie viele Gespräche sind zustande gekommen? Mithilfe dieser Statistik wollen wir neue Erkenntnisse gewinnen: Wenn wir zum Beispiel einen Volksentscheid auf den Weg bringen wollen, wissen wir zukünftig besser, wie viele Aktive und wie viel Zeit wir brauchen, um eine bestimmte Anzahl von Unterschriften zu sammeln. Bisher erfassen wir diese Statistiken lediglich auf Zetteln. Wie es in der Natur von Zetteln liegt, verschwinden sie sehr oft. Unsere aktuellen Statistiken sind darum nicht vollständig, sondern nur punktuell aussagekräftig.

Doch diese punktuellen Aussagen sind spannend. Im Eisenacher Bürgermeisterwahlkampf zum Beispiel, den wir gewonnen haben, konnten wir sehen, dass wir zwar auch ohne Haustürwahlkampf eine starke Kandidatin hatten und auch sehr viel Unterstützung in der Stadt. Die entscheidenden Prozente für den Sieg haben wir jedoch durch den Haustürwahlkampf absichern können. In Konstanz hat Luigi Pantisano erkannt: Wenn etwas mehr Kapazitäten vor Ort gewesen wären, um in mehr als zwei Wahlkreisen flächendeckend an die Türen zu gehen, dann wäre es auch möglich gewesen, mehr als diese zwei Wahlkreise zu gewinnen. Ein dritter Wahlkreis ging nur knapp an den Amtsinhaber – mit flächendeckenden Haustürgesprächen wäre hier vermutlich ein anderes Ergebnis möglich gewesen. Damit wir unsere Ressourcen für solche Situationen zukünftig gezielter einsetzen können, brauchen wir eine detaillierte Planung und Auswertung von Wahlkämpfen.

Auch dazu soll die Wahlkampf-App in der Zukunft nutzbar sein.

ERFOLGE AN DER HAUSTÜR

Der Haustürwahlkampf steht nicht ohne Grund im Zentrum der Wahlkampfstrategie. Dass er effektiv ist, um Sympathisierende an die Urnen zu bekommen, haben schon viele Analysen bestätigt. *Get out the vote* wird diese Strategie genannt, sie beschreibt die Notwendigkeit, grundsätzlich überzeugte Wähler*innen schlussendlich zum Akt des Wählens zu mobilisieren. Es ist eben nicht damit getan, Menschen von einer guten linken Idee zu überzeugen. Die Zustimmung auf dem Sofa führt leider noch nicht zu einer Stimmabgabe. Es reicht auch nicht, wenn Menschen sich politisch links verorten, aber auf den letzten Metern zum Wahllokal an einem trockenen Sommertag dann doch mit einer Stimme für die Grünen ein Zeichen gegen den Klimawandel setzen wollen. Die LINKE hat ein Wähler*innenpotenzial von 20 bis 30 Prozent, schafft es bislang aber nicht ansatzweise, dieses in reale Wähler*innen stimmen umzusetzen. Ein flächendeckender Haustürwahlkampf kann hier den entscheidenden Wechsel bringen.

Seit 2016 sammelt die LINKE wieder mehr Erfahrungen mit der Haustürarbeit. Inspiriert von Erfolgen von Jeremy Corbyns Kampagne in Großbritannien und der Working Families Party innerhalb der Demokraten in den USA wurde schnell klar: Wer wachsen will und bestrebt ist, sein Potenzial in Wahlkämpfen besser auszuschöpfen, kommt um den Haustürwahlkampf nicht herum.

Doch die gesetzlichen Grundlagen und die Wahlkampfdynamiken in den USA und in Großbritannien sind grundverschieden von denen in Deutschland. Vor allem die Existenz öffentlicher Wahlregister, über die den Parteien die bisherigen Wahlpräferenzen der jeweiligen registrierten Wähler*innen bekannt sind, markiert einen entscheidenden Unterschied für den Haustürwahlkampf. Während es in den USA und Großbritannien möglich ist, gezielt nur das eigene Wählerpotenzial aufzusuchen, ist dies in Deutschland schwierig, wenn nicht sogar unmöglich. Wenn ich in Deutschland an einer Tür klingele, weiß ich nicht, ob mir ein eingefleischter AfD-Wähler öffnet, eine Linke oder ein Nichtwähler. Können Haustürwahlkämpfe trotzdem genauso effizient sein wie in den USA?

Um diese Frage sicher beantworten zu können, hat die LINKE im Bundestagswahlkampf 2017 angefangen, systematisch Erfahrungen im Haustürwahlkampf zu sammeln. Ein Schulungskonzept wurde entwickelt und bundesweit umgesetzt, Gesprächsleitfäden wurden erdacht, getestet und optimiert, Erfahrungen ausgewertet und analysiert. Im Bundestagswahlkampf klopften Genoss*innen in 62 Einsätzen in zehn Bundesländern an 10 424 Türen. Und es hat sich gezeigt: Mit der richtigen Ansprache ist Haustürwahlkampf nicht nur effektiv, sondern er macht vor allem auch den Wahlkämpfenden Spaß. Denn ein Großteil der Menschen, an deren Türen wir klopfen und nach deren Sorgen und Wünschen wir fragen, reagiert auf Besuche der LINKEN sehr positiv. Das ist auch nachvollziehbar, denn es passiert selten, dass Parteien das Gespräch in den Nachbarschaften suchen und sich erkundigen, was die Menschen umtreibt. Interessant ist, dass oftmals gerade die Genoss*innen, die am längsten in der LINKEN

organisiert sind, die größten Schwierigkeiten haben, ihre Komfortzone zu verlassen und an eine Haustür zu klopfen. Der Kulturwechsel von der Agitation hin zum Nachfragen und Zuhören ist schwer und darum fällt dieser Schritt gerade Neumitgliedern oftmals leichter.

In den letzten fünf Jahren haben insgesamt mehr als 600 linke Genoss*innen wertvolle Erfahrungen in der Haustürarbeit gesammelt. Diese waren durchweg positiv – egal ob in Ost oder West, in Groß- oder Kleinstädten oder im ländlichen Raum. Teilweise konnten wir sogar Wahlen gewinnen, in vielen Orten konnten wir unsere Ergebnisse durch einen breiten Haustürwahlkampf substanziell verbessern. Es liegt auf der Hand: Wir müssen uns viel mehr auf die Arbeit an den Haustüren konzentrieren, wenn wir in der nächsten Bundestagswahl unser Ergebnis maßgeblich verbessern wollen. Darum ist der Haustürwahlkampf in der Wahlstrategie für den kommenden Wahlkampf zentral, und darum ist auch die Wahlkampf-App darauf ausgerichtet. Doch das allein wird nicht ausreichen.

WACHSEN UND DRUCK AUFBAUEN

Wenn wir Kämpfe nicht nur führen, sondern auch gewinnen wollen, dürfen wir keine Zeit mehr verlieren, indem wir die Arbeit an den Haustüren weiterhin mühsam Schritt für Schritt aufbauen. Wir müssen unsere Aktivitäten an den Haustüren jetzt skalieren, ja eskalieren. Es ist zu wenig, wenn jeder Kreisverband einmal Haustürwahlkampf ausprobiert. Wenn wir wachsen wollen, reichen uns keine 10 000 Türen im Wahlkampf wie bei der Bundestagswahl 2017 – stattdessen brauchen wir 10 000 Türen in jedem Wahlkreis.

Das wäre ein erster Schritt hin zu einer realen politischen Veränderung der Kräfteverhältnisse. Doch ohne ein substanzielles Wachstum der LINKEN wird es keine politischen Veränderungen geben. Jeder weiß: Eine Wahl ist nur ein Ausdruck von Kräfteverhältnissen. Je mehr Menschen sich in der LINKEN organisieren, desto mehr können wir diese Kräfteverhältnisse real verändern. Wir

»Der Kulturwechsel von der Agitation hin zum Nachfragen und Zuhören ist schwer und darum fällt dieser Schritt gerade Neumitgliedern oftmals leichter.«

können nicht einfach darauf warten, dass neue Unterstützer*innen und Mitglieder zufällig bei uns landen. Wir müssen diese Menschen aktiv suchen, mit ihnen reden und verstehen, was sie bewegt, um sie dann einzubeziehen. Wir wollen den Bundestagswahlkampf 2021 zum Ausgangspunkt nehmen, um die organisierende Arbeit mithilfe der Wahlkampf-App auf eine breitere Basis zu stellen. Auch hier gilt: Wenn wir aus einer Handvoll linker Organizing-Modellprojekte in den nächsten Jahren lediglich zwei Handvoll machen, werden wir kaum Veränderungen durchsetzen können. Nur wenn es gelingt, die Erfahrungen der letzten fünf Jahre in kürzester Zeit umzusetzen und unsere Aktivitäten zu potenzieren, kann der LINKEN gelingen, was bitter nötig ist: Weiter zu wachsen und Druck aufzubauen für eine linke Umgestaltung der Gesellschaft. Die Wahlkampf-App bietet dafür die organisatorischen Voraussetzungen – jetzt gilt es, anzupacken.

»KEINEN PFENNIG DEN FÜRSTEN«
WIE EIN LINKER VOLKSENTSCHEID IN DER WEIMARER REPUBLIK FURORE MACHTE

MARCEL BOIS

1926 initiierten die Kommunist*innen eine offensive Kampagne für die Enteignung der Fürstenhäuser. So gelang es, breite Mehrheiten anzusprechen und die Spaltung der Linken für einen Moment zu überwinden.

Friedrich Wilhelm Viktor Albert von Preußen war entsetzt. Seit der Revolution 1918 lebte der ehemalige deutsche Kaiser Wilhelm II. im niederländischen Exil. Gleichwohl gab er die Hoffnung nicht auf, irgendwann auf den Thron zurückkehren zu können. Doch im Sommer 1926 musste er erkennen, dass nicht alle ehemaligen Untertan*innen diesen Wunsch teilten. Es gebe »14 Millionen Schweinehunde in Deutschland«, soll er zu dieser Zeit gesagt haben (Schüren 1978, 234).

14 Millionen: So viele Menschen hatten bei einem Volksentscheid dafür gestimmt, den deutschen Adel entschädigungslos zu enteignen. Vorausgegangen war eine breite Debatte über die Besitztümer der ehemaligen Herrscher*innen. Sie hatte mit der Revolution begonnen und sich in den Folgejahren durch Gerichtsverfahren zwischen den Fürstenhäusern und den Ländern intensiviert. Den Höhepunkt markierte die Enteignungskampagne des Jahres 1926, für den Historiker Ulrich Schüren eines der »bedeutendsten Ereignisse der inneren Politik« in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre (ebd., 275).

Für die politische Linke der Weimarer Republik war der Volksentscheid ein Meilenstein. Es handelte sich um eine der wenigen reichsweiten Kampagnen, die die beiden großen Arbeiterparteien gemeinsam durchführten. Normalerweise beschimpfte die KPD-Führung die Sozialdemokraten als »Mörder Rosa Luxemburgs« oder später als »Sozialfaschisten« und die SPD bezeichnete die linken Konkurrenten als Feinde der Demokratie oder »rot lackierte Faschisten«. Doch hier stand man Seit an Seit gegen den deutschen Adel und seine Unterstützer in Kirche und konservativen Parteien. Die Initiative für die Kampagne hatte die KPD ergriffen, auf

Grundlage der Einheitsfrontpolitik, die die Partei 1921 als Taktik zum Umgang mit der Sozialdemokratie entwickelt hatte.

MARCEL BOIS ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Er arbeitet zur Geschichte der Gewerkschaften und zu historischer Kommunismusforschung.

KOMMUNISTISCHE EINHEITSFRONTPOLITIK

Die KPD war ein Kind der Revolution. Gegründet um die Jahreswende 1918/19 nahm sie für sich in Anspruch, die Gesellschaft nur mit der Unterstützung einer Mehrheit der Arbeiterschaft verändern zu können. Tatsächlich aber orientierten sich die meisten Arbeiter*innen in den 1920er Jahren an der SPD. Deren Führung als Verräter zu beschimpfen, hatte daran wenig ändern können.

Daher entwickelte die Parteiführung um Ernst Meyer gemeinsam mit der Kommunistischen Internationale 1921 die Politik der Einheitsfront. Die Grundidee war: Wenn die Anhänger*innen der SPD glaubten, ihre Partei könne Verbesserungen durchsetzen, so müsse die KPD in der Praxis zeigen, dass sie sich als einzige Partei tatsächlich dafür einsetzt. Forderte die SPD etwa höhere Löhne, so müsse die KPD die Sozialdemokraten dazu auffordern, gemeinsam für dieses Ziel zu kämpfen, und zwar vor allem außerhalb des Parlaments. Wenn die SPD das Angebot zurückweise, entlarve sie sich selbst vor ihren Anhänger*innen. Sei sie dazu bereit, würden die außerparlamentarischen Aktionen den Arbeiter*innen zeigen, dass sie durch eigene Kraft viel mehr bewirken können als durch Stellvertreterpolitik. Zudem ließ sich so das Argument widerlegen, die Kommunist*innen würden die Arbeiterbewegung spalten.

Das zentrale Element dieser Strategie war die radikalisierende Dynamik von außerparlamentarischen Kämpfen und Streiks. Nicht die Radikalität einer Forderung war entscheidend, sondern dass sie gemeinsam durchsetzbar war, wie auch Meyer erklärte: »Nicht ein paar Forderungen mehr oder weniger entscheiden heute über die Stärke der Bewegung. Viel wichtiger ist es, dass selbst die bescheidensten Forderungen durch die eigene Aktion der Arbeiterschaft […] durchge-

setzt werden.« (Meyer 1922, 858). Auch wenn sich die Einheitsfrontangebote formal an die Spitze der SPD richteten, sollten sie vor allem die Selbstaktivität an der Basis entfachen. In den Jahren 1921 bis 1923 machte die KPD-Führung regelmäßig Einheitsfrontangebote. So gewann sie SPD und Gewerkschaften im Juni 1922 für ein Bündnis zum Schutz der Republik nach dem rechten Attentat auf Walther Rathenau. Innerhalb der Partei blieb die Politik gleichwohl umstritten. Während ein Parteiflügel für stärkere Zugeständnisse an die SPD warb, warnte ein anderer davor, das eigenständige kommunistische Profil aufzugeben.

VOLKSBEGEHREN ZUR FÜRSTENENTEIGNUNG

In der Revolution 1918/19 war der Adel politisch entmachtet worden. Neben Wilhelm II. wurden diverse Fürsten, Herzöge und Könige der deutschen Einzelstaaten abgesetzt und ihre Vermögen beschlagnahmt. Doch eine innenpolitische Rechtswendung Mitte der 1920er Jahre ermutigte den Adel, seine Besitztümer zurückzufordern, mit einigem Erfolg. 1925 hatte ein Reichsgericht die Enteignung der Herzöge von Sachsen-Coburg und Gotha für verfassungswidrig erklärt und das preußische Finanzministerium bot dem Haus Hohenzollern die Rückgabe von drei Vierteln des umstrittenen Grundbesitzes an. Die sächsischen Wettiner hatten ebenfalls eine günstige Übereinkunft mit der Landesregierung getroffen, sodass König Friedrich August III. nach seiner Abdankung der reichste Mann Sachsens blieb.

Diese Zugeständnisse wurden in der Öffentlichkeit scharf kritisiert – insbesondere da zur selben Zeit die Arbeitslosenzahl stark anstieg und Millionen Menschen kaum genug zu essen hatten. »Der erfolgreiche Kampf der Fürsten um ihre alten Vermögen hatte das Zeug zum Skandal«, schreibt der Historiker Robert Lorenz (2011, 144). Nicht nur SPD und KPD verurteilten diese Entwicklung, sondern auch die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP). Sie brachte im November 1925 einen Gesetzentwurf ins Parlament ein, um den juristischen Streit zu beenden. Er sollte die Länder ermächtigen, »unter Ausschluss des Rechtsweges« einen Interessenausgleich mit den ehemaligen Herrschern zu finden. Die SPD unterstützte diesen Vorstoß.

Die KPD hingegen lehnte es ab, die Beschlagnahmungen auch nur teilweise rückgängig zu machen. Stattdessen forderte sie eine endgültige entschädigungslose Enteignung des Adels. Sie präsentierte einen eigenen Gesetzentwurf, der vorsah, die Schlösser der Fürsten in Genesungsheime zu verwandeln oder zur Linderung der Wohnungsnot zu verwenden. Der Grundbesitz müsse an Kleinbauern und Pächter verteilt und das Barvermögen den Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen zugeteilt werden. Angesichts der sozialen Polarisierung waren dies äußerst populäre Forderungen. Um außerparlamentarischen Druck zu entfalten, verfasste das Zentralkomitee der KPD einen offenen Brief. Unter dem Titel »Keinen Pfennig den Fürsten« wurde ein gemeinsamer Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten gefordert. Der offene Brief wurde unter anderem an die Vorstände der SPD, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds, des Allgemeinen freien Angestelltenbunds und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbunds verschickt.

Zunächst wollte sich die SPD nicht anschließen. Philipp Scheidemann erklärte in der Reichstagssitzung am 2. Dezember: »Der kommunistische Antrag ist ganz agitatorisch aufgezogen. Parlamentarisch ist damit nichts anzufangen.« Nachdrücklich warnte er vor einer außerparlamentarischen Entscheidung: »Meine Damen und Herren! Es liegt Zündstoff genug draußen. Hüten wir uns, dass wieder Funken hinausgehen, die großes Unheil anrichten könnten. Stellen Sie sich auch vor, wie das Volk aufgewühlt werden müsste bei einem Volksentscheid.« (Verhandlungen des Reichstag 1926, 4734f.) Doch es gelang den Kommunist*innen, SPD-Mitglieder für das Vorhaben zu begeistern. Die *Rote Fahne* berichtete zu dieser Zeit mehrfach von Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen, die das Volksbegehren einstimmig unterstützten. Die KPD organisierte diverse Demonstrationen für die Enteignung der Fürsten. In Berlin konnte sie im Dezember 1925 zwischen 60 000 und 100 000 Menschen zu einer Großkundgebung im Lustgarten mobilisieren.

Die Resonanz unter SPD-Mitgliedern war so groß, dass die Parteiführung unter Druck geriet. Sie musste fürchten, Anhänger*innen an die Kommunist*innen zu verlieren. Daher schwenkte der Parteivorstand um und beschloss Anfang des Jahres 1926, gemeinsam mit der KPD ein Plebiszit vorzubereiten. In Kooperation mit dem Gewerkschaftsbund wurde ein Gesetzentwurf erarbeitet, der in einem Volksbegehren, der Vorstufe eines Volksentscheides, zur Abstimmung gestellt werden sollte. Zudem gründeten sie den »Ausschuss zur Durchführung des Volksbegehrens für entschädigungslose Enteignung der Fürsten«, den der Demograf Robert René Kuczynski und der kommunistische Medienmacher Willi Münzenberg leiteten.

Das Duo zog im Folgenden sämtliche Register der zeitgenössischen Medienkommunikation. Es ließ Plakate, Handzettel und andere Schriften publizieren. Ein Film mit dem programmatischen Titel »Keinen Pfennig den Fürsten« lief in den Berliner Kinos. Weitere Ideen wie Rundfunkbeiträge oder Laufschriftwerbung scheiterten lediglich am Widerstand der Behörden und an Geldmangel. Bekannte Künstler*innen und Intellektuelle wie Albert Einstein, George Grosz, Kurt Hiller, Erwin Piscator, Max Pechstein, Alfred Kerr, Käthe Kollwitz, Kurt Tucholsky und Heinrich Zille unterstützten die Kampagne. Nach einer mit großem Elan getragenen Kampagne wurde das notwendige Quorum von einem Zehntel der Stimmberechtigten (ca. 3,9 Millionen) deutlich erreicht: Über 12,5 Millionen Menschen trugen sich im März in die Listen des Volksbegehrens ein – dreimal so viele wie notwendig. Für den 20. Juni wurde ein Volksentscheid angesetzt.

FREIBIERFESTE UND WAHLBOYKOTT

Die politische Rechte unternahm daraufhin alles, um einen Erfolg zu verhindern. Die bürgerliche Koalitionsregierung stellte im April den verfassungsändernden Charakter des linken Gesetzentwurfs fest. Die Initiator*innen benötigten damit die Zustimmung der Mehrheit aller Stimmberechtigten, also von knapp 20 Millionen Wähler*innen. Konservative und völkische Parteien, Kirchen, Großgrundbesitzer und Unternehmensverbände riefen zum Boykott auf. Das Wahlgeheimnis wurde so faktisch aufgehoben: Wer zur Abstimmung ging, bezog bereits Position. Gerade in ländli-

chen Regionen dürfte dies viele abgeschreckt haben. In Pommern wurde Landarbeitern mit Entlassung gedroht, wenn sie sich an der Abstimmung beteiligten. Einige ostelbische Gutsbesitzer veranstalteten am Wahltag Freibierfeste mit dem Zweck, die Besucher*innen vom Weg zum Einzeichnungslokal abzubringen. Schließlich verschärfte das völkische Lager seine Rhetorik. Die NSDAP forderte etwa, alternativ die Vermögen der »seit dem 1. August 1914 zugezogenen Ostjuden und sonstigen Fremdstämmigen« einzuziehen.

Die Linke ließ sich davon nicht einschüchtern. Sie mobilisierte weiterhin massiv zum Volksentscheid. Vor allem die KPD ließ sich die Kampagne einiges kosten. Die Parteiführung schätzte gegenüber der Kommunistischen Internationale, sie werde etwa 225 000 Reichsmark aufwenden, wovon Moskau einen relevanten Teil übernahm. SPD und Gewerkschaften achteten derweil streng darauf, dass es zwar gemeinsames Material, aber keine Aktivitäten mit den Kommunist*innen gab. Dennoch bildeten sich wie in den Tagen der Revolution lokale Einheitskomitees. Das ehemalige KPD-Mitglied Wolfgang Abendroth erinnerte sich später: »Man kann sich heute nicht mehr vorstellen, wie gut die Kooperation zwischen uns und den Sozialdemokraten war, obwohl die Spitze der SPD verlangte, jede Partei solle für sich operieren.« (Abendroth 1977, 77). Das Ergebnis des 20. Juni war bemerkenswert: 15,6 Millionen Wahlberechtigte konnten mobilisiert werden. In Berlin, Hamburg und Leipzig sollen sich zwischen 90 und 95 Prozent der Arbeiter*innen an der Abstimmung beteiligt haben.

Insgesamt stimmten 14,5 Millionen derjenigen, die zur Wahlurne gingen, für die Initiative. Das war eine deutliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen und entsprach 36,4 Prozent aller Wahlberechtigten. Damit verfehlten die Initiator*innen zwar das notwendige Quorum von 20 Millionen Ja-Stimmen. Aber es war ihnen gelungen, über die eigene Klientel auszugreifen. Gegenüber dem Ergebnis der linken Parteien bei der Reichspräsidentenwahl stellte das einen Stimmengewinn von 4,8 Millionen dar. Für Abendroth war der Volksentscheid »der größte Erfolg, den die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik erzielt hatte« (Abendroth 1967, 23). Bei keiner Wahl konnten KPD und SPD (sowie USPD) gemeinsam eine so hohe Stimmenzahl erreichen.[1]

Entsprechend sah die Linke ihre Niederlage als Erfolg an. Die SPD sprach von »einem großen moralischen Sieg«. Die KPD freute sich – es sei gelungen, »zum ersten Male die kommunistischen, die sozialdemokratischen und einen sehr großen Teil der parteilosen und christlichen Arbeiter zu einer Einheitsfront zusammenzuführen«. Auch der Historiker Ulrich Schüren spricht von einem »Erfolg im Scheitern«. So war die deutsche Rechte trotz ihres Sieges entsetzt über das Ergebnis. Nicht nur der ehemalige Kaiser, auch der Reichslandbund, die größte Interessenvertretung der deutschen Landwirtschaft, zeigte sich bestürzt angesichts der unerwartet vielen Ja-Stimmen. Laut dem Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), Kuno Graf von Westarp, hätten sich auch Rechte »in allen Wahlkreisen aus Unwissenheit, aus Neid und Begehrlichkeit […] von den Lügen und Verlockungen der Enteigner, der Räuber und Diebe betören lassen« (alle Zitate nach Schüren 1978, 227–238).

NUR EIN KURZER AUFBRUCH

Auch wenn die konservativen und monarchistischen Kräfte den Volksentscheid formal gewonnen hatten, setzte sie das Ergebnis unter Druck. Schon bald kam es zu einem Abkommen zwischen dem Land Preußen und den Hohenzollern. Aus dem beschlagnahmten Vermögen fielen etwa 40 Prozent der Ländereien an Preußen, beim Fürstenhaus verblieb der Rest. Zudem übernahm das Land eine Vielzahl der Schlösser. SPD und KPD waren mit dem Vergleich nicht zufrieden, doch er fiel für Preußen günstiger aus als vor dem Referendum vorgesehen.

Ungeachtet der politischen Ergebnisse war die Kampagne ein großer Mobilisierungserfolg für die KPD. Die Partei befreite sich aus der gesellschaftlichen Isolation, in die sie in den Jahren 1924/25 geraten war, als eine gewerkschaftsfeindliche und sektiererische Politik zahlreiche Mitglieder und Wähler*innen verschreckt hatte. Nach dem Volksentscheid nahm nicht nur der kommunistische Einfluss in den Gewerkschaften wieder zu, auch die Zahl der Parteimitglieder stieg wieder leicht an. 1926 und 1927 verzeichnete die KPD bei den meisten Landtagswahlen ein Plus. Bei der Reichstagswahl 1928 konnten KPD und SPD deutlich zulegen – ein Beleg, dass die Einheitsfrontpolitik nicht nur die Kommunist*innen, sondern die Arbeiterbewegung insgesamt stärkte.

Doch der Aufbruch sollte nicht von langer Dauer sein. Schon bald bekämpften sich KPD und SPD wieder, vor allem nachdem die Kommunistische Internationale im Rahmen ihrer absurden »Sozialfaschismusthese« die Sozialdemokratie zum Hauptfeind erklärt hatte. Zugleich erneuerte sich seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 die gesellschaftliche Polarisierung, die sich schon während der Enteignungskampagne gezeigt hatte. Jene Kräfte, die mit antibolschewistischen und antisemitischen Ressentiments gegen die Enteignung mobilisiert hatten, taten sich erneut zusammen – diesmal mit dem Ziel, die Weimarer Demokratie zu Grabe zu tragen. Die Arbeiterparteien hatten dem nur noch wenig entgegenzusetzen.

LITERATUR

Abendroth, Wolfgang, 1967: Zur Geschichte des Roten Frontkämpfer-Bundes, in: Diemer, Alwin (Hg.), Geschichte und Zukunft, Meisenheim/Glan, 12–32

ders., 1977: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgez. und hg. von Barbara Dietrich und Joachim Perels, Frankfurt a. M.

Bois, Marcel, 2014: Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung, Essen

ders., 2020: »March Separately, But Strike Together!« The Communist Party's United-Front Policy in the Weimar Republic, in: Historical Materialism 28, 3/2020, 138–165

Lorenz, Robert, 2011: Zivilgesellschaft zwischen Freude und Frustration. Der Aufruf der Intellektuellen zur Enteignung der Fürsten 1926, in: Klatt, Johanna/ders. (Hg.), Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells, Bielefeld, 135–167

Meyer, Ernst, 1922: Der Kessel ist zum Platzen voll, in: Inprekorr, 18.7.1922

Schmidt, Georg, 1926: Für Volksbegehren, für Volksentscheid. Für das Volk, gegen die Fürsten, Hamburg

Schüren, Ulrich, 1978: Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926, Düsseldorf

Verhandlungen des Reichstages, 1926: Bd. 388, III. Wahlperiode 1924/28, Stenographische Berichte, Berlin

Wilde, Florian, 2018: Revolution als Realpolitik. Ernst Meyer (1887–1930) – Biographie eines KPD-Vorsitzenden, Konstanz

1 Zumindest in absoluten Zahlen: Mehrmals lag der gemeinsame Stimmenanteil der Arbeiterparteien über jenen 36,4 Prozent, 1919, 1920 und 1928 sogar über 40 Prozent. Doch entsprach dies maximal 13,3 Millionen Wähler*innen (Juli 1932).



WÜRDE FÜR ALLE

ÜBERLEGUNGEN ZU JAN KORTES »DIE VERANTWORTUNG DER LINKEN«

FLORIAN WEIS

Die Idee der Gleichheit ist ein linker Kerngedanke. Tatsächlich ist die Arbeiter*innenklasse durch alltagskulturelle Gräben und Konkurrenzverhältnisse gespalten. Eine Herausforderung für emanzipatorische Politik.

FLORIAN WEIS ist Historiker und war von 2008 bis 2020 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Derzeit arbeitet er am Institut für Gesellschaftsanalyse der Stiftung zu Fragen von Migration, Demokratie und Antisemitismus sowie zu britischer Politik. Das Buch »Die Verantwortung der Linken« von Jan Korte erschien 2020 im Verbrecher Verlag.

Jan Kortes Buch »Die Verantwortung der Linken« erschien kurz bevor die Coronapandemie auch Deutschland erfasste und seitdem die gesellschaftliche Diskussion dominiert. Die Pandemie hat alltägliche Potenziale von Solidarität und Empathie deutlich gemacht. Parallel dazu sind antirassistische Bewegungen in Deutschland in ermutigender Weise sicht- und hörbarer geworden. Gleichzeitig zeigen sich in der Pandemie aber auch die nachwirkenden neoliberalen Verheerungen; solidarische Erfahrungen treffen auf gegensätzliche Verhaltensweisen im Alltag. Die antirassistische Kraft wird getrübt durch Gefahren der Debattenschließungen. Manches ist also anders als zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Buches von Korte, doch die meisten dort thematisierten Probleme und Bruchstellen bestehen fort.

Kortes Ausgangspunkt ist die Forderung, dass linke Politik wieder stärker auf diejenigen eingehen müsse, die das Gefühl haben, »in den politischen Debatten nicht vorzukommen, nicht gehört oder gesehen zu werden« (Korte 2020, 13). Für ihn ist die »Idee des Gemeinsamen, die Idee der Gleichheit« die »Uridee der Linken« (ebd., 16). Diese Ausrichtung begründet Korte sowohl mit einer gebotenen sozialen Empathie als auch in seinem Sinne materialistisch: Arbeitnehmer*innen und Arbeitslose sieht er als zentrale Basis und Bezugsgröße der Partei DIE LINKE.

Korte stützt sich in seinem Buch vor allem auf Erfahrungen aus seiner langjährigen Wahlkreisarbeit in Sachsen-Anhalt, einer Region, die von einer radikalen Deindustrialisierung und sozialen Deklassierung betroffen ist. Inspiration für seine Überlegungen zieht er außerdem aus zahlreichen Publikationen

von Autor*innen wie Nancy Fraser mit ihrem Begriff des »progressiven Neoliberalismus«, von Oliver Nachtwey (»Die Abstiegsgesellschaft«), Wilhelm Heitmeyer (»Autoritäre Versuchungen«), Andreas Reckwitz (»Die Gesellschaft der Singularitäten«), Cornelia Koppetsch (»Die Gesellschaft des Zorns«), Christian Baron (»Ein Mann seiner Klasse«), Michael J. Sandel (»Vom Ende des Gemeinwohls«), Lutz Raphael (»Jenseits von Kohle und Stahl«) und Didier Eribon (»Rückkehr nach Reims«).

Der Autor betont die Gleichrangigkeit antirassistischer und anderer menschenrechtlich-emanzipatorischer Kämpfe der letzten Jahrzehnte mit sozialökonomischen Kämpfen. Was er einfordert, ist eine angemessene Balance der Aufmerksamkeit für verschiedene Zielgruppen und Anliegen linker Politik, eine größere Empathie für von Deklassierungen betroffene Menschen und Gruppen und eine politische Sprache, die habituelle Abstände nicht vergrößert. Ausgangspunkt sind für ihn dabei bittere Erfahrungen materieller und beruflicher Degradierung ebenso wie solche der Aberkennung von Leistungen, Lebensweisen und Fähigkeiten sowie des Verlustes sozialer Räume, die Beruf, Organisierung und Alltagsorte boten. Das eigene Leben nicht mehr verlässlich planen zu können und nicht mehr an eine für das eigene engere Umfeld politisch gestaltbare und bessere Zukunft zu glauben, sind für ihn wesentliche Ursachen dafür, dass sich Teile der Arbeitnehmerschaft und Arbeitslose von der politischen Linken abgewandt haben. Sich selbst als progressiv verstehende Akteur*innen, so Korte, würden darauf vor allem mit einem überheblichen Gestus und einer Sprache reagieren, der es an Empathie, Respekt und sachlichem Verständnis fehle.

DER WERT DER ARBEIT

Korte unterstreicht den hohen Stellenwert von Arbeit für viele Menschen, der gesamtgesellschaftlich, aber auch in der Linken aus dem Blick geraten sei: Arbeit als Existenzgrundlage, aber auch als Ort der Begegnung, der kollektiven Organisierung, der Sinngebung und des Stolzes auf Erreichtes. Hier treffen sich reale Prozesse und politisch-kulturelle Haltungen: etwa der stetige Rückgang industrienaher Beschäftigung, akut drängende ökologische und technologische Umbauten, deutlich weniger gemeinsame Arbeits*platz*- und damit Organisierungserfahrungen, sinkende gesellschaftliche Wertschätzung für (oft männliche) manuelle und Industriearbeit. Es geht Korte um die Art und Weise, *wie* über die Beschäftigten, ihre Angehörigen und Milieus gesprochen wird, dass sie und ihre Kompetenzen nicht in die Wandlungsprozesse einbezogen, sondern überspitzt formuliert eher als lästige Relikte dargestellt werden, denen etwas gegeben wird (vielleicht ein Grundeinkommen), deren Arbeit, Fähigkeiten und Bedürfnisse aber wenig zählen und die viel zu wenig als Subjekte und Akteur*innen erscheinen.

Joan C. Williams beschreibt in ihrem Buch »White Working Class« (2020), dass sie neben vielen positiven auch einige sehr verächtliche Reaktionen auf ihr Werben um ein Verständnis für die Situation der *working classes* erhalten habe. Der bekannte britische Kolumnist und Autor Owen Jones (2012) hat dies bereits vor fast einem Jahrzehnt eindrücklich beschrieben. Williams und Jones verfol-

gen einen dezidiert verbindenden Ansatz, klassenbezogene, antirassistische und Anliegen der LGBT+-Communities zu verknüpfen, ohne freilich über Differenzen hinwegzugehen (»solidarity across differences«). Korte beschreibt dies am Beispiel seines Großvaters, eines Stahlarbeiters, für den CDU-Mitgliedschaft und Katholizismus kein Widerspruch zu einer starken IG-Metall-Bindung und einem Arbeiterbewusstsein gewesen seien – eine Kombination, aus der dann auch eine gewisse Immunisierung gegenüber Rassismus erwachsen sei. Hier bezieht sich Korte etwa auf den britischen Publizisten Paul Mason.[1] Schon Eric Hobsbawm (1994, 389f) skizzierte vor mehr als einem Vierteljahrhundert, wie mit dem Macht- und Bindungsverlust der sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen und Milieus auch in Arbeitnehmerkreisen Rassismus wirkmächtiger wurde. Als zentral für diese Prozesse sieht er – neben ökonomisch-materiellen Verschlechterungen und einem ausgeprägten Bedrohungs- und Abstiegsgefühl – die Abwertung industrieller Arbeit, den Bedeutungsverlust von Arbeiterorganisationen und das Verschwinden der Zuversicht, einer aufsteigenden Klasse und ihren Organisationen anzugehören.

Korte greift dies auf, indem er von einer Abwägung spricht, zu der Wähler*innen gebracht werden könnten: »2009 gelang es uns, auch jene zu erreichen, die schon damals bestimmt einige Ressentiments verinnerlicht hatten, die unsere Positionen zur Einwanderung bestimmt nicht teilten. Aber es gelang uns, diese Menschen zu einer Abwägung zu bringen: Auch wenn ich als Wähler viele liberale Positionen der Linken nicht teile, so ist es dennoch die Partei, die am meisten mit meinem Leben zu tun hat. Das war damals unser Angebot. Und dahin müssen wir als ersten Schritt zurück, um als Linke danach eine neue Ära der Solidarität auszurufen, in deren Zentrum das Gemeinsame, das Verbindende und die reale Veränderung für die Drangsalierten dieser Gesellschaft steht. Egal, wie sie leben, lieben und wo sie herkommen.« (2020, 98)

Deutlich beschreibt Korte die Auswirkungen von Deregulierung und marktradikaler Globalisierung, des Selbstoptimierungsdrucks der vergangenen Jahrzehnte und der Nachwirkungen von Hartz IV: »Unsicherheit im Job, Arbeitslosigkeit, Hartz IV, Leiharbeit und menschenunwürdige Löhne sind Gewalt« (ebd., 114). Er führt dies am Beispiel der Beschäftigten der Paketlieferdienste plastisch aus. Die Coronapandemie mag vielleicht – unzureichende – Verbesserungen für Beschäftigte im Gesundheitsbereich bewirken, für Beschäftigte in der Logistik oder für Verkäufer*innen bleibt die (Arbeits-)Lage unverändert schlecht, wie kürzlich etwa Philipp Tolios (2021) in seiner Studie zu »systemrelevanten Berufen« zeigte.

WAS ALSO TUN?

Jan Korte nennt einige programmatische Eckpunkte, die in der Partei DIE LINKE weitgehend unstrittig sein dürften: eine radikale Abkehr von der Privatisierungspolitik, die Stärkung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Dienstleistungen, die Wiederherstellung eines Sozialsystems, das persönliche Sicherheit gewährleistet, sowie eines gestaltungsfähigen Staates und schließlich die dafür erforderliche Umverteilung in der Steuer- und Wirtschaftspolitik. Doch

sollte die Reichweite vernünftiger politischer Forderungen in Zeiten von Polarisierungen und Unsicherheiten nicht überschätzt werden. Die Betonung tiefer liegender Grundlagen linker Politik ist daher berechtigt: Empathie, Solidarität und Gleichheit. Gerade der Gleichheitsbegriff bietet dabei eine gute Möglichkeit, die in der Linken in Deutschland derzeit oft bemühte »verbindende« Politik auszuformulieren, mehr noch als der traditionell verwendete Begriff der sozialen Gerechtigkeit, denn Gleichheit im Sinne des englischen *equality* schließt sowohl individuelle (Bürger*innen- und Menschen-) als auch soziale Rechte ein.

OHNMACHT ÜBERWINDEN

Linke Politik, so Korte, sollte an frühere Erfolge erinnern: Was bereits einmal gelungen ist, kann, wenn auch sicherlich in anderer Gestalt, wieder gelingen. Dazu gehören für Korte sowohl soziale Errungenschaften und Bewegungen (Kampf um Gewerkschaftsrechte, Arbeitsrechte, Tarifverträge und das Frauenwahlrecht sowie der kompromisshafte Aufbau des Sozialstaates, später etwa die Einführung des Mindestlohns) als auch andere emanzipatorische Kämpfe (Geschlechterverhältnisse, Ehe für alle) und nicht zuletzt positive Erfahrungen internationaler Solidarität (Chile, Südafrika) und des europäischen antifaschistischen Widerstands. Geschichts- und Traditionsbewusstsein sind für Korte mithin wesentliche Bestandteile der Rückgewinnung von Zukunftsvertrauen und der Überwindung von Ohnmacht. Auch ein vermeintlich moderner Kapitalismus wird es jedenfalls nicht wieder richten, denn: »Der Kapitalismus braucht die Demokratie nicht, das kann man zurzeit gut in China besichtigen.« (Korte 2020, 64)

Es bedarf dabei vielleicht einer größeren Offenheit für seriöse Zeitdiagnosen auch solcher Wissenschaftler*innen, die der Linken fernstehen. So geht Korte auf Philip Manows »Die Politische Ökonomie des Populismus« (2018) ein, ein Buch, das relativ spät und nur von wenigen Linken (Christa Luft, 2019, ist hier eine Ausnahme) reflektiert wurde, obwohl es auch für Linke zentrale Fragen stellt. Auch Veröffentlichungen aus dem Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu »Rechtspopulismus und Gewerkschaften« sind als wichtige, zugleich leider seltene Beispiele zu nennen, die die ökonomischen und betrieblich-arbeitsweltlichen Ursachen der gesellschaftlichen Brüche sichtbar machen (vgl. Sauer et al. 2018; Detje/Sauer 2021). Weiterhin sei hier auf einige Arbeiten von Horst Kahrs (2020) verwiesen, die sich mit ökonomisch-materiellen Ursachen des tiefen Krisenbewusstseins von Arbeitnehmerschichten befassen. Allzu zahlreich sind solche Deutungsversuche jedoch nicht, und das macht einen Teil der Probleme linker Politik aus.

Schließlich geht es auch um einen Bildungselitismus, so etwa in Gestalt der ebenso anmaßenden wie historisch vielfach widerlegten Annahme, Bildungsabschlüsse seien mit einer umfassenden, auch humanen Bildung identisch. Bildungselitär ist vor allem eine kulturelle und sprachliche Abgrenzung, mal bewusst, mal eher unbewusst, weil unreflektiert (vgl. Bitis/Borst 2013; Altieri/Hüttner 2020, ABG 2020/2), oder wenn der »rohe« Konsumismus der »Unterschichten« karikiert oder angeprangert wird, obwohl doch

der Lebensstil der »gebildeten« Mittelschichten die ökologische Katastrophe viel stärker beschleunigt. Bildungselitär ist es, wenn von »bildungsfernen Schichten« und »sozial Schwachen« gesprochen wird, oder individuelles Verhalten, das vielleicht selbstschädigend, nicht aber fremdschädigend ist, moralisch angeprangert wird: Alkohol-, Zigaretten- und anderer Drogenkonsum, wirklich oder vermeintlich gesundes Essen, Fitness, eine »richtige« innere Einstellung zur Gesundheit, Übergewicht und anderes mehr. Gebotener wäre es für Linke doch, über Armut und Gesundheit zu sprechen, über Fremdschädigung anstelle von Rücksichtnahme, nicht nur in Pandemiezeiten, über Inklusion und Ableismus.

Der Autor arbeitet, um den Kerngedanken des »niemals herabschauen« zu illustrieren, gern mit Musikbeispielen, so von Tom Petty (»Baby, even the losers / get lucky sometimes / even the losers / keep a little bit of pride«) und von Ton Steine Scherben (»Du bist nicht besser als der neben dir«). Joan C. Williams nennt Bruce Springsteen als einen der wenigen US-amerikanischen Künstler, der mit Empathie das Leben der traditionellen Arbeiterschaft und der Deklassierten darstelle. Und Christian Baron (2020) fordert in einem Interview mehr »Erzählung von unten«, ohne jeden Anflug von sozialistischem Realismus, aber mit Empathie: »Nur Empathie ermöglicht uns, die Kompliziertheit der Dinge zu begreifen.«

LITERATUR

Altieri, Riccardo/Hüttner, Bernd (Hg.), 2020: Klassismus und Wissenschaft. Erfahrungsberichte und Bewältigungsstrategien, Reihe Hochschule, Bd. 13, Marburg

Arbeit-Bewegung-Geschichte. Zeitschrift für Historische Studien, Arbeit und Literatur, 2/2020

Baron, Christian, 2020: »Die ›einfachen Leute‹ sind eben sehr kompliziert«, in: Spiegel Online, 4.2.2020

Bitis, Songül/Borst, Nina (Hg.), 2013: Un_mögliche Bildung. Kritische Stimmen und verschränkte Perspektiven auf Bildungsun_gleichheiten, Münster

Detje, Richard/Sauer, Dieter, 2021: Corona-Krise im Betrieb. Empirische Erfahrungen aus Industrie und Dienstleistungen, Hamburg

Hobsbawm, Eric, 1994: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München

Jones, Owen, 2012: Prolls. Die Dämonisierung der Arbeiterklasse, Mainz

Kahrs, Horst, 2020: »Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand?«, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Klassen_und_Sozialstruktur/2020-01-30_Ka_Vermoegensbildung_in_Arbeitnehmerhand.pdf

Korte, Jan, 2020: Die Verantwortung der Linken, Berlin

Luft, Christa, 2019, Rechtspopulismus in der Ökonomie – neoliberal mit nationalistischer Konnotation, in: Jacupek, Viktor/Meier, Bernd (Hg.), Die Auswirkungen des Rechtspopulismus auf die Entwicklung des Bildungswesens, Berlin, 31–64

Manow, Philip, 2018: Die Politische Ökonomie des Populismus, Berlin

Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Müller, Bernhard, 2018: Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg

Tolios, Philipp, 2021: Systemrelevante Berufe. Sozialstrukturelle Lage und Maßnahmen zu ihrer Aufwertung, www.rosalux.de/publikation/id/43750/systemrelevante-berufe

Williams, Joan C., 2020: White Working Class. Overcoming Class Cluelessness in America, Boston

1 »Während die Generation meines Vaters Antirassismus, Internationalismus und autodidaktischen Altruismus geatmet hatte, versorgte der Neoliberalismus die entgegengesetzten Neigungen mit Sauerstoff. Über drei Jahrzehnte hinweg unterspülte und zersetzte dies den Widerstand der Arbeiterklasse gegen den Neoliberalismus. Und als der Neoliberalismus selbst zusammenbrach, wurde nicht länger der herkömmliche Konservatismus mit Sauerstoff versorgt, sondern der autoritär rechtsextreme Populismus.« (Paul Mason, zit. nach Korte 2020, 79.)


»… UND NOCH DAZU EINE FRAU!«
CLARA ZETKINS FEMINISMUS FÜR ALLE
LOU ZUCKER

Anders als ihre beste Freundin Rosa Luxemburg ist Clara Zetkin heute kaum bekannt. Zu Unrecht – denn sie war grandiose Rednerin und liebevolle Mutter, unermüdliche Strategin und solidarische Genossin. Ihr haben wir den 8. März als Internationalen Frauentag zu verdanken und die Einsicht, dass Feminismus Befreiung für alle verspricht.

Im Frühling 1886 wurde Clara krank. Mehrere Wochen schleppte sie sich zu ihren Unterrichtsstunden, zu den Versammlungen und zum Einkaufen, obwohl sie sich so schwach fühlte, dass sie sich an jeder Straßenecke am liebsten einfach auf den Boden gelegt hätte. Sie hustete. Nachts wachte sie oft schweißgebadet von ihrem eigenen Husten auf. Ossip überredete sie, im Bett zu bleiben, und holte eine befreundete russische Ärztin. Es war eine beginnende Tuberkulose. Die Ärztin musterte die feuchten, schimmligen Wände des Schlafzimmers und riet zu einem Aufenthalt in besseren Luftverhältnissen.

Seit Clara sich für die Sozialdemokratie entschieden hatte, hatte sie so gut wie keinen Kontakt mehr zu ihrer Familie. Umso erstaunter war sie, als plötzlich ein Brief von ihrem Bruder Arthur ankam. Er sagte, er habe von Bekannten aus Leipzig erfahren, dass sie krank sei, und schickte ihr Geld von der Familie, damit sie nach Hause komme und sich erhole. Sie setzte sich mit dem zweijährigen Kostja und dem vierjährigen Maxim in den Zug und fuhr nach Leipzig.

Mosermann war nicht zu Hause und auch nicht in seiner Werkstatt. Es war schon nach 18 Uhr, er hatte sicher schon Feierabend gemacht. Clara fand ihn in seinem Schrebergarten. »Clara!«, rief er, warf die drahtigen, steifen Arme auseinander und drückte sie, sodass sie Angst um ihre Rippen hatte. »Pssst!«

Über seine staubige Schulter hinweg sah Clara noch zwei andere Männer auf der Bank vor der kleinen Hütte sitzen, jeder mit einem Bier in der Hand. Deutschland stand noch immer unter dem Sozialistengesetz, und je weniger Leute wussten, dass sie hier war, desto besser.

»Ich bin Leslie, ja?«, flüsterte sie. Mosermann ließ seine Hand auf ihrer Schulter liegen, während er sie ein Stück von sich schob, um sie besser betrachten zu können – so als wollte er sichergehen, dass ihr in Paris auch keines ihrer Gliedmaßen abhandengekommen sei. Der linke Fuß war zum Glück gut verheilt. »Leslie. Natürlich.« Immer noch mit seiner Hand auf ihrer Schulter ging er auf seine Freunde auf der Bank zu. »Das ist Genossin Leslie, ich kenne sie noch von früher, sie lebt jetzt in Paris!«

LOU ZUCKER ist freie Journalistin und Autorin. Sie hat das queerfeministische Kollektiv she*claim mitgegründet und war im Frauenstreik aktiv. Ihr Buch »Clara Zetkin – eine rote Feministin« ist eine politische Biografie, in der einem die Kämpfe der ersten Frauenbewegung plötzlich sehr vertraut vorkommen. Es erschien 2021 im Verlag © Das Neue Berlin. Wir veröffentlichen einen Auszug aus dem zweiten Kapitel.

»Oho. Hört, hört!«

»Sind Sie dort auch schon Kämpfern aus der Pariser Kommune begegnet?« Clara begann zu erzählen. Von der französischen Arbeiter*innenbewegung, von dem Konflikt zwischen Marxist*innen und Possibilist*innen, von Jules Guesde und Laura und Paul Lafargue, von der Kommunardin Louise Michel, von der russischen und deutschen Arbeiter*innenbewegung im Exil, von den Kämpfen an der Kommune-Mauer auf dem Friedhof Père-Lachaise, von dem geplanten Tunnel unter dem Ärmelkanal. In Deutschland hatten die Sozialdemokrat*innen wenig Zugang zu all diesen Informationen, ihre Presse wurde noch immer zensiert. Die drei Handwerker sogen jedes von Claras Worten auf und stellten schneller neue Fragen, als sie mit den Antworten hinterherkam.

Am nächsten Tag klopfte es bei den Eißners an der Tür. Claras Mutter öffnete. Draußen standen drei fremde Männer. »Wer sind Sie? Was wollen Sie?« Clara hörte den erschrockenen Tonfall ihrer Mutter und kam schnell an die Tür. Über ihre Schulter hinweg erkannte sie einen von Mosermanns Freunden, der am Tag zuvor mit auf der Bank im Schrebergarten gesessen hatte.

»Clara, kennst du diese Männer?« Ihre Mutter drehte sich zu ihr um. »Sie wollen eine junge Frau namens Leslie sprechen. Ich kenne keine Leslie.« Clara musste sich beherrschen, um nicht die Augen zu verdrehen. Der Tonfall ihrer Mutter war derselbe wie früher, wenn sie mit ihr geschimpft hatte, weil sie sich »in schlechter Gesellschaft herumtrieb«, und das, obwohl sie seit Jahren in dieser angeblich schlechten Gesellschaft lebte, arbeitete und mit einem der Schlechtesten unter ihnen zwei Kinder hatte.

»Ich rede mit ihnen«, sagte Clara und schob ihre Mutter sachte zur Seite.

Die Männer wollten sie auf eine illegale Versammlung einladen – als Rednerin. Clara ging es langsam besser, seit sie in Leipzig war, doch in dieser Nacht wachte sie mehrmals schweißgebadet auf. Konnte sie es verantworten, eine Rede über die französische Arbeiter*innenbewegung zu halten? Es gab so viel, was sie selbst nicht verstand! Was, wenn sie etwas Falsches erzählte? Andererseits: Die Sozialdemokrat*innen hierzulande kamen kaum an Informationen, und die internationale Vernetzung war so wichtig … Konnte sie es denn verantworten, zurück nach Paris zu kommen und zu sagen, sie habe ihre Verbindungen zur deutschen Sozialdemokratie nicht wiederaufgenommen, habe keine Informationen ausgetauscht? Drei Tage später erklärte Clara ihrer Mutter, sie wolle eine Freundin auf dem Lande besuchen.

Konnte sie es verantworten, eine Rede über die französische Arbeiter*innenbewegung zu halten? Es gab so viel, was sie selbst nicht verstand! Was, wenn sie etwas Falsches erzählte?

In der Zeit der Sozialistengesetze hatte Clara das Lügen lernen müssen. Solange es zum Schutz der Bewegung war, gingen ihr die Worte erstaunlich leicht über die Lippen.

Ob ihre Mutter es glaubte oder nicht – Hauptsache, sie hatte etwas, das sie sagen konnte, wenn jemand nach Clara fragte. Die Kinder zu Hause bei ihrer Mutter zu lassen, wäre auffällig gewesen, also nahm sie sie mit. An der Ecke wartete Karl Pinkau, so hieß der Genosse, den Clara in Mosermanns Schrebergarten kennengelernt hatte.

Bis zum Versammlungsort war es weit. Die Genossen hatten für die »Geburtstagsfeier« eine kleine Waldschenke außerhalb der Stadt ausgewählt, in der normalerweise Spaziergänger*innen sonntags zu Mittag aßen. Für Clara war es, als würden sie auf einen Abgrund zuwandern, den sie hinunterzuspringen hatte. Seit drei Tagen dachte sie an nichts anderes als den Vortrag. Sie hatte kaum geschlafen, die Nächte damit verbracht, sich detaillierte Notizen zu machen und sie dann wieder zu verwerfen.

Die Kinder konnten kaum noch die Augen offen halten, als sie ankamen, und Clara war speiübel. Sie versuchte, sich nichts anmerken zu lassen, schob in einem Nebenraum zwei Sitzbänke zusammen und wickelte Maxim und Kostja in alle Jacken und Schals, die sie auftreiben konnte. Dann wurde es leise im Speisesaal der Waldschenke. Etwa zwanzig Genossen, alles Männer, saßen auf Holzbänken und blickten Clara gespannt an. Sie saß vorne an einem Tisch und rückte ihre vielen Notizblätter vor ihr zurecht, um Zeit zu gewinnen. Ihre Finger zitterten dabei leicht und deshalb zitterten auch die Notizblätter, sicher konnten es die Leute in der ersten Reihe sehen. Ihr Herz klopfte so laut, dass es ihr in den Ohren dröhnte. Trotzdem drang ein »Bravo, Frau Leslie!« aus den hinteren Reihen zu ihr durch.

Clara wusste, dass sie jetzt anfangen musste. Zum Sprechen ist nur leider Atem unverzichtbar, und der bebte in so kurzen, flachen Zügen in ihrer Lunge, dass sie sicher war, sie würde keinen Ton herausbringen. Sie brachte einen heraus – wenn auch einen hässlichen. Ihre Begrüßung klang krächzend, wie eine verstimmte Geige in der ersten Unterrichtsstunde. Der Husten stieg wieder aus ihrer Lunge hoch. Jemand rief »Lauter!«, Clara versuchte, etwas lauter zu sprechen, und kam sich dabei vor, als würde sie schreien. Sie sprach über die Frauenfrage, über ihre Versuche, die Arbeiter*innen in den Fabriken zu organisieren, und darüber, warum die Revolution nicht auf die Frauen verzichten konnte. Nicht alle ihrer Zuhörer hatten »Die Frau und der Sozialismus« von Bebel gelesen, aber alle sprachen davon und hörten nun Clara umso gespannter zu. Spätestens als sie bei Laura Lafargue und den anderen Kommune-Kämpfer*innen angekommen war, die sie persönlich kannte, flossen die Worte von alleine. Die Übelkeit war verflogen.

Sie sprach über die Frauenfrage, über ihre Versuche, die Arbeiter*innen in den Fabriken zu organisieren, und darüber, warum die Revolution nicht auf die Frauen verzichten konnte.

Dann stellte sie auf einmal fest, dass sie keine Ahnung hatte, wie viel Zeit vergangen war, dass sie wahrscheinlich schon viel zu viel geredet hatte. Ihr Publikum langweilte sich bestimmt, und plötzlich strömte nichts mehr aus ihrem Mund, als hätte jemand den

Hahn abgedreht. Sie starrte hilfesuchend ihre Notizen an, doch die bestanden nur noch aus zusammenhanglosen Buchstaben, die zurückstarrten und ihr nicht einmal verraten wollten, auf welcher Seite, bei welchem Thema sie gerade gewesen war. Die Stille drückte laut auf Claras Ohren, jede Sekunde, die verging, füllte den Raum wie giftiges Gas, bald würde es keine Luft zum Atmen mehr geben, der Raum würde explodieren und Clara mit ihm, aber das war in jedem Fall besser, als hier zu sitzen vor all diesen erwartungsvollen Augenpaaren. Dann fing jemand an zu klatschen.

Wieder hörte sie: »Bravo, Leslie!« und »Es lebe die Kommune!« Die Kommune … Der rote Faden fiel zurück in Claras zitternde Hände, sie hielt sich daran fest und war gerettet.

Nachdem sie geendet hatte, regnete es Applaus, Fragen, Einladungen zu anderen Versammlungen. Die Wärme kehrte in Claras Körper zurück und sie fühlte sich, als würde sie schweben oder als hätte sie zwei Gläser Champagner getrunken. (Nicht, dass sie schon einmal echten Champagner gekostet hätte, aber so stellte sie es sich vor.) Sie schwebte noch immer, als sie und Karl Pinkau über die dunklen Felder nach Hause wanderten, jeder ein schlafendes Kind auf dem Arm, und dabei für mögliche Spitzel aussehen mussten wie eine harmlose Bauernfamilie.

An einem Vormittag im April 1887 klingelte es an der Tür der Rue Flatters Nr. 10. Clara war gerade dabei, die Kinder zu baden. Ossip öffnete die Tür und Clara hörte aus dem Flur die Worte: »Polizei. Die Wohnung ist gepfändet.« Vor drei Tagen wäre die Miete für April fällig gewesen und sie hatten für März und Februar noch nicht bezahlt. Clara spülte Maxim den letzten Schaum aus den Haaren und zog die beiden so schnell an, wie es möglich war, ohne hektisch zu werden. Sie wollte die Kinder nicht unnötig verängstigen. Das war nicht einfach, während um sie herum die Polizisten das Besteck an sich nahmen, den Füllfederhalter, die Öllampe und das Geld in der Küchenschublade, das Clara gestern beim Deutschunterricht verdient hatte.

Sie hatte gerade erst Kostja die kleinen Schuhe angezogen, als sie sah, wie ein Polizist mit einer behandschuhten Hand durch ihre Papiere auf dem Schreibtisch raschelte und sie dann alle einsteckte.

Sie hatte gerade erst Kostja die kleinen Schuhe angezogen, als sie sah, wie ein Polizist mit einer behandschuhten Hand durch ihre Papiere auf dem Schreibtisch raschelte und sie dann alle einsteckte. »Halt! Sie können doch nicht …!« Er konnte. Die Notizen für die Porträts der Führungspersönlichkeiten der französischen Arbeiter*innenbewegung, der angefangene Text über die Agrarfrage, die Briefe von Karl Kautsky und Wilhelm Liebknecht – alles verschwand in einer großen, schwarzen Ledertasche. Sie hatten umgehend die Wohnung zu verlassen.

Eine halbe Stunde nach dem Klopfen an der Tür standen Clara und Ossip an der kühlen Frühlingsluft auf der Straße, mit zwei kleinen Kindern auf dem Arm und ihrer

Bettdecke über den Schultern. Sie gingen einfach los und hielten sich gegenseitig an der Hand, um sich Mut zu machen. Sie fragten bei einigen Herbergen und Hotels in der Nähe nach einem Zimmer, aber offensichtlich gab es keine Zimmer für eine obdachlose Immigrantenfamilie ohne Bargeld. Es wurde dunkel und sie hatten noch immer keine Bleibe gefunden. Gegen neun Uhr abends begegneten sie einer russischen Bekannten aus dem Viertel, die oft zu Claras Salons gekommen war. Sie war gerade auf dem Nachhauseweg von ihrer Schicht. Sie nahm die vier mit, schickte ihren jüngeren Sohn zum Krämer, um noch etwas mehr Brot zu kaufen, und ordnete dem Ältesten an, die kleine Kammer herzurichten, in der er selbst normalerweise schlief. Er würde in den nächsten Tagen auf der Küchenbank schlafen und die Familie Zetkin in dem schmalen Bett in der Kammer, neben Putzutensilien, Wintermänteln und Sonntagsanzügen. In dieser Nacht wand sich Ossip noch lange und ächzte leise, sein Gesicht war verzerrt. Vielleicht ein Albtraum, dachte Clara. Der Himmel vor dem kleinen Fenster ging schon von schwarz zu grau über, als sie einschlief.

Nach mehreren Wochen bei verschiedenen Freund*innen und Bekannten in der russischen Kolonie fanden die Zetkins eine Wohnung in der Rue de la Glacière im 13. Arrondissement. Sie war kleiner, die Fenster noch undichter und die Wände noch schimmliger als in der Rue Flatters, doch sie war nicht weit von ihrer früheren Nachbarschaft entfernt und der Vermieter war ein Bekannter des Cousins eines Freundes aus der russischen Kolonie.

Immer öfter hatte Ossip Schmerzen, in den Beinen, der Hüfte, dem unteren Rücken. Vielleicht war es von der Anstrengung, ihre wenigen Habseligkeiten alle paar Tage von einer Wohnung zur nächsten zu tragen. Wenn sie sich erst einmal eingerichtet hatten, würde er sich sicher bald erholen, beruhigte ihn Clara. Sie hatten gerade einige der Mauselöcher im Fußboden gestopft, den Herd repariert und ein Sofa vom Sperrmüll in die Wohnung getragen, als Ossip eines Morgens nicht mehr aufstehen konnte. Seine Beine taten nicht, was er von ihnen verlangte. Erst sprachen die Ärzte von Rheuma, doch bald war klar, dass es das nicht sein konnte. Vermutlich war es eine Erkrankung des Rückenmarks.

Ossips gesamte untere Körperhälfte war bereits gelähmt. Clara ließ einen Arzt nach dem anderen kommen und musste bald feststellen, dass auch sie nicht weiterwussten. Sie kaufte all die teuren Medikamente, die sie Ossip verschrieben, doch sie linderten seine Schmerzen kaum. Clara übernahm Ossips Aufträge, seine Pflichten im sozialdemokratischen Verein, sie pflegte ihn, so gut sie konnte, kümmerte sich um die Kinder und versuchte gleichzeitig, noch mehr zu arbeiten, um die Familie ernähren zu können und genug Geld für all die Arztbesuche und Medikamente zu verdienen. Es ging nicht lange gut. Clara blieb nichts anderes übrig, als ihre Freunde um Unterstützung zu bitten.

ANTISEMITISMUS: ALLTAGSERFAHRUNGEN UND SOLIDARISCHE ALLIANZEN

GESPRÄCH MIT KATRIN REIMER-GORDINSKAYA UND SELANA TZSCHIESCHE

Immer wieder gibt es Auseinandersetzungen in der Linken darüber, was Antisemitismus ist, wo er anfängt oder in welchem Verhältnis er zu Rassismus steht. Was in diesen Debatten oft aus dem Blick gerät, ist die jüdische Erfahrung von antisemitischer Diskriminierung und Gewalt in Deutschland. Der »Berlin-Monitor 2020« rückt die Perspektive von Jüd*innen in den Fokus und fragt nach Alltagserfahrungen, Solidarität und möglichen Allianzen.

Ende letzten Jahres habt ihr im Rahmen des »Berlin-Monitors« eine Studie mit dem Titel »Antisemitismus, Heterogenität, Allianzen« veröffentlicht. Worum geht's?

SELANA: Der »Berlin-Monitor« erhebt seit 2019 politische Einstellungen und Diskriminierungserfahrungen in der Berliner Bevölkerung. In qualitativen Befragungen loten wir außerdem aus, welche Hindernisse und Chancen es für progressive Allianzen innerhalb der heterogenen Stadtgesellschaft gibt. 2019 lag der Schwerpunkt auf Antisemitismus. Wir haben Interviews mit 30 mehrheitlich jüdischen, aber auch nicht-jüdischen Berliner*innen geführt, die zu dem Thema arbeiten oder politisch aktiv sind.

Was war euer Interesse?

KATRIN: Wir wollen zu einem kollektiven Lernprozess beitragen. In der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft müssen wir begreifen, dass Antisemitismus eine gegenwärtige und »gewaltvolle Praxis ist, die Menschen in ihrem Alltag trifft«, wie es eine Person im Interview ausgedrückt hat. Wie erleben Jüd*innen Antisemitismus und wie gehen sie mit ihm um? Bislang gibt es dazu kaum allgemein zugängliches Wissen. Für

widerständiges und solidarisches Handeln ist das aber elementar. Die wenigen Studien machen deutlich, dass das Problem in der Mehrheitsgesellschaft unterschätzt wird. Manche denken, beim Alltagsantisemitismus ginge es um Lappalien. Aus jüdischer Perspektive handelt es sich aber um ein komplexes, belastendes und gefährliches Geschehen.

Inwiefern?

SELANA: Unsere Gesprächspartner*innen beschreiben antisemitismusbezogene Erlebnisse als Dauerbegleiter im Alltag. Das kann damit anfangen, als Kind in der Schule als »Ausnahmeerscheinung« behandelt und als Jugendliche mit vermeintlich witzigen Fragen nach dem »Judengold« konfrontiert zu werden, sich im Büro mal wieder rechtfertigen zu müssen, dass man nicht erreichbar sein wird, weil Pessach gefeiert wird, oder sich für die israelische Politik rechtfertigen zu sollen. Es geht weiter damit, beim Lesen eines hebräischsprachigen Buchs in der U-Bahn schräge Blicke zu ernten, in der Synagoge Angst vor Angriffen zu haben, am Briefkasten antisemitische Schmierereien zu entdecken oder auf dem Alex aus heiterem Himmel verbal attackiert zu werden.

»Manche denken, beim Alltagsantisemitismus ginge es um Lappalien. Aus jüdischer Perspektive handelt es sich aber um ein komplexes, belastendes und gefährliches Geschehen.«

Ein*e Gesprächspartner*in eurer Studie sagt: »Es kann im Prinzip jeder sein.«

KATRIN: Ja, es geht um Erfahrungen in der Schule und am Arbeitsplatz, im analogen und digitalen öffentlichen Raum, im häuslichen und politischen Umfeld. Die Urheber*innen können also nahestehende Personen oder

KATRIN REIMER-GORDINSKAYA ist Kritische Psychologin. Sie lehrt und forscht an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Aktuell beschäftigt sie sich mit Spielräumen verbindender Politiken im ländlichen und urbanen Raum.

SELANA TZSCHIESCHE ist Philosophin und Sozialwissenschaftlerin. Sie forscht im Rahmen des »Berlin-Monitors« zu strukturellen Ausschlüssen in der Berliner Stadtgesellschaft.

völlig Unbekannte sein. Da Antisemitismus in allen sozialen Gruppen und politischen Strömungen Berlins auftaucht, lassen sie sich auch nicht an einem bestimmten Profil erkennen oder präventiv meiden. All das schränkt einen selbstbestimmten jüdischen Alltag stark ein, verletzt das Recht auf körperliche Unversehrtheit und ist potenziell lebensbedrohlich.

Wie hängen diese Alltagserfahrungen mit Antisemitismus als Ideologie oder ideologischer Praxis zusammen?

KATRIN: Ein wichtiges Moment ist, was in postkolonialen Theorien als »Othering« bezeichnet wird. Wir nennen es mit Blick auf die spezifische Geschichte der Judenfeindschaft »Besonderung«, also die dominanzkulturelle Konstruktion von Jüd*innen als »Andere«. In vielen verbalen und manchen physischen Aggressionen kommen außerdem Topoi des Antijudaismus und Antisemitismus zum Ausdruck – das reicht von der Vorstellung, dass Juden als Gruppe eine besondere Macht zukommt, »1942 das beste Jahr der deutschen Geschichte« war bis hin zum aktuell zirkulierenden Mythos, George Soros sei verantwortlich für den »großen Austausch« – oder eben die Bedrohung durch terroristische Gewalt.

In der Studie sprecht ihr vom »Israel-Blick« der Mehrheitsgesellschaft – was ist damit gemeint?

KATRIN: Dass Jüd*innen quasi automatisch mit Israel identifiziert werden, ganz unabhängig davon, ob sie etwas oder was sie mit dem Land zu tun haben. Allein dadurch werden sie zu »Anderen« gemacht, woran sich Aggressionen und Bedrohungen knüpfen können.

Ihr betont die Heterogenität jüdischen Lebens in Deutschland. Warum ist das so wichtig?

SELANA: Eine Gesprächspartnerin schilderte uns, dass sich Jüd*innen im deutschen Gedächtnistheater als »Repräsentanz des wieder gut gewordenen Deutschlands« oft »von einer Opferrolle in die nächste« gedrückt fühlen. Ein anderer, dass Medien nach wie vor stereotype Bilder von Jüd*innen verbreiten. Als wirkliche Personen tauchen sie kaum auf. Dabei sind jüdische Berliner*innen so heterogen wie die Stadtgesellschaft insgesamt: Sie haben Migrationsgeschichten, ost- oder westdeutsche Biografien, sind homo oder hetero, religiös oder säkular, links oder konservativ. Das klingt banal, ist aber gerade mit Blick auf die Frage nach Solidarität und nach Allianzen sehr wichtig.

Warum?

KATRIN: Dass Jüd*innen queer oder von Sexismus betroffen sein können, dass sie als Migrant*innen Diskriminierung erleben und als Menschen, die mit wenig Geld über die Runden kommen müssen, marginalisiert sind – all das zeigt ja, dass Herrschaftsverhältnisse verflochten sind. Das kann ein Ansatzpunkt für gemeinsame Gegenwehr sein und es ist wichtig für die Frage, wie eine Gesellschaft der Vielen aussehen kann, in der Jüd*innen und jüdische Communities selbstverständlich präsent sind.

Jüd*innen werden teils als *invisible minority* beschrieben, denen die Möglichkeit des *passing* offenstehe, also die Möglichkeit, als Angehörige der Mehrheitsgesellschaft ›durchzugehen‹.

KATRIN: Zum notgedrungen defensiven Umgang mit Alltagsantisemitismus gehört es für Jüd*innen beispielsweise, sich genau zu überlegen, wem man überhaupt mitteilt, jüdisch zu sein, den Magen David in der Öffentlichkeit nicht sichtbar zu tragen oder keine Mesusa an der Wohnungstür anzubringen. All das ist Ausdruck antisemitischer Gewaltverhältnisse und fehlender Solidarität. Und weil die Normalität fehlt, wird die eigentlich selbstverständliche Information, jüdisch zu sein, dann eher zu einem ›Bekenntnis‹. Deshalb und um philo- oder antisemitische Übergriffigkeiten zu vermeiden, bleiben manche lieber ›im Schrank‹.

Was meinst du mit philosemitischen Übergriffigkeiten?

SELANA: Eine Gesprächspartnerin schilderte beispielsweise, wie auch Bekannte sie ungefragt als jüdisch vorstellten und eben auf diese ›positive‹ Weise eine Differenz markierten. Das hinterlässt Spuren – die betroffene Person wollte am liebsten im Boden versinken.

Du hast gesagt, diese Abwägung, sich zu ›bekennen‹ oder zu ›passen‹, also dieser defensive Umgang mit dem Jüdischsein, sei auch Ausdruck fehlender Solidarität. Was könnte da helfen?

SELANA: Als wichtig wurden informelle Netzwerke benannt, in denen man sich austauschen und gegenseitig stärken kann. In den letzten Jahren sind zudem einige professionelle Beratungs- und Monitoringstrukturen entstanden, die zum Empowerment in jüdischen Communities beitragen. Sie systematisieren das Wissen über Alltagsantisemitismus, kommunizieren es öffentlich und klären über Umgangsweisen auf. Dadurch werden die Spielräume für widerständiges und auch für solidarisches Handeln größer. Die neue ›Awareness‹ für diese komplexe Wirklichkeit von Alltagsantisemitismus gilt es nun, in der – auch linken – Mehrheitsgesellschaft auszuweiten.

Die Bereitschaft, sich mit Antisemitismus auseinanderzusetzen, scheint in der Breite der Linken nicht besonders groß.

KATRIN: Naja, es ist nicht nur in der Linken so, dass Hinweise auf Antisemitismus teils als unberechtigte Vorwürfe abgetan werden. Kaum jemand möchte nach dem Holocaust von sich sagen müssen, antisemitisch zu agieren. Gleichzeitig ist es ja eine weitgehende Selbstverständlichkeit linker Praxis, die Perspektive von ›Betroffenen‹ starkzumachen. Insofern sollte auch gehört werden, was Jüd*innen über Alltagsantisemitismus zu sagen haben.

Kontroversen entspinnen sich immer wieder zwischen eher antiimperialistischen und antideutschen Fraktionen. Ist eure Studie vor allem für die große Mehrheit dazwischen interessant?

KATRIN: Absolut. Diesen Kontroversen liegt teils die Annahme zugrunde, man müsse eine Position zum Nahostkonflikt beziehen, um sich gegen israelbezogenen Antisemitismus zu stellen. Das stimmt aber nicht. Vielmehr geht es darum, inwieweit hierzulande antisemitische Stereotype auf Israel projiziert werden und sich über diesen ›Umweg‹ gegen Jüd*innen richten.

SELANA: In unserer Studie zeigt sich, dass jüdische Berliner*innen unabhängig von ihrer politischen Haltung oder Staatsangehörigkeit

für diesen Konflikt verantwortlich gemacht und aggressiv adressiert werden. Das ist eine aufreibende Erfahrung und geht – leider auch in linken Gruppen und Bündnissen – häufig mit Ausschlüssen von Jüd*innen einher. Das behindert die Bildung von Allianzen, gerade auch gegen die autoritäre Rechte.

»Solche Bündnisse gegen Rechts aufzubauen, erfordert Lernprozesse in Bezug auf Antisemitismus vor allem in der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft.«

Worauf können solche Allianzen aufbauen?
KATRIN: Ein Gesprächspartner, der eingewandert ist, sprach davon, eine »doppelte Zielscheibe« zu sein, als Jude und Migrant. Die Rechte ist für viele Menschen aus unterschiedlichen Gründen bedrohlich und das sollte Anlass sein, sich zusammenzutun. Aber solche Allianzen entstehen nicht automatisch, sondern müssen praktisch hergestellt werden.

In der Prozessbegleitung zum Anschlag in Halle wurde das Gemeinsame der Kämpfe gegen Antisemitismus und Rassismus sehr starkgemacht.
SELANA: Ja, vorher hatte das NSU-Tribunal sichtbar gemacht, dass und wie Antisemitismus in der Praxis dieser Nazis wirksam war – nachdem jüdische Akteur*innen darauf hingewiesen hatten. Es geht also auch um solidarische Aushandlungen als Teil einer gemeinsamen Praxis. Solche differenzsensiblen Bündnisse gegen Rechts aufzubauen, erfordert Lernprozesse in Bezug auf Antisemitismus vor allem in der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft.

In Bezug auf solche Allianzen spielt das Konzept der Intersektionalität eine wichtige Rolle. Scheint euch das hilfreich?
KATRIN: Jein. Der Begriff sensibilisiert für das ältere Problem, dass in politischer Organisierung Blindstellen entstehen und bestimmte Gruppen marginalisiert werden können. Das gerade erwähnte Beispiel des NSU-Tribunals zeigt, dass diese Frage aus jüdischer Perspektive gestellt wird. Insofern ist das produktiv. Gleichzeitig steht im Zentrum intersektionaler Ansätze traditionell die Trias *race* – *class* – *gender*. Unsere Gesprächspartner*innen haben darauf hingewiesen, dass Antisemitismus hier nicht nur häufig rausfällt, sondern dass der Mythos ›jüdischer Macht‹ manchmal sogar dazu führt, Jüd*innen als privilegiert wahrzunehmen und deshalb nicht als diskriminiert in diesem Sinne. Das erschwert die Entwicklung von Bündnissen.

Ihr sprecht deshalb von »Verknüpfungen« zwischen Antisemitismus und anderen Formen der Diskriminierung. Wie sehen die aus?
SELANA: Ein wichtiges Beispiel ist die Verbindung von Antisemitismus und deutschen Migrationsregimen, weil sehr viele jüdische Berliner*innen damit Erfahrungen gemacht haben. Die letzte DDR-Regierung schuf 1990 eine Möglichkeit zur Einreise sowjetischer Jüd*innen. Nach der Wende wurde daraus die bis 2005 geltende »Kontingentflüchtlingsregel«. Dadurch sind viele (post-)sowjetische Jüd*innen durch deutsche Aufnahmelager gegangen und haben ähnliche Erfahrungen wie Geflüchtete und andere Migrant*innen gemacht: das Leben in Sammelunterkünften, rassistische Anfeindungen, Hürden bei der

Wohnungs- und Arbeitssuche, die Nichtanerkennung von Bildungstiteln, das Leben von Hartz IV, institutionelle Diskriminierung in der Schule, Altersarmut. Eine Gesprächspartnerin wies darauf hin, dass sie im Vergleich zu anderen nicht »durch ’nen Krieg« gegangen sei und ihr Aufenthalt relativ sicher war. Zugleich hängt dieser Aspekt des Migrationsregimes mit Antisemitismus zusammen: Die »Kontingentflüchtlingsregel« sollte eine großzügige Geste der Wiedergutmachung darstellen. Diese Kombination aus rituellem Selbstlob der Politik, Instrumentalisierung der Migrant*innen als »Vorzeigejuden« und Ignoranz gegenüber ihren realen Alltagsproblemen wird von Gesprächspartner*innen stark kritisiert.

Und welche Bedeutung hat der Blick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Migrationsregimen und Migrationserfahrungen für die politische Organisierung?

KATRIN: Das Beispiel zeigt exemplarisch, wie Migrationsregime spaltend wirken, sich aber trotzdem gemeinsame Interessen ausarbeiten lassen, ohne die Differenzen zu ignorieren. Als Kontingentflüchtlinge wurden Jüd*innen zwischen Asylsuchenden und Spätaussiedler*innen positioniert: Sie hatten sichere Aufenthaltstitel, erhielten aber nicht gleich die Staatsbürgerschaft und konnten auch ihre Erwerbsarbeitsjahre in der UdSSR nicht für die Rente geltend machen. Solche Unterschiede und die sich daraus ergebenden Teilhabemöglichkeiten müssen benannt werden, ohne sie zu verabsolutieren. So können in Anerkennung der Differenzen gemeinsame Interessen formuliert werden – etwa die Kritik an einem hierarchisierenden Migrationsregime und die Forderung nach unteilbaren sozialen Rechten.

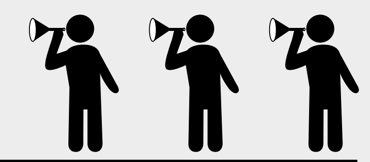
In vielen sozialen Kämpfen wird eine Politik der »ersten Person« gefordert. Was bedeutet das für Jüd*innen und die Gegenwehr gegen Antisemitismus?

KATRIN: Mein Eindruck ist, dass es zumindest in Berlin ein Gelegenheitsfenster dafür gibt, dieses Prinzip ernst zu nehmen und mit Leben zu füllen, weil die jüdischen Communities hier vergleichsweise stark und auch in diversen Politikfeldern aktiv sind. Die Frage ist vermutlich eher, inwieweit sich die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft dafür noch mehr öffnet. Derzeit können sich Jüd*innen nicht immer unproblematisch dort organisieren, wo sie es wollen, weil sie entweder als »jüdisches Feigenblatt« instrumentalisiert werden oder sich zuerst »von Israel distanzieren« sollen.

SELANA: Wir waren traurig überrascht, dass das eine Erfahrung ist, die sich bei vielen bewegungspolitischen Akteur*innen mindestens seit den 1990er Jahren ähnelt. Antisemitismus in der Linken ist nicht das einzige und sicher nicht das größte antisemitismusbezogene Problem in Berlin. Aber es ist unser Problem, wenn jüdische Antifaschist*innen, Feminist*innen und LGBTIQ sich gerade dort nicht wohlfühlen, wo sie gemeinsam mit anderen gegen Faschismus, Sexismus, Trans- und Homophobie aktiv sein wollen. Aber auch hier sehe ich in den gegenwärtigen Debatten um eine Gesellschaft der Vielen eigentlich gute Chancen für solidarische Allianzen.

Das Gespräch führte Barbara Fried.

WAS WAR



»R IS FOR ROSA«

DREITEILIGE VIDEOREIHE VON PAUL MASON

»Warum ist Rosa Luxemburg heute noch wichtig?«, fragt der britische Journalist und Filmemacher Paul Mason in den drei Episodenfilmen, die er für die Rosa-Luxemburg-Stiftung produziert hat. Anhand der Themen »Reform oder Revolution« (I), »Imperialismus und Krieg« (II) und »Ordnung herrscht in Berlin« (III) zeigt Mason, warum Luxemburgs Ideen und ihr Denken nichts an Aktualität verloren haben.
Die Videoreihe ist Teil eines breiten Angebots der Rosa-Luxemburg-Stiftung anlässlich des 150. Geburtstags ihrer Namensgeberin am 5. März 2021. Das Online-Dossier »Rosa150« gibt einen Überblick über das vielgestaltige Angebot und ermöglicht es, einzelne Formate nachträglich anzuschauen, anzuhören oder nachzulesen.

Online-Dossier:
www.rosalux.de/rosa150

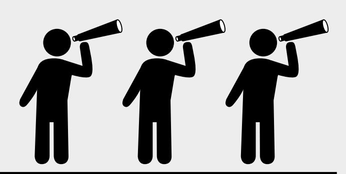
DIE (RE-)KONSTRUKTION DER WELT

KONFERENZ ZU HILFE, SOLIDARITÄT UND POLITIK, 12.–14. FEBRUAR 2021

Viele Krisen fügen sich derzeit zu einer Weltkrise, die sich in der Coronapandemie verdichtet. Der Zerfall der alten Weltordnung und der suprastaatlichen Strukturen, das Eindringen der Ökonomie in jeden Winkel des Lebens, die Rückkehr einer autoritären Nationalstaatlichkeit, die Klimakrise und die Kapitulation der Politik – alle Symptome dieser Krise bringt das Virus auf den Punkt. Unausweichlich und handgreiflich wird die Weltkrise dort, wo das Überleben von Abertausenden, manchmal sogar Millionen Menschen von der Hilfe abhängt, die ihnen gewährt oder verweigert wird. In welcher Welt leben wir, wenn Hilfe nur noch eine Weltordnung stabilisiert, die immer hilfsbedürftiger wird? Und: Was ist das für eine Welt, in der Hilfe nur noch Ausdruck der Unfähigkeit ist, sie anders und besser zu machen?
Aber nicht nur die miserable Lage der Welt, sondern auch und vor allem die Möglichkeiten ihrer Rekonstruktion zu einem Ort, den zu bewohnen es sich endlich lohnt, waren Themen der internationalen Konferenz, die gemeinsam von ECCHR, Feminism and the Global South, Friedrich-Ebert-Stiftung, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Institut für Sozialforschung, International Institute of Political Murder, medico international und der Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstaltet wurde. Die Vorträge und Foren können in unserer Videodokumentation angesehen werden.

Videodokumentation:
www.rosalux.de/dokumentation/id/43795/

WAS KOMMT



TL;DR – THEORIE FÜRS OHR

NEUE PODCASTREIHE DER STIFTUNG

Too long, didn't read – so geht es nicht wenigen beim Anblick der Klassiker linker Theorie. Die über zweitausend Seiten langen »Gefängnishefte« von Antonio Gramsci, die komplizierten Schinken von Karl Marx oder Edward Said – wer keine Zeit hat, die Bücher alleine durchzuackern und leichteren Zugang zu den Werken sucht, kann jetzt den Theoriepodcast der Rosa-Luxemburg-Stiftung hören.
Alex Demirović stellt in den Podcastfolgen Schlüsselwerke linker Theorie vor. Zusammen mit Gästen diskutiert er die zentralen Thesen der Werke und ihre heutige Relevanz. Die Spannbreite reicht dabei vom klassischen Marxismus über die Kritische Theorie, Feminismus, antikoloniale Theorie und Poststrukturalismus bis hin zu Hegemonietheorie und Existenzialismus.

Abonnieren unter:
https://rls-theoriepodcast.podigee.io/

»KRIEG UND FRIEDEN«

AUSSTELLUNG IN BERLIN, 21. JUNI – 29. OKTOBER 2021

Pablo Picasso war verwundert darüber, dass seine 1949 gemalte Mailänder Lockentaube zum weltweit berühmten Friedenssymbol wurde. Dieses und seine Wandgemälde »Der Krieg« und »Der Frieden« (1952) sind neben weiteren Kunstreproduktionen ab Juni am neuen Sitz der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu sehen. Die



Buffet bei einer Waffenmesse 2019. Das Foto von Nikita Teryoshin © ist Teil der Ausstellung »Krieg und Frieden«.

Ausstellung »Krieg und Frieden« widmet sich einem alten Thema der Menschheitsgeschichte, das gleichzeitig hochaktuell ist. Was so schlicht binär daherkommt und scheinbar so einfach zu erfassen ist wie der Gegensatz Krieg/Frieden ist facettenreich und bietet eine Vielzahl von Bezügen zu historischen Ereignissen wie zu aktuellen politischen Diskussionen.
Für diese aufwendig recherchierte Ausstellung wurden verschiedene Kunstformate, Bild- und Textdokumente, Zahlen und Fakten zu Krieg und Friedensbewegung, Waffenexport und Migration, Zerstörung und Hoffnung zusammengetragen. Ihr besonderer Reiz liegt im Wechsel der Perspektiven: von der Kunst zur Politik, von Fakten zu Eindrücken. Zeit- und Epochensprünge sind aufgrund der Materialfülle unabdingbar und beabsichtigt. Als Ausstellungsfläche dienen die großen Fenster im Foyer des Gebäudes. So können Teile der Ausstellung auch von außen betrachtet werden, sind ein Angebot für politische Bildung und Debatte und wirken damit in den Stadtraum hinein.
Die Ausstellung findet anlässlich des 80. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 statt.

Anmeldung und weitere Infos:
www.rosalux.de/krieg-und-frieden

WORKERS RISING EVERYWHERE

WEBSEMINAR, 18. MAI BIS 22. JUNI 2021

Im Mai startet der vierte Kurs der Reihe »Organizing for Power« (O4P) unter der Leitung von Jane McAlevey. Bereits mehr als 10 000 Organizer*innen aus 70 Ländern wurden in den letzten 15 Monaten in diesem internationalen Trainingsprogramm ausgebildet. Auch in diesem O4P-Kurs geht es darum, sich von internationalen Beispielen der Gegenwehr inspirieren zu lassen. Mit unterschiedlichen Methoden und Übungen in Kleingruppen wird auf folgende Kernpunkte fokussiert: Charting/Mapping, Identifikation von Führungspersonen, Eins-zu-eins-Gespräche, Strukturtests.

Anmeldung und weitere Infos:
www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/6HR6D

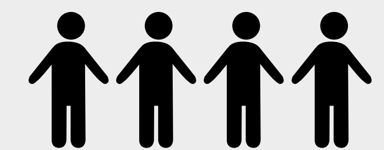
WIR KÖNNEN AUCH ANDERS!

SEMINAR ZU SELBSTVERWALTETER PRODUKTION, 20.5. / 27.5. / 2.6.2021

Arbeiter*innen und Beschäftigte auf der ganzen Welt – in grundverschiedenen politischen Systemen und während unterschiedlichster Krisen – haben Betriebe übernommen, die geschlossen werden sollten. In den vergangenen 20 Jahren waren es über 1 000 Betriebe, die von ihnen besetzt, erkämpft und unter Selbstverwaltung weitergeführt wurden, die meisten davon in Lateinamerika, in den vergangenen Jahren aber auch vermehrt in Europa und den USA. Dazu gehören Metall- und Schuhfabriken, Krankenhäuser, Druckereien und Hotels.
Die zu erwartende Welle von Kündigungen, Rationalisierungen und Betriebsschließungen nach dem Auslaufen der Pandemie-Entschädigungen setzt das Thema weltweit wieder auf die Tagesordnung. Was können wir aus den bisherigen Erfahrungen lernen?
Das Seminar »Wir können auch anders!« beschäftigt sich in drei Sitzungen mit Betriebsbesetzungen zur Übernahme in Selbstverwaltung. Nach einem kurzen Überblick über die Geschichte der Arbeiterkontrolle werden aktuelle Besetzungen in verschiedenen Ländern untersucht.

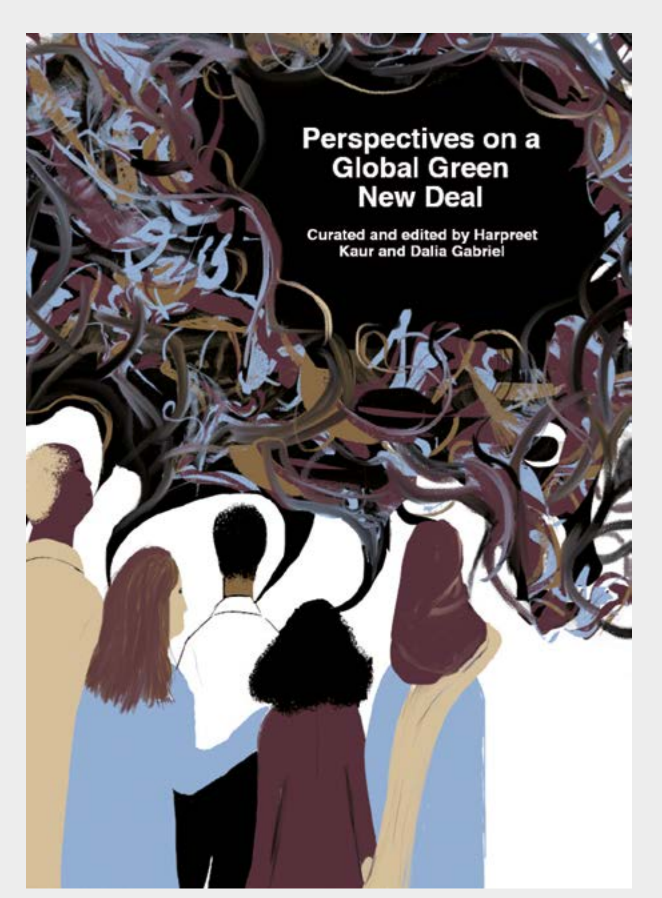
Weitere Infos:
www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/E4M92/#pk_campaign=adb

MIT WEM



PERSPEKTIVEN EINES GLOBALEN GREEN NEW DEAL

Mit einem Green New Deal soll die Klimakrise bewältigt werden – mit einem transformativen politischen und wirtschaftlichen Programm, Investitionen in öffentliche Infrastrukturen, bezahlbarem umweltfreundlichem Transport und einem Wandel von oligarchischen Energieunternehmen hin zu einem demokratischen Gemeinschafts- oder öffentlichen Eigentums- und Investitionsmodell. Dass dabei auf einen *gerechten* Übergang gepocht wird, stellt einen Wandel im Klimadenken des globalen Nordens dar, der bisher Umwelt und Klimaschutz als abstrakte, von wirtschaftlichen und politischen Systemen getrennte Kategorien betrachtete. Allerdings bleibt die Debatte weitgehend in nationalen Vorstellungen gefangen, statt nach globalen Ansätzen zu suchen.
Hier greift der Global Green New Deal ein. Er bündelt das Wissen von Klimaaktivist*innen aus der ganzen Welt, um einen alternativen Rahmen für den Green New Deal anzubieten. Dieser geht über abstrakte Plattitüden des »Internationalismus« hinaus und verwendet stattdessen Fallstudien konkreter politischer Maßnahmen, um uns alle herauszufordern, über nationale Grenzen hinauszudenken. Dieses Projekt wurde während des Festivals *The World Transformed*, an dem sich das London-Büro der Stiftung aktiv beteiligt, geboren. Die beiden Kuratorinnen dieses Buchprojekts, die Menschenrechtlerin Harpreet Kaur Paul und Dalia Gebrial von der London School of Economics, stellen acht konkrete Themenbereiche vor und lassen Politiker*innen, Aktivist*innen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen aus aller Welt zu Wort kommen. Ein Buch also für alle, die einen internationalen Zugang zu einem Schlüsselthema unserer Zeit suchen. Dieser englischsprachigen Publikation ist eine Website gewidmet, die ebenso wie die gedruckte Ausgabe kunstvoll illustriert ist.



Download und weitere Infos:
https://global-gnd.com

WAS BLEIBT VOM ARABISCHEN FRÜHLING?
ZEHN JAHRE REVOLUTION UND BEWEGUNG IN WESTASIEN UND NORDAFRIKA

Die Aufstände auf dem Tahrir-Platz in Kairo am 25. Januar 2011 läuteten den Beginn des Arabischen Frühlings ein. Anlässlich des zehnten Jahrestages setzt sich eine Reihe von Veranstaltungen mit den Aufständen und deren Nachwirkungen auseinander. Die neue Website von NAWARA (North-Africa West-Asia Artists, Activists and Researchers Alliance), eine Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, lässt in kreativen Bildungsformaten die Revolutionsdekade als eine »Zeit in Bewegung« begreifen, anstatt sie unter »Erfolg« oder »Scheitern« einzuordnen. Das Projekt will sich nicht auf bloßes Erinnern beschränken, sondern verfolgt die Nachwirkungen der Revolutionen als Kontinuum, in dem es neue Realitäten zu gestalten gilt. Dafür werden die unterschiedlichsten Mittel und Medien genutzt: Storytelling, Film, Podcasts, Texte, aber auch Diskussionen und Begegnungen, Forschung, Visualisierungen und mehr.

Auch die Themenseite der Stiftung, »Widerstandsbewegungen vernetzen«, greift Beiträge aus den Gesprächskreisen des »Al Salon« auf. Hier werden Erfahrungen von Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen und Künstler*innen in den Blick genommen. Die zum Teil sehr intensiven und berührenden Texte verdeutlichen, wie sehr das Private politisch ist und wie einige Themen völlig aus den politischen Fragestellungen ausgeblendet werden, obwohl sie Teil kollektiver Erfahrungen sind. Ziel des Projekts ist es, zukunftsweisende Debatten rund um die Themen Revolution und Solidarität anzustoßen und zu verbinden.

Weitere Infos:
https://hrk-berlin.net
www.rosalux.de/connecting-resistances

WER SCHREIBT



DER LANGE WEG ZUR DROHNENMACHT
UNBEMANNTE SYSTEME BEI DER BUNDESWEHR

Der Krieg verändert sich, ständig. Zu den neueren Entwicklungen in der Aufrüstung, die ihre Befürworter*innen als »Ausrüstung« verharmlosen, gehören Drohnen, unbemannte Luftfahrzeuge. Als Aufklärungsdrohnen gibt es sie schon seit einigen Jahrzehnten. Die Bundesrepublik Deutschland gehörte zu den ersten Staaten, die auf diese neue Technologie setzten. Seit einiger Zeit werden die Bemühungen verstärkt, die Bundeswehr mit bewaffnungsfähigen Drohnen aus- und aufzurüsten. Die Friedensbewegung mobilisiert gegen die Drohnenbewaffnung und wird dabei von der LINKEN unterstützt. Sinnvoll erscheint dabei die Verknüpfung mit einer Kampagne gegen Airbus, denn der Luftfahrtkonzern ist im Hinblick sowohl auf bewaffnete als auch unbewaffnete Drohnen längst führender Servicedienstleister, nicht zuletzt für die Ausstattung des europäischen Grenzregimes Frontex.
In der vorliegenden Studie wird die Entwicklung der Beschaffung von Aufklärungs- und bewaffnungsfähigen Drohnen durch die Bundeswehr dargestellt. Der Autor Matthias Monroy zeigt auf, welch lange Vorlaufzeit dieser Prozess hatte und welche Tiefe er längst erreicht hat. Die Studie leistet damit notwendige Recherchearbeit für die politische Diskussion der Drohnenfrage innerhalb und außerhalb des Parlaments. Sie eignet sich insbesondere als unterstützendes Informationsmaterial für die vielen friedensbewegten Initiativen, die seit Monaten nicht zuletzt auf die SPD in der Bundesregierung einwirken, ihre Haltung in dieser Frage noch einmal zu überdenken. Zugleich soll sie als Bildungsmaterial die Öffentlichkeit über den Stand der Entwicklung informieren und zur demokratischen Willensbildung beitragen. Eine politische Entscheidung dieser Tragweite bedarf der breiten Öffentlichkeit; sie herzustellen muss das Anliegen aller demokratischen Kräfte sein.

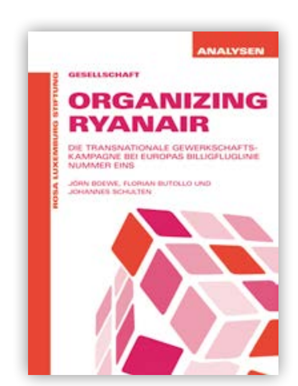
Download:
https://www.rosalux.de/publikation/id/43899/

ORGANIZING RYANAIR
ANALYSE TRANSNATIONALER GEWERKSCHAFTSARBEIT

Seit Ryanair 1997 den Sprung auf das europäische Festland wagte, hat sich das Unternehmen als zentraler Treiber prekärer Arbeitsverhältnisse im europäischen Luftverkehr positioniert. Durch aggressive Preispolitik, die konsequente Missachtung grundlegender Arbeitsrechte und eine feindselige Haltung gegenüber gewerkschaftlicher Organisierung hat die Billigfluggesellschaft aus Dublin schamloser als ihre Konkurrenten Arbeitsstandards im Luftverkehr gedrückt.
Mit dem ganz Europa umfassenden Arbeitskampf der Ryanair-Beschäftigten 2017/18 gelang es erstmals, den Konzern zur Anerkennung von Gewerkschaften zu zwingen und in verschiedenen Ländern Tarifverträge zu erkämpfen, die die dortigen Arbeitsbedingungen deutlich verbesserten. Maßgeblichen Anteil an dem Erfolg hatten die deutlich verbesserte internationale Kooperation bei der Planung und Umsetzung von Arbeitskampfmaßnahmen sowie die Kampagne #cabincrewunited. Jörn Boewe, Fabian Butollo und Johannes Schulten analysieren in der Broschüre »Organzing Ryanair«, was es für einen erfolgreichen transnationalen Arbeitskampf braucht.

Download:
www.rosalux.de/publikation/id/43815

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

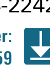


Jörn Boewe, Florian Butollo, Johannes Schulten
ORGANIZING RYANAIR
Die transnationale Gewerkschafts-kampagne bei Europas Billigfluglinie Nummer eins
ANALYSEN Nr. 63, 48 Seiten, Broschur
März 2021, ISSN 2194-2951

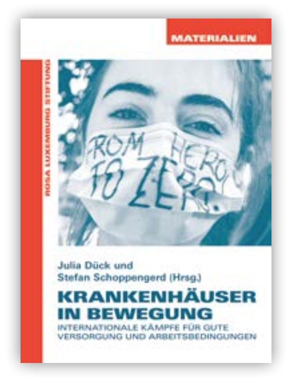

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/43815

Weitere Publikationen unter www.rosalux.de

Lucy Redler
UNSERE GESUNDHEIT, IHR PROFIT?
Fallstudien zu Union-Busting privater Gesundheits- und Pflegekonzerne und gewerkschaftlicher Gegenwehr
STUDIEN 2/2021, 52 Seiten, Broschur
Februar 2021, ISSN 2194-2242

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/43759






Julia Dück, Stefan Schoppengerd
KRANKENHÄUSER IN BEWEGUNG
Internationale Kämpfe für gute Versorgung und Arbeitsbedingungen
MATERIALIEN Nr. 35, 52 Seiten, Broschur
Dezember 2020, ISSN 2199-7713


Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/43510



Robert Maruschke
LINKES ORGANIZING
Interviews und Arbeitsmaterialien
36 Seiten, Broschur
Dezember 2019
ISBN 978-3-948250-07-2


Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/41297



Robert Maruschke, Miriam Pieschke, Rico Rokitte
TRANSFORMATIVE ORGANIZING
Reading the Practice
50 Seiten, Broschur
März 2019
ISBN 978-3-9818987-9-8


Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/40241



2/2020 GEGENHALTEN
Rechter Terror und rassistische Gewalt bedrohen unser Leben, unsere Politik, die Möglichkeit einer solidarischen Gesellschaft. Sie sind nicht neu, aber treten in neuen Konstellationen auf: als Zuspitzung einer autoritären Formierung, die bis in die bürgerliche Mitte, die Parlamente und Sicherheitsapparate reicht. Wo liegen die Ursachen? Was sind Strategien gegen Rassismus und rechte Gewalt? Wie lässt sich die Frage der Sicherheit den Rechten entreißen? Wie organisieren wir Selbstverteidigung und Solidarität? Kurz: Wie können wir kollektiv GEGENHALTEN?

BEITRÄGE VON Melanie Brazzell | Elsa Dorlin | Christina Feist| Florian Flörsheimer | Heide Gerstenberger | Benedikt Kern | Ferat Kocak | Julia Lis | Hannah Müller | Katharina König-Preuss | Martina Renner | Dominik Rigoll | Ismet Tekin | Vanessa E.Thompson | Sebastian Wehrhahn | Gerd Wiegel | Yves Winter | Berena Yogarajah u.a.

Dezember 2020, 144 S.



1/2020 BAHN FREI
Der Verkehr ist einer der größten Klima-Killer. In Deutschland verursacht er ein Fünftel der CO_2-Emissionen – Tendenz steigend. Autos fressen den städtischen Raum, verursachen Krankheiten und Todesfälle. Doch Alternativen fehlen, gerade auf dem Land, wo der ÖPNV kaputtgespart ist. Höchste Zeit, die BAHN FREI zu machen für eine sozial-ökologische Mobilitätswende. Wie schaffen wir einen Umstieg zu gerechter Mobilität mit weniger Verkehr? Wie lässt sich die Autoindustrie umbauen, ohne den Erhalt von Jobs gegen Klimaziele auszuspielen? Wie sieht ein ÖPNV aus, der einen »Luxus des Öffentlichen« für alle erfahrbar macht?

BEITRÄGE VON Janna Aljets | Tobias Haas & Markus Wissen| Denis Petri | Magdalena Heuwieser | Sabine Leidig | Winfried Wolf | Carl Wasmuth | Erdoğan Kaya | Lara Zschiesche | Manja Präkels | Anke Stelling | Steffen Mensching | bell hooks | Panagiotis Sotiris u.a.

April 2020, 140 Seiten



3/2019 SOCIALISM FOR FUTURE
Ohne Systemwende wird es keine Zukunft geben: Ökologische Zerstörung, der Aufstieg der Rechten und privater Reichtum stellen die Zukunft selbst infrage. Dass die planetarischen Grenzen erreicht sind, verengt den zeitlichen Horizont für linke Alternativen. Wie sieht eine Politik aus, die Hoffnung macht und Veränderungen bewirkt? Klimabewegung, feministische Mobilisierungen und das Projekt eines linken Green New Deal zeigen, dass sich viele nach einer solidarischen Gesellschaft sehnen. Das neoliberale Mantra »There is No Alternative« hat sich ins Gegenteil verkehrt. Zu einer radikalen Veränderung gibt es keine Alternative mehr. Sozialismus heißt, für die Zukunft zu sorgen.

BEITRÄGE VON Alex Demirović | Sarah Leonard | Verónica Gago | Étienne Balibar | Vishwas Satgar | Bini Adamczak | Jan Rehmann | Jan Dieren | Rhonda Koch | Moritz Warnke | Annett Gröschner u.a.

Dezember 2019, 144 Seiten



2/2019 SCHÖNER WOHNEN
Die Wohnungsfrage ist mit Wucht zurückgekehrt. In den großen Städten explodieren die Mieten, bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware. Zugleich machen immer mehr Menschen gegen den Mietenwahnsinn mobil. Hausgemeinschaften und Nachbarschaften organisieren sich. Die Forderung nach Enteignung großer Immobilienkonzerne erhält ungeahnte Zustimmung. Linke Landesregierungen wie der Berliner Senat versuchen den Kurswechsel. Doch wie lässt sich das Wohnen dem Markt entreißen? Wie sehen Alternativen aus, die nicht nur sozialer, sondern auch demokratischer sind? Wie geht eine linke Wohnungspolitik, die sich am Gemeinwohl orientiert und Ökologie und Soziales nicht gegeneinander ausspielt?

BEITRÄGE VON Margit Mayer | Andrej Holm | Katalin Gennburg | Knut Unger | Greta Pallaver | Armin Kuhn | Ulrike Hamann | Remzi Uyguner | Bea Fünfrocken | Christoph Trautvetter u.a.

Juni 2019, 136 Seiten



IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 1/2021
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Barbara Fried, barbara.fried@rosalux.org, Tel: +49 (0)30 44310-404
Kernredaktion: Harry Adler, Barbara Fried, Rhonda Koch und Hannah Schurian
Redaktion: Harry Adler, Michael Brie, Mario Candeias, Judith Dellheim, Alex Demirović, Julia Dück, Barbara Fried, Rhonda Koch, Katharina Pühl, Rainer Rilling, Thomas Sablowski, Hannah Schurian, Sabine Skubsch, Fanni Stolz, Ingar Solty, Eva Völpel, Moritz Warnke und Florian Wilde

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.org
Redaktionsbüro: Harry Adler, harry.adler@rosalux.org
Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
Twitter: http://twitter.com/luxemburg_mag

Abonnement: Seit 2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement
Förderabonnement: Jede Spende ist willkommen.

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur
www.text-arbeit.net

Grafik und Satz: Matthies Weber & Schnegg – Ausstellung, Kommunikation, Design
www.matthies-weber-schnegg.com

Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus



01
21

Lia Becker | Eric Blanc | Marcel Bois | Ulrike Eifler | Naika Foroutan | Alexander Harder | Paul Heinzel | Susanne Hennig-Wellsow | Olaf Klenke | Elsa Koester | Kalle Kunkel | Susanne Lang | Max Lill | Thomas Lißner | Rika Müller-Vahl | Sarah Nagel | Benjamin Opratko | Luigi Pantisano | Hanna Pleßow | Katrin Reimer-Gordinskaya | Thomas Sablowski | Daniel Schur | Jana Seppelt | Jeannine Sturm | Selana Tzschiesche | Jan van Aken | Moritz Warnke | Florian Weis | Janine Wissler | Lou Zucker

Grün-schwarze Lovestory
Corona und die Kultur der Ablehnung
Aufbruch Ost
Enteignen lernen
Wahlkampf mit Methode
Zetkin entdecken
Antisemitismus im Alltag

DIE ZEITSCHRIFT DER
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
ISSN 1869-0424